

Brenke, Karl et al.

Working Paper — Digitized Version

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland: Siebzehnter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 310/311

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Brenke, Karl et al. (1998) : Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland: Siebzehnter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 310/311, ISBN 3894561580, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/989>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

310/311

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland

Siebzehnter Bericht

Inhalt

A. Lage und Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft im Herbst 1997	3
B. Entwicklungstendenzen und -probleme im Dienstleistungssektor	6
I. Dienstleistungen im Strukturwandel: Ein theoretischer Problemaufriß	7
1. Güterproduktion und Dienstleistungsproduktion	7
2. Dienstleistungen für die Produktion und für den Konsum	8
3. Lokal und überregional handelbare Dienstleistungen	9
4. Eigenproduktion oder Zukauf von Dienstleistungen	9
5. Verflechtung von industrieller Produktion und Dienstleistungsproduktion	10
6. Zentralisation versus Dezentralisation bei der Dienstleistungsproduktion	10
II. Ausgangslage und bisherige Entwicklung	11
1. Rückblick: Dienstleistungen in der DDR	11
2. Die Entwicklung seit 1990	14
III. Dienstleistungen als Teil der Produktion und der Konsumtion: Ausgewählte Aspekte...	23
1. Beschäftigungsstrukturen: Wo gibt es eine Dienstleistungslücke in Ostdeutschland?	23
2. Produktionsnahe Dienstleistungen: Defizite als Angebots- und als Nachfrage-	
problem	31
3. Konsumnahe Dienstleistungen: Anpassungsprozesse abgeschlossen?	38
4. Dienstleistungen und räumliche Entwicklung: Perspektiven für Ballungsräume und	
für weniger verdichtete Regionen	47
C. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen	56
D. Dienstleistungen und wirtschaftliche Entwicklung — Zwei Fallstudien	57
I. Fallstudie Rostock	58
II. Fallstudie Chemnitz	80
Anhang: Tabellen und Übersichten	91
Literatur	103

805272

Dieser Bericht wurde am 25. November 1997 abgeschlossen. Vom DIW haben Karl Brenke, Alexander Eickelpasch und Rolf-Dieter Postlep, vom IfW Birgit Sander und Klaus-Dieter Schmidt und vom IWH Siegfried Beer, Joachim Ragnitz und Gerard Müller mitgewirkt.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland / Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin ... – Kiel :
Inst. für Weltwirtschaft

Literaturangaben

Bis Bericht 8 u.d.T.: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische
Anpassungsprozesse in Ostdeutschland

Bericht 17 (1998)

(Kieler Diskussionsbeiträge ; 310/311)

ISBN 3-89456-158-0

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 1998.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Printed in Germany

ISSN 0455-0420

Seit dem Übergang zur Marktwirtschaft hat sich die Wirtschaftsstruktur in der früheren DDR grundlegend gewandelt. Die Industrie hat ihre dominierende Position an das Baugewerbe und mehr noch an das Dienstleistungsgewerbe verloren. Der Dienstleistungssektor, früher nach westlichen Maßstäben nur schwach entwickelt, hat den Rückstand insgesamt gesehen inzwischen zu einem guten Teil wettmachen können. Trotzdem gibt es noch Defizite, und zwar vor allem bei produktionsnahen Diensten. Dort sind ostdeutsche Anbieter nur schwach vertreten; zudem ist ihre wirtschaftliche Situation teilweise recht unbefriedigend. Das Bundesministerium für Wirtschaft hat daher das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle beauftragt, im Rahmen des Forschungsvorhabens „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland“ den Gründen für die noch vorhandenen Defizite nachzuspüren. Die Institute legen hiermit ihre Ergebnisse in Form eines Berichts vor.¹

Die Abfassung des Berichts bereitete den Instituten im empirischen Bereich große Schwierigkeiten. Der Dienstleistungssektor wird von der amtlichen Statistik sehr schlecht abgedeckt — auch in Westdeutschland. Die Institute nehmen dies einmal mehr zum Anlaß, einen Appell an den Gesetzgeber zu richten, eine umfassende Dienstleistungsstatistik in Deutschland einzuführen.

Der folgende Bericht konzentriert sich auf den Bereich der Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne, über den besonders wenige Informationen vorliegen. Handel und Verkehr werden weitgehend ausgeblendet.

A. Lage und Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft im Herbst 1997

Das im Sommer 1996 eingetrübte Konjunkturbild in Ostdeutschland hat sich im Verlaufe dieses Jahres nur leicht aufgehellt. Nach den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das zweite Quartal 1997 errechnet sich saison- und arbeitstäglichbereinigt ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um immerhin 1,3 vH gegenüber dem Vorquartal. Im dritten Quartal hat sich der Anstieg der Produktion allerdings nicht fortgesetzt. Insgesamt gesehen wird 1997 die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit 2 vH unter der Rate in Westdeutschland liegen (2,5 vH), und auch im Jahr 1998 dürfte das Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern schwächer ausfallen als in den alten Ländern. Die sechs Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen in ihrem jüngsten Gemeinschaftsgutachten für das Jahr 1998 mit einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von 2,5 vH im Osten Deutschlands und von knapp 3 vH im Westen (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute 1997). Dies reicht bei weitem nicht aus, um zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Vielmehr werden nach Einschätzung der Institute 1998 per saldo nochmals etwa 65 000 Arbeitsplätze verlorengehen.

Die gesamtwirtschaftliche Betrachtung verdeckt freilich den tiefgreifenden Wandel der Auftriebskräfte in der ostdeutschen Wirtschaft. Zunehmend gewinnen nämlich die positiven Einflüsse aus der Industrie an Gewicht (Tabelle 1). Die Bauwirtschaft sieht sich hingegen weiterhin einer schrumpfenden Nachfrage gegenüber. Nachdenklich stimmt, daß die in der Vergangenheit recht kräftige Dynamik im Dienstleistungssektor in letzter Zeit deutlich nachläßt. Offenbar gibt es in diesem Wirtschaftsbereich Probleme, die in der Vergangenheit nur unzureichend Augenmerk gefunden haben.

Eine starke Dynamik ist derzeit im Verarbeitenden Gewerbe zu beobachten. Im Jahr 1997 konnten in den ersten drei Quartalen bei der Produktion ständig steigende Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahreszeitraum erzielt werden. Im dritten Quartal lag die Wertschöpfung um 15 vH über der des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Nach Angaben des ifo-Instituts hat sich auch die Kapazitätsauslastung spürbar erhöht. Im September betrug sie knapp 80 vH der betriebsüblichen Vollast, dies ist die höchste Auslastung seit der Vereinigung.

Tabelle 1 – Entwicklung der Bruttowertschöpfung^a in Ostdeutschland 1996 und 1997 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH)

	1996				1997		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bergbau und Energie	6,1	1,7	2,5	-6,3	-9,6	-2,3	-4,1
Verarbeitendes Gewerbe	1,5	6,4	8,5	6,8	4,7	12,2	15,1
Baugewerbe	-17,4	1,9	3,8	3,3	4,3	-3,4	-7,3
Handel und Verkehr	2,9	3,4	4,2	2,8	1,4	2,5	0,3
Kreditinstitute/Versicherungen	6,0	9,4	8,7	9,1	9,7	7,6	7,0
Sonstige Dienste	4,5	4,3	4,0	2,8	2,9	2,1	1,3
Bruttoinlandsprodukt	-1,4	3,0	3,4	2,5	1,5	2,1	1,5

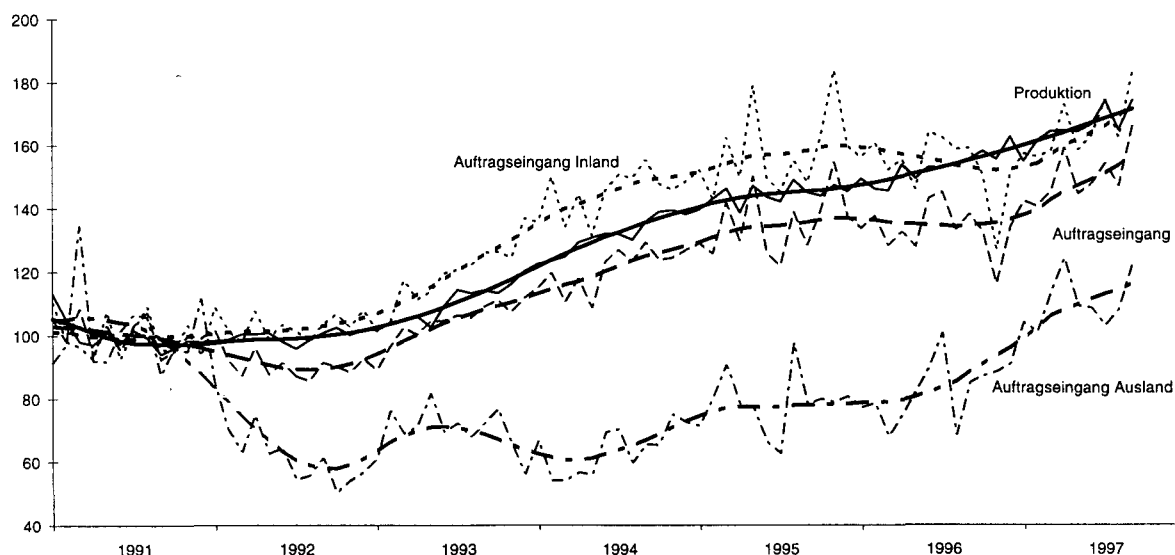
^aAngaben in Preisen von 1991.

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW.

Offenbar gelingt es immer mehr Anbietern, auf überregionalen Märkten Fuß zu fassen und auf diese Weise an den vom internationalen Umfeld ausgehenden Konjunkturimpulsen teilzuhaben. So weisen gerade solche Branchen hohe Zuwachsraten bei der Produktion auf, die üblicherweise für überregionale Märkte produzieren: Die Herstellung von Büromaschinen, die Elektrotechnik, der Straßenfahrzeugbau und der Maschinenbau sind Beispiele hierfür. Dort lag die Produktion im dritten Quartal 1997 zwischen einem Sechstel und einem Drittel über dem Vorjahresniveau. Es nehmen allerdings nicht alle Zweige an dem kräftigen Aufschwung teil, in einigen Zweigen geht die Produktion sogar zurück — wie im Bekleidungs- und bei der Herstellung von Baumaterialien, letztere infolge der nachlassenden Bautätigkeit.

Bemerkenswert ist, daß die Produktion des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes der amtlichen Statistik zufolge nicht nur durch die Auslandsnachfrage, sondern auch durch die Binnennachfrage stimuliert wird (Schaubild 1). Im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe belebt sich die Inlandsnach-

Schaubild 1 – Produktion^a und Auftragseingang^b im Verarbeitenden Gewerbe in Ostdeutschland Januar 1991–September 1997 (1991=100)^c



^aArbeitstäglich. — ^bVolumenindex. — ^cSaisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren BV4, jeweils glatte Komponente (dicke Linie) und saisonbereinigte Werte (dünne Linie).

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW.

frage indes kaum. Daß die ostdeutsche Industrie ein etwas anderes Entwicklungsmuster aufweist als die westdeutsche, mag damit zusammenhängen, daß sie aufgrund von freien Kapazitätsreserven indirekt vom Exportboom profitiert, etwa als Zulieferer für westdeutsche Unternehmen, deren angestammte Lieferanten an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Zu einem Teil rührt es aber auch daher, daß immer mehr neu errichtete Betriebsstätten die Produktion aufnehmen, in einigen Branchen — wie in der Büromaschinenindustrie oder der chemischen Industrie — dürfte dieser Effekt eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Insoweit sind es nicht allein konjunkturelle Einflüsse, die das Bild prägen, sondern auch die fortschreitende Erneuerung der industriellen Basis.

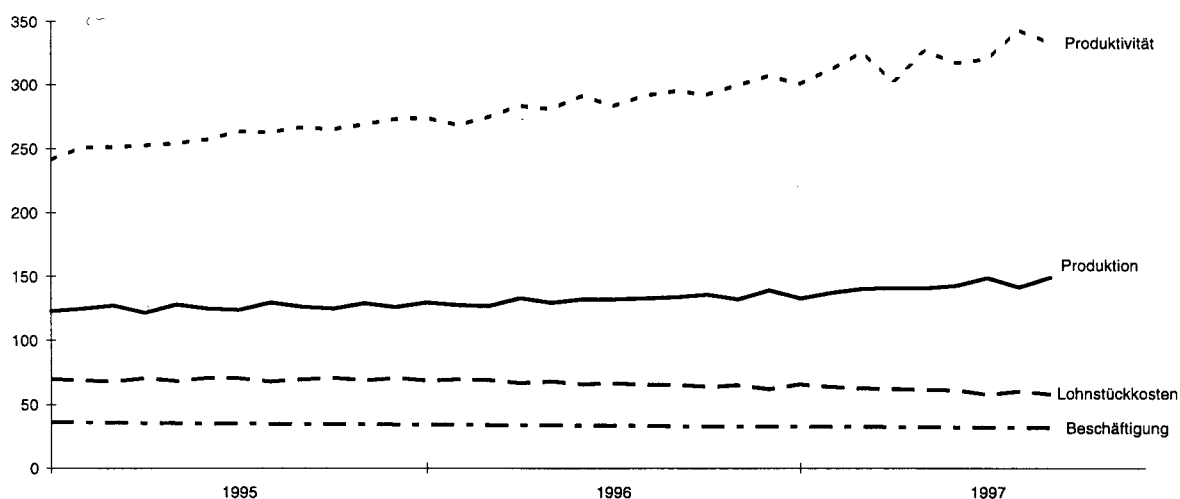
Die günstige Entwicklung schlägt sich auch bei Produktivität und Lohnstückkosten nieder. Die Stundenproduktivität lag zuletzt reichlich ein Zehntel über dem entsprechenden Vorjahreswert, die Lohnstückkosten waren ein gutes Zehntel niedriger (Schaubild 2). Zum Teil sind die Produktivitätsfortschritte auf einen Abbau der Beschäftigung zurückzuführen. Im zweiten Quartal 1997 waren in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten (einschließlich Bergbau) nur noch knapp 560 000 Personen beschäftigt, 4,5 vH weniger als im zweiten Quartal 1996.

Es darf aber nicht übersehen werden, daß auch in der westdeutschen Industrie betriebliche Veränderungen in großem Umfang stattgefunden haben, die zu einer kräftigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit führten: Die Produktivität nahm im zweiten Quartal 1997 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 5,2 vH zu, die Lohnstückkosten gingen um 5 vH zurück.

Anders stellt sich das Bild im ostdeutschen Baugewerbe dar: Hier setzte sich der Rückgang von Nachfrage und Produktion in diesem Jahr fort. Im Spätsommer 1997 lag die Wertschöpfung um 7 vH unter dem Niveau des Vorjahres. Vor allem im Wirtschaftsbau, aber inzwischen auch im Wohnungsbau wurden weniger Aufträge erteilt. Es ist offenkundig, daß das augenblickliche Niveau der Bau nachfrage nicht mehr zu halten ist. Viele Bauunternehmen werden deswegen aus dem Markt ausscheiden müssen.

Die Situation in Handel und Verkehr hat sich im Verlauf dieses Jahres zwar wieder gebessert; gleichwohl waren solch kräftige Impulse wie in der Vergangenheit nicht mehr zu verzeichnen: Zuletzt lag der Zuwachs der Wertschöpfung im Vorjahresvergleich bei etwa 3 vH. Hierzu haben vor allem der Verkehr und die Nachrichtenübermittlung beigetragen. Im Handel machte es sich bemerkbar, daß an-

Schaubild 2 – Entwicklung von Produktion, Produktivität^a, Lohnstückkosten^b und Beschäftigung im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe^c 1995–1997 (1991=100)



^aNettoproduktion zu Beschäftigtenstunden. — ^bLohn- und Gehaltssumme zu Nettoproduktion. — ^cEinschließlich Bergbau; saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren BV4.

gesichts stagnierender Arbeitseinkommen und rückläufiger Beschäftigung die Konsumnachfrage nur noch wenig steigt.

Deutlich an Dynamik verloren hat die Entwicklung bei den Dienstleistungsunternehmen, die bis vor kurzem einer der Wachstumsträger in Ostdeutschland waren. War im ersten Quartal 1997 noch ein leichter Zuwachs bei der Wertschöpfung zu verzeichnen, so kam die Expansion im zweiten Quartal faktisch zum Stillstand. Nur Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen konnten ihre Wertschöpfung abermals kräftig steigern. Bei den sogenannten Sonstigen Dienstleistungen hingegen hat sich die Konjunkturlage stark eingetrübt. Ein Grund hierfür ist sicherlich das bestehende Spezialisierungsmuster, denn die konsumnahen Dienste haben — gemessen an westdeutschen Verhältnissen — einen in Ostdeutschland recht hohen Anteil. Dort spiegelt sich die schwache Entwicklung des privaten Verbrauchs wider. Auch die Anpassungsprozesse in der Bauwirtschaft finden im Dienstleistungssektor ihren Niederschlag; den Anbietern baunaher Dienstleistungen (z.B. Architekten und Planungsbüros) fällt es zunehmend schwerer, Aufträge zu akquirieren. Doch dies erklärt nicht alles. Offenbar gibt es auch im Dienstleistungssektor viele Unternehmen, die im Wettbewerb nicht mithalten können und nun aus dem Markt ausscheiden. Insofern ist die aktuelle Entwicklung nicht allein konjunkturellen Faktoren zuzuschreiben, sondern auch Ergebnis eines marktgemäßen Selektionsprozesses.

Alles in allem ist die wirtschaftliche Entwicklung viel zu schwach, dem Arbeitsmarkt positive Impulse zu geben: Bis zuletzt ging die Zahl der Erwerbstätigen zurück (Tabelle 2). Sogar bei den Dienstleistungsunternehmen — wo bis vor kurzem noch zusätzliche Arbeitsplätze in erheblichem Umfang entstanden — war zuletzt nur noch ein leichter Arbeitsplatzaufbau zu verzeichnen. Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich nach den Angaben der amtlichen Statistik dagegen der rückläufige Beschäftigungstrend umgekehrt, 1997 war im 3. Quartal die Zahl der Arbeitsplätze dort etwas höher als ein Jahr zuvor.

Tabelle 2 – Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1996 und 1997 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH)

	1996				1997		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bergbau und Energie	-11,5	-13,5	-15,6	-17,8	-21,0	-22,9	-25,0
Verarbeitendes Gewerbe	-4,1	-3,0	-2,1	-3,2	-3,1	-0,9	0,3
Baugewerbe	-4,5	-3,3	-2,9	-3,9	-4,9	-5,2	-6,5
Handel und Verkehr	-1,7	-1,7	-1,8	-3,0	-2,9	-3,5	-3,6
Dienstleistungsunternehmen	4,5	4,5	3,5	2,5	2,4	1,8	1,1
<i>Insgesamt</i>	-2,1	-1,5	-1,2	-2,2	-2,5	-2,9	-3,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW.

B. Entwicklungstendenzen und -probleme im Dienstleistungssektor

Dem Dienstleistungssektor kam neben der Bauwirtschaft beim Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis in Ostdeutschland die Schlüsselrolle zu, da dieser Bereich in der sozialistischen Planwirtschaft im Vergleich zur kapitalistischen Marktwirtschaft wenig entwickelt war. Dort sollten viele neue Arbeitsplätze entstehen, als Ersatz für die Arbeitsplätze, die anderswo wegfielen.

Die Situation im ostdeutschen Dienstleistungssektor haben die drei Institute zuletzt im Sommer 1994 schwerpunktmäßig behandelt (DIW et al. 1994). Damals stand die Entwicklung unmittelbar nach der Wende im Mittelpunkt. Diesmal geht es mehr um die Situation am aktuellen Rand.

Der Bericht beschreibt zunächst, welche Bedeutung dem Dienstleistungssektor im heutigen Wirtschaftsleben zukommt. Er zeigt auf, wie sich dieser Sektor seit der Wende entwickelt hat — und insbesondere wo noch Defizite fortbestehen. Und er geht, wenn auch mehr exemplarisch als umfassend, der Frage nach, worauf diese Defizite beruhen.

I. Dienstleistungen im Strukturwandel: Ein theoretischer Problemaufriß

In hochentwickelten Marktwirtschaften verläuft die Hauptlinie des Strukturwandels von der industriellen Produktion zur Dienstleistungsproduktion. In den Vereinigten Staaten sind inzwischen etwas mehr als 70 vH aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt, in den meisten westeuropäischen Ländern, so auch in Westdeutschland, sind es kaum weniger. Noch ist kein Ende dieser Entwicklung in Sicht. Im Gegenteil: Die Tertiärisierung hat sich in den letzten Jahren weiter beschleunigt (Klodt et al. 1997; DIW 1997a, 1997c).

Der Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ist oft beschrieben worden. Aber die Interpretation des empirischen Bildes bereitet noch immer Schwierigkeiten. Es bleibt strittig, welche Triebkräfte hinter der Entwicklung stehen und wie sie, insbesondere in ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, zu beurteilen sind.

1. Güterproduktion und Dienstleistungsproduktion

Die Verbindungslinien zwischen industrieller Güterproduktion und Dienstleistungsproduktion werden in der Literatur kontrovers diskutiert:

- Die traditionelle Sicht nimmt an, daß zwischen beiden eine konkurrierende oder gar substitutive Beziehung besteht — das (relative) Schrumpfen der industriellen Produktion schaffe Raum für eine Expansion der Dienstleistungsproduktion. Nach der sogenannten Drei-Sektoren-Hypothese kann die Produktion im Dienstleistungssektor ausgeweitet werden, weil die Arbeitskräfte im industriellen Sektor frei werden.
- Die neuere Sicht geht hingegen von einer komplementären Beziehung aus — die Expansion der Dienstleistungsproduktion wird als Folge eines Wandels der industriellen Produktion gesehen. Danach finden immer mehr Menschen im Dienstleistungssektor eine Beschäftigung, weil die industrielle Produktion zunehmend dienstleistungsintensiver wird.

Die Zusammenhänge zwischen industrieller Güterproduktion und Dienstleistungsproduktion sind allerdings sehr komplex, und keine der beiden Hypothesen wird ihnen allein gerecht. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die Grenzlinien zwischen Güterproduktion und Dienstleistungsproduktion unscharf sind. Ein wachsender Teil von Dienstleistungen ist mit Industriegütern untrennbar verknüpft. Beispielsweise können Informationen oder kulturelle Darbietungen auf elektronischen Medien lange Zeit gespeichert und über weite Entfernungen transportiert werden. Man kann sagen, daß CD-Rom und Internet die Grenzlinien zwischen Industriegütern und Diensten neu definieren. Damit wird das Un-actio-Prinzip, nach dem Dienstleistungen als nicht handelbar gelten, weil sie orts- und zeitgebunden erbracht werden müssen und mithin weder transportiert noch gelagert werden können, für die Unterscheidung weitgehend unbrauchbar.

Ähnliches gilt für die Art der Tätigkeiten, die in der industriellen Güterproduktion wie in der Dienstleistungsproduktion verrichtet werden. So hat sich die industrielle Produktion durch den Einsatz neuer Technologien und — darauf aufbauend — die Anwendung neuer Produktions- und Organisationskonzepte stark gewandelt. Dort sind inzwischen weitaus mehr Arbeitskräfte mit Dienstleistungstätigkeiten beschäftigt, etwa mit dem Sammeln, Aufbereiten und Verwerten von Informationen als mit der Herstellung von Gütern. Die eigentliche Herstellung von Sachgütern wird immer mehr von

computergesteuerten Maschinen übernommen. Deren Programmierung, Überwachung und Wartung ist wiederum ein wichtiger Bestandteil industrieller Produktion geworden.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die ostdeutsche Wirtschaft an diesen Entwicklungen angemessen partizipiert. Mit dem Niedergang der Industrie sind dort viele Arbeitsplätze für Dienstleister verlorengegangen — in der Forschung und Entwicklung, in der Logistik und im Vertrieb sowie in der Verwaltung. Selbst wenn es sich teilweise um „bürokratische Wasserköpfe“ handelte, so ist doch ein spürbarer Substanzverlust eingetreten. Oftmals sind in Ostdeutschland nur reine Produktionsstätten vorhanden; die Produktion ist im Schnitt weniger dienstleistungsintensiv als in Westdeutschland. Leitungs-, Forschungs-, Planungs- und Logistikfunktionen sind in der Regel bei den Muttergesellschaften angesiedelt, die ihren Sitz fast ausnahmslos im Westen haben.

2. Dienstleistungen für die Produktion und für den Konsum

Die wachsende Bedeutung von Dienstleistungen im Produktionsprozeß läßt sich auch damit erklären, daß der Markt zunehmend neue „innovative“ Produkte verlangt, die sich vor allem in bezug auf ihren Technologiegehalt, ihre Funktionstüchtigkeit, ihre Haltbarkeit und ihr Aussehen deutlich von älteren Produkten unterscheiden. Zu ihrer Entwicklung, ihrer Herstellung und ihrer Vermarktung setzen Industrieunternehmen immer mehr Dienstleistungen ein. Soweit sie diese Dienstleistungen selbst erbringen, etwa Forschungs- und Entwicklungsarbeit leisten, Markterkundung betreiben oder den Vertrieb oder den Kundendienst in eigener Regie durchführen, ist der Dienstleistungsgehalt der Wertschöpfung entsprechend hoch.

Die Beziehung von industrieller Güterproduktion zur Dienstleistungsproduktion ist allerdings keine Einbahnstraße. Es ist zwar richtig, daß ein geringer Industriebesatz und eine nicht zufriedenstellende Produktionsstruktur die Chancen für produktionsnahe Dienstleister beeinträchtigen. Aber es gilt auch umgekehrt, daß sich industrielle Hersteller schwertun, wenn sie keine leistungsfähige Dienstleistungsinfrastruktur vorfinden — etwa den problemlosen und kostengünstigen Anschluß an Ver- und Entsorgungseinrichtungen, den Zugang zu Verkehrs- und Kommunikationsnetzen oder den leichten Zugriff auf ortsansässige Unternehmen, die Reparatur- und Wartungsarbeiten, logistische Hilfsdienste oder Forschungs- und Entwicklungsaufgaben. Wenn solche Dienstleistungsangebote nicht oder nicht in hinreichender Qualität vor Ort zur Verfügung stehen, müssen sie von anderswo bezogen oder von den produzierenden Unternehmen selbst erbracht werden. Dies kann die Produktion beträchtlich verteuern und sie sogar unrentabel werden lassen.

In Ostdeutschland gibt es, nach allem was man bisher weiß, beträchtliche Defizite beim regionalen Angebot von produktionsnahen Dienstleistungen (Eickelpasch et al. 1996). Die Ursachen sind vielfältig. Sie liegen teils in der unzureichenden Qualifikation der Anbieter, teils auch nur in deren unzureichender Reputation. Man sollte annehmen, daß derartige Defizite sukzessive abgebaut und bald keine Rolle mehr spielen werden. Dagegen werden die geringe Industriedichte und die spezifische Struktur industrieller Tätigkeit noch für längere Zeit der Expansion produktionsnaher Dienste enge Grenzen setzen. Die Auftragsdecke bleibt damit zu kurz für zusätzliche Anbieter.

Anders ist die Situation bei konsumnahen Dienstleistungen. Dort sind die Defizite von früher weitgehend abgebaut. Dies erklärt sich mit den relativ niedrigen Marktzugangsbarrieren und den hohen West-Ost-Transfers, mit denen auch Käufe von Dienstleistungen finanziert werden. Im Gegensatz zu vielen Industriegütern und vielen produktionsnahen Dienstleistungen, die auch anderswo produziert werden können, lassen sich konsumnahe Dienstleistungen vielfach nur vor Ort erbringen. Anbieter solcher Leistungen sind in Ostdeutschland somit in zweifacher Hinsicht begünstigt: durch transfergestützte Nachfrage einerseits und durch einen weitgehenden Schutz vor überregionalem Wettbewerb andererseits.²

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Zusammenhang zwischen Einkommensexpansion und Dienstleistungsexpansion. Dieser ist recht komplex: Zwar steht fest, daß bei steigendem Einkommen

die privaten Haushalte mehr Geld für Dienstleistungen ausgeben, die Einkommenselastizität der Nachfrage also positiv ist. Strittig ist aber, ob die Dienstleistungsnachfrage mit steigendem Einkommen überproportional oder unterproportional zunimmt — ob also die Elastizität größer oder ob sie kleiner als 1 ist. Ein überproportionaler Anstieg, wie er sich in der Statistik zeigt, kann auch andere Ursachen haben, beispielsweise Veränderungen in der sozioökonomischen Struktur der Haushalte (etwa in bezug auf Größe, Kinderzahl, berufliche Tätigkeit). Eine gewisse Rolle spielt dabei offenbar die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen. Sie hat zur Folge, daß weniger Eigenarbeit im Haushalt verrichtet und mehr Dienstleistungen gekauft werden.³ Eine weitere wichtige Bestimmungsgröße für die Nachfrage nach Dienstleistungen sind Preisveränderungen. Im Entwicklungsprozeß verteuern sich viele Dienstleistungen im Vergleich zu Industriegütern. In der Regel werden die privaten Haushalte darauf mit einer Substitution von Dienstleistungen durch Industriegüter reagieren. So können sie mit Hilfe von Geräten und Werkzeugen einen Teil des Dienstleistungsbedarfs in Eigenarbeit abdecken.⁴ Deshalb wurde früher auch die These vertreten, die Entwicklung gehe nicht in Richtung einer „service economy“, sondern einer „self-service economy“ (Gershuny 1978).

3. Lokal und überregional handelbare Dienstleistungen

Dienstleistungen galten lange Zeit im Sinne des Uno-acto-Prinzips als überregional nicht handelbar. Dies trifft jedoch längst nicht mehr auf alle Dienstleistungen zu. Viele Dienstleistungen sind mit einem Industriegut „verknüpft“ oder durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien über weite Entfernungen übertragbar. So gesehen sind eine ganze Reihe von Dienstleistungsbranchen durchaus dem überregionalen Wettbewerb ausgesetzt. Eine gewisse Abschottung besteht nur bei den Dienstleistungen, die dort erbracht werden müssen, wo sie auch nachgefragt werden.⁵ Doch selbst bei diesen können Konkurrenten von anderswo angelockt werden, die sich vor Ort niederlassen. Handels- und Transportunternehmen, Banken und Versicherungen, Restaurant- und Hotelketten, Rechtsanwaltskanzleien oder Consultingfirmen haben häufig an mehreren Orten Niederlassungen.

In dieser Hinsicht ist die Situation bei vielen ostdeutschen Dienstleistern nicht sehr viel anders als bei vielen ostdeutschen Industriebetrieben. Sie sehen sich dem Druck überregional operierender Konkurrenten ausgesetzt, sind aber selbst außerstande, auf überregionale Märkte auszuweichen. Dafür fehlt ihnen häufig die hinreichende Größe, das erforderliche Kapital und vielfach auch die fachliche Kompetenz. Sie sind bisher auf die Rolle des Nischenanbieters mit engem lokalen Absatzradius beschränkt.

4. Eigenproduktion oder Zukauf von Dienstleistungen

Dienstleistungen, die in der Produktion benötigt werden, werden teilweise von außen zugekauft, und zwar in zunehmendem Maße. Bei der Umsetzung neuer Organisationskonzepte (für die Begriffe wie Lean Production, Flexible Specialization oder Outsourcing stehen) konzentrieren sich Industrieunternehmen auf ihre Kernaufgabe im engeren Bereich der Produktion. Mit der Wahrnehmung von Randaufgaben beauftragen sie hingegen spezialisierte Dienstleister (contracting out). Hierbei finden oftmals kleine Unternehmen ihre Marktnische.

Ob Dienstleistungen von einem Unternehmen intern erbracht oder ob sie von außen bezogen werden, hängt von mehreren Faktoren ab. Zunächst einmal muß sich die Auslagerung rechnen. Spezialisten können in der Regel billiger produzieren als Generalisten — von daher besteht für ein Unternehmen normalerweise ein Anreiz, fremde Leistungen einzukaufen. Doch ist das häufig mit Such-, Kommunikations- und Koordinationskosten verbunden, die den Spezialisierungsvorteil wieder aufwiegen können. Des weiteren dürfen keine unüberwindbaren Schnittstellenprobleme auftreten. Spezialisten haben häufig nur eine begrenzte Kompetenz. Es kann teuer werden, wenn die Zusammenarbeit mit anderen Verbundunternehmen nicht klappt. Und schließlich kann es Gründe geben, Aufträge nicht nach

außen zu vergeben, selbst wenn externe Lieferanten kostengünstiger sind. Das ist etwa der Fall, wenn beim „contracting-out“ Betriebsgeheimnisse preisgegeben werden müßten. Wenn z.B. kein wirksamer Patentschutz möglich ist, wird die Forschung innerhalb eines Unternehmens angesiedelt bleiben.

Outsourcing hängt aber auch noch von anderen Faktoren ab, wie Produktart, Unternehmensgröße und Konzernzugehörigkeit. So sind für manche Produkte bestimmte Dienste überhaupt nicht notwendig, für andere marktentscheidend. Ein Beispiel dafür ist das Produktdesign, das für den Markterfolg von Haushaltsgeräten mitentscheidend sein dürfte, bei der Herstellung von Baumaterialien aber wohl keine Rolle spielt. Für große Unternehmen dürfte es sich aufgrund ihres größeren Dienstleistungsbedarfs eher lohnen, Dienste im Betrieb zu erstellen als für kleine Unternehmen. Schließlich werden Konzernbetriebe möglicherweise von Mutterunternehmen mit Dienstleistungen versorgt und haben daher vielleicht einen geringeren Outsourcing-Anteil.

All diese Fragen sind für die Beurteilung der Entwicklungschancen der produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen in Ostdeutschland von fundamentaler Bedeutung. Zu klären ist daher, in welchem Umfang in der ostdeutschen Industrie Outsourcing betrieben wird und inwieweit sich daraus für das ostdeutsche Dienstleistungsgewerbe Chancen ergeben.

5. Verflechtung von industrieller Produktion und Dienstleistungsproduktion

Industrielle Produktion und Dienstleistungsproduktion wachsen immer enger zusammen und werden zunehmend in Form von Netzwerken organisiert.⁶ In solchen Netzwerken müssen die Partner in jeder Hinsicht sehr genau zueinander passen. Hier zählt nicht nur fachliche Kompetenz, sondern auch gegenseitiges Vertrauen. Letzteres baut sich nur langfristig auf. Dies ist ein gravierendes Handicap für die durchweg jungen ostdeutschen Unternehmen.

Ein Netzwerk besteht in aller Regel aus Unternehmen, die rechtlich unabhängig, aber wirtschaftlich voneinander abhängig sind. Die Modalitäten der Zusammenarbeit sind häufig bis ins Detail vertraglich geregelt. Das gilt insbesondere dort, wo sich die Kooperation auf komplexe Sachverhalte erstreckt (etwa im Bereich der Forschung), wo sie strategische Aspekte berührt (etwa im Bereich der Qualitätssicherung), wo sie Vorkehrungen gegen opportunistisches Verhalten eines der Partner verlangt (etwa im Bereich des Technologietransfers), wo sie spezifische Investitionen erfordert (etwa bei der Ansiedlung in unmittelbarer Nachbarschaft des Partners) oder wo mehrere Partner mit unterschiedlichen Aufgaben einbezogen sind. Im Netzwerk geht zwangsläufig ein Stück unternehmerischer Unabhängigkeit verloren. Doch stehen dem in der Regel Synergievorteile — als Ergebnis eines engen Informationsaustausches und einer wechselseitigen Abstimmung oder einer gemeinsamen und damit besseren Nutzung von Ressourcen — gegenüber. Die Zugangshürden zu Netzwerken sind allerdings hoch. Beim Eintritt eines neuen Partners treten häufig Schnittstellenprobleme auf, die alle Partner zu spezifischen Investitionen zwingen können. Auch der Austritt eines Partners ist nicht immer einfach, denn dabei entstehen nicht selten „sunk costs“ in Form verlorener Investitionen, und zwar zugleich für die anderen Partner. Das mag ebenfalls erklären, warum es Neulingen wie den ostdeutschen Dienstleistern schwerfällt, sich in solchen Netzwerken zu etablieren.

6. Zentralisation versus Dezentralisation bei der Dienstleistungsproduktion

Netzwerke verlangen nach einer engen funktionellen Kooperation, sie setzen aber nicht notwendig eine solche vor Ort voraus. Dienstleister haben also wenigstens in diesem Fall nicht generell Lokalisationsvorteile. Zwar zeigt die umfangreiche Literatur zu den „industrial districts“, daß Netzwerke häufig mit Dienstleistern in der näheren Umgebung geknüpft werden — nämlich wenn die räumliche Nähe Fühlungsvorteile verschafft. Aber nicht wenige Dienstleistungen können auch von entfernteren Orten bezogen werden. Das gilt insbesondere für solche, die mittels moderner Kommunikationstechnologien leicht „transportierbar“ sind, wie Informations- und Beratungsdienste.

Bei der Frage der räumlichen Verteilung von Dienstleistungsstandorten dominieren zwei grundverschiedene Hypothesen:

- Eine Hypothese besagt, daß sich Dienstleister vorzugsweise an bestimmten Standorten konzentrieren. Sie können dadurch die Transaktionskosten senken. Tatsächlich gibt es in Westdeutschland bedeutende Standorte mit überdurchschnittlicher Dienstleistungsdichte und ausgeprägtem Spezialisierungsmuster, teils als Folge eines vergleichsweise starken Industriebesatzes dort oder in der Umgebung (Düsseldorf, Stuttgart), teils aber auch unabhängig davon (Hamburg, München, Frankfurt a.M.). In Ostdeutschland zeigt bisher nur Leipzig Merkmale eines Dienstleistungsstandorts, freilich noch ohne klares Profil.
- Eine andere Hypothese besagt, daß es Dienstleister vorzugsweise in periphere Regionen zieht, denn dort sind die Produktionskosten — Löhne, Mieten, Hebesätze bei der Gewerbesteuer etc. — in der Regel niedriger als in Ballungszentren. Räumliche Distanzen zum Kunden können zumeist mittels moderner Kommunikationsmittel überbrückt werden. Auch für diese Hypothese gibt es Belege. So sind Unternehmen, die Computersoftware entwickeln, allorts zu finden und keinesfalls in Ballungsräumen konzentriert.

Zweifellos hat jede der beiden Hypothesen ihre Berechtigung. Es gibt, wie in der Industrie, auch unter Dienstleistern typische Agglomerationsbranchen, die bestimmte Standorte bevorzugen, und es gibt Branchen, die ziemlich unabhängig von den Besonderheiten eines bestimmten Standorts sind. Sie haben daher Alternativen bei der Standortwahl. Jene Dienstleister hingegen, die unter dem Diktat des Uno-acto-Prinzips stehen und dazu noch auf die Kooperation mit anderen Dienstleistern angewiesen sind, müssen in unmittelbarer Nähe ihrer Kunden operieren.

Welche Schlüsse lassen sich daraus für Ostdeutschland ziehen? Wird sich dort angesichts geringer Agglomerationstendenzen und angesichts des geringen Industriebesatzes überhaupt eine mit Westdeutschland vergleichbare Dienstleistungsstruktur entwickeln? Oder kann man im Sinne der zweiten Hypothese darauf setzen, daß mehr und mehr Dienstleistungsanbieter wegen hoher Produktionskosten in den westdeutschen Ballungsregionen in die Fläche diffundieren und dabei auch zunehmend die Standorte im Osten ins Blickfeld nehmen? Und weiter: Wie könnte das branchenmäßige Muster künftig aussehen? Wie stehen die Chancen für Anbieter hochwertiger Dienstleistungen, insbesondere für solche, die auch überregionale Märkte bedienen? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit sich diese verstärkt in den neuen Bundesländern ansiedeln? Auf diese und ähnliche Fragen gilt es, im folgenden Antworten zu finden.

II. Ausgangslage und bisherige Entwicklung

1. Rückblick: Dienstleistungen in der DDR

Als Maßstab für wirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Fortschritt galt in der DDR die Erhöhung der Produktion materieller Güter. Gleichwohl führte die Produktion nichtmaterieller Güter kein Schattendasein. Das zeigt schon allein ein Blick auf den Staatsapparat mit seinen enorm ausgeprägten, die Wirtschaft und die Gesellschaft stark bestimmenden Verwaltungs-, Lenkungs- und Kontrollfunktionen. Auch für konsumnahe Dienste wurden umfangreiche Ressourcen eingesetzt. Gemäß der politischen Leitlinie von der Einheit von „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ entstand ein Angebot an medizinischer und sozialer Grundversorgung sowie an schulischer und beruflicher Ausbildung, das (wohl mit Ausnahme der Hochschulausbildung) hinsichtlich seiner personellen Ausstattung keinen Vergleich mit westlichen Industriestaaten scheuen mußte. Einen hohen Stellenwert hatten ebenfalls bestimmte produktionsnahe Dienstleistungen wie die Forschung zur Entwicklung neuer und zur Verbesserung vorhandener Produkte. Es lag auf der Hand, daß die DDR bei Schlüsseltechnologien versuchen

mußte, Anschluß zu halten, wenn sie nicht den Systemwettbewerb mit dem „nicht-sozialistischen Ausland“ verlieren wollte. Beispielsweise wurde ein hoher Aufwand betrieben, um moderne Komponenten für die elektronische Datenverarbeitung zu entwickeln. Rückblickend drängt sich der Eindruck auf, daß die DDR — gemessen an ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit — nicht zuwenig, sondern zuviel Ressourcen in die Produktion nichtmaterieller Güter gelenkt hat.

Wie beim Angebot an Waren zeigten sich freilich auch beim Angebot an Dienstleistungen in vielfacher Hinsicht die bekannten Erscheinungen einer Mangelwirtschaft. So war einerseits bei einer ganzen Reihe von konsumnahen Dienstleistungen, wie beim Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, das Angebot quantitativ gering und qualitativ unzureichend. Wenig verbreitet waren in den staatlichen Verwaltungen und in den Betrieben moderne produktionsnahe Dienste wie die EDV, und zwar deshalb, weil kaum entsprechende Ausrüstungen vorhanden waren. Andererseits gab es infolge des verbreiteten Mangels in der DDR noch Dienstleistungen, die im Westen schon längst keine Existenzgrundlage mehr hatten, da sie sich, wie Reparaturen an elektrischen Kleingeräten für den Haushalt oder an Regenschirmen, nicht lohnten. Weil es in der Versorgungswirtschaft der DDR in der Regel nicht nötig war, die produzierten Güter anzupreisen, gab es kaum Werbung.

Wie die warenproduzierenden Aktivitäten waren auch die Dienstleistungsaktivitäten zur Zeit der deutschen Teilung zwischen Ostsee und Erzgebirge in einer von marktwirtschaftlichen Verhältnissen deutlich abweichenden Weise organisiert, institutionalisiert und in die Wirtschaftsabläufe integriert. Die Erbringung von Diensten war zum allergrößten Teil in die Wirtschaftspläne eingebunden, die auf gesamtstaatlicher, regionaler und betrieblicher Ebene galten.

Im wesentlichen wurden Dienstleistungen von staatlichen Stellen, von staatseigenen Dienstleistungskombinaten und ihren Betrieben, von den Parteien, von den Massenorganisationen, von Konsumgenossenschaften und von Kombinaten des produzierenden Gewerbes erbracht. Private Anbieter wurden allenfalls geduldet. Sie traten nur in wenigen Nischen auf — dort wo sie halfen, Lücken im Angebot zu verringern. Dazu gehörten einige private Gaststättenbetreiber, Handwerksbetriebe wie Fotografen oder Friseure, freischaffende Künstler und Rechtsanwälte sowie private Haushalte, die Unterkünfte insbesondere in Feriengebieten vermieteten. Nicht in die Wirtschaftspläne eingebunden waren auch freischaffende Künstler und Rechtsanwälte.

Das Gesundheitswesen und die schulische Ausbildung lagen allein in der Hand staatlicher Einrichtungen, bei der Berufsausbildung waren neben dem Staat auch die Betriebe engagiert — ebenso wie in Teilen des Sozialsystems wie bei den Kinderkrippen, Kindergärten und -horten. Die Altenpflege wurde sowohl von staatlichen Stellen wie von Massenorganisationen wie der „Volkssolidarität“ wahrgenommen. Die Jugendarbeit lag zu einem großen Teil in der Regie der SED-nahen „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ). Andere soziale Dienste wie die Familienfürsorge waren in erster Linie die Aufgabe des Staates. Das gilt auch für kulturelle Dienstleistungen wie Theater-, Musik- und Kinovorstellungen sowie für das Fernsehen, den Rundfunk und die Filmproduktion.

Im Gaststätten-, Beherbergungs- und Touristikgewerbe fanden sich unter den Anbietern sowohl staatliche Stellen als auch spezialisierte volkseigene Betriebe, Massenorganisationen und Kombinatbetriebe der Industrie. Für Geschäftsreisende boten mitunter die Kombinatbetriebe Übernachtungsmöglichkeiten in Gästehäusern an. Reisen, insbesondere Touristenreisen in das Ausland, wurden vom „Reisebüro der DDR“ organisiert. Massenorganisationen wie der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ und die FDJ boten ebenfalls Ferienreisen an, und die Kombinate sowie die staatlichen Stellen unterhielten Ferienobjekte für ihre Mitarbeiter. Die Gaststätten und Restaurants wurden zumeist von der volkseigenen „Handelsorganisation“ oder von Konsumgenossenschaften betrieben. Die wenigen großen Hotels der DDR waren in der „Vereinigung Interhotel“ zusammengefaßt. Dienstleistungen für die private Haushaltsführung wurden von Betrieben der volkseigenen Dienstleistungskombinate und -betriebe sowie von Genossenschaften erbracht. Sie führten Reparaturen an Gebrauchsgegenständen durch oder erbrachten Waschleistungen.

Produktionsnahe Dienstleistungen wurden zum allergrößten Teil von den Betrieben und Kombinate selbst erstellt. Statt auf Dezentralisierung und Zukauf von produktionsnahen Diensten wurde auf Konzentration und Eigenproduktion gesetzt. In der DDR ging man also einen anderen Weg als im Westen.

Die produktionsnahe Forschung fand bis in die siebziger Jahre hinein vornehmlich in nicht zu den Produktionsbetrieben gehörenden Einrichtungen statt. Weil sich aber der Transfer der Forschungsergebnisse in die Produktion als ineffizient erwies (DIW 1984: 69), wurden mit der Kombinatebildung von 1979/1980 die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in die Kombinate eingegliedert. Dort wurden sie entweder in eigenständigen Betrieben („wissenschaftliche Institute“, „technologische Zentren“ und „Ingenieurbetriebe für Forschungsaufgaben und Projektierungsleistungen“) oder in Betriebsteilen zusammengefaßt. Zum Teil entstanden dadurch sehr große Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Am größten waren die Kapazitäten im Kombinat Carl Zeiss Jena (7 700 Beschäftigte) (Beyer 1990: 20 ff.). Auf zentralstaatlicher Ebene fanden sich seitdem nur noch wenige produktionsnahe Forschungseinrichtungen; dazu gehörten das „Modeinstitut der DDR“, das „Zentralinstitut für ökonomischen Metalleinsatz/Institut für Leichtbau Dresden“ und das „Zentralinstitut für Schweißtechnik der DDR Halle“.

Auch andere produktionsnahe Dienstleistungen wie die Gebäudereinigung und der Wachschatz waren in der Regel in die Kombinate integriert.⁷ Steuer- und Wirtschaftsprüfung gab es in der DDR nicht in der Art und Weise wie im Westen. Gleichwohl fanden externe Kontrollen statt. Dazu mußten über Energie- und Materialaufwand, Personalkosten, Produktionsleistungen und Investitionen Bücher geführt werden. Dadurch wurden enorme Personalkapazitäten — sowohl in den Kombinate als auch bei den kontrollierenden Institutionen — gebunden.

Einen Teil dieser Kontrollaufgaben nahmen die Geld- und Kreditinstitute wahr, bei denen es sich ausschließlich um staatliche Einrichtungen handelte. So mußten die der Staatsbank zugeordnete Industrie- und Handelsbank mit ihren regionalen Filialen prüfen, ob die in der Investitionsplanung festgelegten Produktionsaufgaben von den Betrieben und anderen Wirtschaftsorganisationen erfüllt wurden. Zudem waren die Geschäftsbanken⁸ für den Zahlungsverkehr zwischen Betrieben, staatlichen Stellen und anderen Institutionen der Wirtschaft zuständig. Für den Außenhandel gab es spezielle Institute. Bankgeschäfte für die Bevölkerung wie die Kontoführung, der Zahlungsverkehr, die Gewährung von Krediten oder die Anlage von Sparkonten erledigten die Sparkassen, zum Teil auch die Post. Im Vergleich zum Bankwesen in den westlichen Industriestaaten war das Leistungsspektrum des Geld- und Kreditgewerbes in der DDR alles in allem klein. Die zentrale Aufgabe der in einer festgelegten Arbeitsteilung agierenden Geldinstitute war es, die Geld- und Kreditmenge an den Bedarf anzupassen, der sich aus den Produktionsplanungen ergab (DIW 1984: 110 ff.). Die auf den weltweiten Märkten gehandelte Vielfalt an Finanzierungs- und Anlageprodukten gab es in der DDR systembedingt nicht. Schmal war auch das Angebot der staatlichen Versicherungen.

Es ist sehr schwer, das Ausmaß der Dienstleistungsaktivitäten in der DDR zu quantifizieren und es mit denen in der früheren Bundesrepublik zu vergleichen.⁹ Das größte Problem ist, daß es in der DDR einen Dienstleistungssektor wie in den westlichen Industriestaaten gar nicht gab. Das spiegelt sich auch in der amtlichen Statistik der DDR wider.¹⁰ Punktuell sind aber Informationen vorhanden.¹¹ Danach dürfte außer Zweifel stehen, daß der Beschäftigtenbesatz in der DDR im Bereich Erziehung, Bildung und Wissenschaft sowie im Sozialwesen deutlich höher, im Geld- und Kreditwesen sowie im Gastgewerbe weitaus geringer, im Gesundheitswesen und im Bereich Kultur, Sport, Medien etwa ebenso hoch und im Bereich der Industrieforschung auch ebenso hoch wie in der Bundesrepublik war.

2. Die Entwicklung seit 1990

a. *Der Verlauf der Umstrukturierung*

Nach dem Fall der innerdeutschen Grenzen lösten sich die Strukturen der Dienstleistungsproduktion, wie sie in der DDR bestanden hatten, auf. Die Umstrukturierung erfolgte in einigen Sparten des aus sehr vielfältigen und unterschiedlichen Aktivitäten zusammengesetzten Dienstleistungsgewerbe sehr rasch, in anderen vollzog sie sich in einem eher schleppenden Tempo. Schnell kam der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis beim Kredit- und Versicherungsgewerbe voran. Die westdeutschen Institute waren schon bei der Einführung der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion allseits präsent, denn es ging um die Aufteilung des Marktes. Andere Dienstleistungszweige entwickelten sich dagegen eher zögerlich, nicht zuletzt deshalb, weil es zahlreiche Investitionshemmnisse gab. Vor allem der Mangel an Gewerbeflächen, der oftmals daher rührte, daß die Eigentumsverhältnisse an Grundstücken nicht geklärt waren, erwies sich als hinderlich. Mitunter waren auch umfangreiche Bauinvestitionen nötig. So konnte das in der DDR viel zu knappe Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten nur durch den Bau neuer Beherbergungsstätten verbessert werden, und Bauplanung und -durchführung kosteten Zeit.

Auch gab es Unterschiede hinsichtlich der Art und Weise der Umstrukturierung. Zum Teil erfolgte sie über die Privatisierung von Betrieben, Betriebsteilen oder Immobilien der ehemals staatlichen Wirtschaftseinheiten. So wurden schon ab April 1990 die Kombinate größtenteils in ihre einzelnen Betriebe aufgegliedert und die nicht produktionsnotwendigen Teile abgespalten. Dabei konnten etwa für die Kantinen, für die Gebäudereinigung oder für den betrieblichen Wachschatz oftmals früh Käufer gefunden werden. Komplizierter war die Situation bei Forschung und Entwicklung. Hier kam die Privatisierung, insbesondere in der Industrie, nur zögerlich voran. Zum Teil erfolgte sie auf dem Wege des Management-Buy-Out oder Management-Buy-In, zum Teil über die Gründung von „Forschungs-GmbHs“. Mitunter wurde auf die Abtrennung von Forschungsabteilungen bei den zu privatisierenden Industriebetrieben verzichtet, weil sie einen großen Teil der Attraktivität des Betriebes ausmachten.¹² Recht schnell konnte indes die Treuhandanstalt die sogenannte kleine Privatisierung abschließen, bei der es um den Verkauf etwa von Lichtspielhäusern, Gaststätten, Apotheken, Handelsgeschäften und anderen kleinbetrieblichen Einheiten ging.

Einige Dienstleistungen, die zuvor innerhalb staatlicher Institutionen erbracht wurden, wie die Reinigung in Krankenhäusern oder die Verpflegung in den Schulen, sind ebenfalls privatisiert worden. Ärzte und Apotheker des staatlichen Gesundheitswesens machten sich rasch selbständig, zumal die Auflösung der Polikliniken und anderer Stätten des ambulanten Gesundheitswesens absehbar war. Gleichwohl blieb ein großer Teil von Dienstleistungen in staatlicher Hand — und zwar diejenigen, die auch in den alten Bundesländern oftmals von Bund, Ländern und Gemeinden erbracht werden. Dazu gehörten Einrichtungen wie Büchereien, Theater, Museen, Krankenhäuser, Heime, Schulen und Hochschulen, Institute der Grundlagenforschung, Jugendfreizeitheime und Kindertagesstätten. In einigen Bereichen des Kultur-, des Erziehungs- und des Sozialwesens war das Gewicht staatlich geführter Einrichtungen in den neuen Bundesländern noch größer als in Westdeutschland. Das lag zum einen daran, daß der Versorgungsgrad noch höher ist (wie bei Plätzen in Kindertagesstätten), zum anderen daran, daß es in Ostdeutschland vergleichsweise wenige freie Träger gab.

Alles in allem ist die Privatisierung im Dienstleistungssektor schneller vorangekommen als in der Industrie.¹³ So konnte die Treuhandanstalt schon im ersten Halbjahr 1993 ihren Bereich „Dienstleistungen“ schließen. Die Umstrukturierung vollzog sich aber nicht allein — und wohl auch nicht hauptsächlich — über die Privatisierung. In erster Linie kam die Erneuerung dadurch voran, daß neue Unternehmen gegründet wurden und daß sich in einigen Zweigen des Dienstleistungsgewerbes in starkem Maße westdeutsche Unternehmen engagierten. Sieben Jahre nach der deutschen Vereinigung ist das Angebot an vielen, insbesondere an konsumnahen Dienstleistungen in Ostdeutschland nicht mehr sehr viel geringer als in den alten Bundesländern. Die Gründe dafür liegen auf der Hand:

- In vielen Dienstleistungszweigen lagen die Hürden beim Markteintritt niedrig. So waren die Anforderungen, die an die Qualifikation eines Unternehmers gestellt werden oftmals — wie bei Gaststättenbetreibern oder Versicherungsvertretern — vergleichsweise gering. Meist war das von Existenzgründern für Investitionen zu bringende Kapital nicht sehr hoch. Nur wenige Dienstleistungszweige wie Hotels, Forschungslabors oder bestimmte Facharztpraxen haben eine hohe Kapitalintensität. Hinzu kommt, daß die Marktsituation für Neueinsteiger räumlich begrenzt und daher häufig recht einfach überschaubar war.
- Weil bei einer Reihe von lokal handelbaren Dienstleistungen ein großes Marktpotential lockte, zog es auch viele westdeutsche Unternehmen in die neuen Bundesländer. Sie mußten ihre Leistungen vor Ort anbieten, um mit ostdeutschen Kunden ins Geschäft zu kommen.

b. Unternehmen und Arbeitsplätze

An der Entwicklung der Erwerbstätigkeit läßt sich ablesen, wie rasch sich in den letzten sieben Jahren das Bild der Dienstleistungsaktivitäten zwischen Ostsee und Erzgebirge verändert hat. In der DDR gab es Ende September 1989 knapp 30 000 Selbständige und mithelfende Familienangehörige in den Sektoren „sonstige produzierende Zweige“ und „nicht-produzierende Zweige“, in denen der allergrößte Teil der Selbständigen Dienstleister tätig war (Statistisches Amt der DDR 1990).¹⁴ Bei der Berufstätigenerhebung im November 1990 — deren Ergebnisse aber hinsichtlich der sektoralen Aussagen nicht ganz unproblematisch sind — wurden bereits 54 000 Selbständige gezählt, nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gab es im Jahresdurchschnitt 1991 bereits 135 000 Selbständige (Tabelle 3). Im Jahr 1996 sind es knapp 240 000 gewesen, das sind 17 vH aller Selbständigen in den Dienstleistungsunternehmen der Bundesrepublik. Gemessen am Bevölkerungsanteil der neuen Bundesländer (19 vH) gibt es keinen großen Rückstand bei der Zahl der selbständigen Dienstleister mehr (Tabelle 4).

Über Unternehmensgründungen im Dienstleistungssektor gibt es nur wenig Zahlenmaterial, und die vorliegenden Statistiken führen zum Teil zu unterschiedlichen Aussagen. So nehmen nach der Statistik der Gewerbemeldungen die Existenzgründungen per saldo im Vergleich zu den Jahren vor 1995 nur noch wenig zu. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß nach der hohen Welle der Existenzgründungen in der Aufbauphase das Potential an Personen, die das Zeug und den Mut dazu haben, sich selbst-

Tabelle 3 – Kennziffern der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zur Entwicklung des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland 1991–1997

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1.–3. Vj. 1997
Bruttowertschöpfung ^a (Mrd. DM)	44,58	67,05	89,13	101,86	114,61	124,3	100,61
Kreditgewerbe, Versicherungsunternehmen	12,11	12,33	13,55	14,50	15,05	15,50	.
Wohnungswirtschaft	-1,13	7,16	16,45	19,44	22,88	27,33	.
Sonstige Dienstleistungen	33,6	47,56	59,13	67,92	76,68	81,47	.
Veränderung der Bruttowertschöpfung gegenüber dem entspr. Vorjahreszeitraum (vH)	.	50,4	32,9	14,3	12,5	8,5	8,6
Erwerbstätige ^b (Tsd.)	932	1 011	1 111	1 223	1 309	1 358	1 376
Veränderung gegenüber dem entspr. Vorjahreszeitraum (vH)	.	8,5	9,9	10,1	7,0	3,7	1,8
Produktivität ^c (1 000 DM)	47,8	66,3	80,2	83,3	87,6	91,5	73,1
Veränderung gegenüber dem entspr. Vorjahreszeitraum (vH)	.	38,7	21,0	3,8	5,1	4,5	8,0
Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Mrd. DM)	20,38	26,28	32,47	36,59	42,80	45,44	34,00
Veränderung gegenüber dem entspr. Vorjahreszeitraum (vH)	.	28,9	23,6	12,7	17,0	6,2	4,1
Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer (DM)	25 571	30 918	35 065	35 767	39 230	40 499	30 249
Veränderung gegenüber dem entspr. Vorjahreszeitraum (vH)	.	20,9	13,4	2,0	9,7	3,2	3,6
Lohnstückkosten ^d	53,5	46,6	43,7	42,9	44,8	44,2	41,4
Veränderung gegenüber dem entspr. Vorjahreszeitraum (vH)	.	-12,8	-6,2	-1,7	4,3	-1,2	-2,9
Selbständige ^e (Tsd.)	135	161	185	200	218	236	252
Veränderung gegenüber dem entspr. Vorjahreszeitraum (vH)	.	19	15	8	9	8	8

^aIn jeweiligen Preisen, unbereinigt. — ^bInlandskonzept. — ^cBruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. — ^dEinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH der Bruttowertschöpfung je Arbeitnehmer. — ^eEinschließlich mithelfender Familienangehöriger.

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW.

Tabelle 4 – Kennziffern der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zur Entwicklung des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland — Vergleich mit der gesamten Bundesrepublik bzw. Westdeutschland 1991–1997

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1.–3. Vj. 1997
Bruttowertschöpfung ^a (Anteil in vH der gesamten Bundesrepublik)	5,3	7,0	8,6	9,2	9,7	9,9	10,3
Kreditgewerbe, Versicherungsunternehmen	8,7	8,0	8,2	8,2	8,4	8,6	.
Wohnungswirtschaft	-0,6	3,4	7,0	7,5	8,1	8,9	.
Sonstige Dienstleistungen	6,6	8,1	9,4	10,1	10,6	10,6	.
Erwerbstätige ^b (Anteil in vH der gesamten Bundesrepublik)	14,3	14,7	15,6	16,5	17,1	17,2	17,1
Produktivität ^c (Westdeutschland = 100)	33,9	43,9	51,1	51,2	52,1	52,9	55,4
Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Anteil in vH der gesamten Bundesrepublik)	8,9	10,1	11,6	12,3	13,3	13,5	13,6
Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer (Westdeutschland = 100)	55,7	63,5	70,0	69,4	73,1	74,2	76,0
Lohnstückkosten ^d (Westdeutschland = 100)	164,4	144,6	136,9	135,5	140,3	140,2	137,2
Selbständige ^e (Westdeutschland = 100)	11,6	13,1	14,4	15,0	15,7	16,4	16,9

^aIn jeweiligen Preisen, unbereinigt. — ^bInlandskonzept. — ^cBruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. — ^dEinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH der Bruttowertschöpfung je Arbeitnehmer. — ^eEinschließlich mithelfender Familienangehöriger.

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW.

ständig zu machen, nun nur noch gering ist. Hinzu kommt, daß der Markt bei einer Reihe von Dienstleistungen — insbesondere solchen, bei denen für Neugründer der Marktzugang einfach war — wohl weitgehend gesättigt ist. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verzeichnet dagegen bis 1997 ein nahezu ungebremstes Wachstum bei der Beschäftigung von Selbständigen im Dienstleistungssektor. Das ist in Anbetracht der rasch wachsenden Zahl der nur formal Selbständigen, die landläufig als „Scheinselbständige“ bezeichnet werden, ebenfalls plausibel.

Der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis ging bei den ostdeutschen Dienstleistungsunternehmen mit einer kräftigen Steigerung der Beschäftigung einher. Nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stieg die Zahl der Erwerbstätigen in der Zeit von 1991 (Jahresdurchschnitt) bis zum 3. Vierteljahr 1997 um 450 000 auf knapp 1,4 Millionen Personen (Tabelle 3).¹⁵ Bis Ende des letzten Jahres hielt der überproportionale Beschäftigungsanstieg an; seither gibt es aber einen leichten Rückgang.

Der Besatz an Erwerbstätigen in Dienstleistungsunternehmen insgesamt ist in den neuen Bundesländern mittlerweile nur noch wenig kleiner als in Westdeutschland. Gemessen am Arbeitsvolumen, gibt es gar keinen Unterschied mehr. In den neuen Bundesländern ist die geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten deutlich höher — insbesondere deshalb, weil Teilzeitarbeit vergleichsweise wenig verbreitet ist.

c. Preise, Wertschöpfung und Produktivität

Die Anpassung an die Marktwirtschaft vollzog sich im Dienstleistungssektor in erheblichem Maße über Preisanhebungen. In den Dienstleistungsbereichen stiegen die Preise zum Teil sehr kräftig, unter anderem weil die staatliche Preisfixierung wegfiel. Anfangs haben auch lokale Knappheiten kräftige Preisanhebungen erlaubt. Mitunter war es zeitweise sogar möglich, Preise zu nehmen, die weit über dem westdeutschen Niveau lagen, wie beim Hotel- und Gaststättengewerbe.

Zu sehr starken Preisanhebungen kam es schon im Jahr 1990 — insbesondere nach Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Danach stiegen die Preise zwar verlangsamt, aber immer noch kräftig. Wie stark die Preissteigerungen die Entwicklung der Wirtschaftsleistung des ostdeutschen Dienstleistungsgewerbes bestimmt haben, läßt sich daran zeigen, daß die Bruttowertschöpfung bei konstanten Preisen (ohne Wohnungsvermietung) im Zeitraum von 1991 bis 1993 um knapp 40 vH, in laufenden Preisen dagegen um 80 vH stieg.

Alles in allem hat sich auch die Leistungskraft der Unternehmen verbessert. Trotzdem ist der Rückstand gegenüber Westdeutschland noch groß; bei der Pro-Kopf-Produktivität wurden in den ersten drei Vierteljahren von 1997 erst 55 vH des Niveaus des Dienstleistungssektors in Westdeutschland erreicht (Tabelle 4). Bei der Stundenproduktivität ist der Abstand noch größer. Der immer noch große Produktivitätsrückstand des Dienstleistungssektors in Ostdeutschland hat wohl mehrere Ursachen:

- Zu einem großen Teil hängt der Produktivitätsrückstand damit zusammen, daß sich die Zweigstruktur des Dienstleistungsgewerbes in den neuen Bundesländern stark von der in Westdeutschland unterscheidet. So haben solche Dienstleistungsaktivitäten, bei denen der Marktzugang zwar einfach ist, mit denen aber in der Regel nur niedrige Einkommen erzielt werden können, ein hohes Gewicht. Dagegen sind sogenannte höherwertige Dienstleistungen in den neuen Bundesländern vergleichsweise wenig vertreten — also solche, deren Erbringung außergewöhnliche fachliche Kenntnisse erfordert und die mit hohen Einkommen und hoher Produktivität verbunden sind (Abschnitt B.III).
- Eine weitere Ursache dürfte sein, daß sich in einigen Dienstleistungszweigen der neuen Bundesländer in starkem Maße westdeutsche Unternehmen engagiert haben, die aber meist lediglich ausführende und nachgeordnete Funktionen haben. Der Qualifikationsgrad und die Produktivität der in den entsprechenden Dienstleistungszweigen tätigen Beschäftigten liegen daher unter dem Durchschnitt der Branchen in den alten Bundesländern (Abschnitt B.III).
- Zudem ist eine geringe Produktivität nicht selten Folge unterausgelasteter Kapazitäten. Bei einer Reihe von Dienstleistungsaktivitäten — insbesondere bei solchen, bei denen Existenzgründer einen leichten Marktzugang vermuteten — ist in den letzten Jahren das Angebot der Nachfrage weit vorausgeeilt.
- Schließlich ist das Preisniveau für Dienstleistungen in den neuen Ländern niedriger als in den alten Ländern. Das spiegelt sich auch in den statistisch ausgewiesenen Produktivitätsunterschieden.

Der Produktivitätsrückstand ist also nicht nur auf unzureichende Anpassungsfortschritte der ostdeutschen Dienstleistungsunternehmen zurückzuführen, sondern er ist zu einem guten Teil strukturbedingt. Überdies dürfte es noch erhebliche Produktivitätsunterschiede innerhalb der einzelnen Zweige und Sparten des Dienstleistungsgewerbes geben. Es gibt in den neuen Bundesländern nicht wenige Dienstleistungsbetriebe, die bei der Produktivität mit vergleichbaren westdeutschen Betrieben gut mithalten können, aber die sind wohl in der Minderheit.

d. Wirtschaftliche Lage

Große Unterschiede zwischen den Unternehmen scheint es auch bei der Geschäftslage zu geben. Um einen tieferen Einblick in die wirtschaftlichen Vorgänge im Dienstleistungssektor zu bekommen, als die amtliche Statistik dies erlaubt, hat das DIW im Herbst 1996 im Rahmen seiner traditionellen Unternehmensumfrage erstmals auch Unternehmen ausgewählter produktionsnaher Dienstleistungsbranchen befragt (vgl. im einzelnen Brenke und Eickelpasch 1997). Insgesamt haben 1 100 Dienstleistungsunternehmen verwertbare Fragebögen zurückgesandt. Die an der Umfrage beteiligten Unternehmen sind nach fünf Dienstleistungszweigen zusammengefaßt worden: EDV-Dienstleistungen (Hardware- und Softwareberatung, Softwareentwicklung und Datenverarbeitungsdienste), Ingenieurdienste für das Bauwesen (Architekten, Bauingenieure, Statiker und Vermessungsbüros), andere Ingenieurdienste (private Forschungs- und Entwicklungslabors und Ingenieurbüros, die auf den Gebieten Elektrotechnik, Maschinenbau, Verfahrenstechnik, Energietechnik oder Industrie-Design tätig sind oder die technische, physikalische oder chemische Untersuchungen durchführen), Wirtschafts- und Unternehmensberatung, Werbung, Markt- und Meinungsforschung sowie sonstige produktionsnahe Dienstleistungen (wie gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften, Schreib- und Übersetzungsbüros, Abfallbeseitigung).¹⁶

Tabelle 5 – Probleme ostdeutscher produktionsnaher Dienstleistungsunternehmen 1996

	EDV-Dienstleistungen	Ingenieur-dienstleistungen für das Bauwesen	Andere Ingenieurdienstleistungen	Unternehmensberatung	Marketing- und Werbedienstleistungen	Sonstige produktionsnahe Dienstleistungen
	<i>... vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe nannten als großes Problem ...</i>					
Die Personalkosten sind zu hoch. ^a	53	68	57	40	52	55
Die Sozialversicherungsbeiträge für die Arbeitnehmer steigen zu schnell. ^a	61	43	51	49	52	66
Der Konkurrenzdruck nimmt zu.	39	52	50	25	29	46
Die Zahlungsmoral der Kunden ist schlecht.	48	77	63	56	79	57
Das Eigenkapital ist zu gering.	59	61	52	42	52	51
Die Liquiditätslage ist angespannt.	52	44	43	35	51	28
Die Löhne und Gehälter steigen zu schnell. ^a	23	29	17	14	22	33
Die Finanzierungsmittel für Investitionen fehlen.	46	36	34	30	45	34
Zu hohe Belastung durch Zinsen und/oder Tilgung.	21	30	16	15	25	29
Es fehlen Sicherheiten, um Kredite zu erhalten.	51	35	36	40	50	38
Die Anbieter vergleichbarer Produkte sind preiswerter.	19	16	18	10	13	29
Die kommunale Verwaltung ist schwerfällig.	39	72	56	49	48	56
Der Vertrieb ist unzureichend.	42	6	16	18	14	9
Qualifiziertes Personal ist schwer zu bekommen.	35	26	30	43	45	41
Die Infrastruktur am Standort ist unzureichend.	23	14	20	20	29	36
Die Produktionsanlagen und -gebäude sind veraltet.	3	2	2	1	5	9
Der innerbetriebliche Arbeitsablauf ist noch nicht optimal.	16	7	10	9	8	17
Grundstücks- und Gewerbeflächen sind knapp bzw. teuer.	18	24	14	23	30	29
Der Kundendienst/Service reicht noch nicht aus.	9	4	6	8	9	14
^a Angaben für Unternehmen mit fünf und mehr Beschäftigten (einschließlich tätiger Inhaber und mithelfender Familienangehörigen).						

Quelle: Umfrage des DIW vom Herbst 1996.

Die Befragungsergebnisse zeigen ein uneinheitliches Bild. Der eine Teil der Unternehmen scheint sich im Wettbewerb zu behaupten, der andere Teil hat offensichtlich noch nicht recht Fuß gefaßt. Dies darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein großer Teil der Unternehmen auch hier einem Bündel von Einzelproblemen gegenübersteht. An der Spitze der Problemliste stehen Finanzierungs- und Liquiditätsengpässe. Dieser Befund zieht sich durch alle Dienstleistungszweige (Tabelle 5). Vielfach ist die Rentabilität immer noch mangelhaft: Im Jahr 1995 hat knapp die Hälfte der erfaßten Dienstleistungsbetriebe keinen Gewinn gemacht. 1996 war der Anteil ebenso hoch (Tabelle 6). Zahlreiche Unternehmen machten eine schlechte Zahlungsmoral ihrer Kunden für Probleme verantwortlich, in einigen Branchen ist das bei fast vier Fünfteln der Unternehmen der Fall. All dies zeigt, daß die Situation vieler Dienstleistungsunternehmen angespannt ist. In dieses Bild paßt, daß die Hälfte der Dienstleistungsbetriebe die Höhe der Löhne und der Lohnnebenkosten beklagt.

Recht häufig sind Dienstleistungsbetriebe mit der Leistung der örtlichen Verwaltung unzufrieden. Das gilt vor allem für Architekten sowie für Bau- und Vermessungsingenieure. Viele fühlen sich bei öffentlichen Aufträgen benachteiligt, und etliche zweifeln an, ob es dabei immer mit rechten Dingen zugeht. In allen Dienstleistungszweigen werden Beschwerden auch darüber geführt, daß Eintragungen in das Handelsregister und in das Grundbuch zu lange dauern und daß der Ausbau der Infrastruktur nur schleppend vorankommt. Daneben nennen die Unternehmen noch eine Reihe anderer Probleme. Hervorzuheben sind die Schwierigkeiten, qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Vor allem bei Unternehmensberatern und Werbebüros ist dies nicht selten der Fall (Abschnitt B.III.2.a).

Reichlich ein Viertel der Dienstleistungsunternehmen war mit der Auftragslage zufrieden, die Hälfte bezeichnete sie als normal und ein Fünftel als schlecht (Tabelle 7). Bemerkenswerterweise beur-

Tabelle 6 – Ertragslage ostdeutscher produktionsnaher Dienstleistungsunternehmen 1995 und 1996

	EDV-Dienstleistungen	Ingenieurleistungen für das Bauwesen	Andere Ingenieurleistungen	Unternehmensberatung	Marketing- und Werbedienstleistungen	Sonstige produktionsnahe Dienstleistungen
... vH der Unternehmen erwirtschafteten 1995 ...						
deutliche Verluste	18	10	12	11	16	16
ein ausgeglichenes Ergebnis	33	20	30	32	25	16
einen geringen Gewinn	30	33	27	21	31	37
einen akzeptablen Gewinn	16	35	26	28	25	21
Keine Angabe über Ertragslage 1995	3	5	2	8	4	10
<i>Unternehmen insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100
... vH der Unternehmen erwirtschafteten 1996 ...						
deutliche Verluste	10	8	12	11	15	10
ein ausgeglichenes Ergebnis	38	23	33	33	25	29
einen geringen Gewinn	35	21	34	30	33	32
einen akzeptablen Gewinn	13	25	16	18	18	18
Ertragslage 1996 noch nicht abzuschätzen	4	13	5	8	9	11
<i>Unternehmen insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100

Quelle: Umfrage des DIW vom Herbst 1996.

Tabelle 7 – Auftragslage ostdeutscher produktionsnaher Dienstleistungsunternehmen 1996

	EDV-Dienstleistungen	Ingenieurleistungen für das Bauwesen	Andere Ingenieurleistungen	Unternehmensberatung	Marketing- und Werbedienstleistungen	Sonstige produktionsnahe Dienstleistungen
... vH der Unternehmen bewerten ihre Auftragslage als ...						
eher gut	22	33	24	27	31	24
befriedigend	52	42	54	53	52	63
eher schlecht	26	25	22	20	17	13
<i>Unternehmen insgesamt</i>	100	100	100	100	100	100

Quelle: Umfrage des DIW vom Herbst 1996.

teilten zum Befragungszeitpunkt solche Unternehmen ihre Auftragslage als recht gut, die ihre Aufträge von der Bauwirtschaft erhalten, wie Bauingenieure oder Architekten. Das mag sich inzwischen aber geändert haben.

Wie zu erwarten war, bedienen die meisten Unternehmen im wesentlichen die Märkte in ihrer näheren Umgebung. Das gilt vor allem für Unternehmensberater sowie für solche Ingenieurbüros, die baunahe Dienste leisten. Teilweise wird mehr als die Hälfte des gesamten Umsatzes in einem Umkreis von etwa 30 km getätigt (Tabelle 8). Es gibt aber auch einen erheblichen Anteil von Unternehmen, die Geschäfte mit Kunden in Westdeutschland oder im Ausland machen. Solche Unternehmen finden sich vergleichsweise häufig in der Gruppe der EDV-Dienstleistungen, aber auch bei den Ingenieurbüros, die andere als baunahe Dienstleistungen erbringen. Insgesamt werden mit Kunden in Ostdeutschland im Schnitt drei Viertel des Umsatzes abgewickelt.

Ein Vergleich von wirtschaftlichen Leistungskennziffern mit der Situation in Westdeutschland ist anhand der amtlichen Statistik nicht möglich — er war auch im Rahmen der DIW-Umfrage nicht vorgesehen. Um einen Eindruck von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Dienstleistungsbetriebe zu bekommen, wurde auf Informationen des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. (VVC) zurückgegriffen: Der VVC bewertet im Rahmen seiner Auskunftstätigkeit laufend die Bonität von im Handels- bzw. im Gewereregister erfaßten Unternehmen. Die Bonität wird anhand eines Index erfaßt, der sich überwiegend aus der Bewertung der Zahlungsweise des betreffenden Unterneh-

Tabelle 8 – Regionale Verteilung der Umsätze von ostdeutschen produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen 1996

	Vom gesamten Umsatz entfallen ... vH auf die jeweilige Region					Umsatz insgesamt
	Nähere Umgebung ^a	Übrige neue Länder	Übrige alte Länder	Osteuropa	Übriges Ausland	
EDV-Dienstleistungen	26	42	29	1	2	100
Ingenieurdienstleistungen für das Bauwesen	57	28	15	0	0	100
Andere Ingenieurdienstleistungen	38	46	13	1	2	100
Unternehmensberatung	52	33	12	2	1	100
Marketing- und Werbedienstleistungen	59	25	13	0	3	100
Sonstige produktionsnahe Dienstleistungen	47	22	30	0	1	100

^aIm Radius von etwa 30 km.

Quelle: Umfrage des DIW vom Herbst 1996.

mens, aus dem Urteil über die Kreditwürdigkeit durch die Gläubiger und aus den Umsatz- und anderen Finanzdaten des betreffenden Unternehmens zusammensetzt.

Der VVC hat im Herbst 1997 für diesen Bericht eine differenzierte Sonderauswertung des Bonitätsindex bei den Unternehmen durchgeführt, die nach der Wirtschaftszweigsystematik zu den produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen gezählt werden. Die Auswertung erfaßt reichlich 83 000 Dienstleistungsunternehmen in Ostdeutschland und knapp 496 000 Dienstleistungsunternehmen in Westdeutschland. Hinzu kommen 33 000 Dienstleistungsunternehmen, die ihren Sitz in Berlin haben. Diesen Angaben zufolge wird die Bonität von knapp zwei Fünfteln der ostdeutschen Dienstleistungsunternehmen als gut bewertet (Tabelle 9). Bei fast der Hälfte der Unternehmen ist die Bonität be-

Tabelle 9 – Unternehmen ausgewählter produktionsnaher Dienstleistungsbereiche in Ostdeutschland^a nach ihrer Bonität 1997 (vH der Unternehmen des jeweiligen Zweiges)

	Unternehmen mit ... Bonität						Alle Unternehmen mit Bonitätsbewertung	Unternehmen ohne Bonitätsbewertung (vH aller Unternehmen)	Nachrichtlich: Alle Unternehmen (Anzahl)
	sehr hoher	hoher	mittlerer	geringer	sehr geringer	ungenügender			
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,0	30,4	53,3	3,3	2,2	10,7	100	27,4	20 320
Vermietung beweglicher Sachen	0,0	35,7	44,0	3,6	2,4	14,2	100	21,6	4 059
Datenverarbeitung und Datenbanken	0,0	39,8	43,8	3,7	2,0	10,7	100	24,1	5 203
darunter:									
Hardwareberatung	0,0	43,4	44,5	0,6	1,1	10,4	100	19,5	584
Softwarehäuser	0,0	39,1	43,7	5,0	2,3	9,8	100	23,4	1 747
Datenverarbeitungsdienste	0,0	40,3	42,8	3,6	2,1	11,1	100	25,2	2 208
Forschung und Entwicklung	0,0	29,5	61,0	2,3	1,0	6,2	100	31,6	757
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	0,1	40,6	45,4	2,8	1,9	9,2	100	25,4	52 845
darunter:									
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung,									
Markt- und Meinungsforschung	0,3	37,0	51,5	2,1	1,6	7,6	100	32,2	17 176
Architektur- und Ingenieurbüros	0,0	47,9	40,7	2,3	1,5	7,5	100	19,1	16 730
Technische, physikalische und chemische									
Untersuchung	0,0	34,1	54,0	3,6	1,8	6,5	100	27,1	462
Werbung	0,0	38,3	39,7	5,2	3,1	13,8	100	20,3	5 470
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung									
von Arbeitskräften	0,0	27,7	46,8	3,9	2,9	18,7	100	31,0	706
Detekteien und Schutzdienste	0,0	30,7	46,2	2,5	1,4	19,2	100	23,1	732
Reinigung von Gebäuden, Inventar und									
Verkehrsmitteln	0,0	43,0	42,8	3,1	1,3	9,9	100	15,4	2 904
Dienstleistungsunternehmen insgesamt ^d	0,1	37,7	47,2	3,0	2,0	9,9	100	25,7	83 184
Nachrichtlich:									
Dienstleistungsunternehmen in den alten Bundesländern ^a	0,4	52,0	36,4	1,8	1,4	8,1	100	28,2	495 726
Dienstleistungsunternehmen in Berlin	0,3	48,1	36,4	2,6	0,7	11,8	100	28,8	33 255

^aOhne Berlin.

Quelle: Verband der Vereine Creditreform, DIW.

friedigend, bei 5 vH der Unternehmen ist sie gering bzw. sehr gering, und bei einem knappen Zehntel ist sie ungenügend.¹⁷ Bei Unternehmen der letztgenannten Gruppe wird vom VVC empfohlen, eine Geschäftsverbindung erst gar nicht aufzunehmen. Besonders ungünstig wird die Lage in der Leasing-Branche, bei Werbebüros, beim Arbeitskräfteverleih und bei Detekteien und Schutzdiensten eingeschätzt. Günstiger als im Durchschnitt aller Zweige wird sie bei Unternehmen der Datenverarbeitung, bei Architektur- und Ingenieurbüros sowie im Reinigungsgewerbe bewertet.

Dies erscheint auf den ersten Blick recht positiv, ist aber zu relativieren, denn in Westdeutschland wird die Situation deutlich günstiger eingeschätzt (Tabelle A1 im Anhang). Überall ist der Anteil der Unternehmen, die eine hohe bzw. durchschnittliche Bonität aufweisen, in Ostdeutschland niedriger als in Westdeutschland und der Anteil der Unternehmen, die eine schwache bzw. mangelhafte Bonität haben, höher als in Westdeutschland.

Dieses Bild mag zu einem gewissen Teil damit begründet werden, daß in Ostdeutschland junge Unternehmen das Bild bestimmen, die sich noch nicht recht etablieren konnten. Wie die Auswertungen des VVC zeigen, sind gut zwei Fünftel der erfaßten Dienstleistungsbetriebe erst 1993 oder später gegründet worden und somit nicht älter als fünf Jahre. Allein ein Fünftel der Unternehmen ist nicht älter als 2,5 Jahre¹⁸ (Tabelle 10). Die Altersstruktur in den einzelnen Dienstleistungszweigen weicht dabei nicht wesentlich vom Durchschnitt ab. In den alten Ländern ist der Anteil der Unternehmen, die schon lange bestehen, naturgemäß deutlich höher, knapp drei Fünftel der Unternehmen wurden vor 1991 gegründet. Bemerkenswert ist allerdings, daß, betrachtet man lediglich die Unternehmen, die 1991 und später gegründet wurden, in den alten Ländern der Anteil der jungen Unternehmen höher ist als der entsprechende Anteil in den neuen Ländern. Dies schlägt sich darin nieder, daß der Anteil der

Tabelle 10 – Unternehmen ausgewählter produktionsnaher Dienstleistungsbereiche in Ostdeutschland^a nach ihrem Gründungsjahr^b 1997 (vH der Unternehmen des jeweiligen Zweiges)

	Unternehmen mit Gründungsjahr ...							Alle Unternehmen	Nachrichtlich: Alle Unternehmen (Anzahl)
	vor 1991	1991	1992	1993	1994	1995	1996 bis Herbst 1997		
Grundstücks- und Wohnungswesen	23,5	13,3	13,0	13,5	13,3	10,9	12,5	100	19 920
Vermietung beweglicher Sachen	36,7	15,0	12,7	10,6	8,4	7,3	9,3	100	3 989
Datenverarbeitung und Datenbanken	35,3	12,9	11,3	10,8	9,9	9,2	10,6	100	5 159
darunter:									
Hardwareberatung	32,4	16,2	12,7	10,5	9,3	10,0	9,0	100	581
Softwarehäuser	38,3	10,3	10,8	10,8	9,5	9,8	10,5	100	1 730
Datenverarbeitungsdienste	36,2	14,4	11,6	11,4	10,6	8,0	7,9	100	2 187
Forschung und Entwicklung	23,8	14,7	13,4	10,1	10,2	8,7	19,1	100	723
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	33,8	13,9	12,0	10,6	9,9	8,7	11,1	100	46 448
darunter:									
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung	33,5	14,3	11,8	10,1	9,1	9,4	11,8	100	14 591
Architektur- und Ingenieurbüros	32,0	14,7	12,9	10,8	10,6	8,6	10,3	100	13 694
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	24,8	13,0	14,9	12,5	9,4	11,3	14,2	100	424
Werbung	38,2	15,6	12,8	10,2	8,4	6,9	8,0	100	5 285
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	23,8	8,1	7,5	11,1	14,3	14,8	20,5	100	694
Detekteien und Schutzdienste	25,5	13,7	11,6	14,7	13,0	11,3	10,1	100	706
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	47,7	12,4	10,5	8,6	7,7	5,8	7,3	100	2 881
<i>Dienstleistungsunternehmen insgesamt</i>	31,2	13,8	12,2	11,4	10,7	9,3	11,4	100	76 239
Nachrichtlich:									
Dienstleistungsunternehmen in den alten Bundesländern ^a	56,6	5,5	6,1	6,6	7,3	7,4	10,6	100	424 557
Dienstleistungsunternehmen in Berlin	44,6	8,8	9,3	9,6	9,2	7,8	10,7	100	29 054

^aOhne Berlin. — ^bErster Handels- bzw. Gewerberegistereintrag.

Quelle: Verband der Vereine Creditreform, DIW.

ostdeutschen Unternehmen an allen Unternehmen in Deutschland bei den 1996 und 1997 gegründeten Unternehmen etwa 15 vH beträgt. Bei den 1991–1994 gegründeten belief sich dieser Anteil noch auf 20 vH und mehr (Tabelle A2).

Aktuelle Hinweise auf die Entwicklung von Geschäfts- und Ertragslage eines großen Teils der Dienstleistungsunternehmen geben die regelmäßig von den Industrie- und Handelskammern durchgeführten Konjunkturumfragen. Danach hat sich im Herbst 1997 die Geschäftslage der ostdeutschen Dienstleister spürbar verschlechtert. Zwar schätzte die Mehrzahl der befragten Unternehmen ihre Geschäftslage als befriedigend ein, doch gab es im Gegensatz zu den vorhergehenden Erhebungen mehr Unternehmen, die ihre Geschäftslage als schlecht bewerteten, als solche, die sie als gut einstufen (Tabelle 11). Ungünstiger als zuvor wird die Lage von den Unternehmen des Gastgewerbes und der unternehmensorientierten Dienstleistungen beurteilt; beim Kreditgewerbe und bei der Versicherungswirtschaft scheinen sich dagegen die Geschäfte besser zu entwickeln (DIHT 1997:15). In den alten Bundesländern hellt sich dagegen bei den Dienstleistungsunternehmen das Bild der Geschäftslage etwas auf. Der Unterschied zu Ostdeutschland besteht im wesentlichen darin, daß sich bei den westdeutschen unternehmensorientierten Dienstleistungsbetrieben die Geschäftslage stetig verbessert (DIHT 1997: 11). Ähnliches zeigt sich bei der Entwicklung der Ertragslage (Tabelle 12).

Tabelle 11 – Geschäftslage von Dienstleistungsunternehmen, die Mitglied einer Industrie- und Handelskammer sind,^a in Ostdeutschland und Westdeutschland 1995–1997

	Herbst 1995	Februar 1996	Herbst 1996	Februar 1997	Herbst 1997
<i>Ostdeutschland</i>					
Die Geschäftslage ist bei ... vH der Unternehmen ...					
gut	27	25	23	23	19
befriedigend	57	60	55	59	58
schlecht	16	15	22	18	23
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100	100
<i>Westdeutschland</i>					
Die Geschäftslage ist bei ... vH der Unternehmen ...					
gut	23	21	17	22	22
befriedigend	62	66	61	59	61
schlecht	15	13	22	19	17
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100	100

^aEinschließlich Unternehmen des Verkehrsgewerbes.

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelstag.

Tabelle 12 – Veränderung der Ertragslage von 1996 bis 1997 bei Dienstleistungsunternehmen, die Mitglied einer Industrie- und Handelskammer sind,^a in Ostdeutschland und Westdeutschland

	Gastgewerbe	Kreditgewerbe	Versicherungsgewerbe	Unternehmensorientierte Dienstleistungen	Sonstige Dienstleistungen
<i>Ostdeutschland</i>					
Bei ... vH der Unternehmen ...					
hat sich die Gewinnlage verbessert	19	28	30	15	24
ist die Gewinnlage gleich geblieben	30	54	67	36	36
hat sich die Gewinnlage verschlechtert	51	18	3	49	40
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100	100
<i>Westdeutschland</i>					
Bei ... vH der Unternehmen ...					
hat sich die Gewinnlage verbessert	23	25	23	26	19
ist die Gewinnlage gleich geblieben	34	43	51	36	37
hat sich die Gewinnlage verschlechtert	43	32	26	38	44
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100	100

^aEinschließlich Unternehmen des Verkehrsgewerbes.

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelstag.

III. Dienstleistungen als Teil der Produktion und der Konsumtion: Ausgewählte Aspekte

1. Beschäftigungsstrukturen: Wo gibt es eine Dienstleistungslücke in Ostdeutschland?

Eine wichtige Frage ist, ob es in Ostdeutschland eine „Dienstleistungslücke“ gibt. Um dies zu klären, werden im folgenden drei verschiedene Sichtweisen verwendet: eine institutionell orientierte, die den Blick zunächst auf den Besatz mit unterschiedlichen Dienstleistungsbranchen richtet; eine funktional orientierte, die ihn auf die ausgeübten Berufe lenkt; und eine tätigkeitsbezogene, die ihn schließlich auf die Hauptaktivitäten der Erwerbstätigen richtet.

a. *Beschäftigung nach Bereichen*

Der Dienstleistungssektor setzt sich aus sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Aktivitäten zusammen. Einen tieferen Einblick in seine Struktur gibt der Mikrozensus, deren letzte Ergebnisse für April 1995 vorliegen, und die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Ende Juni 1996 (Tabelle 13 und Tabelle A3 im Anhang). Beide Quellen ermöglichen einen Vergleich der Erwerbstätigkeit in den Zweigen des Dienstleistungsgewerbes zwischen den neuen und den alten Bundesländern — wenn auch mit Einschränkungen.¹⁹

Bei einem solchen Vergleich zeigen sich zwar auf den ersten flüchtigen Blick keine großen Unterschiede, wohl aber bei näherer Betrachtung. So hat — gemessen an der Bevölkerungszahl — das Grundstücks- und Wohnungswesen in Ostdeutschland deutlich mehr Erwerbstätige als in Westdeutschland. Das liegt zum einen an dem in den neuen Bundesländern vergleichsweise hohen Anteil an Mietwohnungen am gesamten Wohnungsbestand. Zum anderen hängt es wohl auch damit zusammen, daß sich die Mietwohnungen größtenteils im Besitz großer Wohnungsunternehmen befinden, die teilweise noch über eigene Handwerkerkolonnen verfügen, in Westdeutschland greifen dagegen die Eigentümer und Verwalter von Mietwohnungen überwiegend auf Fremdfirmen zurück.

Überdurchschnittlich ist in den neuen Bundesländern ebenfalls der Besatz mit Architektur- und Bauingenieurbüros. Das ist angesichts der hohen Bautätigkeit nicht verwunderlich. Gleichwohl ist er nicht so hoch, wie er sein könnte: Nicht wenige der Baumaßnahmen werden von in Westdeutschland ansässigen Architekten und Bauingenieuren betreut.

Abgesehen von den Architektur- und Bauingenieurbüros ist dagegen in Ostdeutschland der Besatz an solchen produktionsnahen Dienstleistungen gering, die gemeinhin als „höherwertig“ bezeichnet werden, da bei ihnen eine hohe fachliche Qualifikation erforderlich ist. So gibt es sehr wenige Erwerbstätige in der Rechts- und Wirtschaftsberatung, in Werbeagenturen, in privaten Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sowie bei EDV-Dienstleistungen. Dies sind allesamt Dienste, die es in der DDR kaum gab, sondern auch solche, die vor der Wende eine große Zahl von Personen beschäftigten, wie die industrienaher Forschung und Entwicklung. Große Unterschiede zwischen Ost und West zeigen sich auch dann noch, wenn man die im Osten längere Jahresarbeitszeit berücksichtigt.

Einfache produktionsnahe Dienstleistungen haben in Ostdeutschland hingegen ein vergleichsweise großes Gewicht.²⁰ So gibt es ein viel umfangreicheres Angebot als in den alten Bundesländern bei Schutz-, Wach- und Botendiensten sowie für die Reinigung von Gebäuden oder Fahrzeugen — also bei solchen Dienstleistungen, bei denen die Markteintrittshürden niedrig liegen, bei denen aber in der Regel nur niedrige Einkommen erzielt werden können. In diesen Zweigen dürften deshalb in Ostdeutschland die Einkommen, die erwirtschaftet werden können, deutlich unter denen in Westdeutschland liegen, da es infolge des großen Angebots wohl einen starken Druck auf die Preise gibt.

Gering ist der auf die neuen Bundesländer entfallende Anteil an Erwerbstätigen im Kredit- und Versicherungsgewerbe. Eine Ursache dafür ist, daß der ostdeutsche Markt in starkem Maße von den großen, überregional tätigen deutschen Banken und Versicherungsunternehmen geprägt wird, deren personalintensive Zentralen in Westdeutschland liegen. Das zeigt sich in der Struktur der Beschäftig-

Tabelle 13 – Kennziffern zur Erwerbstätigkeit im Dienstleistungsgewerbe^a Ostdeutschlands im April 1995 (vH)

	Anteil der ostdeutschen Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen in der Bundesrepublik	Anteil der Selbständigen ^b an allen Erwerbstätigen		Anteil der abhängig Beschäftigten mit Teilzeittätigkeit an allen abhängig Beschäftigten		Anteil des Arbeitsvolumens in Ostdeutschland am gesamten Arbeitsvolumen ^c in der Bundesrepublik
		Ostdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	Westdeutschland	
Handel	17	10	13	17	25	18
Verkehrsgewerbe, Nachrichtenübermittlung	28	5	11	5	14	28
Kreditgewerbe, Versicherungsunternehmen	11	17	7	6	15	12
Kreditinstitute u. ä. Finanzdienstleistungen	10	5	2	5	16	12
Versicherungen	11	36	17	8	14	13
Grundstücks- und Wohnungswesen	25	14	32	7	25	26
Produktionsnahe Dienstleistungen	16	13	21	15	25	18
Vermietungen beweglicher Güter	22	. ^d	16	. ^d	17	24
EDV - Dienstleistungen	11	7	19	8	14	9
FuE: Natur-, Ing., Agrarwiss.; naturwiss. Untersuchungen	12	4	5	8	12	11
Rechts-, Steuer-, Unternehmensberatung, Marktforschung	11	17	25	11	27	13
Architektur- und Ingenieurbüros	21	18	32	8	21	23
Werbung	13	. ^d	33	. ^d	18	12
Arbeitnehmervermittlung	20	. ^d	3	. ^d	11	25
Schutzdienste, Detekteien	41	4	8	7	13	43
Reinigung v. Gebäuden, Inventar, Verkehrsmitteln	24	6	7	40	59	32
Sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen	13	18	25	13	24	15
Konsumbezogene Dienstleistungen	17	17	22	15	30	19
Beherbergungsgewerbe	21	12	24	11	22	21
Speisegaststätten, Kantinen, Catering	20	19	26	14	26	19
Rundfunk, Fernsehen, Filmherst. - u. theat., Nachr.büros	14	. ^d	25	. ^d	20	12
Freizeit, Sport, Kultur, Erholung	18	26	37	23	34	18
Private Haushalte	4	. ^d	3	. ^d	72	7
Gesundheits-, Bildungs- und soziale Dienste	16	11	14	20	29	19
Kindergärten, Grund- und weiterführende Schulen	20	2	5	27	31	23
Hochschulen, Erwachsenenbildung	26	12	30	21	34	32
Gesundheits- und Veterinärwesen	14	17	18	12	25	18
Sozialwesen	15	1	3	21	28	17
Sonstige Dienstleistungen	20	14	20	21	29	12
<i>Nachrichtlich:</i>	24	-	-	20	29	23
Ausgewählte staatliche Dienste						
Kindergärten, Grund- und weiterführende Schulen	29	-	-	27	31	27
Hochschulen, Erwachsenenbildung	20	-	-	21	34	19
Gesundheits- und Veterinärwesen	22	-	-	12	25	22
Sozialwesen	20	-	-	21	28	20
<i>Nachrichtlich:</i>						
Gesamte Wirtschaft						
Erwerbstätige	20	5	10	11	18	20
Abhängig Beschäftigte	21	-	-	12	19	21

^aPrivate Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbszweck. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cBerechnet auf der Basis der im allgemeinen geleisteten Wochenarbeitsstunden. — ^dAussagekraft wegen geringer Fallzahl zu unsicher.

Quelle: Mikrozensus 1995 — Statistisches Bundesamt.

ten: Im ostdeutschen Bank- und Versicherungsgewerbe ist der Anteil der Personen in Leitungsfunktionen vergleichsweise gering (Tabelle 14).

Ein ähnliches, wenn auch nicht so ausgeprägtes Muster wie bei den produktionsnahen Dienstleistungszweigen zeigt sich bei den konsumnahen Zweigen. Dienste wie Straßenreinigung, Körperpflege oder Wäschereien sind in den neuen Bundesländern überrepräsentiert. Dagegen ist etwa die Medienwirtschaft — ein Zweig mit anspruchsvollen Qualifikationsanforderungen — kaum präsent.

Keine großen Unterschiede gibt es im Gastgewerbe. Im Osten ist, wiederum die Bevölkerungszahl als Maßstab genommen, das Niveau der Beschäftigung sogar etwas höher als im Westen. Dasselbe gilt für Dienstleistungen im Bereich „Freizeit, Sport, Kultur und Erholung“, zumal neben privaten Unternehmen der Staat solche Dienste in starkem Maße anbietet. Auffällig ist, daß es im Vergleich zu Westdeutschland eine sehr hohe Zahl von Beschäftigten im Zweig „Theater und Kunst“ gibt, und zwar nicht nur in staatlichen Einrichtungen, sondern auch bei privaten Trägern (Franz 1997).

Tabelle 14 – Beschäftigte in Führungspositionen und in anderen herausgehobenen Positionen im ostdeutschen (O) und westdeutschen (W) privaten Dienstleistungsgewerbe^a April 1995 (vH)

	Anteil der abhängig Beschäftigten in der jeweiligen Position an allen abhängig Beschäftigten ^b					
	Direktor, Geschäftsführer, Abt.leiter, Prokurist u.ä.		Sachgebietsleiter, Referent, Handlungsbevollmächt. u.ä.		andere herausgehobene Fachkräfte	
	O	W	O	W	O	W
Handel	4	6	2	2	5	7
Verkehrsgewerbe, Nachrichtenübermittlung	2	4	2	2	8	7
Kreditgewerbe, Versicherungsunternehmen	7	10	5	6	11	11
Kreditinstitute u. ä. Finanzdienstleistungen	7	10	5	5	11	12
Versicherungen	6	8	5	7	11	11
Grundstücks- und Wohnungswesen	7	8	6	4	8	10
Produktionsnahe Dienstleistungen	4	6	3	3	16	18
Vermietungen beweglicher Güter	. ^c	5	. ^c	3	. ^c	8
EDV - Dienstleistungen	7	10	3	6	32	34
FuE: Natur-, Ing., Agrarwiss.; naturwiss. Untersuchungen	3	7	6	5	39	27
Rechts-, Steuer-, Unternehmensberatung, Marktforschung	5	5	3	3	13	15
Architektur- und Ingenieurbüros	5	6	5	2	38	31
Werbung	. ^c	7	. ^c	5	. ^c	18
Arbeitnehmervermittlung	. ^c	5	. ^c	0	. ^c	5
Schutzdienste, Detekteien	1	3	2	1	2	5
Reinigung v. Gebäuden, Inventar, Verkehrsmitteln	1	2	0	0	2	2
Sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen	7	6	4	4	10	11
Konsumnahe Dienstleistungen	2	4	1	1	6	6
Beherbergungsgewerbe	2	5	1	0	4	5
Speisegaststätten, Kantinen, Catering	2	3	1	1	2	2
Rundfunk, Fernsehen, Filmherst.- u. theat., Nachr.büros	. ^c	8	. ^c	6	. ^c	26
Freizeit, Sport, Kultur, Erholung	4	6	2	2	20	14
Private Haushalte	. ^c	1	. ^c	0	. ^c	1
Gesundheits-, Bildungs- und soziale Dienste	3	3	3	1	18	16
Kindergärten, Grund- und weiterführende Schulen	4	3	3	2	27	27
Hochschulen, Erwachsenenbildung	2	5	6	4	35	39
Gesundheits- und Veterinärwesen	3	2	2	1	16	15
Sozialwesen	2	3	2	2	10	12
Sonstige Dienstleistungen	2	3	2	2	7	9
<i>Nachrichtlich:</i>						
Gesamte private Wirtschaft	3	5	2	2	10	11

^aPrivate Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbszweck. — ^bOhne Auszubildende. — ^cAussagekraft wegen geringer Fallzahl zu unsicher.

Quelle: Mikrozensus — Statistisches Bundesamt.

Höher als in Westdeutschland ist der Versorgungsgrad mit Kindertagesstätten und Schulen. So gibt es ein beachtliches Angebot von staatlichen wie von privaten Dienstleistern. Zudem fällt auf, daß vergleichsweise viele Erwerbstätige in privaten Einrichtungen der Erwachsenenbildung tätig sind. Das ist wohl die Folge davon, daß für die berufliche Weiterbildung umfangreiche Mittel im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes zur Verfügung stehen. Bei der Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen spielen staatliche Anbieter immer noch eine große Rolle. Ähnliches gilt für Dienstleistungen des Sozialwesens.

Zum Teil sehr starke Differenzen bestehen zwischen den neuen und den alten Bundesländern hinsichtlich des Anteils der Selbständigen an den Erwerbstätigen. In einer Reihe von Dienstleistungszweigen ist der Anteil in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland, in anderen ist er viel kleiner als dort (Tabelle 13). Dies reflektiert zu einem großen Teil Unterschiede in der durchschnittlichen Betriebsgröße. So sind die Betriebe des Grundstücks- und Wohnungswesens sowie des Beherbergungsgewerbes in Ostdeutschland im Mittel erheblich größer als in Westdeutschland.

b. Beschäftigung nach Tätigkeiten

Die institutionell orientierte Betrachtung des Dienstleistungssektors berücksichtigt nicht, daß auch in anderen Wirtschaftszweigen in zum Teil beträchtlichem Umfang Dienstleistungen erbracht werden — im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe sind nur noch 28 vH aller Erwerbstätigen (vorwiegend)

mit der Herstellung von Waren befaßt. Umgekehrt sind auch in Dienstleistungsunternehmen — freilich ungleich weniger — Personen (überwiegend) bei der Produktion von Sachgütern eingesetzt. Um die eingangs gestellte Frage nach einer „Dienstleistungslücke“ beantworten zu können, sind weitergehende Informationen über den Umfang der Dienstleistungserstellung in einzelnen Wirtschaftsbereichen auszuwerten.

Erwerbstätigkeit nach Berufen

Einer Auswertung des Mikrozensus nach dem ausgeübten Beruf²¹ zufolge entfallen auf je 1 000 Einwohner in Ostdeutschland 245 Erwerbstätige mit einem Dienstleistungsberuf, in Westdeutschland sind es hingegen 289 Personen. Dieser Unterschied spiegelt nur zu einem kleinen Teil die im ganzen etwas geringere Erwerbstätigkeit²² in den neuen Ländern wider; auch gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen gibt es in Ostdeutschland weniger Dienstleistungsbeschäftigte als in Westdeutschland: Während in Westdeutschland knapp 68 vH aller Erwerbstätigen einen Dienstleistungsberuf ausüben, sind es in Ostdeutschland gut 61 vH (Tabelle 15).

Betrachtet man verschiedene Dienstleistungsberufe, so fallen einige Besonderheiten ins Auge. Eine „Dienstleistungslücke“ ist vor allem bei den als „produktionsnah“ einzustufenden Dienstleistungsberufen²³ zu verzeichnen: In Ostdeutschland sind gemessen an allen Erwerbstätigen rund ein Sechstel weniger Personen tätig als in Westdeutschland. Unterdurchschnittliche Besatzziffern finden sich dabei vor allem bei Berufen des Kredit- und Versicherungswesens sowie bei technischen Dienstleistungsberufen. Hierin spiegeln sich, wie mehrfach erwähnt, auch Unterschiede in der regionalen Wirtschaftsstruktur: Die Standorte der beschäftigungsintensiven Hauptverwaltungen von Kreditinstituten und Versicherungsgesellschaften befinden sich zum überwiegenden Teil in Westdeutschland, und das Verarbeitende Gewerbe — im Westen der wichtigste Arbeitgeber für technische Dienstleister — ist in Ostdeutschland nur von geringem Gewicht.

Etwas geringer ist in Ostdeutschland auch der Anteil der Erwerbstätigen in Verwaltungsberufen. Während in den alten Bundesländern knapp 14 vH aller Erwerbstätigen einen solchen Beruf ausüben, sind es in den neuen Ländern knapp 12 vH. Im Vergleich zum Westen ist davon ein recht hoher Prozentsatz im öffentlichen Sektor tätig, nämlich rund ein Drittel (Westdeutschland: ein Sechstel). Hierin spiegelt sich wohl der immer noch relativ hohe Personalbesatz im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands.

Tabelle 15 – Erwerbstätige in Ostdeutschland (O) und Westdeutschland (W) nach dem ausgeübten Beruf April 1995

	Je 1 000 Erwerbstätige		In vH aller Erwerbstätigen	
	O	W	O	W
Ingenieure	11,6	12,0	2,9	2,8
Technische Dienste	11,7	17,3	2,9	4,1
Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen	6,5	12,3	1,6	2,9
Führung, Organisation, Beratung	17,4	19,6	4,4	4,6
Verwaltungsberufe	46,6	59,3	11,7	13,9
Schutz- und Reinigungsdienste	13,7	13,2	3,4	3,1
Vertrieb, Verkauf	52,7	58,1	13,2	13,6
Medien, Gastgewerbe, Körperpflege	19,5	21,3	4,9	5,0
Soziale Tätigkeiten	48,4	51,1	12,1	12,0
Innere und äußere Sicherheit, hoheitliche Aufgaben	17,0	24,5	4,3	5,8
<i>Dienstleistungsberufe insgesamt</i>	245,1	288,8	61,3	67,8
Land-, forstwirtschaftliche Berufe	12,3	12,3	3,1	2,9
Bergleute, Mineraliengewinner	0,9	1,4	0,2	0,3
Fertigungsberufe	69,1	79,0	17,3	18,6
Bauberufe	43,6	24,6	10,9	5,8
Andere	28,8	19,9	7,2	4,7
<i>Erwerbstätige insgesamt</i>	399,7	426,1	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH.

Näheres Hinsehen offenbart überdies weitere Unterschiede. So sind in Ostdeutschland die Beschäftigtenanteile bei Marketingfachleuten, bei EDV-Fachkräften, bei Rechtsberatern sowie bei Steuerberatern relativ gering. Zum Teil dürfte sich hierin ausdrücken, daß entsprechende Qualifikationen zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung nicht vorhanden waren und, weil sie erst durch eine langwierige Ausbildung erworben werden können, noch nicht vorhanden sind (Abschnitt B.III.2.a). Insofern handelt es sich dabei wohl auch um ein Angebotsproblem.

Vergleichsweise stark sind (private) Schutz- und Wachberufe in Ostdeutschland vertreten. Anders als in Westdeutschland wird dabei ein erheblicher Teil dieser Leistungen von darauf spezialisierten Unternehmen erbracht: Der Anteil des Schutz- und Wachpersonals, das innerhalb des Produzierenden Gewerbes oder auch des öffentlichen Dienstes tätig ist, liegt deutlich niedriger als in Westdeutschland. Hier findet offensichtlich ein hohes Maß an „Outsourcing“ statt. Ähnliches gilt für Reinigungsdienstleistungen.

Auch bei den als konsumnah zu klassifizierenden Diensten²⁴ weist Ostdeutschland geringere Besatzziffern auf als Westdeutschland, jedoch sind die Unterschiede nicht so groß. Einige Besonderheiten fallen wiederum auf, zum Beispiel ein in Ostdeutschland nahezu doppelt so hoher Besatz an Erziehern in Kindertagesstätten — ein Erbe aus DDR-Zeiten — oder ein leicht höherer Besatz in der Gastronomie. Der Anteil von Verkaufspersonal an allen Erwerbstätigen liegt hingegen mit 3,8 vH etwas niedriger als in Westdeutschland (4,2 vH).

Die beschriebenen Strukturen innerhalb des Dienstleistungssektors legen die Schlußfolgerung nahe, daß in Ostdeutschland vorwiegend Berufe und Tätigkeiten mit nur geringen Einkommenschancen vertreten sind. Um dies zu überprüfen, wurden die einzelnen Dienstleistungsberufe nach dem erzielten Einkommen geordnet, wobei zur Ausschaltung unterschiedlicher regionaler Effekte das durchschnittliche berufsspezifische Einkommen in Deutschland insgesamt als Klassifikationskriterium verwendet wurde.²⁵ Tatsächlich ergibt sich, daß in Ostdeutschland die unteren Einkommensklassen tendenziell stärker besetzt sind als in Westdeutschland, während es in den oberen Einkommensklassen gerade umgekehrt ist (Tabelle 16). Dieses Ergebnis spiegelt in gewisser Weise ein Muster wider, daß in der Diskussion um die Verbesserung der Beschäftigungschancen eine wichtige Rolle spielt, nämlich die Expansion Arbeitsfeldern in niedrig bezahlten Dienstleistungsberufen.

Tabelle 16 – Erwerbstätige im Dienstleistungsbereich nach standardisiertem Einkommen in Ostdeutschland und Westdeutschland 1995^a (Struktur in vH)

Monatliches Nettoeinkommen in DM	Ostdeutschland	Westdeutschland
unter 1 500	11,3	10,7
1 500 – 2 000	18,3	17,3
2 000 – 2 250	28,0	23,9
2 250 – 2 500	7,9	9,8
2 500 – 3 000	9,2	11,2
3 000 – 3 500	10,6	12,1
über 3 500	14,7	15,0
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0

^aDurchschnittliche Einkommen in einzelnen Berufsklassen in Deutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH.

Dienstleistungsberufe nach Wirtschaftsbereichen

Wie kaum anders zu erwarten, ist der größte Teil der Personen in Dienstleistungsberufen auch in solchen Wirtschaftsbereichen beschäftigt, die typischerweise dem Dienstleistungssektor in institutioneller Abgrenzung zugerechnet werden — in Westdeutschland sind dies 77 vH, in Ostdeutschland sogar 80 vH. Der Rest ist größtenteils im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe tätig (Tabelle 17). Der auf dieser Aggregationsebene feststellbare geringe Unterschied dürfte mit den unterschied-

Tabelle 17 – Erwerbstätige nach Branchen und Berufsklassen in Ostdeutschland (O) und Westdeutschland (W) April 1995 (vH aller Erwerbstätigen einer Berufsklasse)

Branchen	Land- u. Forstwirtschaft		Bergbau u. Energie		Verarbeitendes Gewerbe		Baugewerbe		Produktionsnahe Dienstleistungen		Distributive Dienstleistungen		Konsumnahe Dienstleistungen		Soziale Dienstleistungen		Staatliche Dienstleistungen		Insgesamt	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Ingenieure	0,86	0,22	5,54	3,01	30,41	43,43	24,46	11,41	18,80	21,76	8,98	8,02	0,53	0,57	5,08	4,03	5,34	7,54	100	100
Technische Dienste	4,01	0,68	6,67	3,73	25,98	52,16	17,32	7,91	15,66	12,28	12,17	12,11	0,85	0,63	10,58	3,56	6,78	6,93	100	100
Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen	–	0,02	0,47	–	0,15	0,97	0,47	0,21	91,24	94,21	1,69	1,61	1,38	1,42	0,16	0,14	4,44	1,41	100	100
Führung, Organisation, Beratung	3,26	0,49	2,68	1,24	18,01	28,18	13,87	4,97	21,63	31,92	24,58	22,42	2,79	2,91	5,02	2,87	8,15	4,99	100	100
Verwaltung	1,67	0,50	2,96	1,80	12,90	26,29	10,33	5,36	17,54	23,19	19,62	24,73	1,32	1,69	7,36	6,06	26,29	10,38	100	100
Schutzdienste	0,70	0,24	2,27	1,30	3,32	10,51	1,61	1,13	36,12	26,30	5,65	7,67	8,84	14,31	20,87	19,56	20,62	18,98	100	100
Reinigungsdienste	0,62	0,26	1,01	0,90	5,39	8,15	3,48	3,20	51,85	37,40	7,40	8,36	4,09	6,08	16,65	22,40	9,51	13,25	100	100
Vertrieb, Verkauf	3,61	0,94	1,56	0,75	14,51	24,32	5,93	2,60	4,13	3,96	64,32	62,25	1,49	1,31	1,58	1,20	2,85	2,68	100	100
Medien, Gastgewerbe, Körperpflege	0,46	0,44	0,71	0,38	2,26	5,82	0,41	0,27	17,55	17,99	2,68	4,02	56,31	55,04	14,93	13,53	4,67	2,52	100	100
Soziale Tätigkeiten	0,12	0,03	0,08	0,03	0,52	0,82	0,10	0,05	1,13	1,71	1,37	2,42	1,02	1,25	89,01	89,38	6,65	4,30	100	100
Innere und äußere Sicherheit	0,24	0,15	1,28	0,24	1,35	1,33	0,82	0,26	5,83	5,16	4,24	10,32	0,23	0,33	3,79	5,51	83,20	76,69	100	100
<i>Dienstleister insgesamt</i>	1,67	0,44	1,93	1,05	10,16	18,27	6,48	3,09	14,36	17,02	21,44	22,22	5,92	5,64	22,91	20,34	15,14	11,94	100	100
Land-, forstwirtschaftliche Berufe	76,44	89,70	0,32	0,10	1,56	0,99	0,83	0,20	2,29	1,05	0,99	1,08	1,48	0,63	2,80	1,37	13,30	4,88	100	100
Bergleute, Mineraliengewinner	–	–	78,90	71,03	8,37	16,71	6,42	5,73	–	1,50	2,09	3,74	–	0,16	–	0,81	4,21	0,33	100	100
Fertigungsberufe	2,51	0,34	4,92	2,80	47,22	67,10	23,58	8,38	2,61	2,70	12,96	13,55	0,54	0,77	2,78	2,40	2,88	1,96	100	100
Bauberufe	0,44	0,45	1,36	0,91	11,94	24,97	78,74	62,48	1,52	1,57	3,21	5,66	0,21	0,67	0,57	0,76	2,02	2,53	100	100
Andere	3,16	1,48	1,27	0,96	11,88	20,77	12,98	4,27	7,87	9,76	44,51	45,48	4,71	4,65	8,09	9,05	5,53	3,57	100	100
<i>Erwerbstätige insgesamt</i>	4,08	3,05	2,47	1,57	16,61	27,33	17,60	7,48	10,06	12,62	18,97	20,07	4,13	4,24	15,26	14,74	10,82	8,91	100	100

^aZur Definition vgl. im Anhang Übersicht A1.

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH.

Tabelle 18 – Erwerbstätige nach Tätigkeitsmerkmalen in Ostdeutschland (O) und Westdeutschland (W) April 1995 (vH aller Erwerbstätigen einer Berufsgruppe)

Tätigkeitskategorien ^a	Maschinen einrichten, einstellen		Gewinnen, Herstellen		Reparieren, Ausbessern		Kaufen, Verkaufen		Schreibarbeiten		Analysieren, Messen		Disponieren, Koordinieren		Bewirten, Beherbergen		Sichern, Bewachen		Erziehen, Lehren		Insgesamt	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Ingenieure	6,3	5,4	5,1	3,9	2,7	1,1	6,6	4,4	13,0	10,7	36,7	49,4	23,7	21,0	0,3	0,3	1,9	1,4	3,7	2,5	100	100
Technische Dienste	11,1	15,5	9,8	8,3	8,5	6,7	3,3	3,3	12,4	13,4	28,6	36,8	12,6	10,7	1,6	0,7	1,3	1,1	10,7	3,6	100	100
Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen	0,2	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	36,2	27,9	42,7	50,3	0,9	1,6	10,1	13,7	1,6	1,0	1,3	0,7	6,6	3,9	100	100
Führung, Organisation, Beratung	1,6	1,7	4,2	3,8	3,4	1,2	18,0	15,7	14,0	15,3	5,7	9,2	41,1	38,5	2,6	2,6	3,3	5,0	6,0	7,0	100	100
Verwaltung	0,9	1,5	0,8	1,0	0,5	0,6	7,0	10,4	77,6	72,1	1,8	2,7	6,5	7,2	1,3	1,5	1,2	1,1	2,4	1,8	100	100
Schutzdienste	0,9	3,1	3,1	4,5	34,4	21,3	0,7	2,0	2,1	3,7	0,2	0,6	2,1	2,7	14,4	18,8	38,2	37,6	3,9	5,8	100	100
Reinigungsdienste	1,9	1,9	3,6	3,7	2,4	1,9	0,3	0,5	0,7	0,6	0,1	0,2	0,5	0,5	88,6	88,0	0,1	0,4	1,7	2,4	100	100
Vertrieb, Verkauf	4,7	3,6	4,6	5,5	2,0	1,8	36,8	36,5	4,2	8,3	1,5	2,3	4,8	5,6	38,4	34,1	1,7	0,9	1,3	1,4	100	100
Medien, Gastgewerbe, Körperpflege	0,8	1,1	18,2	13,5	0,7	0,6	6,3	4,6	2,9	3,7	0,8	2,1	2,5	3,0	41,0	46,5	0,3	0,5	26,6	24,5	100	100
Soziale Tätigkeiten	0,1	0,3	0,3	0,4	0,2	0,2	0,7	1,4	2,5	3,4	1,8	2,3	1,3	1,4	1,4	1,6	0,5	0,6	91,2	88,5	100	100
Innere und äußere Sicherheit	0,4	0,9	0,8	0,3	0,5	0,6	1,7	1,4	28,0	43,0	2,7	2,6	13,4	10,3	2,1	2,6	47,9	34,2	2,5	4,0	100	100
<i>Dienstleister insgesamt</i>	2,3	2,7	3,9	3,5	2,3	1,5	12,7	12,9	21,7	25,5	4,8	6,8	8,6	8,7	15,8	14,4	5,4	4,5	22,5	19,6	100	100
Land-, forstwirtschaftliche Berufe	2,2	0,9	80,0	89,5	3,4	0,5	0,9	1,1	0,9	1,1	0,9	0,8	1,7	1,5	7,8	2,5	0,3	0,3	1,9	1,8	100	100
Bergleute, Mineraliengewinner	35,9	25,1	36,0	55,3	17,7	11,9	2,1	0,5	0,0	0,7	0,0	2,5	2,0	1,9	4,3	1,0	2,1	0,5	0,0	0,5	100	100
Fertigungsberufe	19,3	27,6	43,8	40,7	27,1	19,2	1,6	2,0	1,0	1,7	1,1	2,4	1,1	1,3	3,5	3,8	0,2	0,3	1,3	1,0	100	100
Bauberufe	5,7	6,9	67,0	61,8	22,2	23,8	0,6	1,0	0,4	0,7	0,4	1,0	1,2	1,4	2,4	2,7	0,1	0,4	0,2	0,3	100	100
Andere	3,5	6,9	16,8	11,8	8,5	4,8	40,6	40,9	9,5	10,4	1,9	2,6	3,7	3,9	7,7	9,2	0,9	1,0	6,9	8,4	100	100
<i>Erwerbstätige insgesamt</i>	5,8	7,7	21,0	16,8	9,3	6,2	11,1	11,1	14,2	18,2	3,3	5,2	5,9	6,4	11,3	11,2	3,4	3,2	14,6	13,9	100	100

^aZur Definition vgl. im Anhang Übersicht A2.

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH.

lichen Wirtschaftsstrukturen (geringer Industriebesatz, hoher Anteil des Baugewerbes) zu erklären sein. Hinsichtlich des Tertiarisierungsgrades zeigen sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen außerhalb des Dienstleistungssektors allerdings größere Unterschiede: So sind im Agrarsektor in Ostdeutschland — relativ gesehen — deutlich mehr Personen in Dienstleistungsberufen tätig als in Westdeutschland; im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe ist es hingegen umgekehrt (Tabelle A4). Während die vergleichsweise hohe Dienstleistungsintensität der Landwirtschaft Folge der großbetrieblichen Wirtschaftsstruktur ist, dürfte die geringere Intensität im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe den vergleichsweise niedrigen Besatz mit Verwaltungs- und Vertriebspersonal sowie mit Fachkräften für Werbung, Marketing oder Marktforschung widerspiegeln. Korrespondierend dazu läßt sich ein entsprechend höherer Anteil von Bau- und Fertigungsberufen in diesen beiden Wirtschaftsbereichen feststellen.

Nur schwache Indizien gibt es für die Hypothese, daß dies Folge einer „Verschlankung“ der Unternehmen durch verstärkte Auslagerung von Dienstleistungsaktivitäten ist. Dann müßte nämlich der vergleichsweise geringe Anteil der einzelnen Berufsklassen an den Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt gleichzeitig mit einem relativ hohen Anteil der Beschäftigten dieser Berufsklassen bei produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen einhergehen. Feststellbar ist dies jedoch nur für wenige Berufe wie zum Beispiel EDV-Fachkräfte sowie Rechts- und Steuerberater. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß diese Leistungen auch von außerhalb Ostdeutschlands bezogen werden, somit regionale Besatzziffern nur eingeschränkte Schlußfolgerungen zulassen.

Tätigkeitsstrukturen nach Berufsklassen

Der Mikrozensus liefert darüber hinaus Informationen über die tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten, wobei neben der Tätigkeit in der Sachgüterproduktion zehn verschiedene Kategorien von Dienstleistungstätigkeiten unterschieden werden.²⁶ Die Ergebnisse zeigen, daß nicht nur in allen Branchen in mehr oder minder starkem Maße Dienstleistungen erbracht werden, sondern auch, daß recht viele Angehörige von Fertigungs- oder Bauberufen hauptsächlich Dienstleistungstätigkeiten ausführen. Auf der anderen Seite sind auch die Angehörigen von Dienstleistungsberufen in geringem Umfang in der Produktion von Sachgütern tätig. Mit anderen Worten: Die Klassifizierung der Erwerbstätigen nach ausgeübten Berufen gibt noch kein vollständiges Abbild des Tertiarisierungsgrades in einer Volkswirtschaft.

Wie die Auswertung zeigt, sind sowohl im Osten wie im Westen — gemessen an allen Erwerbstätigen — weitaus mehr Personen mit Dienstleistungstätigkeiten beschäftigt, als dies die Auswertung des Mikrozensus nach Berufsklassen allein vermuten läßt. Dabei gibt es jedoch deutliche Unterschiede: In Ostdeutschland spielt das „Gewinnen, Herstellen“ eine größere Rolle als in Westdeutschland, ebenso wie Reparaturarbeiten (Tabelle 18). Tätigkeiten wie „Schreibarbeiten oder Koordinationsaufgaben“, die in Westdeutschland von recht großer Bedeutung sind, spielen in Ostdeutschland dagegen eine geringere Rolle.

Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland finden sich auch in den einzelnen Berufsklassen. Auffällig ist vor allem, daß Angehörige der forst- und landwirtschaftlichen Berufe in Ostdeutschland weit häufiger in der Dienstleistungsproduktion tätig sind als in Westdeutschland. Personen mit Fertigungs- und Bauberufen erledigen demgegenüber in Ostdeutschland seltener Dienstleistungsarbeiten als in Westdeutschland. Dabei handelt es sich überwiegend um produktionsnahe Dienste wie die Reparatur oder die Herrichtung von Maschinen. Auch bei den Dienstleistungsberufen fallen regionale Unterschiede ins Auge: So geben Ingenieure in Westdeutschland als Tätigkeit weit häufiger „Analysieren, Messen“ an als in Ostdeutschland; dort sind sie — außer mit Produktionstätigkeiten — häufiger mit „Schreibarbeiten“ befaßt, worunter die amtliche Statistik solche Tätigkeiten wie Kalkulationen erstellen, Programmieren, Berechnen, Formulare ausfüllen zusammenfaßt. Bank- und Versicherungsfachleute sind in Ostdeutschland häufiger mit „Kaufen, Verkaufen“ beschäftigt — in Westdeutschland hingegen gehören vor allem „Schreibtätigkeiten“ zu ihren Aufgaben. Ähnliches gilt für

Angehörige der Berufsgruppe „Innere und äußere Sicherheit, staatliche Verwaltung“. Diese sind in Ostdeutschland vergleichsweise häufig mit „Sichern, Bewachen“ betraut.

2. Produktionsnahe Dienstleistungen: Defizite als Angebots- und als Nachfrageproblem

a. Unzureichende Qualifikation bei Dienstleistern?

Bei Betrachtung der beruflichen Qualifikationen der Erwerbstätigen zeigt sich, daß in Ostdeutschland je 10 000 Einwohner nur 1 073 Personen einen Beruf aus dem Feld „produktionsnahe Dienstleistungen“ ausüben, während es in Westdeutschland 1 338 Erwerbstätige sind. Es stellt sich daher die Frage, ob möglicherweise unzureichende Qualifikationen als ein angebotsseitiges Hemmnis auf dem Arbeitsmarkt wirken. Daß diese Frage nicht abwegig ist, zeigt eine Umfrage des DIW vom Herbst 1996, wonach in einzelnen Zweigen des produktionsnahen Dienstleistungsgewerbes zwischen 26 und 46 vH der Unternehmen angaben, es sei für sie „ein großes Problem, qualifiziertes Personal zu bekommen“ (Abschnitt B.II.2).

Der wirtschaftliche Umbruch in Ostdeutschland hat in großem Umfang berufliche Qualifikationen entwertet. Viele Menschen mußten sich in kurzer Zeit einen neuen Beruf suchen, häufig im Dienstleistungsbereich. Dazu mußten sie sich jedoch häufig neu qualifizieren, etwa durch Umschulung oder Fortbildung. Das stellte trotz Anforderungen an ihre Flexibilität und Mobilität, denen nicht alle gewachsen waren.

Der Mikrozensus bietet die Möglichkeit, Erwerbspersonen, Erwerbstätige, Arbeitslose und Arbeitssuchende zu separieren. Das macht es möglich, Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in bestimmten Berufsfeldern zu analysieren. Der Angebotsüberhang wird durch den Anteil der Arbeitssuchenden an allen Erwerbspersonen definiert. Als arbeitssuchend werden alle Personen eingestuft, die nicht erwerbstätig sind und Arbeit suchen. Als Erwerbspersonen gelten solche Personen, die erwerbstätige sind und solche, die Arbeit suchen.

Hoher Anteil von Arbeitssuchenden

Aufgrund der allgemeinen Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt überrascht es nicht, daß hier in den produktionsnahen Dienstleistungsberufen der Anteil der Arbeitssuchenden generell doppelt so hoch ist wie in den alten Bundesländern, in einigen Berufsklassen ist er sogar dreimal so hoch (Tabelle 19). Eine überdurchschnittlich hohe Quote der Arbeitssuchenden kann Ausdruck von fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten, aber ebenso ein Zeichen für unzureichende Qualifikation beim Arbeitsangebot sein. Und ebenso gilt: Eine niedrige Quote kann Engpässe beim Angebot signalisieren, aber auch eine hohe ungedeckte Nachfrage nach Arbeitskräften.

Tabelle 19 – Anteil der Arbeitssuchenden an allen Erwerbspersonen im Dienstleistungsbereich nach Berufsklassen in Ostdeutschland und Westdeutschland April 1995 (vH)

	Ostdeutschland	Westdeutschland
Ingenieure	11	4
Technische Dienste	16	6
Berufe im Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen	6	3
Führung, Organisation, Beratung, Werbung	8	4
Verwaltung	17	6
Schutzdienste	14	8
Reinigungsdienste	28	9
Summe der produktionsnahen Dienste	15	6
Andere Dienstleistungen	16	9
Übrige Berufe	18	10

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH.

Innerhalb der Berufsklassen sind die Unterschiede noch größer. Bei den Ingenieuren liegt die Quote der Arbeitsuchenden im Schnitt bei 11 vH der Erwerbspersonen, bei den meisten Berufsklassen liegt sie aber darüber. Bei einigen Klassen wie den Bauingenieuren, Vermessungsingenieuren, Architekten sowie Bergbau- und Gießereingenieuren ist sie niedriger (Tabelle 20). Dies liegt unter anderem an den vergleichsweise guten Nachfragebedingungen; so werden Bergbauingenieure benötigt, um die Abbaustellen zu sichern oder zu rekultivieren.

Tabelle 20 – Indikatoren zur Arbeitsmarktsituation von Personen in Dienstleistungsberufen in Ostdeutschland 1995

	Anteil der Arbeit- suchenden an allen Erwerbspersonen in vH	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1993 = 100	
		Ost	West
Ingenieure, darunter:			
Elektroingenieure	12	110	98
Bauingenieure	5	.	.
Vermessungsingenieure	0	113	100
Bergbau-, Hütten-, Gießereingenieure	5	88	87
Sonstige Ingenieure	6	95	110
Architekten, Raumplaner	1	116 ^a	102 ^a
Naturwissenschaftler anderweitig	6	115	104
Technische Dienste, darunter:			
Techniker ohne nähere Berufsbezeichnung	14	114	106
Maschinenbautechniker	16	107	94
Techniker des Elektrofachs	19	114	98
Vermessungstechniker	4	142	99
Chemietechniker, Physikotechniker	5	92	95
Übrige Fertigungstechniker	33	109	97
Photolaboranten	41	93	94
Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen, darunter:			
Bankfachleute	5	111	103
Bausparkassenfachleute	0	125	92
Makler, Grundstücksverwalter	1	106	104
Führung, Organisation, Beratung, Werbung, darunter:			
Werbefachleute	5	114	102
Bildende Künstler	20	98	100
Unternehmer	5	94	98
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	4	147	100
Marketing-, Absatzfachleute	15	.	.
Wirtschaftswissenschaftler	15	.	.
Statistiker, Marktforscher	0	.	.
Rechtsvertreter, -berater	3	107	108
Dolmetscher, Übersetzer	0	90	91
Verwaltung, darunter:			
Datenverarbeitungsfachleute	29	94	102
Softwareentwickler	10	.	.
DV-Beratungs- und Vertriebsfachleute	5	.	.
Sonstige DV-Fachleute	26	.	.
Bürohilfskräfte	20	.	.
Industriekaufleute	31	.	.
Rechtsanwalts- und Notargehilfen	6	.	.

^aEinschließlich Bauingenieure.

Quelle: Statistisches Bundesamt, IAB, IWH.

Hoch ist die Quote der Arbeitssuchenden bei den Technikern. Doch auch hier gibt es Ausnahmen. So ist die Quote in den Bauberufen (Bautechniker und Vermessungstechniker) vergleichsweise niedrig. Uneinheitlich ist das Bild bei naturwissenschaftlich orientierten Technikern: Bei Chemietechnikern und Physikotechnikern sowie bei physikalischen, mathematischen, technischen Sonderfachkräften ist die Quote relativ niedrig, bei Laboranten und bei technischen Zeichnern ist sie extrem hoch. In diesen Berufen liegt der Anteil der Arbeitssuchenden zwischen 20 und 30 vH. Technische Zeichner und Photolaboranten werden offensichtlich kaum noch benötigt. Davon sind insbesondere Frauen betroffen.

Vergleichsweise niedrig ist die Quote in der Berufsgruppe Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen. Ebenfalls niedrig ist sie in der Berufsgruppe Führung, Organisation, Beratung, Werbung. Auffällig ist die Situation bei Reinigungsdiensten und bei einigen Schutzdiensten. Hier ist nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen sehr hoch, sondern auch die Zahl der Arbeitssuchenden. Die Ausübung dieser Dienste erfordert in der Regel eine geringe Qualifikation, und viele Menschen versuchen, hier unterzukommen, zumindest vorübergehend. Auch in Westdeutschland suchen viele Personen mangels Alternativen eine Beschäftigung in diesen Berufen. In Ostdeutschland ist das aber viel stärker der Fall.

Hohes formales Qualifikationsniveau

Es zeigt sich, daß es bei Berufen im Feld „produktionsnahe Dienstleistungen“ — abgesehen von einigen Ausnahmen — überwiegend hohe Quoten an Arbeitssuchenden gibt. Das Beschäftigungsniveau in den neuen Bundesländern ist allerdings bei einer ganzen Reihe von Berufen deutlich niedriger als in den alten Bundesländern. Eine These lautet: Zwar ist die Zahl der Arbeitssuchenden in allen Berufsordnungen hoch, jedoch haben die Bewerber in Ostdeutschland vielfach nicht die erforderliche Qualifikation, die in einer modernen Marktwirtschaft gefordert wird. Der Begriff Qualifikation hat allerdings viele Facetten. Das, was zählt, ist Schulbildung, berufliche Ausbildung, Arbeitserfahrung (gemessen in Arbeitsjahren), aber auch Arbeitserfahrung mit bestimmten Prozessen, soziale Fähigkeiten, Ideenreichtum und so weiter. Flächendeckende Informationen gibt es allerdings nur über das formale Ausbildungsniveau.

Grundsätzlich ist das formale Ausbildungsniveau in Ostdeutschland in den meisten Berufsordnungen deutlich höher als in Westdeutschland. Dies gilt auch und gerade für das Ausbildungsniveau bei Arbeitssuchenden. Nur 5 vH all derjenigen, die in Ostdeutschland eine Tätigkeit im Bereich der produktionsnahen Dienstleistungen ausüben oder vordem ausübten, haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. In Westdeutschland ist der entsprechende Anteil mit 12 vH deutlich höher²⁷ (Tabelle 21). Von denen mit einem Berufsabschluß haben in Ostdeutschland 20 vH zusätzlich zu ihrer Lehrausbildung einen weiteren Abschluß als Meister oder Techniker bzw. einen Fachschulabschluß erworben haben. Dieser Anteil liegt in Westdeutschland bei 10 vH. Etwa gleich sind die Anteile derer, die eine Fachhochschule oder vergleichbare Einrichtungen besucht haben. Bei den Hochschulabsolventen ist der Anteil in Ostdeutschland mit 14 vH wiederum höher als in Westdeutschland (10 vH).

Innerhalb der einzelnen Berufsgruppen ist das Bild wenig einheitlich. Unter den *Ingenieuren* in Ostdeutschland besitzen 26 vH nur einen Fachschulabschluß, in Westdeutschland dagegen 7 vH. Bei den technischen Dienstleistern haben in Ostdeutschland immerhin 11 vH einen Hochschulabschluß, bei den biologisch-technischen Sonderfachkräften sogar 24 vH. Relativ hoch ist auch der Anteil der Hochschulabsolventen in der Berufsgruppe Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen. Allerdings hat nur ein Drittel dieser Personen einen berufsspezifischen Abschluß. Zum Vergleich: In Westdeutschland sind es immerhin zwei Drittel. Ein hohes formales Qualifikationsniveau weisen auch Personen mit *Verwaltungsberufen* auf; dies sowohl für Erwerbstätige wie für Arbeitssuchende.

Tabelle 21 – Vergleich der Qualifikationsstrukturen in Ostdeutschland (O) und Westdeutschland (W) April 1995 (vH aller Erwerbspersonen einer Berufsklasse)

	Keine Ausbildung		Lehrausbildung, Praktikum		Meister, Techniker, FS		Fachhochschule		Hochschule		Insgesamt	
	O	W	O	W	O	W	O	W	Ost	W	O	W
Ingenieure	0	1	3	7	26	7	30	50	41	36	100	100
Technische Dienste	2	6	47	50	31	35	9	6	11	3	100	100
Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen	5	9	55	75	21	7	6	4	14	5	100	100
Führung, Organisation, Beratung, Werbung	1	5	27	40	30	13	14	14	29	27	100	100
Verwaltung	4	11	67	75	17	5	4	4	8	5	100	100
Schutzdienste	8	22	76	71	12	5	1	1	3	2	100	100
Reinigungsdienste	23	59	73	39	3	1	0	0	0	1	100	100
Produktionsorientierte Dienstleister	5	12	53	58	20	10	8	9	14	10	100	100

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH.

Dies alles deutet darauf hin, daß in Ostdeutschland Personen mit formal höherer Qualifikation bessere Beschäftigungschancen haben als solche mit geringerer Qualifikation, selbst wenn die Qualifikation nicht unbedingt berufsspezifisch ist. Dies zeigt sich etwa daran, daß der Anteil der Personen, die überhaupt keine Ausbildung oder lediglich eine Lehrausbildung haben, bei den Erwerbstätigen 54 vH beträgt, bei den Arbeitsuchenden jedoch 74 vH. In Westdeutschland liegen diese Anteile bei 70 bzw. 77 vH (Tabelle A5).

Als Fazit läßt sich zweierlei ziehen:

- Zum einen bestehen noch große Unterschiede in der Struktur des Arbeitsangebots zwischen Ost- und Westdeutschland. Hier sei noch einmal beispielhaft auf den geringen Besatz in den Berufsordnungen Kreditwesen sowie Steuer- und Rechtsberatung hingewiesen, deren Qualifikationsmuster in der DDR anders waren als in der Marktwirtschaft.
- Zum anderen hängen die Arbeitsmarktchancen in Ostdeutschland noch stärker als in Westdeutschland von den formalen Qualifikationsniveaus des Einzelnen ab. Offenbar achten die Unternehmen darauf, daß fehlendes berufsspezifisches Wissen wenigstens durch eine hohe formale Qualifikation ausgeglichen wird. Bei hoher formaler Qualifikation wird eine hohe Lernfähigkeit unterstellt.

b. Industriebesatz und Outsourcing

Der Industriebesatz in einer Region wird in der Regel als eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklungschancen produktionsnaher Dienstleistungsunternehmen angesehen. Vermutet werden intensive lokale Verbindungen zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungsnachfrage. Dies leuchtet bei Dienstleistungen, die vollständig in den Herstellungsprozeß integriert sind, unmittelbar ein: Beispielsweise müssen Maschinen eingerichtet und gewartet, Fertigungsprozesse gesteuert, Halbfertigprodukte innerhalb des Betriebes transportiert, Zwischenlager unterhalten und Abfälle entsorgt werden. Hinzu kommen Leistungen, die zwar nicht direkt im Fertigungsprozeß eingebunden sind, aber dessen reibungslosen Ablauf sicherstellen, wie Verwaltung, Gebäudeunterhalt, Reinigung und Bewachung. Neben diesen, untrennbar mit dem Betrieb vor Ort verknüpften Leistungen gibt es aber auch solche, die sowohl dort als auch anderenorts erstellt werden können — wie Entwicklungs- oder Beratungsleistungen —, als auch solche, die anderenorts erstellt werden müssen, um ein Produkt erfolgreich zu vermarkten, wie Vertrieb und Kundendienst bei internationalem Kundenpotential.

Insofern gibt es also eine Mindestausstattung mit Dienstleistungen am Ort der Fertigung von Industrieprodukten. Der Besatz einer Region mit industriellen Arbeitsplätzen liefert also auch einen Hinweis auf die Präsenz industrieller Dienstleistungen. Freilich hängt dessen Umfang davon ab, ob Leistungen von Unternehmen selbst erbracht oder ob sie zugekauft werden.

Der erste der beiden genannten Aspekte ist bereits diskutiert worden. Der Anteil der Dienstleistungsberufe im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe erreicht nur vier Fünftel des Anteils im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe. Der Abstand ist besonders groß bei den Verwaltungsberufen, ein Indiz für die in Ostdeutschland schwächer vertretenen Leitungsfunktionen. Der zweite Aspekt soll im folgenden untersucht werden.

Wie sich ein Unternehmen im Rahmen einer „make-or-buy“-Situation entscheidet, hängt von vielen Faktoren ab. Informationen darüber, in welchem Umfang in der ostdeutschen Industrie Outsourcing betrieben wird und inwieweit sich daraus für das ostdeutsche Dienstleistungsgewerbe Chancen ergeben, gibt es nur wenige. Im Rahmen der Unternehmensbefragung des DIW vom Herbst 1996 sind einige solcher Informationen erhoben worden. Die Aufzählung der in die Befragung aufgenommenen Dienstleistungen ist nicht erschöpfend. Ausgewählt wurden solche Dienste, die nach allgemeiner Auffassung für ein Unternehmen von besonderer Bedeutung sind und die für Outsourcing grundsätzlich in Frage kommen. Dazu zählen die Produkt- und Verfahrensentwicklung, die Marktforschung, die Werbung, der Verkauf und der Vertrieb, der Transport, die Datenverarbeitung, die Unternehmensberatung, die Steuerberatung und die Weiterbildung der Mitarbeiter. Da dieselben Fragen in der Befragung vom Herbst 1993/94 gestellt wurden, lassen sich Aussagen über etwaige Veränderungen im Outsourcing-Verhalten ostdeutscher Industrieunternehmen ableiten. Auskünfte über die Bewertung der Leistungsfähigkeit ostdeutscher Dienstleister durch die Industrie sind aber nicht eingeholt worden.

Den Ergebnissen der Befragung zufolge hängt die Nachfrage der Industrieunternehmen nach produktionsnahen Diensten stark von der Art der Produktionstätigkeit ab. Bei einer Reihe von Produktionen werden diese Dienste nicht benötigt, bei einer Reihe anderer wiederum sind sie unabdingbar. Einige Leistungen werden von den Industrieunternehmen selbst erbracht werden, andere bei Zulieferern in Auftrag gegeben. Schließlich werden einige Dienstleistungen typischerweise vor Ort nachgefragt, andere unabhängig vom Standort des Anbieters.

Zu den typischen Outsourcing-Leistungen, die von fast allen Unternehmen nachgefragt werden, zählt die Steuerberatung (Tabelle 22). Unter denen, die einen Steuerberater haben, gibt es zwei gleich große Gruppen: Die eine Hälfte beschäftigt ortsansässige Steuerberater, die andere Hälfte Berater aus den alten Ländern. Kleine Unternehmen beauftragen (fast) regelmäßig Steuerberater am eigenen Geschäftssitz, große Unternehmen dagegen deutlich weniger (Tabelle A6). Tochtergesellschaften westdeutscher oder ausländischer Gesellschaften lassen sich in der Regel von westdeutschen Steuerexperten beraten; eigenständige Unternehmen nehmen meist einen Berater in der näheren Umgebung. Das läßt darauf schließen, daß es bei diesem Berufsstand in Ostdeutschland noch Defizite auf der Angebotsseite gibt.

Transportleistungen werden ebenfalls sehr häufig zugekauft. Den Befragungsergebnissen zufolge hat ein Drittel der ostdeutschen Industrieunternehmen einen eigenen Fuhrpark, zwei Drittel beauftragen hingegen Fuhrunternehmen und Spediteure. Kleine Unternehmen erbringen Transportleistungen überwiegend selbst. Das liegt vor allem daran, daß ihr Lieferradius meistens eng ist. Industrieunternehmen, die Transportleistungen von außen beziehen, bevorzugen Anbieter in der Nähe des eigenen Standorts. Geschäftsbeziehungen bestehen aber zu Fuhrunternehmen aus entfernteren Regionen der neuen Bundesländer, seltener zu Unternehmen aus den alten Bundesländern. Anbieter aus dem Westen werden vergleichsweise häufig von Betrieben in Besitz westdeutscher oder ausländischer Unternehmen in Anspruch genommen. In nicht wenigen dieser Fälle dürften bewährte Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmenszentrale und Fuhrunternehmen auf den Betrieb in Ostdeutschland ausgeweitet worden sein.

Die Weiterbildung der Mitarbeiter ist eine Aufgabe, die meist an externe Bildungseinrichtungen übertragen wird. Gleich häufig werden Angebote in unmittelbarer Nähe wahrgenommen oder aber Mitarbeiter zur Fortbildung in entferntere Orte geschickt. Eigenständige Betriebe nehmen vornehmlich Anbieter vor Ort in Anspruch, die Betriebe westdeutscher oder ausländischer Unternehmen dage-

Tabelle 22 – Bezug ausgewählter Dienstleistungen von Industrieunternehmen in Ostdeutschland 1996

	Die jeweilige Dienstleistung wird von ... vH aller Unternehmen...					
	hauptsächlich von anderen Unternehmen bezogen, und zwar mit Sitz ^a ...				hauptsäch- lich selbst erbracht	nicht benötigt
	in der näheren Umgebung	andernorts in den neuen Bundesländern	andernorts in den alten Bundesländern	im Ausland		
<i>Alle Industrieunternehmen</i>						
Steuerberatung	44	14	42	1	5	2
Transport	50	23	10	2	34	4
Weiterbildung	25	24	19	1	36	12
Unternehmensberatung	18	8	27	1	19	33
Datenverarbeitung	20	6	11	1	63	9
Werbung	27	12	11	1	51	10
Marktforschung	3	4	11	1	66	20
Verkauf und Vertrieb	4	7	10	3	80	8
Verfahrensentwicklung	3	4	8	1	58	31
Produktentwicklung	4	4	8	1	66	23
<i>Eigenständige private Unternehmen</i>						
Steuerberatung	49	15	38	1	4	2
Transport	50	21	9	1	36	5
Weiterbildung	26	23	17	1	35	14
Unternehmensberatung	21	9	26	1	18	31
Datenverarbeitung	21	6	11	1	60	10
Werbung	29	12	10	1	51	9
Marktforschung	3	4	11	1	66	21
Verkauf und Vertrieb	5	7	11	3	80	8
Verfahrensentwicklung	3	4	8	1	57	32
Produktentwicklung	5	4	8	1	64	24
<i>Unternehmen in Besitz westdeutscher oder ausländischer Unternehmen</i>						
Steuerberatung	19	9	63	1	9	3
Transport	50	28	14	3	27	4
Weiterbildung	20	27	23	1	41	8
Unternehmensberatung	4	4	30	1	23	41
Datenverarbeitung	12	7	13	1	71	5
Werbung	20	11	11	1	53	12
Marktforschung	1	3	13	1	69	17
Verkauf und Vertrieb	2	4	6	1	84	10
Verfahrensentwicklung	3	5	10	1	62	25
Produktentwicklung	2	4	6	1	72	20

^aMehrfachnennungen möglich.

Quelle: Umfrage des DIW vom Herbst 1996.

gen stärker Weiterbildungseinrichtungen im Westen. Es fällt aber auf, daß diese Betriebe ihre Mitarbeiter häufig intern weiterbilden, insbesondere wenn sie einem Konzernverbund angehören.

Die Datenverarbeitung wird von den meisten Industrieunternehmen selbst durchgeführt. Dort, wo Aufträge nach außen vergeben werden — und dies ist bei knapp drei Zehnteln der Industrieunternehmen der Fall —, gehen sie größtenteils an Dienstleister in der näheren Umgebung. Ein Teil bezieht diese Leistungen aber auch aus den alten Bundesländern. Dabei zeigen sich wiederum die bekannten Unterschiede im Verhalten von eigenständigen Unternehmen und von Betrieben in Besitz westdeutscher oder ausländischer Unternehmen.

Recht häufig werden auch Werbeleistungen zugekauft. Dies ist etwa bei zwei Fünfteln der Unternehmen der Fall. Regelmäßig bekommen Unternehmen aus der näheren Umgebung den Auftrag. Dabei handelt es sich aber selten um Werbeagenturen, sondern um Fotografen oder auch nur Verbreiter von Werbemitteln.

Die Marktforschung wird nur von einem Zehntel der Unternehmen nach außen gegeben. Bevorzugt werden hierbei Dienstleister aus dem Westen. Freilich ist zu beachten, daß auch nur etwa vier Fünftel der Unternehmen derartige Leistungen für notwendig halten.

Funktionen, die mit dem Absatz der Produktion zusammenhängen, werden nur von einem kleinen Teil der Unternehmen an einschlägige Dienstleistungsfirmen übertragen. Lediglich jedes zehnte Unternehmen betraut externe Dienstleister mit Vertriebsaufgaben; dabei handelt es sich in erster Linie um Vertriebspartner in Westdeutschland.

Forschung und Entwicklung werden von den ostdeutschen Industrieunternehmen — sofern sie als bedeutsam erachtet werden — zumeist innerbetrieblich oder im Unternehmensverbund bewältigt. Nur wenige vergeben Aufträge an andere Unternehmen, und wenn, dann an solche in den alten Ländern. An Unternehmen aus den neuen Bundesländern werden kaum Entwicklungsaufträge erteilt; das gilt sowohl für eigenständige ostdeutsche Industrieunternehmen als auch — besonders — für Betriebe im Besitz westdeutscher und ausländischer Unternehmen. Offenbar ist hier die räumliche Nähe zum Abnehmer kein gravierender Standortvorteil. Auch mag eine Rolle spielen, daß sich ostdeutsche Dienstleister schwer gegen die Konkurrenz aus dem Westen behaupten können. Möglicherweise ist aber auch das Angebot an spezialisiertem Wissen zu gering.

Tabelle 23 – Bezug ausgewählter Dienstleistungen von Industrieunternehmen in Ostdeutschland 1994 und 1996

		Die jeweilige Dienstleistung wird von ... vH aller Unternehmen...					
		hauptsächlich von anderen Unternehmen bezogen, und zwar mit Sitz ^a ...				hauptsäch- lich selbst erbracht	nicht benötigt
		in der näheren Umgebung	andermorts in den neuen Bundesländern	andermorts in den alten Bundesländern	im Ausland		
Steuerberatung	(1994) (1996)	44 44	8 14	42 42	1 1	7 5	2 2
Transport	(1994) (1996)	56 50	13 23	8 10	2 2	33 33	4 5
Weiterbildung	(1994) (1996)	29 25	20 24	21 19	4 1	32 36	14 12
Unternehmensberatung	(1996)	18	8	27	1	19	33
Datenverarbeitung	(1994) (1996)	19 19	4 6	13 12	1 1	60 63	11 9
Werbung	(1994) (1996)	23 27	7 12	16 10	2 1	54 51	8 10
Marktforschung	(1994) (1996)	2 3	3 4	14 11	2 1	64 67	19 20
Verkauf und Vertrieb	(1994) (1996)	4 4	6 7	14 10	2 3	79 81	8 8
Verfahrensentwicklung	(1994) (1996)	2 3	4 4	10 8	2 1	55 58	31 31
Produktentwicklung	(1994) (1996)	4 4	4 4	10 7	1 1	62 66	24 23

^aMehrfachnennungen möglich.

Quelle: Befragungen des DIW vom Winter 1993/94 und vom Herbst 1996.

Zusammenfassend betrachtet ist das Bild recht klar. Typischerweise werden solche Dienstleistungen nach außen vergeben, bei denen das Unternehmen einerseits Spezialisierungsvorteile realisieren kann, andererseits aber keine großen Risiken eingehen muß. So werden Leistungen wie Entwicklung oder Verkauf und Vertrieb meist unternehmensintern erbracht, Transportleistungen, Weiterbildungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen dagegen zugekauft. In den Fällen, in denen „höherwertige“ Dienste wie FuE, Marktforschung, Unternehmensberatung zugeliefert werden, geschieht dies häufig im Rahmen von Unternehmensverbunden mit Sitz in den alten Ländern.

Bemerkenswert ist, daß sich am Outsourcing-Verhalten ostdeutscher Industrieunternehmen zwischen 1994 und 1996 nicht viel geändert hat. Die Befragung von 1994 zeigt in weiten Teilen ein ähnliches Verteilungsmuster wie dasjenige von 1996 (Tabelle 23).

3. Konsumnahe Dienstleistungen: Anpassungsprozesse abgeschlossen?

In den Bereichen, in denen konsumnahe Dienstleistungen im weiteren Sinne erbracht werden — hierzu kann man den Einzelhandel, den Konsumgütergroßhandel, Teile des Verkehrsgewerbes, das Hotel- und Gaststättengewerbe, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, das Unterhaltungsgewerbe sowie zahlreiche Dienstleistungshandwerke zählen —, sind die Anpassungsprozesse aufgrund der hohen Dynamik in den ersten Jahren nach der Wende bereits weit fortgeschritten, wenngleich nicht abgeschlossen. Es gibt im Vergleich zu Westdeutschland einige Besonderheiten, die im folgenden herausgestellt werden.

a. Einkommensentwicklung und Wandel in den Konsumpräferenzen

Seit der Wiedervereinigung hat sich der Lebensstandard der privaten Haushalte im Osten insgesamt gesehen spürbar erhöht. Entsprechend hat sich auch die Struktur des privaten Verbrauchs gewandelt, und zwar in Anpassung an das Verbrauchsmuster in den alten Bundesländern.

Für die Gesamtheit der privaten Haushalte in Ostdeutschland sind die verfügbaren Einkommen und der private Verbrauch in grober Zusammensetzung nur bis einschließlich 1994 in den amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dokumentiert. Seither werden beide Aggregate vom Statistischen Bundesamt nur noch für Deutschland insgesamt ausgewiesen. Für die Jahre 1995 und 1996 mußte deshalb die Entwicklung behelfsmäßig fortgeschrieben werden. Danach haben im Jahr 1996 die verfügbaren Einkommen und der Verbrauch in der Summe in Ostdeutschland 71 bzw. 72 vH des Niveaus in Westdeutschland erreicht, im Jahr 1991 waren es 47 bzw. 45 vH (Tabelle 24). Auffällig ist, daß sich die anfangs recht steile Entwicklung inzwischen stark abgeflacht hat. In den letzten Jahren sind die Einkommen und die Verbrauchsausgaben (in der Summe) in nominaler Rechnung noch mit einer Rate von 5 bis 6 vH und in realer Rechnung um 2 bis 3 vH gestiegen. Dadurch hat sich

Tabelle 24 – Entwicklung von verfügbarem Einkommen und privatem Verbrauch in Ostdeutschland 1991–1996

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Verfügbares Einkommen ^a						
Mrd. DM	194,1	250,7	277,6	291,8	308,0	324,8
Veränderung gegenüber Vorjahr (vH)	.	29,2	10,7	5,1	5,6	5,4
Privater Verbrauch						
Mrd. DM	179,6	218,5	243,3	261,9	277,1	292,4
Veränderung gegenüber Vorjahr (vH)	.	21,7	11,4	7,6	5,8	5,5
<i>Nachrichtlich:</i>						
Pro-Kopf-Vergleich (Westdeutschland=100)						
Verfügbares Einkommen	47	59	65	67	69	71
Privater Verbrauch	45	60	65	66	68	72

^aOhne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW, IfW.

auch die Zunahme der Bruttowertschöpfung in den konsumnahen Dienstleistungszweigen, wie an anderer Stelle gezeigt wurde, merklich verlangsamt.

Für Strukturvergleiche über das Verbraucherverhalten in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland stehen — weil eine tiefgegliederte Berechnung des privaten Verbrauchs nach der sogenannten Lieferantenmethode²⁸ nicht mehr möglich ist — die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte zur Verfügung.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die in fünfjährigen Abständen stattfindet und die — bis auf einige Randgruppen — alle privaten Haushalte in einem repräsentativen Querschnitt erfaßt, wurde in den neuen Bundesländern bisher einmal, im Jahr 1993, durchgeführt. Danach gab es bei den Ausgaben für Dienstleistungen insgesamt (in der Abgrenzung des Güterverzeichnisses für den privaten Verbrauch: Reparaturen und sonstige Dienstleistungen) zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland keine gravierenden Unterschiede: Der Anteil war in Ostdeutschland mit 13 vH nur zwei Prozentpunkte geringer als in Westdeutschland mit 15 vH (Tabelle 25). Der geringe Unterschied läßt sich im wesentlichen mit den im Durchschnitt geringeren Haushaltseinkommen erklären, denn er

Tabelle 25 – Monatliche Ausgaben für Dienstleistungen^a aller privaten Haushalte nach Einkommenshöhe, Haushaltsgröße und Sozialstruktur in Ostdeutschland und Westdeutschland 1993^b (vH der Ausgaben für den privaten Verbrauch)

	Ostdeutschland	Westdeutschland	Nachrichtlich: Haushaltsstruktur	
			O	W
<i>Haushalte insgesamt</i>	13,0	15,2	100	100
Nach der Höhe der monatlichen Haushaltseinkommen (DM)				
unter 1 200	12,9	14,6	5,2	3,2
1 200 – 1 400	13,6	14,0	4,1	2,2
1 400 – 1 600	15,6	14,7	4,9	2,8
1 600 – 1 800	16,0	14,9	5,9	2,7
1 800 – 2 000	15,7	15,3	5,6	3,4
2 000 – 2 500	14,5	15,0	12,1	8,5
2 500 – 3 000	12,3	14,9	11,5	9,0
3 000 – 3 500	12,3	14,9	10,8	8,4
3 500 – 4 000	12,2	14,2	10,0	8,0
4 000 – 5 000	12,1	14,2	14,8	14,0
5 000 – 10 000	12,7	15,1	14,1	31,6
10 000 – 25 000	13,7	17,5	0,1	6,3
Nach der Zahl der Personen				
1	15,2	17,0	28,7	34,0
2	13,4	15,7	32,9	31,8
3	12,3	14,1	19,2	16,2
4	11,7	13,9	15,6	12,6
5 und mehr	11,3	13,5	3,6	5,4
Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes				
Selbständige	12,8	20,0	4,4	6,9
Angestellte/Beamte	13,2	15,7	22,2	29,9
Arbeiter	11,2	11,8	24,4	21,3
Arbeitslose	11,9	12,8	9,1	4,3
Nichterwerbstätige	14,6	16,8	39,9	37,6
<i>Nachrichtlich:</i>				
Privater Verbrauch je Haushalt (DM)	2 700	3 639	x	x

^aReparaturen und sonstige Dienstleistungen. — ^bErgebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

zeigt sich durchgängig in allen Einkommensgruppen. Bei ostdeutschen Haushalten mit niedrigem Einkommen ist der Dienstleistungsanteil sogar tendenziell etwas höher als bei westdeutschen Haushalten. Er hat also nichts mit teilweise abweichenden sozialen Strukturen zu tun — mit Unterschieden in der Größe der Haushalte oder der sozialen Stellung der Bezugspersonen.

Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sind mittlerweile veraltet. Um die Entwicklung bis zum aktuellen Rand analysieren zu können, muß man auf die Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen zurückgreifen. Die Wirtschaftsrechnungen decken jedoch nur drei Haushaltstypen ab: Zwei-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen (Typ 1), Ehepaar-Zwei-Kinder-Haushalte von Angestellten mit mittlerem Einkommen (Typ 2) sowie Ehepaar-Zwei-Kinder-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (Typ 3). Gemessen an der Fülle der vorkommenden Haushaltstypen ist das nur ein kleiner Ausschnitt.²⁹ Ausgeblendet bleiben zum Beispiel die Ein-Personen-Rentner-Haushalte oder Haushalte mit zwei Empfängern von Arbeitslosenunterstützung beziehungsweise Sozialhilfe. In den laufenden Wirtschaftsrechnungen werden zudem einige Positionen, die die amtliche Statistik zum privaten Verbrauch zählt, nicht erfaßt oder untererfaßt; dafür werden einige andere Positionen nachgewiesen, die die amtliche Statistik nicht dem privaten Verbrauch zuordnet. Hinzu kommen Untererfassungen bei den in die Erhebung einbezogenen Haushalten. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 1992 in Ostdeutschland anhand der laufenden Wirtschaftsrechnungen nur 80 vH der anhand der Lieferantenmethode ermittelten Verbrauchsausgaben erfaßt (Burghardt 1996). Schließlich ist der Aussagewert der Ergebnisse auch durch die Vorgabe von festen Ober- und Untergrenzen für die Bruttoeinkommen eingengt. Dadurch werden solche Haushalte ausgegrenzt, deren Einkommen außerhalb des Intervalls liegen. Dies muß bei Niveauvergleichen zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland im Blick behalten werden (Grunert 1994).

Bei einem Strukturvergleich der Haushaltsbudgets der drei Haushaltstypen fällt folgendes ins Auge (Tabelle 26):

- Die privaten Haushalte in Ostdeutschland konnten seit 1991 ihren Lebensstandard deutlich steigern und den Rückstand gegenüber denen in Westdeutschland verringern. Relativ gut stehen sich Zwei-Personen-Rentner-Haushalte, die, soweit sie den vom Statistischen Bundesamt festgelegten Kriterien entsprechen, inzwischen mehr Geld ausgeben als die entsprechenden Haushalte im Westen.
- Die Verbrauchsstrukturen haben sich seither in Ostdeutschland, was die Ausgaben für Dienstleistungen anlangt, denen in Westdeutschland angenähert, jedenfalls im groben. Zwei-Personen-Rentner-Haushalte im Osten wenden sogar einen größeren Teil ihres Haushaltsbudgets für Käufe von Dienstleistungen auf als Haushalte im Westen.
- Auch bei den Feinstrukturen gibt es viele — aber auch einige Unterschiede, in denen sich neben Einkommensunterschieden auch abweichende Lebensgewohnheiten oder auch nur vorübergehend andere Rangordnungen in der Bedarfsdeckung zwischen Ost und West widerspiegeln. So ist bei Zwei-Personen-Rentner-Haushalten der Anteil der Ausgaben für Pauschalreisen mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Diese Haushalte gaben zudem auch relativ mehr Geld für Individualreisen aus. Hier spiegelt sich wohl der Nachholbedarf wider, insbesondere bei Auslandsreisen. Bei Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten fällt der in Ostdeutschland höhere, wenngleich stark rückläufige Anteil der Ausgaben für Gaststätten- und Kantinenbesuche ins Auge. Darin schlägt sich die starke Frequentierung von Betriebskantinen nieder; auch die Einnahme von Mahlzeiten in Schulen und Kindergärten gehört noch zum Alltag. Auffällig ist, daß im Osten beim Außer-Haus-Verzehr ein relativ hoher Betrag auf Speisen, im Westen hingegen auf Getränke entfällt. Bei Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit höherem Einkommen gibt es die größten Unterschiede bei den Ausgaben für Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte. Sie machen in Ostdeutschland nur einen Bruchteil der jeweiligen Ausgaben in Westdeutschland aus. Das hängt mit der geringen Anzahl Privatversicherter in Ostdeutschland zusammen.

Tabelle 26 – Ausgaben von verschiedenen Personengruppen für Dienstleistungen in Ostdeutschland und Westdeutschland 1991 und 1996 (vH der Ausgaben für den privaten Verbrauch)

SEA ^a Nr.		Ostdeutschland		Westdeutschland	
		1991	1996	1991	1996
<i>Zwei-Personen-Haushalte von Rentenempfängern mit geringem Einkommen</i>					
19	Verzehr in Gaststätten und Kantinen	3,5	3,2	3,8	3,5
47	Dienstleistungen für Haushaltszwecke, Reparaturen, Installationen	1,1	0,5	1,2	0,6
495	Schönheitsreparaturen an Wohnungen	0,7	0,4	0,2	0,2
53, 54	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	1,3	1,2	1,6	1,0
58	Dienstleistungen für die Körperpflege	1,8	1,4	1,5	1,2
65	Reparaturen und andere Dienstleistungen an Kraftfahrzeugen	1,7	2,8	2,4	2,4
67	Fremde Verkehrsleistungen	1,7	1,6	1,2	1,2
69	Nachrichtenübermittlung	1,8	2,1	3,4	2,4
75	Unterrichtsleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
76	Besuch von Theater-, Kino- und Sportveranstaltungen	1,1	1,7	1,6	1,5
83	Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes	1,5	2,1	2,1	1,6
85	Pauschalreisen	2,0	2,8	1,1	1,1
b	Sonstige Dienstleistungen	0,7	0,8	1,8	1,2
	Dienstleistungen insgesamt	18,5	17,4	18,1	17,9
	<i>Nachrichtlich:</i>				
	Ausgaben für den privaten Verbrauch in DM	1 597	2 366	1 892	2 252
<i>Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen</i>					
19	Verzehr in Gaststätten und Kantinen	4,4	3,6	3,6	3,2
47	Dienstleistungen für Haushaltszwecke, Reparaturen, Installationen	0,6	0,2	0,3	0,2
495	Schönheitsreparaturen an Wohnungen	0,2	0,1	0,2	0,2
53, 54	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	0,5	0,5	0,7	0,7
58	Dienstleistungen für die Körperpflege	0,7	0,6	0,7	0,7
65	Reparaturen und andere Dienstleistungen an Kraftfahrzeugen	2,7	2,9	2,3	2,5
67	Fremde Verkehrsleistungen	0,8	0,8	0,8	1,0
69	Nachrichtenübermittlung	0,7	1,7	1,7	1,7
75	Unterrichtsleistungen	1,3	1,8	1,5	2,0
76	Besuch von Theater-, Kino- und Sportveranstaltungen	1,7	2,0	1,7	2,0
83	Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes	1,0	1,7	1,7	1,6
85	Pauschalreisen	0,4	1,0	0,5	0,9
b	Sonstige Dienstleistungen	0,5	1,1	0,7	0,7
	Dienstleistungen insgesamt	15,5	18,0	18,1	17,4
	<i>Nachrichtlich:</i>				
	Ausgaben für den privaten Verbrauch in DM	2 569	3 541	3 773	4 265
<i>Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen</i>					
19	Verzehr in Gaststätten und Kantinen	4,7	4,5	4,2	3,9
47	Dienstleistungen für Haushaltszwecke, Reparaturen, Installationen	0,8	0,2	0,6	0,4
495	Schönheitsreparaturen an Wohnungen	0,3	0,2	0,1	0,1
53, 54	Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	0,3	0,8	3,4	3,8
58	Dienstleistungen für die Körperpflege	0,7	0,7	0,7	0,6
65	Reparaturen und andere Dienstleistungen an Kraftfahrzeugen	2,6	2,9	2,5	3,0
67	Fremde Verkehrsleistungen	1,1	1,0	1,3	1,4
69	Nachrichtenübermittlung	0,8	1,6	1,6	1,5
75	Unterrichtsleistungen	1,4	1,6	1,6	2,1
76	Besuch von Theater-, Kino- und Sportveranstaltungen	1,6	2,0	1,7	1,9
83	Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes	1,6	2,0	2,4	2,1
85	Pauschalreisen	0,7	1,1	0,9	1,1
b	Sonstige Dienstleistungen	0,5	1,1	0,8	0,7
	Dienstleistungen insgesamt	17,1	19,7	21,8	22,7
	<i>Nachrichtlich:</i>				
	Ausgaben für den privaten Verbrauch in DM	3 249	4 245	5 434	6 235

^aSystematik der Einnahmen und Ausgaben des privaten Verbrauchs.— ^b29, 778, 787, 795, 87, 89.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Abweichende Lebensgewohnheiten und abweichende Ausgabenpräferenzen, wie sie sich in den Wirtschaftsrechnungen niederschlagen, lassen sich auch im Sozio-oekonomischen Panel des DIW nachweisen, das die Zeitverwendung der Bevölkerung in Ostdeutschland und Westdeutschland, darunter auch verschiedene Freizeitaktivitäten, erfaßt (Tabellen 27 und 28). So gehen Ostdeutsche zwar weniger als Westdeutsche ins Restaurant oder Gasthaus, aber sie geben — in DM gerechnet —

Tabelle 27 – Zeitverwendung der Bevölkerung^a in Ostdeutschland (O) und in Westdeutschland (W) 1995

	In Stunden								Struktur in vH	
	Wochentags		Samstags		Sonntags		Gesamte Woche		Gesamte Woche	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Berufstätigkeit	5,4	5,1	1,1	1,3	0,5	0,6	28,6	27,3	32,8	32,4
Besorgungen	1,4	1,1	0,8	1,2	0,0	0,0	7,8	6,8	9,0	8,1
Hausarbeit	1,9	2,0	2,3	2,1	1,8	1,4	13,5	13,5	15,5	16,0
Kinderbetreuung	1,1	1,4	1,9	1,9	2,0	2,0	9,5	11,0	10,9	13,0
Aus- und Weiterbildung	0,6	0,6	0,3	0,3	0,2	0,3	3,5	3,7	4,0	4,3
Reparaturen am Haus, Auto, Gartenarbeit	1,1	0,7	1,6	1,1	1,0	0,3	8,0	5,2	9,2	6,2
Hobbys	2,0	2,1	3,0	3,0	3,3	3,5	16,1	16,9	18,5	20,1
<i>Insgesamt</i>	13,4	13,1	11,1	10,8	8,9	8,1	87,1	84,4	100,0	100,0

^aBevölkerung im Alter ab 16 Jahren.

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, Berechnungen des DIW.

Tabelle 28 – Ausgewählte Freizeitaktivitäten der Bevölkerung in Ostdeutschland und in Westdeutschland 1995

	Aktivität wird von ... vH der Bevölkerung ^a ausgeübt ...				
	täglich	mind. einmal pro Woche	mind. einmal pro Monat	seltener	nie
Essen oder Trinken gehen in Restaurants oder Gasthäusern					
Ostdeutschland	1	11	24	42	22
Westdeutschland	2	23	28	34	13
Gegenseitige Besuche von Nachbarn oder Freunden					
Ostdeutschland	6	32	30	28	5
Westdeutschland	6	42	30	19	3
Gegenseitige Besuche von Verwandten					
Ostdeutschland	7	42	31	18	2
Westdeutschland	8	37	29	22	3
Ausflüge, kurze Reisen					
Ostdeutschland	0	6	28	53	12
Westdeutschland	0	6	28	53	12
Fernsehen, Video					
Ostdeutschland	88	8	1	2	1
Westdeutschland	83	12	1	3	1
Basteln, Reparaturen am Haus oder Auto, Gartenarbeit					
Ostdeutschland	19	34	13	18	16
Westdeutschland	13	31	14	19	23
Sport treiben					
Ostdeutschland	4	14	6	25	51
Westdeutschland	5	25	8	20	42
Besuch von Sportveranstaltungen					
Ostdeutschland	0	4	5	24	67
Westdeutschland	0	5	8	28	59
Besuch von Kino oder Diskothek					
Ostdeutschland	0	5	12	36	47
Westdeutschland	0	6	15	33	46
Besuch von Oper, klassischen Konzerten					
Ostdeutschland	0	0	6	41	53
Westdeutschland	0	1	10	43	46

^aBevölkerung ab 16 Jahren.

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel, Berechnungen des DIW.

ein Mehrfaches für den Verzehr in Kantinen aus. Weil ein großer Teil fast täglich eine warme Mahlzeit außer Haus zu sich nimmt, fällt auch der Zeitbedarf für die Hausarbeit im Osten etwas geringer als im Westen aus. Ostdeutsche verbringen vergleichsweise viel Zeit mit Reparaturen im und am Haus, aber auch mit Gartenarbeit oder mit Basteleien am Auto. Dennoch sind ihre entsprechenden Ausgaben für die Inanspruchnahme von fremden Dienstleistungen eher höher als bei Westdeutschen. Das erklärt sich wohl mit dem großen Erneuerungs- und Reparaturbedarf in den neuen Bundesländern.

b. Preisniveau und Preisstruktur

Unterschiede in den Verbrauchsstrukturen können auch von Unterschieden im Preisniveau herrühren. Zwar gibt es in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet normalerweise eine Tendenz zum zwischenörtlichen Preisausgleich. Aber alle Erfahrung zeigt, daß es dennoch erhebliche Preisdifferenzen gibt — etwa zwischen größeren Städten und dem flachen Land oder zwischen zentralen und peripheren Regionen. Solche Differenzen werden in der ökonomischen Theorie vor allem mit unterschiedlichen Produktionsbedingungen bei den lokal handelbaren Gütern erklärt.³⁰ So ist das Leben in den großen Metropolen nicht zuletzt deshalb vergleichsweise teuer, weil dort die Bodenpreise und damit die Mieten hoch sind.

Im Zuge des Übergangs zur Marktwirtschaft haben sich die stark heruntersubventionierten Preise für Dienstleistungen in Ostdeutschland relativ rasch denen in Westdeutschland angepaßt. So haben sich im Zeitraum von 1991 bis 1996 Friseurleistungen um rund die Hälfte und die Gebühren für Unterricht und Kindergärten sogar um rund zwei Drittel verteuert, wobei der erste Preisschub schon vorher, unmittelbar nach der Bildung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 stattgefunden hatte (Tabelle 29). Dennoch waren nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 1993 die Preise für Dienstleistungen, soweit sie in den Preisindex für die Lebens-

Tabelle 29– Entwicklung der Verbraucherpreise^a für Dienstleistungen^b in Ostdeutschland (O) und in Westdeutschland (W) 1992–1996 (jährliche Veränderungsraten in vH)

		1992	1993	1994	1995	1996
<i>Insgesamt</i>	O	10,1	10,0	6,2	4,5	3,0
	W	5,7	5,1	3,2	2,4	1,7
darunter:						
Verzehr in Gaststätten	O	7,3	6,2	5,7	2,4	2,0
	W	4,2	4,6	1,9	1,8	1,8
Übernachtung	O	8,0	7,9	4,1	1,6	1,2
	W	6,0	8,2	4,4	1,1	1,4
Handwerkerleistungen	O	9,2	9,5	5,0	3,9	2,9
	W	5,4	6,3	3,9	3,2	2,6
Friseurleistungen	O	11,9	12,3	8,6	5,8	3,2
	W	7,2	6,7	3,9	3,9	3,0
Reparaturen und Inspektion an Kraftfahrzeugen	O	7,4	7,4	4,2	2,8	1,8
	W	6,6	7,8	4,6	2,7	2,2
Unterrichtsleistungen und Kindergartenbesuch	O	17,7	16,1	11,6	5,7	5,5
	W	5,4	7,7	7,8	3,6	3,4
Pauschalreisen	O	5,0	3,6	1,6	0,1	-0,8
	W	4,4	2,2	-1,3	0,5	-0,7
<i>Nachrichtlich:</i>						
Niveau der Preise für Dienstleistungen in Ostdeutschland in vH der Preise in Westdeutschland		80	83	86	88	89
^a Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.— ^b Ohne Wohnungsnutzung, einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.						

Quelle: Statistisches Bundesamt, IfW.

haltung privater Haushalte eingehen, in den neuen Bundesländern im Durchschnitt um rund 17 vH niedriger als in den alten Bundesländern (Ströhl 1994).

Der große Unterschied im Preisniveau bei Dienstleistungen ist leicht zu erklären: Ein Teil der konsumnahen Dienstleistungen ist nicht oder nur schwer überregional handelbar, die Arbitrage also stark eingeschränkt. Die Angleichung findet hier zeitverzögert vor allem über die Angleichung der Faktorpreise, insbesondere der Löhne, statt. Teilweise spielt auch der Substitutionswettbewerb mit Industriegütern eine Rolle. Nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 1993 bei industriellen Gebrauchsgütern (Bekleidung, Schuhe, Möbel, Fahrzeuge, Haushaltsgeräte etc.) zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland praktisch keine Preisunterschiede und allenfalls geringe Unterschiede bei industriellen Verbrauchsgütern (Nahrungs- und Genußmittel, Kraftstoffe, Körperpflege-mittel).

Um die Entwicklung im Zeitraum von 1991 bis 1996 abbilden zu können, wurde der Befund für das Jahr 1993 mit Hilfe der Verbraucherpreisstatistik rückgerechnet bzw. fortgeschrieben. Danach betrug der Abstand gegenüber Westdeutschland im Jahr 1991 15 Prozentpunkte, im Jahr 1996 waren es noch 8 Prozentpunkte (Tabelle 30). Die Teuerungsrate bei Dienstleistungen ist in Ostdeutschland zwar weiterhin höher als in Westdeutschland, aber der Unterschied, der anfangs noch vier bis fünf Prozentpunkte betrug, hat sich inzwischen auf gut einen Prozentpunkt verkleinert.

Tabelle 30 – Unterschiede im Verbraucherpreisniveau^a bei ausgewählten Dienstleistungen in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland 1991, 1993 und 1996 (Westdeutschland = 100)

	1991	1993	1996
Verzehr in Gaststätten und Kantinen	85	90	92
darunter:			
Tasse Kaffee	.	79	.
Glas Bier	.	87	.
Hamburger	.	116	.
Dienstleistungen für die Haushaltsführung	72	83	83
Dienstleistungen für die Körperpflege	65	71	92
Verkehrsleistungen	.	.	.
darunter:			
Parkgebühr	.	83	.
Fremde Verkehrsleistungen	42	67	89
Bildungs- und Unterhaltungsleistungen	.	.	.
darunter:			
Kinobesuch	.	83	.
Versicherungsbeträge	63	86	93

^aPreisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Quelle: IfW.

Ein Strukturvergleich zeigt, daß sich die Preise in Gaststätten und Kantinen insgesamt am weitesten an das Westniveau angepaßt haben, wobei es im Leistungsspektrum aber Unterschiede gibt. So ist die Tasse Kaffee — wenn man die Ergebnisse für 1993 extrapoliert — relativ billig, der Hamburger hingegen relativ teuer. Dienstleistungen für die Körperpflege (Chemische Reinigung, Friseure) sind noch vergleichsweise preiswert. Auch die Tarife im öffentlichen Verkehr sind im Osten bislang noch etwas niedriger als im Westen.

Die Unterschiede im Niveau und bei der Struktur der Preise von Dienstleistungen haben mehrere Ursachen. Sie sind teils in der angespannten Einkommenssituation vieler ostdeutscher Haushalte, teils in unterschiedlichen Präferenzen, teils aber auch in der unterschiedlichen Wettbewerbsintensität zu suchen. Möglicherweise spiegeln sie aber auch Qualitätsunterschiede beim Angebot wider.

Die Angleichung der Preise wird sich in den nächsten Jahren nur in kleinen Schritten fortsetzen. Vereinzelt wird es auch zu Korrekturen in die andere Richtung kommen, nämlich dort, wo das Angebot in letzter Zeit stark ausgeweitet wurde. Alles in allem wird Ostdeutschland somit auf absehbare Zeit ein im Vergleich zu Westdeutschland niedrigeres Preisniveau bei Dienstleistungen behalten. Dies sollte bei der Diskussion um die Angleichung der Einkommen im Blick bleiben.

c. Marktzugang und Wettbewerbsintensität

Der Vergleich der Strukturmuster bei der Erwerbstätigkeit zeigt, daß bei konsumnahen Dienstleistungen die früheren Defizite rasch abgebaut werden konnten. Mehr noch: In einer Reihe von Bereichen ist das neu entstandene Angebot der Nachfrage inzwischen vorausgeeilt. Dies wird im folgenden am Beispiel des Einzelhandels und des Beherbergungsgewerbes gezeigt.

Einzelhandel

Zu den konsumnahen Dienstleistungsbereichen (im weiteren Sinne) mit einem hohen Zuwachs an neuen Anbietern zählt der Einzelhandel. Die Entwicklung war durch eine — auch in qualitativer Hinsicht — enorme Verbesserung des Angebots gekennzeichnet. Seit Ende der achtziger Jahre, als noch die Volkseigene Handelsorganisation (HO) und die Konsumgenossenschaften die Handelslandschaft prägten, hat sich die Verkaufsfläche inzwischen verdreifacht (Tabelle 31). Mit rund 1 m² stehen heute jedem Ostdeutschen rund 85 vH der Verkaufsfläche zur Verfügung, die ein Westdeutscher vorfindet. Da der Umsatz je Einwohner im Osten rund ein Viertel niedriger ist als im Westen, bedeutet das, daß die Flächenproduktivität um ein Zehntel geringer ist. Entsprechend wird über Überkapazitäten und Verdrängungswettbewerb geklagt, und zwar nicht nur beim mittelständischen Einzelhandel.

Tabelle 31 – Ladengeschäfte und Verkaufsflächen im Einzelhandel in Ostdeutschland und Westdeutschland 1993 und 1996

	Ostdeutschland		Westdeutschland		Nachrichtlich: DDR
	1993	1996	1993	1996	1988
Ladengeschäfte (Anzahl in 1 000)	66,5	67,2	334,8	318,0	73,4
je 10 000 Einwohner (Anzahl)	43	44	51	48	45
Verkaufsfläche (Mill. m ²)	10,4	15,0	76,9	78,4	5,0
je Einwohner (m ²)	0,67	0,97	1,17	1,18	0,31
je Ladengeschäft (m ²)	156	223	230	247	68
Umsatz ^a (Mrd. DM)	75,8	100,0	593,8	577,0	x
je Einwohner (DM)	4 860	6 495	9 030	8 675	x
je m ² Verkaufsfläche (DM)	7 290	6 670	7 720	7 360	x
Nachrichtlich:					
Shopping-Center-Dichte (m ² je 10 000 Einwohner)		1 930 ^b		600 ^c	x

^a1992. — ^bEinschließlich Berlin-West. — ^cOhne Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt, ifo, FfH.

In qualitativer Hinsicht gibt es dennoch noch Lücken im Angebot. Die westdeutschen Großunternehmen, die heute die Handelslandschaft in Ostdeutschland dominieren, haben zum Teil im Hinblick auf Betriebsgröße, Standortstruktur und Sortimentsgestaltung andere Strukturen aufgebaut, als sie in Westdeutschland vorhanden sind. Konzentriert haben sie sich auf die Errichtung

- von großflächigen, autofreundlichen Ladengeschäften und Einkaufszentren in den Randlagen der Städte,
- vor allem von Betriebstypen mit Niedrigpreisangeboten und
- von Fachmärkten aller Art, nicht nur des Food-Bereichs (ifo und FfH 1997).

Damit sind sie zunächst einmal den Wünschen der Konsumenten entgegengekommen. Die im Vergleich zum Westen vorhandenen Defizite wie die Vernachlässigung der Innenstadtlagen und das geringe Angebot an exklusiven Fachgeschäften werden von diesen offenbar (noch) nicht als solche empfunden.

Die Großunternehmen mit ihrer überaus kräftigen Flächenexpansion, und das ist aus der Sicht der Konsumenten erfreulich, sorgen inzwischen für einen scharfen Preiswettbewerb. Entsprechend hat sich bei den kleinen, eigenständigen Unternehmen der Ausleseprozeß verschärft. Deren Zahl ist nach der Wende rasch emporgeschossen — die Handels- und Gaststättenzählung von 1993 weist eine auch im Vergleich zu Westdeutschland große Zahl von kleinbetrieblichen Unternehmen (mit geringer Verkaufsfläche und geringer Personalausstattung) aus. Die Zahl dieser Unternehmen dürfte aber inzwischen rückläufig sein, zumindest im Food-Bereich.³¹ Der eigenständige Handel hat sich oft nur als Nischenanbieter etablieren können und tut sich dennoch schwer: Er ist häufig an ungünstigen Standorten positioniert und hat folglich nur wenig Laufkundschaft.

Die Dominanz von großbetrieblichen Strukturen im ostdeutschen Einzelhandel beeinflusst auch die Strukturen in einer Reihe von produktionsnahen Diensten. Die westdeutschen Handelsketten haben im Osten ihre eigene Logistik aufgebaut, teilweise schon vor dem Markteintritt. Sie halten dort praktisch die gesamte Distribution in ihrer Hand — und graben damit einem eigenständigen ostdeutschen Konsumgütergroßhandel das Wasser ab. In dem Bemühen, den Güterfluß von der Fabrik in die Laderegale zu optimieren, arbeiten sie intensiv an der Einführung neuer Organisationssysteme wie Efficient Consumer Response (ECR) oder Electronic Data Interchange (EDI). Solche Systeme stellen hohe Anforderungen nicht nur an die Hersteller, sondern auch an die einzelnen Glieder in der Dienstleistungskette wie Spediteure, Betreiber von Kühl- und Lagerhäusern oder Verpacker. Offensichtlich wird in Ostdeutschland der größte Teil der distributiven Aufgaben von den Filialunternehmen in eigener Regie organisiert und nicht, wie in Westdeutschland, an spezialisierte eigenständige Unternehmen delegiert.

Beherbergungsgewerbe

Auch im Beherbergungsgewerbe wurden seit der Wende die Kapazitäten stark ausgeweitet: Die Zahl der verfügbaren Betten ist von 1991 bis 1995 um 75 vH und die Zahl der Betriebe sogar um 137 vH gestiegen. Allein im Jahr 1996 hat sich die Zahl der Betriebe um über 10 000 und die Zahl der Betten um 50 000 erhöht (Tabelle 32). Inzwischen ist das Angebot, mißt man es an der Zahl der Betten je Einwohner, fast so groß wie in Westdeutschland.

Tabelle 32 – Betriebe, Gaststätten und Auslastung im Beherbergungsgewerbe in Ostdeutschland und Westdeutschland 1991 und 1996

		Ostdeutschland		Westdeutschland	
		1991	1996	1991	1996
Betriebe ^a	(Anzahl)	3 087	7 341	47 220	45 636
Betten ^{b,c}	(Anzahl in 1 000)	222	389	1 835	1 923
	(je Einwohner)	14	25	29	30
	(je Betrieb)	72	53	39	42
Auslastung	(vH)	39,4 ^b	35,4	44,0	37,9
<i>Nachrichtlich: 1992</i>					
Umsatz	(Mrd. DM)	1,6		29,3	
Umsatz je Beschäftigten	(DM/pro Jahr)	63 000		87 000	

^aGeöffnete Beherbergungsstätten mit 9 Gästebetten und mehr. — ^bAngebotene Betten. — ^c1992.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Anders als im Einzelhandel, wo fast ausschließlich Großunternehmen für zusätzliche Verkaufsflächen sorgten, haben im Beherbergungsgewerbe auch und gerade mittelständische Betriebe den Kapazitätsausbau vorangebracht. Entsprechend ist in Ostdeutschland die durchschnittliche Bettenzahl je Betrieb deutlich gesunken, auch wenn sie immer noch höher als in Westdeutschland ist.

Bemerkenswert ist, daß trotz der Angebotsausweitung die Kapazitätsauslastung im Osten fast unverändert geblieben ist, während sie im Westen bei konstanter Bettenzahl deutlich gesunken ist. Dahinter stehen freilich unterschiedliche Entwicklungen: Ein Rückgang der anfangs sehr hohen Auslastung in den Städten, bedingt durch die Normalisierung des Geschäftsreiseverkehrs und des Städte-tourismus; und ein Anstieg der anfangs sehr niedrigen Auslastung in vielen Ferienregionen.

Informationen zur wirtschaftlichen Lage der Beherbergungsbetriebe in den neuen Bundesländern sind rar. Nach den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung erwirtschafteten sie im Jahr 1992 einen Umsatz in der Größenordnung von 1,6 Mrd. DM (ohne Berlin-Ost), der etwa zur Hälfte aus Beherbergung stammte. Bezogen auf die Zahl der Beschäftigten lag die Umsatzproduktivität bei 63 000 DM, verglichen mit 87 000 DM in den alten Ländern. Die im Vergleich zu anderen Dienstleistungszweigen hohe Umsatzproduktivität dürfte teils mit Struktureffekten zusammenhängen — im Osten sind die Betriebe im Durchschnitt größer —, teils aber auch mit dem vergleichsweise hohen Preisniveau, das sich gleich nach der Wende, nicht zuletzt aufgrund örtlicher Knappheiten, herausbildete. Inzwischen sieht es aber so aus, als ob vielerorts die Preise unter Druck stehen, vor allem dort, wo die Kapazitäten stark ausgeweitet wurden; erstmals ist 1996 die Kapazitätsauslastung im Osten wie auch im Westen etwas gesunken. Aktuelle Daten darüber gibt es aber nicht. Eine Fortschreibung der Entwicklung seit 1992 bringt aufgrund der Veränderungen im Berichtskreis der laufenden Erhebungen im Gastgewerbe keine zuverlässigen Ergebnisse.

4. Dienstleistungen und räumliche Entwicklung: Perspektiven für Ballungsräume und für weniger verdichtete Regionen

a. Lokalisationsvorteile und -defizite

Räumliche Entwicklung im Dienstleistungssektor

Es gibt nur wenige Indikatoren, die die regionalen Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland in hinreichender Differenzierung abbilden. Daten über die Wertschöpfung nach Faktorkosten in regionaler Differenzierung liegen nicht zeitnah vor. Ersatzweise muß hier auf zwei andere Quellen zurückgegriffen werden. Die erste Quelle, die Erwerbstätigenrechnung der Länder, weist die Zahl der Erwerbstätigen bis 1995 nach Kreisen aus, allerdings nur nach fünf Wirtschaftsbereichen; Unterschiede in der Standortwahl etwa von produktions- und konsumnahen Dienstleistungsunternehmen lassen sich dort nicht sichtbar machen. Die zweite Quelle, die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, erlaubt eine tiefe aktuelle Gliederung im Dienstleistungssektor nach Kreisen, hat aber den Nachteil, daß sie unter anderem die Selbständigen nicht erfaßt.

Die Kreise wurden in Anlehnung an den Vorschlag der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumordnung nach siedlungsstrukturellen Kriterien zusammengefaßt. Als Ballungsraum werden hier Regionen definiert, die über einen städtischen Kreis mit mindestens 200 000 Einwohnern verfügen. Das Umland der Städte wird definiert durch die umliegenden Kreise. Allerdings sind diese Kreise in manchen Fällen recht großflächig zugeschnitten und ihre abseits vom Ballungskern gelegenen Teilgebiete dünn besiedelt. Zu den Ballungsräumen werden hier Rostock, Magdeburg, Halle, Chemnitz, Dresden, Leipzig und Erfurt gezählt, zum Ballungsraum Berlin nur die östlichen Stadtbezirke, aber alle Umlandkreise. Der übrige Raum wird nochmals unterschieden nach den Raumtypen „verstädterte Räume“ mit kleinen Städten und dem „ländlichen Raum“, der sich aus sehr dünn besiedelten Landkreisen

zusammensetzt. Zum verstärkerten Raum zählen vornehmlich Teile von Brandenburg, Sachsen und Thüringen, während der ländliche Raum hauptsächlich aus Kreisen in Mecklenburg-Vorpommern, in geringem Umfang auch aus Kreisen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Nordthüringen zusammengesetzt ist.

Den Angaben der Erwerbstätigenrechnung zufolge haben in den Jahren 1991–1993 die Ballungsräume in geringerem Umfang Erwerbstätige eingebüßt als die übrigen Regionen (Tabelle 33). Seit 1994 hat die Beschäftigung hier auch stärker zugenommen als in den übrigen Räumen. Am stärksten stieg sie im Umland der Städte und erreichte dort 1995 fast das Niveau von 1991. In den Ballungskernen dagegen nahm die Beschäftigung — gegen den Trend — weiter ab, und zwar auf 86 vH des Ausgangsniveaus. Innerhalb der wenigen verdichteten Regionen Ostdeutschlands — verstärkte und ländliche Räume — unterschied sich die Entwicklung nur wenig und verlief dort geringfügig ungünstiger als in Ostdeutschland insgesamt. Gewinner des Anpassungsprozesses in Ostdeutschland sind also zweifellos die Umlandkreise der Ballungsräume.³²

Für die vergleichsweise günstige Entwicklung im Umland der Städte spielt der Dienstleistungsbereich im weitesten Sinne eine große Rolle. Im Handel und Verkehr expandierte die Beschäftigung im Umland der Ballungsräume weit über dem ostdeutschen Durchschnitt und lag 1995 knapp 9 vH über dem Niveau des Jahres 1991. In den Innenstädten nahm die Beschäftigung dagegen schneller und stärker als im Durchschnitt von Ostdeutschland insgesamt ab. Bei der Gruppe der sonstigen Dienstleistungsunternehmen ist das räumliche Entwicklungsmuster ähnlich, freilich mit weitaus stärker ausgeprägten Diskrepanzen als bei Handel und Verkehr: Im Umland der Städte waren 1995 in diesem Bereich 63 vH mehr Personen erwerbstätig als 1991, in den Städten selbst waren es nur 18 vH mehr. Auffällig ist, daß auch in den geringer verdichteten Regionen die sonstigen Dienstleistungen stark expandierten (um 52 vH gegenüber 1991), und zwar in gleichen Raten sowohl in den kleineren Städten als auch im ländlichen Raum. Lediglich im Bereich Staat/private Organisationen ohne Erwerbszweck/private Haushalte verlief die Entwicklung in den Teilräumen etwa gleich.

Der Trend zur Suburbanisierung des Dienstleistungssektors ist in allen ostdeutschen Ballungsräumen mehr oder weniger stark ausgeprägt, sowohl in den Bereichen Handel und Verkehr als auch bei den sonstigen Dienstleistungen (Tabellen A7). Anders ist es beim Bereich von Staat/private Organisationen ohne Erwerbszweck. Dort verlief die Entwicklung in den Städten meist günstiger als im Umland, häufig nahm die Beschäftigung in den Städten sogar zu. Lediglich im Ballungsraum Berlin, der für die Durchschnittsbildung ein großes Gewicht hat, trifft dies nicht zu. In Ostberlin nahm die Beschäftigung drastisch ab, in Potsdam und im Umland veränderte sie sich kaum.

Bei Handel und Verkehr gibt es nur geringe regionale Unterschiede: Der Beschäftigungsanteil dieses Bereichs lag in den Ballungsräumen bei 18 vH an allen Beschäftigten und in den geringer verdichteten Regionen bei 17 vH. Beachtlich sind dagegen die Strukturunterschiede bei den sonstigen Dienstleistungen: In den Städten ist ein Viertel der Erwerbstätigen dieses Bereiches dort tätig, im städtischen Umfeld sowie in den übrigen Räumen ist die Bedeutung der sonstigen Dienstleistungen geringer, dort entfällt jeweils 18 vH der Beschäftigung auf diesen Bereich.

Festzuhalten bleibt also, daß räumliche Veränderungen im ostdeutschen Dienstleistungssektor hauptsächlich in Form von Suburbanisierungsprozessen stattgefunden haben. Dies mag sicherlich nicht zuletzt daran liegen, daß die Investitionshemmnisse im städtischen Umland geringer waren als in den Städten selbst. Freilich folgt die Entwicklung in Ostdeutschland einem Muster, das auch für Westdeutschland und für andere Volkswirtschaften typisch ist. In den westdeutschen Ballungsräumen ist in den Jahren 1991–1995 der Wachstumsvorsprung des Umlands gegenüber den Städten ebenfalls immer größer geworden. Besonders groß war der Vorsprung sowohl im Bereich Handel/Verkehr als auch bei den sonstigen Dienstleistungen (Tabelle 33).

Tabelle 33 – Erwerbstätige im Dienstleistungssektor nach Raumtypen in Ostdeutschland (O) und Westdeutschland (W) 1991–1995 (1991=100)

	1992	1992	1993	1993	1994	1994	1995	1995	1995 Struktur in vH	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
<i>Erwerbstätige insgesamt</i>										
Ballungsräume	88,8	100,8	86,8	99,0	88,1	97,4	89,0	96,4	100,0	100,0
Städte	90,4	100,7	88,3	98,6	86,7	96,3	85,6	94,9	100,0	100,0
Umland	87,0	100,9	85,4	99,5	89,5	98,7	92,6	98,5	100,0	100,0
Übrige Regionen	85,5	100,9	82,4	99,3	83,8	98,7	85,0	98,5	100,0	100,0
Verstädterte Räume	85,2	101,0	82,2	99,3	82,6	98,7	84,0	98,4	100,0	100,0
Ländliche Räume	85,8	100,8	82,5	99,3	85,1	98,7	86,2	98,7	100,0	100,0
<i>Insgesamt</i>	87,3	100,9	84,8	99,1	86,1	97,9	87,2	97,3	100,0	100,0
<i>Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung</i>										
Ballungsräume	95,5	101,4	93,8	100,4	93,4	98,4	92,4	96,7	18,1	21,2
Städte	91,9	100,6	89,4	98,4	85,4	94,9	80,6	91,7	18,9	21,6
Umland	100,4	102,6	99,9	103,6	104,5	103,8	108,7	104,3	17,4	20,7
Übrige Regionen	88,3	102,4	86,2	102,0	87,6	101,3	88,2	100,9	17,0	17,6
Verstädterte Räume	87,5	102,3	84,0	101,8	85,3	101,1	86,1	100,4	17,2	17,9
Ländliche Räume	89,3	102,7	88,8	102,8	90,3	102,3	90,6	102,6	16,7	16,7
<i>Insgesamt</i>	92,3	101,8	90,4	101,1	90,8	99,5	90,5	98,3	17,6	19,6
<i>Sonstige Dienstleistungsunternehmen</i>										
Ballungsräume	104,7	104,5	112,7	106,7	122,9	109,0	133,6	112,5	22,3	25,1
Städte	99,2	104,2	104,3	105,6	110,9	107,2	118,0	109,9	26,4	28,5
Umland	115,0	105,1	128,3	108,8	145,2	112,4	162,6	117,3	18,4	20,8
Übrige Regionen	114,8	104,6	126,2	107,7	137,4	111,4	152,2	115,7	18,4	19,1
Verstädterte Räume	113,2	104,6	127,4	107,7	139,3	111,2	152,9	115,4	17,8	19,3
Ländliche Räume	116,3	104,7	125,1	107,9	135,6	112,0	151,5	116,5	19,0	18,4
<i>Insgesamt</i>	108,5	104,5	117,7	107,1	128,4	109,8	140,6	113,6	20,5	22,5
<i>Staat, private Org. ohne Erwerbszweck, private Haushalte</i>										
Ballungsräume	98,9	101,0	95,2	101,4	93,2	101,4	89,3	100,0	24,2	19,7
Städte	99,0	100,9	96,0	101,4	92,2	100,9	88,0	99,6	27,1	22,1
Umland	98,9	101,2	94,1	101,4	94,5	102,3	90,8	100,6	21,5	16,7
Übrige Regionen	96,2	101,5	91,6	101,6	91,0	102,6	87,2	101,5	23,0	20,9
Verstädterte Räume	97,3	101,4	92,6	101,6	89,7	102,8	86,9	101,5	21,2	21,0
Ländliche Räume	95,3	101,9	90,7	101,6	92,2	101,9	87,4	101,3	24,9	20,4
<i>Insgesamt</i>	97,7	101,2	93,6	101,5	92,2	101,9	88,3	100,7	23,6	20,2

Quelle: Erwerbstätigenrechnung der Länder, DIW.

Räumliche Unterschiede in der Ausstattung mit Dienstleistungen

Offensichtlich bieten die Umlandkreise der Städte ein besonders günstiges Umfeld für das Wachstum des Dienstleistungssektors und spielen insofern für die Bewältigung der Anpassungsprobleme in Ostdeutschland eine besondere Rolle. Die Frage ist nun, welche Dienstleistungen es denn sind, die die Entwicklung vorantreiben. Eine Lokomotivfunktion könnte dann unterstellt werden, wenn im Umland solche Dienstleistungen besonders stark vertreten sind, die entweder überregionale Märkte bedienen und/oder solche, die allgemein als „hochwertig“ bezeichnet werden und die aufgrund ihrer Anforderungen an die Qualifikation des Personals zur Stabilisierung von Beschäftigung und Einkommen in der Region beitragen. Um diese Frage zu beantworten, wurde die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1996 nach räumlichen Kriterien ausgewertet. Danach zeigt sich ein recht klares Bild der räumlichen Verteilung des Dienstleistungsangebots³³:

– Dienstleistungen, die vornehmlich von privaten Haushalten nachgefragt werden, sind recht gleichmäßig im Raum verteilt. Im Einzelhandel etwa waren 1996 in den Ballungsräumen — auf 1 000 Ein-

wohner bezogen — 26 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, in den geringer verdichteten Regionen („übrige Räume“) waren es 25 Personen (Tabelle 34). Innerhalb der Ballungsräume zeigt die Statistik keine Diskrepanzen zwischen Städten und Umlandkreisen. Für die einzelnen Ballungsräume sind ebenfalls keine nennenswerten Unterschiede zu erkennen. Eine Ausnahme bildet lediglich die Agglomeration „Ostberlin“ mit einer relativ geringen Präsenz des Einzelhandels. Der Grund hierfür ist die Nähe zu Westberlin mit seiner reichhaltigen Einzelhandelsstruktur (Tabelle A8).

Räumlich weitgehend gleichverteilt sind auch die meisten der anderen konsumnahen Dienstleistungen wie Hotelgewerbe, Gesundheitswesen, Körperpflege, Bildungseinrichtungen. Lediglich im Gaststättengewerbe ist ein höherer Besatz in den Städten gegenüber den geringer verdichteten Räumen zu erkennen.

– Bei den Dienstleistungen, die typischerweise vorwiegend oder vollständig von anderen Unternehmen nachgefragt werden,³⁴ ist das räumliche Verteilungsmuster differenzierter. Diese Dienste sind vor allem in Ballungsräumen angesiedelt. Ins Auge springt der hohe Besatz mit diesen Diensten in den Städten selbst. Im Sektor produktionsnahe Dienstleistungen sind in den Städten durchschnittlich 52 Personen je 1 000 Einwohner tätig, doppelt so viele wie im Durchschnitt der neuen Länder (27). Die Städte sind also offensichtlich bevorzugter Standort unternehmerischer Dienstleistungen. Dies gilt mehr oder weniger für alle Branchen. Einzige Ausnahme ist das flächenextensive Speditions- und Güterverkehrsgewerbe, das sich überwiegend in den Umlandkreisen der Städte niedergelassen hat.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Verdichtungsräumen sind erheblich. Auffallend schwach besetzt ist die Region Ostberlin. Das liegt einerseits an den großen Umlandkreisen, die zu weiten Teilen sehr dünn besiedelt sind, andererseits sicherlich aber auch daran, daß viele Dienstleistungsunternehmen in den — hier nicht ausgewiesenen — westlichen Stadtbezirken Berlins beheimatet sind. Gering ist der Besatz auch in den Ballungsräumen Chemnitz und Magdeburg, wo es vor allem an „wertschöpfungsintensiven“ Dienstleistungen mangelt. Bei diesen weisen Halle, Leipzig und Dresden überdurchschnittliche Besatzziffern auf, ebenso wie bei Reinigungs- und Sicherheitsdiensten. Das gilt auch für den Ballungsraum Rostock; zudem spielen dort aufgrund des Hafens die Handels- und Speditionstätigkeiten eine große Rolle.

Zusammenfassend betrachtet haben also die ostdeutschen Ballungsräume — und hierunter ganz klar die Städte — einen höheren Besatz mit Dienstleistungen als die ländlichen Regionen, allerdings haben letztere in den letzten Jahren aufgeholt. Dieses Bild überrascht freilich nicht, wenn man die alten Länder ins Blickfeld nimmt. Auch dort ist der Besatz mit Dienstleistungen in Agglomerationen höher als in geringer verdichteten Regionen, und auch dort ist die Entwicklung bei den Dienstleistungen im ländlichen Raum günstiger verlaufen als in den Großstädten.

Der Vergleich einer Besatzziffer in einem Regionstyp in Ostdeutschland mit der Besatzziffer in dem entsprechenden Regionstyp in Westdeutschland kann darüber hinaus Hinweise darauf geben, in welchen Regionen eventuell noch Aufholbedarf besteht und in welchen Regionen sich möglicherweise bereits Überkapazitäten entwickelt haben. Ein derartiger Vergleich von Besatzziffern hat natürlich seine Tücken, da er weder die räumlich unterschiedlichen Marktpotentiale noch die Wettbewerbsfähigkeit und den Aktionsradius der Dienstleistungsunternehmen berücksichtigt.

Bei den produktionsnahen Dienstleistungen ist der Besatz in Ostdeutschland insgesamt leicht höher als in Westdeutschland (Tabelle 35). In den ostdeutschen Ballungsräumen erreicht die Besatzziffer den Vergleichswert für die westdeutschen Ballungsräume nur knapp. Die übrigen Räume Ostdeutschlands sind dagegen deutlich besser ausgestattet, die Besatzziffer liegt 17 vH über der westdeutschen Besatzziffer. Noch stärker ist die Diskrepanz beim Vergleich von Städten einerseits und peripheren Räumen andererseits. In den ostdeutschen Städten ist der Besatz um 4 vH niedriger als in den westdeutschen Städten, im ländlichen Raum Ostdeutschlands liegt er 33 vH über dem westdeutschen Niveau. Die gering verdichteten Räume besitzen also — gemessen an westdeutschen Verhältnissen —

Tabelle 34 – Beschäftigte je 1 000 Einwohner in ostdeutschen Dienstleistungsunternehmen nach Raumtypen 1996^a

	Ballungsräume insgesamt	davon:		Übrige Räume insgesamt	davon:		Neue Länder insgesamt
		Städte	Umland		Verstädterte Räume	Ländliche Räume	
Handel	40,8	42,0	39,8	35,7	38,9	32,7	38,3
Großhandel	15,0	16,1	14,0	10,3	11,6	9,1	12,7
Einzelhandel	25,8	25,9	25,7	25,4	27,3	23,5	25,6
Verkehrsgewerbe, Nachrichtenübermittlung	27,1	38,6	17,8	18,7	20,6	17,0	23,1
Eisenbahnen	8,2	15,2	2,5	5,8	5,7	5,9	7,1
Post	6,2	9,1	3,9	4,3	5,0	3,6	5,3
Straßenverkehr, Personenbeförderung	3,5	5,8	1,7	2,1	2,5	1,7	2,8
Straßenverkehr, Güterbeförderung	3,4	2,5	4,2	3,2	3,4	2,9	3,3
Schifffahrt	0,9	1,8	0,1	0,1	0,0	0,3	0,5
Spedition	3,9	2,9	4,7	2,8	3,5	2,2	3,4
Luftfahrt	1,0	1,2	0,9	0,4	0,5	0,4	0,7
Kreditgewerbe, Versicherungsunternehmen	7,7	11,8	4,3	5,3	5,6	5,0	6,6
Kreditgewerbe	5,5	7,6	3,8	4,5	4,9	4,2	5,0
Versicherungsunternehmen	2,2	4,2	0,5	0,8	0,8	0,8	1,5
Produktionsnahe Dienstleistungen darunter:	34,0	51,5	19,8	19,7	21,2	18,4	27,2
Rechtsberatung	1,2	1,8	0,6	0,9	0,9	0,8	1,0
Gebäudereinigung	5,8	8,2	3,7	4,2	4,7	3,7	5,0
Vermietung beweglicher Sachen	1,0	1,1	0,9	0,5	0,5	0,4	0,7
Bewachung, Botendienste	3,1	5,1	1,4	1,3	1,2	1,4	2,2
Schreib-, Übersetzungsbüros	0,9	1,2	0,5	0,4	0,3	0,4	0,6
Wirtschaftsberatung	4,3	6,6	2,5	2,6	2,9	2,3	3,5
Architektur-, Ingenieurbüros	9,0	13,4	5,4	5,0	5,2	4,9	7,1
Grundstückswesen	5,2	7,8	3,0	3,1	3,3	2,9	4,2
Wirtschaftswerbung	0,7	0,9	0,4	0,3	0,3	0,2	0,5
Ausstellungswesen	0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Vermittlung von Leiharbeit	2,5	4,6	0,8	1,2	1,4	1,0	1,9
Konsumnahe Dienstleistungen darunter:	28,1	32,1	26,3	25,8	26,2	25,4	27,4
Hotels	2,7	2,7	2,6	2,5	2,0	3,0	2,6
Gaststätten	5,9	6,8	5,2	5,1	5,3	4,9	5,5
Heime	0,9	0,8	1,1	1,4	1,6	1,3	1,2
Wäscherei	0,9	0,9	0,9	0,6	0,5	0,6	0,7
Körperpflege	2,7	3,1	2,5	2,6	3,0	2,3	2,7
Erziehung	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Sonstige Bildung	0,8	0,9	0,7	0,7	0,7	0,6	0,7
Kunst, Theater	0,3	0,5	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4
Film	0,3	0,6	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
Rundfunk, Fernsehen	0,5	1,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,3
Nachrichtenbüros	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verlage	1,3	2,4	0,4	0,5	0,5	0,6	0,9
Gesundheit	9,9	10,1	9,8	8,6	9,0	8,3	9,3
Straßenreinigung	1,9	1,4	2,3	2,6	2,4	2,7	2,2
Bestattungswesen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
Schausteller	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	0,3	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

^aSozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni.

Quelle: Sozialversicherungsträger, Statistisches Bundesamt.

einen deutlichen Vorsprung in der Ausstattung mit produktionsnahen Dienstleistungsarbeitsplätzen gegenüber den Ballungsräumen. Dieser Ausstattungsvorsprung ist für eine ganze Reihe von Dienstleistungen vorhanden, sowohl für höherwertige Dienste — Kredit-/Versicherungswesen, Rechts-/Wirtschaftsberatung, Architektur-/Ingenieurbüros, Grundstückswesen, Werbung und Ausstellungen — als

Tabelle 35 – Besatz an Beschäftigten^a in ostdeutschen Dienstleistungsunternehmen 1996 (Westdeutschland=100)

	Ballungsräume insgesamt	davon:		Übrige Räume insgesamt	davon:		Neue Länder
		Städte	Umland		Verstädterte Räume	Ländliche	
Handel	76,0	60,5	96,4	86,1	88,7	88,0	79,7
Großhandel	62,3	53,0	73,8	66,2	67,0	72,7	63,1
Einzelhandel	87,1	66,3	111,6	98,1	102,8	95,9	91,7
Verkehrsgewerbe, Nachrichtenübermittlung	130,7	119,0	153,5	157,1	160,5	164,7	138,0
Eisenbahnen	445,2	400,8	814,8	571,9	457,5	981,6	481,2
Post	173,8	138,4	314,2	185,1	197,3	187,1	176,1
Straßenverkehr, Personenbeförderung	120,3	113,7	136,4	130,5	146,9	120,9	121,9
Straßenverkehr, Güterbeförderung	111,8	75,5	145,8	117,0	122,6	114,9	113,8
Schifffahrt	117,4	125,3	51,7	33,9	2,2	76,0	87,1
Spedition	75,2	46,9	106,8	86,3	102,1	73,5	78,4
Luftfahrt	30,0	20,6	60,6	70,6	68,1	80,4	34,5
Kreditgewerbe, Versicherungsunternehmen	43,6	38,6	57,8	51,8	52,2	53,7	45,9
Kreditgewerbe	46,8	41,4	57,7	54,3	56,8	53,0	49,3
Versicherungsunternehmen	37,2	34,5	58,9	40,9	34,6	57,8	37,1
Produktionsnahe Dienstleistungen darunter:	99,7	95,5	106,2	116,6	113,6	132,8	103,3
Rechtsberatung	60,2	59,0	61,0	65,5	64,5	71,0	61,6
Gebäudereinigung	139,5	119,1	192,9	212,3	211,0	245,0	159,2
Vermietung beweglicher Sachen	127,3	112,2	144,9	120,3	128,5	117,3	123,0
Bewachung, Botendienste	199,4	186,0	238,1	175,3	143,8	244,3	188,7
Schreib-, Übersetzungsbüros	75,5	64,6	106,2	87,3	58,8	232,0	76,6
Wirtschaftsberatung	62,1	64,2	56,5	69,8	73,4	70,0	63,7
Architektur-, Ingenieurbüros	118,4	120,9	111,3	128,3	122,3	147,2	119,7
Grundstückswesen	111,6	101,5	135,8	154,3	154,5	165,8	121,4
Wirtschaftswerbung	39,1	35,7	46,1	48,4	51,5	52,3	40,4
Ausstellungswesen	56,4	54,1	62,9	105,0	59,3	259,0	61,0
Vermittlung von Leiharbeit	91,2	91,1	85,5	104,2	100,5	140,1	93,1
Konsumnahe Dienstleistungen darunter:	112,9	92,7	141,1	109,9	114,8	104,5	111,3
Hotels	131,7	95,8	188,7	80,1	80,9	69,1	102,6
Gaststätten	100,9	81,3	132,8	100,7	107,2	93,1	100,4
Heime	59,7	57,0	61,7	76,3	90,4	62,0	68,7
Wäscherei	137,2	115,7	163,1	85,1	83,4	83,1	111,9
Körperpflege	128,9	119,7	138,7	128,4	143,9	115,9	128,6
Erziehung	71,0	54,3	91,9	110,7	153,2	70,4	87,1
Sonstige Bildung	124,5	104,2	155,5	129,6	126,1	142,7	125,9
Kunst, Theater	115,0	87,1	434,7	320,2	232,5	597,3	175,3
Film	56,1	56,8	51,9	109,2	128,3	99,0	61,6
Rundfunk, Fernsehen	56,3	63,7	6,3	18,5	5,2	132,8	47,4
Nachrichtenbüros	34,5	36,6	24,2	65,9	13,1	154,9	38,3
Verlage	49,1	52,6	34,2	40,5	31,0	59,1	45,6
Gesundheit	95,2	80,0	112,3	74,4	77,2	72,2	84,9
Straßenreinigung	212,9	190,0	227,1	335,2	309,4	365,4	266,3
Bestattungswesen	186,7	114,6	325,7	246,6	311,0	183,9	210,1
Schausteller	56,1	45,7	71,7	91,5	90,3	102,4	67,6
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	69,4	73,0	61,3	73,0	71,0	83,9	70,5

^aSozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni in Relation zur Zahl der Einwohner.

Quelle: Sozialversicherungsträger, Statistisches Bundesamt.

auch für einfache Dienste wie Gebäudereinigung, Leiharbeit.³⁵ Die abgelegenen Regionen haben diesen Vorsprung nicht nur bei solchen Dienstleistungszweigen, bei denen die neuen Länder ohnehin stärker als in den alten Ländern besetzt sind (wie bei Gebäudereinigung, Ingenieurbüros und Grundstückswesen), sondern auch bei Zweigen mit einem im ganzen unterdurchschnittlichen Besatz (z.B. Kredit/Versicherungen, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Schreibbüros und Werbung).

Tabelle 36 – Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe in ausgewählten Tätigkeiten nach Raumtypen 1996^a

	davon:		Ballungsräume insgesamt	davon:		Übrige Räume insgesamt	Insgesamt
	Städte	Umland		Verstädterte Räume	Ländliche Räume		
<i>Ostdeutschland</i>							
Fertigung	51,5	60,8	57,5	61,7	63,6	62,6	60,0
Leitung, Verwaltung	13,8	11,8	12,5	11,4	10,7	11,1	11,8
Leitung	3,8	3,0	3,3	3,1	2,7	2,9	3,1
Verwaltung	10,1	8,8	9,2	8,3	8,0	8,2	8,7
Forschung/Entwicklung, Technik	12,2	8,1	9,6	7,1	6,5	6,9	8,2
Forschung, Entwicklung	6,1	3,6	4,5	3,0	2,7	2,9	3,7
Technik	6,1	4,5	5,1	4,1	3,8	4,0	4,5
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Insgesamt je 1 000 Einwohner	46,1	69,5	59,0	74,0	53,3	63,2	61,0
<i>Westdeutschland</i>							
Fertigung	47,5	56,4	52,2	58,9	61,2	59,7	55,8
Leitung, Verwaltung	16,2	14,3	15,2	13,6	12,7	13,3	14,3
Leitung	2,4	1,8	2,1	1,5	1,3	1,4	1,8
Verwaltung	13,8	12,5	13,1	12,1	11,4	11,9	12,5
Forschung/Entwicklung, Technik	17,0	11,6	14,2	10,0	8,5	9,5	12,0
Forschung, Entwicklung	6,5	3,6	5,0	2,8	2,2	2,6	3,9
Technik	10,5	8,0	9,2	7,2	6,3	6,9	8,1
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Insgesamt je 1 000 Einwohner	110,1	97,8	103,2	111,0	112,4	111,5	107,0

^aSozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 1996 in vH.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Statistische Landesämter, DIW.

Ein Grund für den Ausstattungsvorsprung in den ländlichen Regionen könnte darin bestehen, daß dort das regionale Absatzpotential größer ist als im westdeutschen ländlichen Raum. Dies müßte sich dann in den Besatzziffern anderer Wirtschaftszweige, etwa des Verarbeitenden Gewerbes, niederschlagen. Tatsächlich ist aber der Besatz mit industriellen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum Ostdeutschlands noch nicht einmal halb so hoch wie im ländlichen Raum in den alten Ländern (Tabelle 36). Auch die Tätigkeitsstruktur des Verarbeitenden Gewerbes liefert keine Anhaltspunkte für den Ausstattungsvorsprung der ländlichen Regionen mit unternehmensnahen Diensten: Hier ist das Verarbeitende Gewerbe sehr stark fertigungsorientiert, dispositive Funktionen sind entsprechend schwach ausgebildet. Denkbar wäre schließlich, daß im ländlichen Raum die überregionale Ausrichtung der Dienstleister stärker ausgeprägt ist als anderswo. Freilich ist zu beachten, daß dort vor allem solche Branchen vorherrschen, die in der Regel lokale Kunden bedienen.

Eine andere Möglichkeit zur Erklärung des relativ hohen Dienstleistungsbesatzes in den ländlichen Regionen ist schließlich, daß die Industrieunternehmen dort stärker als solche in den Verdichtungsräumen von Dienstleistungsunternehmen vor Ort kaufen. Über diesen Sachverhalt liegen keine Ost-West-Vergleiche vor. Allerdings kann hierzu die Unternehmensumfrage des DIW vom Herbst 1996 einige Hinweise geben. Dazu wurden die Informationen zum Outsourcing-Verhalten der Unternehmen (Abschnitt III.2.b) nach dem Sitz der an der Umfrage beteiligten Industrieunternehmen aufbereitet. Es zeigt sich, daß der Anteil derjenigen, die das lokale Angebot nutzen, in Verdichtungsräumen — vor allem aber in den Städten — deutlich höher ist als in gering verdichteten Regionen. Bei manchen Diensten ist die Diskrepanz besonders groß. Etwa bei Steuer- und Unternehmensberatung oder in der Weiterbildung (Tabelle 37).

Diese Überlegungen lassen vermuten, daß der Ausstattungsvorsprung der geringer verdichteten Regionen eher auf Überkapazitäten im Angebot als auf große lokale und überregionale Marktpotentiale zurückzuführen ist. Dies würde freilich bedeuten, daß künftig mit deutlichen räumlichen Veränderun-

Tabelle 37 – Bezug ausgewählter Dienstleistungen von Industrieunternehmen in Ostdeutschland aus ihrer näheren Umgebung 1996

	Von allen Unternehmen der jeweiligen Gruppe beziehen ... vH die jeweilige Dienstleistung von Unternehmen aus ihrer näheren Umgebung									
	Steuerberatung	Transport	Weiterbildung der Mitarbeiter	Unternehmensberatung	Datenverarbeitung	Werbung	Marktforschung	Verkauf und Vertrieb	Verfahrensentwicklung	Produktentwicklung
Unternehmen mit Sitz... in Ballungsräumen	48	52	29	22	20	27	3	4	3	4
davon:										
in Städten	55	57	36	27	21	27	4	5	4	4
im Umland	45	51	26	20	20	29	3	4	3	5
in den übrigen Räumen	41	47	21	13	19	26	2	4	2	4
davon:										
in verstärkten Räumen	43	50	22	15	20	27	2	3	3	4
in ländlichen Räumen	34	41	19	10	15	24	1	5	2	3

Quelle: Befragung des DIW vom Herbst 1996.

gen zu rechnen ist. Der Dienstleistungsbesatz in ländlichen Regionen würde zumindest relativ zurückgehen und der Entwicklungsvorsprung der Verdichtungsräume zunehmen, weil dort noch am ehesten mit lokaler Nachfrage nach unternehmensnahen Diensten zu rechnen ist. Die Ausstattungslücke gegenüber westdeutschen Verdichtungsräumen würde dort eher kleiner werden.

b. Netzwerkaktivitäten und Nachfrage nach Dienstleistungen vor Ort

Die Bedeutung von „Netzwerken“ für das Wachstum von Unternehmen ist unbestritten und wird mit zunehmender zwischenbetrieblicher Arbeitsteilung und verstärktem Wettbewerb auch weiter an Gewicht gewinnen.

Die Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen sind außerordentlich unterschiedlich und reichen von losen, meist auf persönlicher Beziehung aufbauenden Kontakten über wiederholte Einzelprojekte bis hin zu engen Kooperationsverträgen mit oder ohne Kapitalverflechtung. Typische Elemente sind der Informationsaustausch über Markt, Kunden, Technik, Steuergesetzgebung, Förderung oder andere Fragen, die Koordination und gegenseitige Ergänzung in Produktion und Vertrieb einschließlich der notwendigen Produkttests oder die Durchführung gemeinsamer Forschungs- oder Entwicklungsvorhaben einschließlich des Austauschs von Lizenzen und Patenten.

Die Partner in industriellen Netzwerken können außerordentlich unterschiedlich sein, sie wechseln unter Umständen im Laufe der Zeit und werden sich auch bei einzelnen Netzwerken überschneiden. Die engsten Formen industrieller Netzwerke findet man bei etablierten Kunden-/Lieferantenbeziehungen, und zwar nicht nur im typischen Zulieferbereich wie im Straßenfahrzeugbau, sondern auch im Verhältnis beispielsweise zwischen Produzenten, Anwendern, Materiallieferanten oder Investitionsgüterherstellern. Wichtig sind im Rahmen solcher Netzwerke aber auch Dienstleistungsunternehmen wie Ingenieurbüros, Firmen des Spezialhandels oder des Produktionsverbindungshandels und — zumindest temporär — auch Finanzierungs- und Versicherungsunternehmen. Eine besondere Kategorie bilden Forschungseinrichtungen, Technologietransferstellen, Hochschulen und sonstige Berater, die zeitweilig (z.B. bei der Diffusion neuer Technologien) eine zentrale Funktion für die Entstehung von Netzwerken gewinnen können, später aber aufgrund ihrer technischen Spezialisierung und ihrer geringen Marktnähe im normalen Tagesgeschäft der Unternehmen kaum als Partner in Erscheinung treten.

Netzwerke werden sich nur dort entwickeln, wo alle Partner aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen ein jeweils individuelles Interesse an der gemeinsamen Arbeit haben, seien dies Geschäftsbeziehungen miteinander, gleiche Kunden, sich ergänzende Produkte oder Nutzung identischer Techniken. Netzwerkbildung setzt bei den beteiligten Unternehmen eine gewisse persönliche Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit voraus, die sich nicht allein auf vertragliche Beziehungen, sondern vor

allem auf Vertrauen, auf gemeinsame positive Erfahrungen und auf die Kenntnis der unterschiedlichen Interessenlagen gründen muß.

Die räumliche Nähe der Kooperationspartner bietet dabei eine Reihe von Vorteilen, die freilich zum Teil bereits als Lokalisationsvorteile aus der Agglomerationstheorie bekannt sind: geringe Transport- und Transaktionskosten, Verfügbarkeit breit gefächelter lokaler Infrastruktur und Forschungseinrichtungen, Zugriff auf bestehende Absatz- und Bezugssysteme, Nutzung des qualifizierten Arbeitskräftepotentials, Erleichterungen beim Aufbau eines persönlichen Vertrauensverhältnisses durch unkomplizierte und schnelle unmittelbare Kontakte. Im Ergebnis können sich durch zirkuläre Verursachung aus den starken Agglomerationsvorteilen kumulative Wachstumseffekte ergeben.

Über die Bedeutung von Netzwerken gibt es nur wenige empirische Belege. Dies gilt erst recht für die neuen Länder. Anhaltspunkte lassen sich aber aus einer Studie für den Raum Berlin/Brandenburg ableiten (Eickelpasch et al. 1996), die auch die Bedeutung, die Art und die regionale Struktur von zwischenbetrieblichen Kooperationsformen im Rahmen einer Unternehmensbefragung untersucht hat. Demzufolge ist bei den Brandenburger Industrieunternehmen die Intensität der Kooperation je nach Tätigkeitsfeld unterschiedlich. Besonders ausgeprägt ist sie bei Produktion, bei Transport/Logistik sowie bei Weiterbildung. Relativ wenige Unternehmen kooperieren im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben oder mit Partnern im Ausland, also in Feldern, die allgemeiner Einschätzung nach für den Erfolg von Unternehmen als wesentlich angesehen werden. Praktisch keines der Unternehmen, die sich an der Umfrage beteiligt hatten, will diese Kooperationsbeziehungen aufgeben, etliche hingegen wollen diese weiter ausbauen, vor allem im Vertrieb, in der Auslandsrepräsentanz und in der Produktion. Hinzu kommt, daß eine ganze Reihe von Unternehmen, die bisher nicht kooperiert haben — knapp ein Zehntel —, dies künftig tun wollen.

Teilweise entspricht dieses Muster den Erwartungen: Unternehmen versuchen, ihre Kostensituation vor allem in der Fertigung und beim Absatz unter Kontrolle zu bringen. In einzelnen Kooperationsfeldern bestehen freilich signifikante Unterschiede. Sie beruhen wohl auf den Besonderheiten der Branchen. Sie hängen oft eng mit der Produktkomplexität, den Absatzschwerpunkten und der Marktentwicklung zusammen. Vertriebs-, Messe- und Transportkooperationen sowie Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern finden sich besonders häufig bei fernabsatzorientierten Unternehmen der Investitionsgüterindustrie. FuE-Kooperationen sind besonders ausgeprägt in der chemischen Industrie, im Maschinenbau, in der Elektrotechnik und im Fahrzeugbau. Im Umkehrschluß heißt dies, daß solche Unternehmen, die auf regional begrenzten Absatzmärkten tätig sind und wenig Notwendigkeit für FuE sehen, nicht sonderlich an Kooperationen interessiert sind.

Räumliche Nähe ist offenbar ein wichtiger Faktor für das Zustandekommen von Kooperationen (vgl. auch Fritsch et al. 1996): Berliner Unternehmen kooperieren häufiger mit Partnern vor Ort als mit Brandenburger Partnern, umgekehrt kooperieren die Unternehmen in Brandenburg häufiger mit Brandenburger als mit Berliner Unternehmen. Dabei hat die Art der Kooperation offensichtlich keinen Einfluß auf das regionale Kooperationsmuster. Eine Differenzierung der Brandenburger Unternehmen nach ihrem Sitz zeigt gleichwohl, daß Unternehmen des Berliner Umlandes intensiver mit Berliner Partnern kooperieren als solche mit Sitz in der Randlage Brandenburgs.

Bei den produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen ist die Kooperation grundsätzlich stärker ausgeprägt als bei Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, und zwar sowohl was den Ausbau der bestehenden Zusammenarbeit als auch was den Aufbau neuer Kooperationen angeht. Die räumlichen Verteilungsmuster sind hier ähnlich wie in der Industrie: Berliner Unternehmen kooperieren häufiger mit anderen Unternehmen in der Stadt als mit solchen aus Brandenburg. Etwas anders ist die Situation freilich im Umland von Berlin. Dort ist die Kooperation mit Berliner Unternehmen fast so ausgeprägt wie mit Brandenburger Unternehmen und damit intensiver als bei Unternehmen mit Sitz in der Peripherie Brandenburgs.

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, daß das Potential für eine Ausweitung der zwischenbetrieblichen Kooperation mit Partnern in der Region, insbesondere mit den lokalen Dienstleistungsunter-

nehmen, nicht überschätzt werden sollte. Am Angebot dürfte es, nimmt man den Besitz mit Dienstleistungsbeschäftigten als Maßstab, nicht liegen. Vielerorts ist das Angebot größer als in westdeutschen Vergleichsregionen. Was freilich fehlt, ist eine breit gefächerte Industriestruktur, die vielfältige Kooperationen ermöglicht. Freilich muß auch die Nachfrageseite für Dienstleistungen ins Blickfeld genommen werden. So bestimmen in den neuen Ländern immer noch solche Unternehmen das Bild, die vorwiegend auf lokalen Märkten agieren und daher wohl einen nur geringen Kooperationsbedarf haben. Unterschätzt werden sollten auch nicht die Befürchtungen der Inhaber vieler kleiner Unternehmen, im Zuge von Kooperationen ihre mühsam erkämpfte Eigenständigkeit zu verlieren.

C. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Der Aufbau eines leistungsfähigen Dienstleistungssektors in Ostdeutschland macht beachtliche Fortschritte. Aber der Befund deckt auch gravierende Rückstände auf: Produktionsnahe Dienstleistungen, die gemeinhin eine hohe Produktivität aufweisen, sind im Vergleich zu Westdeutschland stark unterrepräsentiert. Die wirtschaftliche Situation der Unternehmen ist zudem — bei allen bestehenden Unterschieden — nicht rosig. Ihre Einbindung in lokale und erst recht in überregionale Netzwerke läßt zu wünschen übrig.

Die Gründe für diese Schwächen sind vielfältig. Sie liegen teils im wirtschaftlichen Umfeld, also bei der Nachfrage: So gibt es in Ostdeutschland zu wenige leistungsstarke Industrieunternehmen, insbesondere solche, die in größerem Umfang Dienstleistungen mit hoher Wertschöpfungsintensität als Vorleistungen einsetzen und von außen beziehen. Mitunter ist aber auch der Marktzutritt versperrt, weil westliche Unternehmen weiter ihre bewährten Partner im Westen bevorzugen. Nicht selten sind die Schwächen aber auch auf der Angebotsseite zu suchen. Ein Teil der Dienstleister hat offenbar nicht die Qualifikation und auch nicht die Reputation, um gegenüber den Konkurrenten aus Westdeutschland zu bestehen.

Die Wirtschaftspolitik mag aus alledem zwar einen Handlungsbedarf ableiten, aber sie hat nur wenige Handlungsmöglichkeiten, wenn sie an den Ursachen ansetzt und nicht nur an den Symptomen herumkurieren will:

- Bei der Unterstützung des wirtschaftlichen Neuaufbaus in Ostdeutschlands konzentriert sich der Staat auf die Investitionsförderung und hier insbesondere auf die Gewährung von Investitionszulagen und Investitionszuschüssen. Bei den Investitionszulagen, auf die im Prinzip alle Unternehmen einen Rechtsanspruch haben, gibt es gestaffelte Fördersatzte, die sich an der Problemlage einzelner Wirtschaftsbereiche orientieren. Bisher wurde in erster Linie das Verarbeitende Gewerbe überdurchschnittlich gefördert. Es ist zu begrüßen, daß im Rahmen des „Mittelfristigen Förderkonzepts der Bundesregierung für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern“ ab 1998 auch eine Reihe von produktionsnahen Diensten in die erhöhte Zulage einbezogen werden. Diese Dienste sind enumerativ aufgelistet entsprechend der geltenden Wirtschaftszweigsystematik. Es entstehen aber ständig neue Dienste, die sich nicht in dieses Schema einordnen lassen, die aber gleichwohl der Förderung bedürfen und sie verdienen. Sie verstecken sich in der relativ großen Restgruppe der „Übrigen Dienstleistungsunternehmen“ — und werden daher in der Regel nicht gefördert. Deshalb ist es notwendig, die Liste der Zweige von Zeit zu Zeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu erweitern. Diese Forderung ist auch für die Positivliste im Rahmen der Investitionsförderung bei der Gemeinschaftsaufgabe zu erheben.
- Ein anderer wichtiger Bereich ist die Förderung von Existenzgründungen. Junge Dienstleistungsunternehmen brauchen gute Startbedingungen, damit sie nicht schon in der Frühphase an fehlenden Finanzierungsmitteln, bürokratischen Hemmnissen oder unzureichender Beratung scheitern. Was

hier im Rahmen des Existenzgründungsprogramms und des Eigenkapitalhilfeprogramms bereits getan wird, sollte fortgeführt werden — freilich immer mit kritischem Blick auf die Erfolgchancen. In diesem Zusammenhang ist noch einmal auf den im vorletzten Anpassungsbericht gemachten Vorschlag hinzuweisen, die Förderung stärker auf Darlehen umzustellen. Förderpolitik zur Existenzgründung und Existenzsicherung darf kein Arbeitsbeschaffungsprogramm sein.

- Bei der Behebung von qualifikatorischen Engpässen kommt der Erneuerung und Verbesserung des beruflichen Wissens besondere Bedeutung zu. Arbeitsverwaltung, Kammern und Berufsverbände sowie Schulen und Universitäten sind hier weiterhin gefordert. Es fällt deshalb schwer, weitere Maßnahmen vorzuschlagen. Allerdings lassen sich damit nur berufsfachliche Defizite beheben. Fähigkeiten wie Kreativität, Verhandlungsgeschick, Risikobereitschaft oder gar Wagemut, auf die es genauso ankommt, müssen sich spontan entfalten.
- Als Problem erweist sich auch die unzureichende Einbindung ostdeutscher Dienstleistungsunternehmen in funktionierende Netzwerke, gerade auch auf lokaler Ebene. Dies hat nicht allein mit mangelnder Leistungsfähigkeit oder ungenügender Reputation zu tun, sondern oft auch mit Informationsmängeln oder mentalen Hemmnissen. Deshalb sind die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik in dieser Hinsicht auch so gering: Die Initiative kann nur von den Unternehmen selbst ausgehen; lokale und regionale Verbands- und Kammerorganisationen können aber unterstützende Angebote unterbreiten.
- Statt neue Förderpakete zu schnüren, sollte sich die Wirtschaftspolitik auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen konzentrieren. Das gilt auch im Hinblick auf staatliche Regulierungen. So wird — in ganz Deutschland — für einzelne Berufsgruppen der Markteintritt reglementiert. Manche Dienstleister dürfen nicht für sich werben oder dürfen vom Staat festgesetzte Preise nicht unterbieten. Sie müssen mitunter formale Qualifikationsanforderungen erfüllen, die kaum anders zu begründen sind als mit der Abwehr von Außenseiterkonkurrenz. Durch die Regulierung der Märkte werden in erster Linie Existenzgründer benachteiligt. Sie haben häufig keine andere Möglichkeit, als mit aggressivem Wettbewerb den Markteintritt zu erzwingen. Kurzum: Was helfen kann, auch wenn es kein Allheilmittel darstellt, sind Fortschritte bei der Deregulierung der Dienstleistungsmärkte. Hierzu wurden von Expertenkommissionen und von anderer Seite bereits zahllose Vorschläge unterbreitet. Es kommt jetzt darauf an, sie zu verwirklichen.

Die Chancen für Dienstleister steigen in dem Maße, wie der wirtschaftliche Neuaufbau in den neuen Bundesländern an Breite gewinnt. Wenn, wie es sich jetzt abzeichnet, das Verarbeitende Gewerbe die Produktion kräftig ausweiten kann, gibt das auch den produktionsnahen Dienstleistungsunternehmen Auftrieb.

D. Dienstleistungen und wirtschaftliche Entwicklung — Zwei Fallstudien

In dem Bericht haben die drei Institute — nicht zuletzt wegen der schwierigen Datenlage — nur einige Facetten des Themas behandeln können. Andere bleiben stark unterbelichtet oder gar ausgeblendet. Dazu gehört vor allem die Rolle, die Dienstleistungsunternehmen spielen, und das Zusammenspiel von Dienstleistungs- und Industrieunternehmen bei der Erneuerung der wirtschaftlichen Basis in Ostdeutschland. Ein solches Thema kann nur mit vielen Detailkenntnissen sinnvoll behandelt werden. Das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle haben deshalb Fallstudien erarbeitet, die die Entwicklung in jeweils einer eng abgegrenzten und dadurch überschaubaren Region in den Blick nehmen. Hierzu wurden Rostock und Chemnitz ausgewählt. In Regionen bilden sich häufig räumliche Netzwerke, für die die Wissenschaft den Begriff „regional districts“

geprägt hat. Anhand dieser Netzwerke läßt sich gut studieren, wie die Unternehmen einer Region untereinander und mit Unternehmen anderer Regionen kooperieren.

Die beiden Fallstudien erheben nicht den Anspruch, die wirtschaftliche Situation vor Ort in umfassender Weise zu behandeln. Sie sind auf das Thema zugescriben. Die Fallstudie über Rostock wurde vom IfW und die Fallstudie über Chemnitz wurde vom IWH eigenverantwortlich erarbeitet. Die Institute stützen sich im wesentlichen auf Informationen, die von den lokalen Akteuren zur Verfügung gestellt wurden.

I. Fallstudie Rostock

1. Rostock als wirtschaftliches Zentrum Mecklenburg-Vorpommerns

Rostock ist mit rund 220 000 Einwohnern (Stand 1996) die größte Stadt und das wirtschaftliche Zentrum Mecklenburg-Vorpommerns. Im Großraum Rostock leben 350 000 Personen. Die Lage an der südlichen Ostseeküste macht die Stadt zur potentiellen Drehscheibe zwischen Mittel- und Westeuropa einerseits sowie Skandinavien, dem Baltikum und Rußland andererseits.

Die Geschichte Rostocks beginnt als wendische Siedlung im 12. Jahrhundert. Im Mittelalter prägen Schiffbau, Handel und Handwerk die Stadt. Als Mitglied der Hanse gewinnt sie Wohlstand und wirtschaftlichen Einfluß. Die Gründung der Universität im Jahr 1419 macht Rostock zum ältesten Wissenschaftsstandort im Ostseeraum. Bis zum zweiten Weltkrieg entwickelt sich eine differenzierte Wirtschaftsstruktur. Im 19. Jahrhundert wird die Werft von Tischbein und Zeltz, die spätere Neptunwerft, gegründet. Rostock verfügt bald über die damals größte Handelsflotte der Ostsee, und der Stadthafen wird zu einem der wichtigsten Handelsplätze der Ostseeküste. Hauptsächlich wird Getreide aus dem mecklenburgischen Hinterland verschifft. Es entsteht eine Lebensmittelindustrie, die die Erzeugnisse der mecklenburgischen Agrarbetriebe verarbeitet, sowie eine Landmaschinenbauindustrie. In der Weimarer Republik werden die Ernst-Heinkel Flugzeugwerke zum wichtigsten Industriebetrieb. Universität, Banken, Verwaltungs- und Kultureinrichtungen weisen Rostock als überörtliches Zentrum aus. Der Vorort Warnemünde entwickelt sich zum Seebad. Im Zweiten Weltkrieg erleidet Rostock schwere Zerstörungen.

Der Wiederaufbau durch die DDR macht Rostock zu einem auf die maritime Wirtschaft ausgerichteten Standort. 1960 wird der neue Überseehafen gebaut. Die Warnow-Werft entwickelt sich zum größten Schiffbaubetrieb der DDR. Die Stadt wächst rasch: Um Arbeitskräfte anzusiedeln, werden zahlreiche Trabantenstädte am westlichen Warnowufer bis hinauf nach Warnemünde gebaut.

Nach der Wende war die maritime Wirtschaft stark vom Niedergang betroffen. Die Werften verloren ihre Auftraggeber in Osteuropa, Seehafen und Seereederei verloren ihre Märkte in Übersee. In der Industrie wie im Dienstleistungssektor brachen die wichtigsten Strukturen weg. Der Neuanfang fiel schwer. Neugegründete und privatisierte Betriebe füllen die Lücken nur langsam auf. Die Stadt will wirtschaftliches Profil vor allem als Hafen- und als Universitätsstadt gewinnen (Stadtverwaltung Rostock (in Vorbereitung)). Sie will — wieder — zu einem attraktiven Standort für alle Zweige der maritimen Wirtschaft werden. Die Universität soll der Kern des Wissenschafts- und Technologiestandorts Rostock sein.

Vom wirtschaftlichen Niedergang erholt sich die Stadt nur langsam. Zwar konnte sie ihre wirtschaftliche Leistung kontinuierlich steigern, um durchschnittlich mehr als 10 vH im Jahr (Tabelle 38). Damit ging freilich ein starker Rückgang der Erwerbstätigen von 172 000 Personen im Jahr 1989 auf 97 000 Personen in 1996 einher. Vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, geprägt durch den Schiffbau, sowie im Handel und Verkehr gingen viele Arbeitsplätze verloren (Tabelle 39 und A9). Bislang ist die wirtschaftliche Dynamik geringer als im Landesdurchschnitt. Es gibt offenbar ein Zentrum-Peri-

Tabelle 38 – Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen) nach Wirtschaftsbereichen in Rostock 1991–1994 (Struktur in vH)

	1991	1992	1993	1994
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,3	0,4	0,3	0,1
Produzierendes Gewerbe	27	25	20	23
Handel und Verkehr	26	21	21	21
Dienstleistungen	23	26	31	32
Staat, private Haushalte	24	27	28	24
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen in Mill. DM	4 248	5 084	5 444	6 119

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Hansestadt Rostock (1996), Hansestadt Rostock.

Tabelle 39 – Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen in Rostock 1990–1996 (Struktur in vH)

	1990 ^a	1993 ^b	1995 ^b	1996 ^b
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	3,0	1,2	0,9	0,9
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	1,8	2,0	1,6	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	22,1	14,7	13,3	12,3
Baugewerbe	5,2	8,7	10,3	9,8
Handel	11,4	11,3	10,5	10,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	22,1	15,0	13,2	14,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,9	2,2	2,6
Sonstige Dienstleistungen	8,3	30,5	34,3	35,8
Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte	1,1	4,6	6,0	4,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	23,1	10,1	7,7	7,8
<i>Insgesamt</i>	100	100	100	100
<i>Nachrichtlich:</i>				
Zahl der Erwerbstätigen/Beschäftigten (1 000)	144	107	99	97

^aErwerbstätige zum 30. November. — ^bSozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30. Juni.

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern, Landesarbeitsamt Nord, Kiel.

perie-Gefälle: Neue Aktivitäten entfalten sich eher im Umkreis — vor allem im Landkreis Bad Doberan — und weniger an den traditionellen Industriestandorten der Stadt.

Rostock hat mit nur 60 Industriebeschäftigten je 1 000 Einwohner die geringste Industriedichte unter den deutschen Großstädten. Zudem prägen Klein- und Kleinstunternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten den Unternehmensbestand. Die wenigen mittleren und größeren Unternehmen hatten 1995 gleichwohl einen Beschäftigungsanteil von knapp 90 vH und einen Umsatzanteil von knapp 80 vH (Statistisches Jahrbuch der Hansestadt Rostock 1997: 94).

Das Zentrum-Peripherie-Gefälle zwischen Rostock und Bad Doberan spiegelt sich in der Branchenstruktur der IHK-Mitgliedsunternehmen deutlich wider. Bad Doberan weist insgesamt die größere Dynamik auf: Während sich die Zahl der Mitgliedsunternehmen im Kammerbezirk wie auch in der Stadt Rostock im Zeitraum von 1991 bis 1997 insgesamt etwa verdreifacht hat, hat sie sich in Bad Doberan fast versechsfacht (Tabelle 40). Vergleicht man die Branchenstruktur von 1997 mit der von 1991 so zeigt sich, daß Bad Doberan, gemessen am Kammerdurchschnitt, überdurchschnittliche Zuwächse im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel aufweist und sich immer mehr als gewerblicher Standort entwickelt. Die Stadt Rostock dagegen profiliert sich gegenüber dem Kammerdurchschnitt mit Unternehmen im Verkehr und Nachrichtenwesen, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie im Dienstleistungsgewerbe zunehmend als Dienstleistungsstandort.

Auch die Branchenstruktur der Handwerksbetriebe zeigt die Arbeitsteilung, die sich zwischen den Standorten Rostock und Bad Doberan herausgebildet hat (Tabelle 41). So haben die baunahen Ge-

werbe (Bau- und Ausbaugewerbe, Elektro- und Metallgewerbe) in Bad Doberan ein vergleichsweise hohes Gewicht, während in Rostock neben dem Glas-, Papier- und keramischen Gewerbe das Dienstleistungshandwerk stärker vertreten ist.

Tabelle 40 – Branchenstruktur der IHK-Mitgliedsunternehmen im Bezirk Rostock 1991 und 1997 (vH)

	Rostock	Bad Doberan	Kammerbezirk
		<i>1991</i>	
Land-/Forstwirtschaft, Fischerei	0,8	1,8	1,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	0,6	0,1	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	3,1	2,3	2,9
Baugewerbe	1,6	1,7	1,5
Handel	36,7	38,0	37,5
Gastgewerbe	7,5	18,7	14,3
Verkehr, Nachrichtenwesen	15,7	13,1	15,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	12,5	10,1	8,0
Dienstleistungen	21,6	13,6	17,7
Sonstige	0	0	0,1
<i>Insgesamt</i>	100	100	100
<i>Nachrichtlich:</i>			
Unternehmen (Anzahl)	3 200	800	10 100
		<i>1997</i>	
Land-/Forstwirtschaft, Fischerei	0,5	1,9	1,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	0,3	0,8	0,7
Verarbeitendes Gewerbe	3,5	4,6	3,4
Baugewerbe	3,3	4,5	3,6
Handel	37,9	41,4	39,7
Gastgewerbe	8,2	12,9	13,2
Verkehr, Nachrichtenwesen	8,5	6,0	7,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	10,6	6,4	8,7
Dienstleistungen	27,0	21,8	21,9
Sonstige	0,2	0,1	0,1
<i>Insgesamt</i>	100	100	100
<i>Nachrichtlich:</i>			
Unternehmen (Anzahl)	9 400	4 500	28 700

Quelle: IHK Rostock.

Tabelle 41 – Branchenstruktur der Handwerksbetriebe in Rostock und Bad Doberan nach Gewerbegruppen (vH) (Stand: August 1997)

	Rostock	Bad Doberan
Bau- und Ausbaugewerbe	18	22
Elektro- und Metallgewerbe	32	39
Holzgewerbe	4	6
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	3	3
Nahrungsmittelgewerbe	2	3
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungsgewerbe	11	6
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	30	21
<i>Insgesamt</i>	100	100
<i>Nachrichtlich:</i>		
Zahl der Unternehmen	1 600	1 300

Quelle: Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern.

2. Rostock als maritimer Standort

a. Schiffbauindustrie

Schiffbau

Die Schiffbauindustrie soll wieder zu einer Säule der Rostocker Wirtschaft werden. Sie besteht im wesentlichen aus der ehemaligen Warnow-Werft, heute Kvaerner-Warnow-Werft (KWW) in Warnemünde und der Schiffbauzulieferindustrie. Kvaerner ist sowohl vertikal als auch horizontal im Schiffbau und in verwandten Bereichen diversifiziert.³⁶ Der Konzern schafft und nutzt systematisch Verbundvorteile, indem er Zulieferer, Werften und Reedereien integriert und den Leistungsaustausch auf marktmäßiger Grundlage organisiert (PIW und BÜSTRO 1995: 45). Der Erwerb der Warnow-Werft war für Kvaerner Teil einer breit angelegten Diversifizierungsstrategie, die auf Produktivitätssteigerung und Senkung der Kapitalkosten zielt und deren Kernstück der Technologietransfer innerhalb des Konzerns darstellt. Kvaerner richtet die von ihm übernommenen Werften jeweils auf spezifische Marktsegmente aus, modernisiert und reorganisiert sie — insbesondere werden Overhead-Kosten abgebaut und flache Hierarchien eingeführt — und gliedert sie in seinen Produktions- und Beschaffungsverbund ein. Dies verschafft dem Konzern ein hohes Maß an Wettbewerbsfähigkeit. Es ermöglicht, lukrative Großaufträge anzunehmen, wenn kurze Lieferfristen gefordert sind und das Auftragsvolumen zu groß ist, um an einem einzelnen Standort abgewickelt zu werden.

Die KWW wurde im Laufe von zweieinhalb Jahren mit einem Investitionsaufwand von rund 575 Mill. DM zu einer Kompakt-Werft³⁷ umgebaut. Die Werft hat sich auf den Bau großer, im Konzernverbund entwickelter Containerschiffe spezialisiert, will sich aber auch auf dem Markt für Spezialschiffe (Chemikalientanker, Eisbrecher, Kühlschiffe) etablieren. Schiffsreparaturen und schiffbaufremde Fertigungen wurden aufgegeben. Die Auftragslage wird als gut bezeichnet. Derzeit stehen fünf Containerschiffe in den Auftragsbüchern. Damit ist die Werft bis 1999 ausgelastet.

Im Zuge der Umstrukturierung ist es zu einem umfangreichen Stellenabbau gekommen. Von ehemals 5 700 Arbeitsplätzen sind heute noch rund 1 300 vorhanden; letztlich werden keine 1 000 Arbeitsplätze übrigbleiben. Der Stellenrückgang ist zum einen auf den Kapazitätsabbau, zum anderen darauf zurückzuführen, daß moderne, kapitalintensive Technologien installiert wurden.³⁸

Die KWW bezieht derzeit 95 vH ihrer Zulieferungen aus Deutschland, davon zwei Drittel aus Mecklenburg-Vorpommern. Den Löwenanteil machen die Schiffsmotoren aus, die vom Dieselmotorenwerk Rostock GmbH (DMR) bezogen werden. Der internationale Wettbewerb wird künftig eine weitere Verringerung der Fertigungstiefe erfordern. Kleine Zulieferbetriebe aus der Region werden allerdings nur dann daran teilhaben können, wenn sie Kooperationsbeziehungen untereinander aufbauen und einen Unternehmensverbund formieren, der die von der KWW geforderten Systemlösungen anbieten kann.³⁹ Die Bildung eines solchen Unternehmensverbundes scheitert bislang offenbar an einer zu geringen Kooperationsbereitschaft der kleinen örtlichen Zulieferbetriebe.

Zulieferindustrie

Die Auflösung der alten Kombiatsstrukturen im ostdeutschen Schiffbau ging mit der Ausgliederung zahlreicher kleiner Zulieferunternehmen einher. Die Umstrukturierung führte bei den Werften vor allem zu einer Verringerung der Fertigungstiefe. Moderne Werften erstellen heute 50–70 vH ihrer Wertschöpfung aus dem Bezug von Vorleistungen aus den verschiedensten Bereichen.⁴⁰ Hierin liegt für Werftstandorte ein beträchtliches Beschäftigungspotential. In der Regel kommen auf einen Werftarbeitsplatz drei bis vier Arbeitsplätze bei Zulieferern. Dieses Potential ist in Rostock jedoch kaum erschlossen: Hier beträgt die Relation gegenwärtig etwa 1:1.

Die Schiffbauzulieferindustrie in Rostock besteht aus zwei größeren Unternehmen, dem Dieselmotorenwerk Rostock GmbH (DMR) und der Neptun Industrie Rostock GmbH (NIR) sowie einer Vielzahl kleiner Unternehmen. Das DMR wurde zunächst an den Bremer Vulkan privatisiert. Es errichtete 1994 eine neue Fertigungsstätte in unmittelbarer Nähe der KWW in Warnemünde. Der neue

Standort bietet darüber hinaus den Vorteil der Lage am seetiefen Ufer. Dort können neue Motoren direkt an die Pier gebracht und für den seewärtigen Transport vorbereitet oder direkt ins Schiff geliefert werden. Dadurch entfällt die zuvor für den Transport von der Fertigungsstätte an die Pier erforderliche zeit- und kostenaufwendige Demontage. Am alten Standort in der Stadt werden heute Zulieferfunktionen wahrgenommen.

Nach dem Zusammenbruch des Vulkan wurde das DMR, nach einem fast einjährigen Schwebestand, im April 1997 zu 51 vH von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) und zu 49 vH vom Land übernommen. Das Unternehmenskonzept sieht vor, die Motorenfertigung in Warnemünde zu konzentrieren; in Bremen sollen Gießerei, Buchsenfertigung und Stahlbau fortgeführt werden. Motorenfertigung, Reparaturen und Ersatzteilgeschäft sollen 275 der gegenwärtig etwa 360 Arbeitsplätze in Rostock sichern. Vor der Wende beschäftigte das Werk rund 1 200 Personen in Rostock.⁴¹ Die gegenwärtige Auftragslage des DMR gilt als gut. Die Liquidität konnte zwischenzeitlich allerdings nur mit Unterstützung des Landes und der BvS durch laufende Nettokreditaufnahmen in zweistelliger Millionenhöhe gesichert werden. Belastend wirkt vor allem, daß die zweite Privatisierung noch nicht abgeschlossen ist. Das DMR kooperiert mit der NIR-Gruppe, die wie das DMR, im Stahlbau tätig ist. Beide Unternehmen betreiben ein gemeinsames Ausbildungszentrum.

Die NIR ist aus der traditionsreichen Neptun-Werft hervorgegangen. Sie stellte den Schiffsneubau bereits 1992, noch vor ihrer Privatisierung, ein und begann damit neue, teils dem Schiffbau verwandte, teils vom Schiffbau unabhängige Geschäftsfelder zu erschließen. Seit dem Erwerb durch den Bremer Vulkan im Jahr 1993 fungiert sie als Management Holding für inzwischen 13 Tochtergesellschaften, die in den Bereichen Schiffsreparaturen, Stahlbau, Sanitärzellenbau, Oberflächenveredlung, Yacht- und Marineservice sowie dem Fertighausbau tätig sind. Die Umstrukturierung ging auch für die NIR mit einem kräftigen Stellenabbau einher. Hatte die Neptun-Werft 1990 noch rund 6 600 Beschäftigte, so sind es heute bei der NIR nur rund 1 000. Etwa 500 von ihnen sind noch in maritimen Wirtschaftszweigen tätig. Im März 1996 wurde das Unternehmen aus dem in Konkurs gegangenen Bremer Vulkan herausgelöst und allein weitergeführt, mit dem Konkursverwalter des Vulkan als Mehrheitseigentümer. Inzwischen steht die zweite Privatisierung vor dem Abschluß: Jetzt soll die Meyer-Werft, Papenburg, die maritimen Bereiche der NIR (Schiffsreparaturen, Stahlbau) übernehmen. Ausschlaggebend für Meyer war die gute Erreichbarkeit der Docks am neuen Standort in Warnemünde. Dort können eigene Schiffsneubauten fertiggestellt und gewartet werden. Zulieferaufträge, die Meyer zuvor ins Ausland vergeben hat, sollen künftig in Rostock ausgeführt werden. Die Übernahme der NIR durch die Meyer-Werft steht kurz vor dem Abschluß. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich bereit erklärt, für einen Kredit der NIR in Höhe von 51 Mill. DM zu bürgen und damit grünes Licht gegeben für weitere Investitionen (*FAZ* 1997).

b. Maritime Dienstleistungen

Seehafen Rostock

Der Seehafen Rostock ist derzeit der viertgrößte deutsche Seehafen nach Hamburg, Bremen und Lübeck. Rostock betrachtet den Seehafen als einen der entscheidenden Faktoren zur Entwicklung des Dienstleistungssektors in der Stadt und in der Region. Er soll zu einem modernen Logistiknetzwerk entwickelt werden.

In den letzten Jahren hat sich der Hafen insgesamt positiv entwickelt. Nach einem starken Rückgang — von rund 21 Mill. t in 1989 auf rund 8 Mill. t in 1991 — erreicht das Umschlagvolumen fast wieder Vorwendeniveau; für 1997 wird das Volumen auf rund 19 Mill. t geschätzt. Bis zum Jahr 2010 wird ein Wachstum des Umschlagvolumens auf 30 Mill. t für möglich gehalten (BÜSTRO 1997a: 14). Diese Entwicklung ist in erster Linie Ergebnis einer Neuausrichtung der Umschlagstruktur. Insbesondere wurde der Fährgutverkehr mit Erfolg aufgebaut (Tabelle 42).

Tabelle 42 – Umschlag und Beschäftigung im Seehafen Rostock 1996

	1996	Veränderung gegenüber 1989
Gesamtumschlag (1 000 t bzw. vH)	16 400	-21
davon		
Fährgut ^a	2 900	x ^b
Stückgut	2 000	-31
Schüttgut	7 600	-29
Flüssiggut	3 990	10
Beschäftigte (Personen bzw. vH)		
Insgesamt ^c	810	-86
Gewerblich Beschäftigte	570	-85

^aOhne Fahrzeuggewichte. — ^bErstmals 1990 mit 70 t. — ^cAller drei Hafenunternehmen.

Quelle: BÜSTRO (1997a).

Der Beschäftigungsrückgang im Seehafen — von 5 700 Beschäftigten in 1989 auf 810 Beschäftigte in 1996 — war aufgrund der sinkenden Arbeitsintensität des Umschlags noch drastischer als der Einbruch des Umschlagvolumens. An der Kaikante werden heute je Tonne Umschlagladung erheblich weniger Arbeitskräfte gebraucht als früher. So wird es künftig auch bei einem weiteren Umschlagwachstum nur zu bescheidenen Beschäftigungseffekten im Bereich der gewerblichen Arbeitsplätze kommen.

Der Seehafen hat nicht nur hinsichtlich der Umschlagentwicklung die erste Phase der Umstrukturierung hinter sich. Er hat auch bei den Verkehren nach Dänemark und Schweden bereits eine gute Wettbewerbsposition erreicht. Größere Nachteile bestehen allerdings noch im Wettbewerb mit Lübeck um die Finnlandverkehre. Als Vorteile des Seehafens sind folgende Punkte relevant:

- Er ist als Universalhafen für Öl, Chemie, Getreide und Düngemittel, Kohle und Erz, Stückgut, RoRo-Verkehr, Fähr- und konventionelle Liniendienste in allen Bereichen, nicht zuletzt dank umfangreicher Investitionen, gut mit Fazilitäten für Umschlag und Lagerung (Liegeplätze, Kräne, Lagerflächen) ausgestattet. Hierin ist er insbesondere den anderen Ostseehäfen in Mecklenburg-Vorpommern überlegen.
- Er verfügt über gute Schienenverbindungen nach Berlin, Magdeburg und Stralsund sowie durch die A 19 über eine leistungsfähige Straßenanbindung an den Berliner Raum. Bahnlinie und Straße führen direkt bis in den Hafen und verbinden ihn auch mit dem neuen nur 3 km entfernten Güterverkehrszentrum in Rostock-Nienhagen. Der Regionalflughafen Rostock-Laage, 20 km südlich an der A 19 gelegen, schafft Zugang zum Luftverkehrsnetz.
- Er hat aufgrund großzügiger Flächenausstattung — er verfügt über 1 Mill. m² Reserveflächen — beachtliche Erweiterungsmöglichkeiten.

Mukran und Stettin haben ebenfalls eine günstige Lage für Verkehre nach Osteuropa. Ihnen fehlen allerdings leistungsfähige Hinterlandverbindungen, so daß sie bislang nicht als ernsthafte Konkurrenten auf den Plan getreten sind.

Beschränkt wird die Entwicklung des Hafens durch den geringen Industriebesatz in den neuen Ländern. Auch im Ostseeraum ist der Transformationsprozeß noch nicht so weit vorangeschritten, daß er zu einer spürbaren Vergrößerung des Transportaufkommens führt. Entscheidendes Hemmnis ist jedoch die fehlende Ost-West-Verbindung im überregionalen Straßenverkehr, die die A 20 schaffen wird. Erst wenn die Anbindung an den Hamburger Wirtschaftsraum geschaffen ist, kann der Rostocker Hafen sein Entwicklungspotential ausschöpfen und vor allem im Wettbewerb mit den deutschen Nordseehäfen sowie den Häfen in Lübeck und Kiel Boden gewinnen.

Investitionen und Umstrukturierungsmaßnahmen im Seehafen Rostock

Der Seehafen verfügt über 9 000 m Kaianlagen und 36 Schiffsliegeplätze. Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wurde im Zeitraum 1991–1997 mit einem Investitionsaufwand von rund 450 Mill. DM die Infra- und Suprastruktur des Hafens ausgebaut. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören:

- Im Getreidehafen, er wurde bis zur Wende lediglich für den Import genutzt, wurden Verladeanlagen für den Getreideexport gebaut. Dadurch konnten drei Unternehmen der Getreidebranche und eine Malzfabrik (Malteurop) auf dem Hafengelände angesiedelt werden, die ihrerseits Investitionen getätigt und Arbeitsplätze geschaffen haben. Insbesondere wurde ein Förderverbundsystem geschaffen.
- Im Fährhafen wurde 1994 für 45 Mill. DM ein Fähranleger als Kombianlage für den Schienengüterverkehr und für die Abfertigung von RoRo-Schiffen gebaut. Damit ist Rostock neben Warnemünde, Saßnitz und Mukran der vierte ostdeutsche Fährhafen, der einen durchgehenden Schienenverkehr über die Ostsee gestattet. Diese Anlage sicherte dem Seehafen einen 7-Jahres-Vertrag mit der Fährreederei DFO, die nun gemeinsam mit der schwedischen SweFerry die Linie Rostock-Trelleborg betreibt. Das Brückensystem des Fähranlegers wurde ebenfalls von einem örtlichen Unternehmen, der Rostocker Planungsgesellschaft (INROS, 100 Beschäftigte), entwickelt und von der NIR gebaut.
- Im Ölhafen entstand für 21 Mill. DM ein neuer Tiefwasserplatz.
- Für rund 10 Mill. DM wurde ein Schrott-Terminal gebaut.
- Der Fährterminal und die A 19 wurden durch eine Hochstraße miteinander verbunden.

Außerdem sind folgende Projekte auf den Hafen ausgerichtet:

- die Pipeline von Rostock nach Leuna/Böhlen (Investor: Dow Chemical), die für Import und Export sowohl von Rohöl als auch von weiterverarbeiteten Produkten genutzt werden kann;⁴²
- ein neues Tanklager, ebenfalls finanziert und durchgeführt von Dow Chemical;
- ein Trockenmörtelwerk am Schüttgutpier (Investor: Quickmix);
- das im September 1994 in Betrieb genommene Steinkohlekraftwerk Rostock Ost, das für 1,2 Mrd. DM auf dem Hafengelände gebaut wurde.

Das Wachstum des Hafenumschlags sowie die Veränderungen in der Struktur des Güterumschlags zeigen, daß diese Maßnahmen bereits greifen (Tabelle 43). Gegenüber 1992 wuchs vor allem die Bedeutung des Hafens für den Export ostdeutscher Erzeugnisse. So erreichte der Getreideexport von 1992 bis 1996, ungeachtet eines sinkenden Anteils am Gesamtumschlag des Hafens, Zuwächse von jährlich 9 vH. Ebenso verzeichnete der Versand von Mineralölerzeugnissen, Metallen und Transportgütern einen starken Anstieg.

Die mit Abstand wichtigste Maßnahmen zur weiteren Entwicklung des Hafens sind die geplante Vertiefung des Seekanals um 1,5 m und die Verbreiterung der Hafenzufahrt um 40 m. Die Kosten hierfür werden auf 200 Mill. DM veranschlagt und vom Bund bezuschußt. Die Verbreiterung ermöglicht es, den Seekanal in beiden Richtungen gleichzeitig zu befahren. Davon profitiert insbesondere die Fährschifffahrt, denn die gegenseitige Passierbarkeit erlaubt eine raschere Abfertigung. Die Vertiefung ermöglicht es auch großen Tankern und Massengutschiffen, den Ölhafen anzulaufen.

Das Entwicklungskonzept des Hafens sieht vor, den Stückgutverkehr und die Liniendienste weiterzuentwickeln. Das bedeutet eine indirekte Teilnahme am Überseeverkehr. Reedereien sind dann für den Seehafen Rostock zu gewinnen, wenn sie wertintensives Stückgut als Ladungsaufkommen akquirieren können. Von Rostock aus werden gegenwärtig u.a. drei Fährlinien nach Dänemark und Südschweden betrieben. Sie bieten bis zu 20 Abfahrten pro Tag.

Tabelle 43 – Struktur des Güterverkehrs^a im Seehafen Rostock nach Güterabteilungen 1992–1996 (vH)

	1992	1996
	<i>Empfang</i>	
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	3	2
Mineralölerzeugnisse u.ä.	34	16
Erze, Metallabfälle	6	15
Eisen, NE-Metalle	8	3
Steine und Erden	35	24
Transportgüter	2	20
<i>Insgesamt</i>	100	100
<i>Nachrichtlich:</i>		
1 000 Tonnen	6 800	8 300
	<i>Versand</i>	
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	44	23
Mineralölerzeugnisse u.ä.	19	30
Erze, Metallabfälle	7	6
Eisen, NE-Metalle	3	13
Steine und Erden	0,04	0,05
Transportgüter	4	15
<i>Insgesamt</i>	100	100
<i>Nachrichtlich:</i>		
1 000 Tonnen	3 200	8 300

^aAusgewählte Gütergruppen.

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern.

Reedereien

Die Privatisierung der ehemaligen Staatsreederei der DDR, heute Deutsche Seereederei, Rostock (DSR), hat dem Standort Rostock keine großen Impulse geben können, weil sie in den Strudel des Vulkan-Konkurses geriet. Die DSR wurde 1993 an zwei Hamburger Kaufleute privatisiert. Sie übernahmen bis Ende 1995 eine Arbeitsplatzgarantie für rund 2 200 Beschäftigte, darunter 1 400 Seeleute, und eine Investitionsverpflichtung im Umfang von 1,1 Mrd. DM, die bis Ende 1998 zu erfüllen ist. Die Hälfte der Investitionszusage ist pönalisiert. Die DSR hält die Privatisierungszusagen bisher ein. Im Herbst 1997 hatte sie weltweit rund 3 000 Mitarbeiter; am Standort Rostock waren es knapp 500 Mitarbeiter an Land und rund 860 deutsche Mitarbeiter auf See. Bis Mitte 1997 hatte die DSR insgesamt knapp 700 Mill. DM investiert, davon knapp 80 Mill. DM in Immobilien und reichlich 600 Mill. DM in Schiffe (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 1997). Das Privatisierungskonzept gründete vor allem auf einer Diversifizierung in die Bereiche Linien-, Tramp- und Kreuzschiffahrt, Touristik und Immobilien, bei dem DSR-Tochtergesellschaften an verschiedenen Standorten (Rostock, Hamburg, Bremen) verschiedene Geschäftsfelder übernehmen sollten. Das klassische Reedereigeschäft (Tramp- und Massengutschiffahrt, Bereederung und Schiffsmaklerei) hat die DSR der Tochtergesellschaft F. Laisz GmbH⁴³ übertragen, die sowohl von Hamburg als auch von Rostock aus operiert. Die DSR Senator-Lines übernahm vom Bremer Vulkan 1994 eine 50-prozentige Beteiligung. Das Fährdienstgeschäft betreibt die DSR-Tochter Euroseabridge GmbH. Die Linienreederei wurde der Tochtergesellschaft DSR Senator-Lines mit Standorten in Rostock und Bremen übertragen. Außerdem hat die DSR Standbeine in den Bereichen Kreuzschiffahrt und Hotellerie (Arkona Hotel GmbH) und Immobilien (DSR Immobilien GmbH mit Standorten in Berlin und Brandenburg) aufgebaut. Im Zusammenhang mit dem Konkurs des Bremer Vulkan mußte die DSR das Liniengeschäft neu ordnen und für die DSR Senator-Lines einen neuen Partner suchen. Dabei hat sie ihre Gesellschaftsanteile auf 10 vH reduziert. Der Standort Rostock wurde geschlossen.⁴⁴ Dabei gingen 146 Landarbeitsplätze verloren.

Mit der Rostock-Atlantic Linie (RAL) hat im November 1997 eine neue Reederei einen Liniendienst von Rostock via Großbritannien/Irland an die nordamerikanische Ostküste aufgenommen. Damit ist Rostock wieder an den Überseeverkehr angeschlossen. Ab 1998 soll der Containerverkehr aufgenommen werden. An der RAL ist mit 20 vH die Kent-Gruppe beteiligt, die auch den Seehafenumschlag in Rostock betreibt.

Die Deutsche Fährgesellschaft Ostsee mbH (DFO) ist die größte deutsche Fährgesellschaft. Sie entstand 1993 durch die Zusammenlegung der Fährbetriebe der Deutschen Reichsbahn und der Bundesbahn und ist Eigentümerin der Fährhäfen Puttgarden, Saßnitz und Warnemünde.⁴⁵ Zunächst hatte das Unternehmen zwei Verwaltungsstandorte, in Hamburg und in Rostock. Im Jahr 1996 wurden alle Overheadfunktionen in Rostock konzentriert. Um im Wettbewerb zwischen den Ostseereedereien bestehen zu können, kooperiert die DFO mit den staatlichen Ostsee-Fährgesellschaften in Dänemark (Scandlines A/S — ehemals DSB Rederi) und Schweden (Scandlines AB — ehemals Sweferry) und betreibt mit ihnen gemeinsam Fährverbindungen nach Gedser und Trelleborg. Es ist geplant, die Zusammenarbeit mit der dänischen Gesellschaft zu vertiefen und Ende 1997 eine Holding zu gründen, die unter dem Namen Scandlines A/S ihren Sitz in Warnemünde haben soll. Die Schweden werden an der Fusion zunächst nicht teilnehmen. Gegenwärtig hat die DFO etwa 850 Beschäftigte an Land und auf See. Die entstehende deutsch-dänische Reedereigruppe wird mit rund 2 Mrd. DM Jahresumsatz und 4 000 Beschäftigten zu den großen europäischen Fährreedereien zählen. Für die DFO soll mit dem Zusammenschluß kein Beschäftigungsabbau verbunden sein.

Fischerei

Die Mecklenburgische Hochseefischerei GmbH (MHF) Rostock ist der größte deutsche Fischereibetrieb an der Ostseeküste. Sie betreibt mit gegenwärtig rund 230 Beschäftigten und vier Schiffen die Saisonfischerei. Die MHF wurde zu 75 vH an eine isländische Gesellschaft privatisiert; 25 vH hält das Land Mecklenburg-Vorpommern. Die MHF ist noch in den roten Zahlen, vor allem weil ihre Flotte nicht modern genug ist. Um in die Gewinnzone zu kommen, hat sie zwei Schiffe bereits abgestoßen; die übrigen will sie modernisieren. Neubaupläne sollen gescheitert sein, weil die Länderregierung hierfür keine Fördermittel zugesagt habe.

Güterverkehrszentrum

Mit dem Güterverkehrszentrum (GVZ) in Rostock-Nienhagen verfügt die Stadt über eines von insgesamt acht Güterverkehrszentren in den neuen Bundesländern. Dort sollen sich Betriebe für Transport, Spedition, Lagerwirtschaft und andere logistische Dienstleistungen ansiedeln. Das GVZ ist an das Fernstraßennetz (A 19, künftig auch A 20) sowie das Schienenverkehrsnetz angebunden und befindet sich in unmittelbarer Nähe des Seehafens. Es soll insbesondere als Schnittstelle für kombinierte Schienen-, Straßen-, Seeverkehre dienen und den dafür erforderlichen Verkehrsträgerwechsel ermöglichen. Der Umschlagbahnhof für den kombinierten Verkehr soll 1998 fertiggestellt werden und dann das GVZ Rostock an das Netz des kombinierten Verkehrs der Deutschen Bahn AG anschließen. Dann können insbesondere Güterferntransporte rasch und problemlos von der Straße auf die Schiene verlagert werden.

Über das GVZ soll künftig der Großteil des Wirtschaftsverkehrs im Raum Rostock abgewickelt werden. Zur Erschließung und Vermarktung des rund 150 ha großen Geländes wurde ein städtischer Eigenbetrieb gegründet (Kommunale Objektbewirtschaftung und -verwaltung der Hansestadt Rostock). Das Landeswirtschaftsministerium und die Kommune haben für Infrastrukturmaßnahmen im GVZ rund 15 Mill. DM bereitgestellt. Gegenwärtig ist etwa ein Drittel der Fläche erschlossen. Bislang haben sich 16 Unternehmen mit rund 500 Arbeitsplätzen angesiedelt. Bei voller Belegung könnte sich die Zahl der Arbeitsplätze auf rund 3 000 erhöhen. Das GVZ soll insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben die Gelegenheit geben, sich zu Transportkooperationen zusammenzuschließen und so ihre Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Um Kooperationsbeziehungen un-

tereinander zu entwickeln, haben die im GVZ bereits angesiedelten sowie die an einer Ansiedlung interessierten Unternehmen die Güterverkehrszentrum Entwicklungsgesellschaft Rostock mbH (GVZE) gegründet. Die GVZE widmet sich auch einer attraktiveren Gestaltung der Nord-Süd-Verkehre (Baltikum/Skandinavien, Rostock, Berlin, Dresden, Südosteuropa). Hieraus hat sich eine Kooperation mit dem GVZ Brandenburg-Berlin entwickelt. Außerdem kooperiert die GVZE zusammen mit anderen GVZ Entwicklungsgesellschaften im Rahmen der „Deutsche GVZ-Gesellschaft mbH“.

3. Rostock als Gewerbestandort

Die Schaffung einer leistungsfähigen wirtschaftsnahen Infrastruktur ist ein wichtiger Beitrag, den die öffentliche Hand zu Entwicklung eines Standorts zu leisten hat. Hier gibt es in Rostock offenbar eine Reihe ungelöster Probleme. Der jüngsten Befragung des Unternehmensverbandes zufolge äußerte sich die Mehrheit der Unternehmen unzufrieden über die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Rostock (Tabelle 44). Die Unternehmen beurteilten insbesondere die Ausschreibungs- und Förderpraxis als nicht zufriedenstellend und kritisierten außerdem die Ansiedlungspolitik, langwierige Genehmigungsverfahren sowie die unzureichende Kalkulierbarkeit und Verlässlichkeit der Wirtschaftspolitik.

Tabelle 44 – Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Rostock durch die Unternehmen 1997^a

	sehr gut ... sehr schlecht						
	1	2	3	4	5	6	7
Allgemeine wirtschaftliche Lage	2	5	7	24	39	12	10
Gegenwärtige Förderpraxis	0	16	14	19	16	27	8
Ausschreibungspraxis	0	0	23	17	23	14	17

^aAnteil der Nennungen in vH.

Quelle: Unternehmensverband Rostock und Umgebung e.V. (1997).

a. Gewerbegebiete

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Rostock weist, wie erwähnt, an den peripheren Standorten eine größere Dynamik auf als an den zentralen. Die Unternehmen haben in den vergangenen Jahren viele Standortentscheidungen zugunsten des Umlandes getroffen. So hat sich insbesondere Bad Doberan als attraktiver Standort profiliert (Übersicht 1). Die Gründe dafür sind im einzelnen schwer auszumachen. Offensichtlich waren aber die Investitionsbedingungen im Umland besser. So hat die Stadt Rostock erst 1997 begonnen, weitere Gewerbeflächen auszuweisen. Auch gibt es enorme Verkehrsprobleme auf den innerstädtischen Straßen. Umlandstandorte werden nicht zuletzt wegen der problematischen Verkehrsverhältnisse in der Stadt bevorzugt.

In und um Rostock gibt es derzeit elf Gewerbegebiete. Das Gelände der ehemaligen Neptunwerft in Bramow ist das älteste, das Gelände des Seehafens mit einer Fläche von 7,5 km² ist das größte Gewerbegebiet Rostocks (REWAS 1995). Vor der Wende waren hier rund 6 600 bzw. über 10 000 Personen beschäftigt:

- Das Gelände in Bramow ist ein typisches Industriegebiet. Bereits vor der Wende waren hier neben dem Schiffbaubetrieb Unternehmen der Nahrungsgüterwirtschaft und ein Heizkraftwerk angesiedelt. Im Mai 1994 gab es dort 115 Unternehmen mit schätzungsweise 5 800 Beschäftigten. Etwa zwei Fünftel waren im Dienstleistungsbereich tätig; gut die Hälfte war mit weniger als 10 Beschäftigten allerdings sehr klein.

- Auf dem Gelände des Seehafens waren 1989 etwa 30 Betriebe mit über 10 000 Beschäftigten (ohne Seeleute) tätig. Dabei dominierten der VEB Seehafen Rostock, der VEB Deutsche Seereederei und die Deutsche Reichsbahn. Im Jahr 1994 hatten sich etwa 190 Unternehmen mit rund 6 600 Beschäftigten (einschließlich seefahrendem Personal) angesiedelt. Die meisten der neuen Unternehmen entstanden durch Ausgründungen aus den Kombinat. Der Branchenmix ist heute stark durch maritime Dienstleistungen geprägt: Knapp 70 vH der Betriebe mit 90 vH der Beschäftigten sind dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen (Tabelle 45). 70 vH der Unternehmen sind mit weniger als 10 Beschäftigten wiederum sehr klein. Es gibt aber auch sieben mittelgroße Unternehmen (mehr als 100 Beschäftigte).

Übersicht 1 – Gewerbegebiete im Kreis Bad Doberan 1993

	Fläche (1 000 m ²)	Erschließung Fertigstellung	Grundstückspreis (DM/m ²) ^a	Entfernung von Rostock (km)
Roggentin	850	1994	97	8
Kavelstorf-Neu	483	Juli 1991	.	15
Griebitz		März 1993		
Bentwisch	350	Juni 1994	30 ^b	8
Elmenhorst	260	.	.	15
Eikboom	318	Dezember 1991	40–75	15
Bargeshagen– Admannshäger Damm	226	Dezember 1993 Juli 1991 Juni 1992	48	15
<i>Insgesamt</i>	2 487	x	x	x

^aDurchschnittswerte. — ^bZuzüglich Kosten für Erschließungsmaßnahmen.

Quelle: Standortatlas Mecklenburg-Vorpommern.

Tabelle 45 – Branchenstruktur im Gewerbegebiet Seehafen Rostock 1994

	Betriebe	Beschäftigte
	Anteile (vH)	
Bergbau, Energie	1	3
Verarbeitendes Gewerbe	4	4
Baugewerbe	6	2
Ausbaugewerbe	1	0,5
Handwerk	7	2
Großhandel	9	1
Einzelhandel	6	1
Dienstleistungen		
Transport, Spedition, Fährbetrieb	29	
Maklerei, Hafendienstleistungen	16	} 87
Sonstige Dienstleistungen	23	
<i>Insgesamt^a</i>	100	100

^aAbweichungen in der Summe durch Rundungen.

Quelle: REWAS (1994).

Neue gewerbliche Standorte sind vor allem in Bad Doberan entstanden, zum Teil auf halbem Wege liegend zwischen Bad Doberan und Rostock. Eine Auswertung des Instituts für Regionale Wirt-

schafts- und Arbeitsmarktstrategien (REWAS) von Erhebungen in neun Gewerbegebieten zeigt hinsichtlich Größen- und Branchenstruktur weitgehend das vertraute Bild (REWAS 1997). Mehr als die Hälfte der Betriebe ist mit weniger als 10 Beschäftigten sehr klein; die meisten der Betriebe und der größte Teil der Beschäftigten sind im Dienstleistungsbereich tätig — der Dienstleistungsbereich (ohne Handel und Handwerk) ist etwa sechsmal so groß wie das Verarbeitende Gewerbe. Insgesamt befinden sich rund 10 000 Arbeitsplätze in diesen Gewerbegebieten.

Die dort angesiedelten Unternehmen setzen ihre Leistungen ganz überwiegend im näheren Umkreis ab: ein Fünftel der Unternehmen in der Region Rostock, ein Drittel im Land Mecklenburg-Vorpommern. Die Lieferverflechtungen mit dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland sind insgesamt schwach ausgeprägt. Der Auslandsabsatz hat bemerkenswerterweise etwa dasselbe Gewicht wie der Absatz in die alten oder in die übrigen neuen Bundesländer.

Die Ansiedlungsdynamik im Umland spiegelt nicht zuletzt die zögerliche Flächenpolitik der Stadt Rostock. Zahlreiche Unternehmen haben die Stadt verlassen, weil sie dort nicht expandieren konnten. Dabei sind die meisten Beschäftigungsverhältnisse ungeachtet der Standortverlagerung erhalten geblieben.

URBAN-Rahmenplangebiet Kröpeliner-Tor-Vorstadt

Um der wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt Impulse zu geben, soll die Kröpeliner-Tor-Vorstadt (KTV), ein Stadtteil am westlichen Rand der Altstadt, als attraktiver Gewerbe- und Wohnstandort entwickelt werden. Die KTV wurde im Rahmen des EU-Programms URBAN zum Rahmenplangebiet erklärt.⁴⁶ Es handelt sich um ein hochverdichtetes Innenstadtdgebiet, in dem eine gründerzeitlich geprägte Funktionsmischung von Kleingewerbe, Handwerk und Wohnen die Jahrzehnte der DDR-Planwirtschaft überdauerte. Die meisten der dort traditionell ansässigen Unternehmen sind Kleinbetriebe des Handwerks; viele wären nach heutiger Praxis im Innenstadtbereich nicht genehmigungsfähig. Unternehmen, die expandieren möchten, haben dazu an ihrem derzeitigen Standort oder in unmittelbarer Nähe keine Möglichkeit. Sowohl Gewerbeflächen als auch Parkraum sind außerordentlich knapp.

Die KTV weist die für eine gewachsene Agglomeration typischen Standortvorteile und -nachteile auf: Sie verfügt über eine zentrale Lage im Stadtgebiet, hat aber, da es aufgrund ungeklärter Vermögensverhältnisse an freien Gewerbeflächen mangelt, mit räumlichen Beschränkungen und einem stark angewachsenen Verkehr zu kämpfen. Der Mangel an geeigneten Gewerbeflächen wird dadurch verschärft, daß es in der historisch interessanten, wenn auch stark sanierungsbedürftigen Bausubstanz häufig zu Luxussanierungen kommt. In der Bewertung des Marktes überwiegen bislang noch die Standortnachteile, denn die Mieten für Gewerbeflächen gehören zu den niedrigsten im Stadtgebiet (Tabelle 46).

Tabelle 46 – Mietpreise für Gewerbeflächen in der Hansestadt Rostock 1996

	Läden			Büroflächen		
	bis 50 m ²	bis 200 m ²	>200 m ²	bis 100 m ²	bis 300 m ²	>300 m ²
	Nettokaltmiete in DM/m ² (Durchschnittswerte)					
Zentrum	65,00	40,00	27,00	20,00	18,00	15,00
Kröpelin/Breite Str.	90,00	75,00	38,00	21,00	21,50	19,50
Steintorvorstadt	40,00	25,00	20,00	22,00	19,00	17,00
KTV	26,50	19,50	18,00	18,00	17,00	16,00
Hansaviertel	25,00	32,50	18,00	18,00	17,00	16,00
Östliche Altstadt	21,00	15,00	.	17,00	15,00	.

Quelle: BÜSTRO (1997b).

Der Umstrukturierungsprozeß seit der Wende läßt erkennen, daß die KTV gleichwohl ein beachtliches Potential als Wirtschaftsstandort hat. Zwar hatten einerseits die traditionell dort ansässigen Unternehmen vielfach Schwierigkeiten, auf dem Markt zu bestehen und mußten nicht selten aufgeben, aber andererseits hat es in den letzten beiden Jahren einen regelrechten Gründungsboom bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Rechts-, Steuer- und Wirtschaftsberatung, technische und EDV-Beratung) gegeben. Auch der Einzelhandel hat in den letzten Jahren die Verkaufsflächen stark ausgeweitet. Dies bedeutet zwar Konkurrenz für die Altstadt, wirkt aber insgesamt einer Verödung der Innenstadt und einem Abfließen der Kaufkraft an die Fachmarktzentren am Stadtrand entgegen.

Das im Rahmen des URBAN-Programms erarbeitete Wirtschaftsentwicklungskonzept sieht für die KTV folgendes vor (BÜSTRO 1997b):⁴⁷

- Es soll ein Informationssystem (Unternehmensdatenbank und Datenbank zur ökologischen Umweltentwicklung) aufgebaut werden.
- Die kontinuierliche Evaluierung und ein permanenter Dialog sollen durchgeführt werden; das Informationssystem soll vor allem zur Früherkennung von Unternehmensproblemen dienen.
- Der bestehende institutionelle Rahmen (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Amt für Wirtschaftsförderung, Stadtteilmanager, Förderverein der lokalen Wirtschaft) soll um eine Entwicklungsagentur erweitert werden.
- Die Entwicklungsagentur soll eine Anschubfinanzierung in Form von Fördermitteln erhalten. Später soll sie sich selbst finanzieren (Beratungshonorare, Beiträge).
- Die Unternehmensorganisation soll verbessert werden: Durch Kooperation und Vernetzung sollen neue Wertschöpfungsketten zwischen den ansässigen Unternehmen geknüpft und bestehende Wettbewerbsschwächen behoben werden. Um die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden, soll das Projekt eines Handwerkerhofs die erforderliche Initialzündung geben.
- Eine Initiative zur Managementqualifizierung soll gestartet werden: Den vielfach festgestellten Schwächen im Management soll durch Beratung, Qualifizierung und Erfahrungsaustausch entgegengewirkt werden. Auch hier gilt es, Kooperation und Vernetzung zu initiieren, etwa durch Untermertreffs, Seminarveranstaltungen und einen Marketing-Klub.
- Es soll ein Handwerkerhof eingerichtet werden, damit expandierende Gewerbebetriebe auch innerhalb der KTV einen neuen Standort finden können.

b. Verkehrsinfrastruktur

Rostock verfügt neben den Seeverbindungen über gute überregionale Schienenverbindungen (IC-Anschlüsse) nach Berlin, Magdeburg und Stralsund sowie über zahlreiche regionale Interregio-Verbindungen (u.a. nach Hamburg, Lübeck, Eisenach, Dresden, Cottbus).

Anbindung an das Luftverkehrsnetz schafft der Regionalflughafen Rostock-Laage. Der Ausbau zum Passagier- und Frachtflughafen ist Teil der Gesamtverkehrsplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und wird mit Landesfördermitteln unterstützt. Auf dem Flughafengelände sollen Gewerbebetriebe angesiedelt werden.⁴⁸ Neben einigen internationalen Luftfrachtspediteuren konnte mit der TEMIC, einer Tochtergesellschaft des Mercedes-Benz-Konzerns, ein Technologieunternehmen (Produktion von Gasgeneratoren für Airbags) gewonnen werden.

Die Anbindung Rostocks an das überregionale Straßennetz ist noch unzureichend. Rostock verfügt mit der A 19 nach Berlin zwar über eine gute Anbindung in Nord-Süd-Richtung; außerdem führt die B 103, von Süden kommend, bis nach Warnemünde, und die B 110 bindet das östliche Umland an. Es fehlen allerdings eine leistungsfähige überregionale Straßenanbindung in Ost-West-Richtung und eine leistungsfähige Stadtumgehung — beides soll künftig einmal die A 20 leisten. Bislang fährt der gesamte Durchgangsverkehr in Ost-West-Richtung auf der B 105 durch die Innenstadt. Das führt permanent zu Stauungen.

Inzwischen wurden zahlreiche Baumaßnahmen in Angriff genommen, um die gravierendsten Schwachstellen an Straßen und Brücken zu beheben (Übersicht A3). Doch dies verschärft die Engpässe vorübergehend sogar. Eines der ehrgeizigsten Projekte zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ist die Warnowquerung: Die Warnow soll, etwa auf halber Höhe der Warnowmündung, untertunnelt werden. Das Projekt soll durch einen französischen Investor privat finanziert werden; die Kosten sollen durch die Erhebung einer Mautgebühr für die Benutzung des Tunnels wiedereingebracht werden.

c. Standortentwicklungsinitiativen

Rostock ist einbezogen in das ANKER-Projekt des Wirtschaftsministeriums Mecklenburg-Vorpommern (Wirtschaftsministerium 1996). Zentrales Anliegen im ANKER-Projekt ist es, externen Sachverstand für den Umstrukturierungsprozeß der Unternehmen und Standorte verfügbar zu machen. Damit reagiert die Landespolitik auf die beträchtlichen Managementdefizite als ein Kernproblem bei der Sanierung und Umstrukturierung von Unternehmen.

Wichtigstes Instrument hierfür sind die ANKER-Berater, die nicht nur über Sanierungserfahrung, sondern auch über Kontakte zu Unternehmen, zu den Tarifparteien, zu den Verbänden und zur Wirtschaftspolitik verfügen. Die Sozialpartner haben ein Mitspracherecht bei der Bestellung der Berater.

In der ersten Phase von ANKER stand die Begleitung der Sanierung und Privatisierung von regional bedeutsamen Treuhandunternehmen im Vordergrund. In der zweiten Phase wurde die Begleitung von privatisierten Unternehmen, insbesondere bei Nachverhandlungen, zum Schwerpunkt der Arbeit. Neben einzelbetrieblichen Problemen wurden zunehmend — nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Bremer-Vulkan-Konkurses — auch branchenspezifische (Schiffbauindustrie, Ernährungsgüterindustrie) sowie regionalpolitische und arbeitsmarktpolitische Themen aufgegriffen. Die ANKER-Aktivitäten verlagern sich zunehmend vom Krisenmanagement hin zu Projekten der Standortentwicklung. ANKER arbeitet nicht flächendeckend, sondern wird fallweise tätig, und auch dies nur, falls die Beteiligten ein Engagement der Landeswirtschaftspolitik wünschen.

Die ANKER-Instrumente — Berater, Standortarbeitskreise und regionale Branchengespräche (z.B. Reederstammtische) — werden eingesetzt, bislang nicht genutzte Entwicklungspotentiale zu identifizieren, um neuen Geschäftsideen zur Umsetzung zu verhelfen, um Kooperationsmöglichkeiten aufzuzeigen und die Angebote der Wirtschaftsförderung auszuschöpfen. Die ANKER-Initiativen haben nicht immer den angestrebten Erfolg; sei es, daß Anregungen und Anstöße nicht aufgenommen werden, sei es, daß dem Anstoß durch ANKER keine eigene Initiative der Unternehmen folgt.

Rostock hat von den ANKER-Aktivitäten profitiert. So wurden die Privatisierung und Sanierung des Ingenieurzentrums Rostock (IS) und der Schiffselektronik (SER) erfolgreich begleitet. In Reaktion auf den Konkurs des Bremer Vulkan wurde eine Werftenarbeitsgruppe gebildet und vom ANKER-Berater betreut. Im Rahmen der Werftenarbeitsgruppe fand in Rostock die Begleitung des sozialverträglichen Beschäftigungsabbaus bei der KWW statt. Im Herbst 1996 wurde der Standortarbeitskreis Rostock (SAK) gegründet, der sich u.a. mit Leitlinien zur Wirtschaftsentwicklung, zum Stadtentwicklungsprogramm (STEP) und mit Konkursvermeidung in der Region beschäftigt. Bis Anfang 1998 soll ein maritimes Entwicklungskonzept erarbeitet werden. Dabei wird auch ausgelotet, welche Aufgabe und Aussichten ein maritimes Technologiezentrum, etwa im Rahmen des Technologiezentrums Warnemünde, haben könnte.

4. Rostock als Wissenschaftsstandort

a. Universität und außeruniversitäre Forschung

Die Universität Rostock ist mit gegenwärtig rund 10 000 Studenten (1990: 6 000) die größte Hochschule des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Zwar wurden im Rahmen der Struktur- und Personalreform in den Jahren 1991 und 1992 rund 30 vH der Stellen abgebaut. Dennoch bietet die Universität

heute in Deutschland eine der günstigsten Relationen von Lehrenden zu Studierenden. Der Umstrukturierungsprozeß war relativ langwierig. Die neuen Strukturen sind seit etwa ein bis zwei Jahren voll arbeitsfähig.

Im Jahr 1951 wurde an der Universität die Schiffbautechnische Fakultät gegründet und im Laufe der sechziger Jahre um zahlreiche weitere ingenieurwissenschaftliche Fachrichtungen erweitert. Nach der Wende wurde sie zur Fakultät für Ingenieurwissenschaften umgebildet. Damit ist die Universität Rostock heute die einzige in Deutschland, die Ingenieure ausbildet.

Die Universität setzt Forschungsschwerpunkte in den Bereichen Umweltforschung (Küstenlandschaften), nachwachsende Rohstoffe, Entwicklung selbständig arbeitender Meß- und Regelsysteme, wirtschaftliche Infrastruktur und Integration und Hochleistungsmedizin, insbesondere in der Transplantationsmedizin. Aufgrund des hohen Gewichts der medizinischen Forschung wird die Universität potentiell als ein Faktor gesehen, der Rostock zu einem attraktiven Standort für Unternehmen der Medizintechnik macht. Wenn es bislang ist nicht gelungen ist, Unternehmen in dem erhofften Maße anzusiedeln, so kann das daran liegen, daß die Markt- und Standortbedingungen in Rostock für derartige Produktionen den potentiellen Investoren erst wenig bekannt sind (Bandelin 1995).

Am Lehrstuhl für allgemeine Betriebswirtschaftslehre gibt es u.a. ein Pilotprojekt „Entrepreneurship“. Um die Forschungsergebnisse möglichst rasch wirtschaftlich nutzbar zu machen, betreibt die Universität ein Patent-Informationszentrum; u.a. bieten hier Patentanwälte eine unentgeltliche Erfinderberatung.

Die Hochschule für Seefahrt Warnemünde-Wustrow wurde im Rahmen der Umstrukturierung geschlossen. Statt dessen hat die Hochschule Wismar eine Außenstelle für den Fachbereich Seefahrt in Warnemünde eingerichtet. Hier entstand mit einem Investitionsaufwand von rund 20 Mill. DM, ausgestattet mit Schiffssimulatoren, das modernste deutsche Trainingszentrum für Nautiker, Seetechniker und Lotsen.

Den Empfehlungen des Wissenschaftsrats entsprechend wurden Anfang 1992 folgende Einrichtungen der außeruniversitären Forschung in Rostock gegründet:

- Institut für Organische Katalyseforschung Rostock (IfOK),
- Zweigstelle der Bundesforschungsanstalt für Fischerei (BFAFi),
- Außenstelle des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BASH).

Neben dem IfOK sind der Universität eine Reihe anderer Einrichtungen angegliedert, wie das Institut für Ostseeforschung, das Ostseeinstitut für Marketing, Verkehr und Tourismus, das Institut für Atmosphärenphysik, das Institut für Wirtschafts- und Sozialethik sowie das Institut für Anwaltsrecht und das Institut für Bankrecht und Bankwirtschaft.

Es gibt in Rostock zahlreiche Einrichtungen, die sich ausschließlich oder schwerpunktmäßig den Aufgaben des Technologietransfers widmen (Übersicht 2).⁴⁹ Diese sind auf vielfältige Weise mit der Universität, mit Unternehmen, mit politischen Körperschaften und untereinander verbunden:

- Die Agentur für Technologietransfer und Innovationsförderung GmbH (ATI) wurde 1993 von der Industrie- und Handelskammer Rostock, der Handwerkskammer Rostock sowie den Hansestädten Rostock, Stralsund und Greifswald als eine von 21 ATIs in den neuen Ländern gegründet. Sie wird vom Bundeswirtschaftsministerium und vom Wirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefördert.
- ALROUND M/V agiert seit 1995 in Mecklenburg-Vorpommern für die bundesweit organisierte Aktionsgemeinschaft luft- und raumfahrtorientierter Unternehmen. Mitglieder sind rund 20 in Mecklenburg-Vorpommern ansässige Unternehmen. Neben der Unterstützung von Transferprozessen leistet ALROUND Lobbyarbeit für seine Mitgliedsunternehmen. ALROUND M/V finanziert sich teils aus Fördermitteln des Landeswirtschaftsministeriums, teils aus der Erhebung von Gebühren für seine Dienstleistungen.

Übersicht 2 – Technologietransfereinrichtungen in Rostock mit ihren Leistungsangeboten

	ATI	ALROUND	RKW	TKT	PIZ	IHK	EIC	HWK	WTIMV
<i>1. Finanzierung, Förderung</i>									
Allgemeine Information, Beratung	x	x				x	x	x	
Begleitung der Antragstellung	x	x					x		
Erarbeitung von Finanzierungsplänen	x					x		x	
Strategische Unternehmensplanung	x	x	x			x			
<i>2. Information</i>									
Datenbanken	x			x	x				x
Online-Zugriff	x				x				
Patentrecherchen	x				x				
Literaturrecherchen	x				x			x	x
Zugriff auf Textinfos	x				x				x
Unternehmensdaten, Branchen	x			x		x		x	
<i>3. Marketing</i>									
Erarbeitung von Marktanalysen, Vermarktung von Innovationen	x	x							
Erstellung von Marketingkonzepten	x	x							
Aufbau Marketing-Organisation			x						
Marketing-Beratung						x			
Gutachten	x	x	x						
<i>4. Weitere Serviceleistungen</i>									
Innovationsmanagement	x	x	x			x			
Qualitätsmanagementsysteme	x	x						x	
Umweltmanagementsysteme	x		x					x	
Projektsteuerung für Transfervorhaben, Verbundprojekte	x	x	x						
Erfinderberatung	x			x	x				
Kontaktanbahnung, Kooperationsvermittlung		x	x	x		x	x	x	
Branchenspezifische Beratung zu Luft- und Raumfahrt, Off-Shore-Technik, Meerestechnik		x							
<i>5. Bildung, Weiterbildung</i>									
Existenzgründung			x	x		x		x	
Erfinderschulungen	x				x				
Fachspezifische Workshops			x	x					
Praktikanten-, Diplomandenbörse				x					
<i>6. Öffentlichkeitsarbeit</i>									
	x	x	x	x	x	x	x	x	

ATI = Agentur für Technologietransfer und Innovationsförderung (ATI Küste GmbH). — ALROUND = ALROUND M/V. — RKW = Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft e.V. — TKT = Projekt TechKnowTrans im TZW. — PIZ = PatentInformationsZentrum. — IHK = Industrie- und Handelskammer. — EIC = Euro Info Centre. — HWK = Handwerkskammer. — WTIMV = Verein für maritime Wirtschaft, Technik und Information M/V e.V.

Quelle: BÜSTRO (1997c).

– Das Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft e.V. (RKW) ist eine gemeinnützige Selbsthilfeorganisation der Deutschen Wirtschaft. Seit Mitte 1990 besteht eine Geschäftsstelle in Rostock. In Mecklenburg-Vorpommern hat das RKW etwa 120 Mitglieder.

– Das Patentinformations-Zentrum (PIZ) in Warnemünde wurde 1985 als eine Einrichtung der Universität Rostock gegründet. Seit seiner Modernisierung ist es eine der modernsten Einrichtungen dieser Art in Deutschland. So kann es online auf jede der weltweit vernetzten Patent-Datenbanken zugreifen. Das PIZ arbeitet bei der Erfinderberatung mit. Die Nutzer des PIZ kommen zu etwa einem Drittel aus der Universität, zu etwa zwei Dritteln aus der Wirtschaft. Das PIZ und die ATI beteiligen sich als öffentliche Einrichtungen am Verbundprojekt „Innovationsstimulierung der deutschen Wirtschaft durch wissenschaftlich-technische Informationen“ (INSTI). INSTI ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie 1995–2000. Am INSTI-Netzwerk beteiligen sich private Anbieter und öffentliche Einrichtungen, die bereits partiell, aber bisher ohne systematischen Zusammenhang Aufgaben des Erfindungs- und Patentwesens wahrnehmen (z.B. Patentanwälte, regionale Patentinformationszentren, spezielle Informationsvermittler, Erfinderförderzentren, Technologietransferagenturen in ganz Deutschland).

– Der Verein für maritime Wirtschaft, Technik und Information M/V e.V. (WTIMV) ist 1993 aus dem Institut für Schiffbau hervorgegangen. Er finanziert sich überwiegend aus Fördermitteln des Bun-

deswirtschaftsministeriums. Die Nachfrage nach Leistungen des WTIMV ist rückläufig, zum Teil, weil von den Werften deutlich weniger Anfragen kommen, zum Teil aber auch, weil ATI mit dieselben Leistungen (Zugang zum Fachinformationszentrum Technik, Frankfurt/Main) — und zwar unentgeltlich — anbietet.

– Das Euro Info Center (EIC) der Industrie- und Handelskammer Rostock vermittelt Kontakte, Beratung und Fördermittel. Darüber hinaus betreut es eine Existenzgründerbörse, eine Kooperationsbörse und eine Technologiebörse. Außerdem berät es kleine und mittlere Unternehmen in Fragen des Europäischen Binnenmarktes. Dabei hat sich u.a. herausgestellt, daß das Vierte Rahmenprogramm für die Forschungs- und Technologieförderung die Auswahlanforderungen hinsichtlich des technologischen Niveaus so hoch schraubt, daß gerade kleine und mittlere Unternehmen nur geringe Aussicht haben, Fördermittel zu erhalten.

– Im Bereich des Handwerks fungieren sogenannte Betriebsberater als Anlaufstelle bei Transfer- und Innovationsproblemen. Insgesamt nutzen Handwerksunternehmen die in Rostock vorhandenen Einrichtungen des Technologietransfers bislang aber nur in geringem Maße, sei es, daß ihnen das Angebot der Transfereinrichtungen zu unübersichtlich ist, sei es, daß sie den Wert der angebotenen Leistungen — nicht zuletzt aufgrund des hohen Informationsaufwandes — nicht einzuschätzen wissen.

BÜSTRO (1997c) weist bei seiner Analyse der in Rostock bestehenden Transfereinrichtungen vor allem auf Doppelungen und Überschneidungen im Leistungsspektrum der verschiedenen Einrichtungen hin. Um die daraus resultierende Unübersichtlichkeit zu beheben, empfehle sich der Aufbau einer Verbund-Datenbank sowie die Zusammenfassung der verschiedenen Angebote derart, daß sie dem Nutzer in Form eines „one-stop-shopping“ zugänglich werden.

b. Technologie- und Gründerzentren

Bei der marktmäßigen Einführung neuer Technologien, insbesondere wenn gleichzeitig die Unternehmens- oder Existenzgründung zu bewältigen ist, leisten Technologiezentren Hilfestellung. In Rostock befinden sich zwei der fünf Technologiezentren des Landes Mecklenburg-Vorpommern, das Rostocker Innovations- und Gründerzentrum GmbH (RIGZ) und das Technologiezentrum Warnemünde e.V. (TZW).

Rostocker Innovations- und Gründerzentrum GmbH (RIGZ)

Das RIGZ, nahe der technischen und der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität gelegen, wurde im Oktober 1990 vom Senat der Hansestadt Rostock, der Rostocker Wirtschaft und der Bremer Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer gegründet. Seit 1993 ist die Universität Rostock Minderheitsgesellschafter. Das RIGZ bietet Gründern von technologieorientierten Produktions- und Dienstleistungsunternehmen, aber auch etablierten Unternehmen, die ein zeitlich befristetes Innovationsvorhaben durchführen wollen, zu günstigen Bedingungen einen mit Räumlichkeiten, Service- und Beratungsangeboten ausgestatteten Standort an. Die Mietverträge sind auf fünf Jahre befristet.

Neben Immobilien- und Infrastrukturleistungen vermittelt das RIGZ den Unternehmen Kontakte und Kooperationen mit der Rostocker Universität und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, mit der Stadtverwaltung, mit der Industrie- und Handelskammer sowie Kooperationen der Unternehmen untereinander. Im RIGZ haben auch die Transfereinrichtungen ATI, ALROUND und RKW ihren Sitz.

Prägenden Einfluß auf die Branchenstruktur des RIGZ hatte vor allem die Ansiedlung des Fraunhofer Instituts für Graphische Datenverarbeitung (IGD), die die Ansiedlung bzw. Gründung weiterer Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie nach sich zog. Weitere Arbeitsschwerpunkte der Unternehmen im RIGZ sind Elektrotechnik und Informatik, Biologie und Umwelt-

technologie, Medizintechnik, Maschinenbau und Automatisierungstechnik sowie multimediale Informationssysteme.

Bei der Gründung hatte das RIGZ 600 m² Nutzfläche und beherbergte 10 Unternehmen mit 37 Beschäftigten. Es ist inzwischen zweimal erweitert worden, zuletzt wurde es 1995 auf 7 000 m² vergrößert. Die rund 20 der seit 1990 erfolgreich ausgegründeten Unternehmen beschäftigten im Oktober 1997 rund 140 Personen (Tabelle 47). Die Zahl der gegenwärtig im RIGZ ansässigen Unternehmen beläuft sich auf 32, die Zahl ihrer Beschäftigten auf rund 230. Bislang ist keines der im Zentrum ansässigen oder der ausgegründeten Unternehmen gescheitert.

Tabelle 47 – Anzahl der Unternehmen und Beschäftigten bei den aus dem RIGZ von 1990 bis 1997 ausgegründeten Unternehmen

	Unternehmen	Beschäftigte	Ort der Daueransiedlung	
			Stadt Rostock	Umland Rostock
Verfahrens-, Fertigungstechnik, Maschinenbau	4	47	x	x
Meß.-Analyse, Steuerungs- und Regelungstechnik	3	15	x	x
Informations- und Kommunikationstechnik, Multimedia	3	18	x	
Energie- und Umwelttechnik	4	13	x	x
Bautechnik, Verkehrstechnik	1	16	x	
Medizintechnik/Biomedizintechnik	4	21	x	
Sonstige	2	8	x	x
<i>Insgesamt</i>	21	138	15	6

Quelle: Rostocker Innovations- und Gründerzentrum GmbH.

Technologiezentrum Warnemünde e.V. (TZW)

Ebenfalls im Oktober 1990 wurde das TZW in Warnemünde gegründet. Mitglieder des gemeinnützigen Vereins sind der Senat der Hansestadt Rostock, wissenschaftliche Einrichtungen, Banken und Privatpersonen. Das TZW betreibt als Filiale den Technopark Nienhagen. In unmittelbarer Nähe des TZW befinden sich das Fraunhofer Institut für Produktionstechnik und Automatisierung, das PIZ Warnemünde sowie der Technologiepark Warnemünde, der vor allem Unternehmen, die sich aus dem TZW ausgründen, einen neuen Standort bietet.

Neben Räumlichkeiten und Geschäftsinfrastruktur für technologieorientierte Existenzgründer — die Mietverträge sind auf fünf Jahre befristet — bietet das TZW die Dienste dreier eigener Projekte an:

- *Das Projekt Informations- und Kommunikationstechnik in Mecklenburg-Vorpommern (InKom MV):* InKom MV besteht seit 1992 als ein Netz von vier Beratungsstellen, eine davon im TZW. Arbeitsschwerpunkte sind die Unterstützung von Modellvorhaben zur Telematikanwendung, Unterstützung von Unternehmen bei der Nutzung von Online-Medien (Datenbanken) und die Unterstützung anderer Technologiezentren beim Aufbau sowie bei der Fortentwicklung ihrer Kommunikationsinfrastruktur. InKom bietet seine Beratungsleistungen wettbewerbsneutral, d.h. unentgeltlich an. Die Klientel besteht hauptsächlich aus Kleinunternehmen.
- *Das Projekt TechKnowTrans (TKT):* Aufgabe des TKT ist es, vor allem den Technologietransfer in kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen. Es ist nicht nur den im TZW ansässigen Unternehmen, sondern allen Unternehmen und sonst interessierten Stellen im Lande zugänglich. Das TKT betreibt u.a. eine Erfinderberatungsstelle.
- *Die Koordinierungsstelle für wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Osteuropa:* Die Koordinierungsstelle unterhält Kooperationsbeziehungen zu Institutionen und Unternehmen in Osteuropa, insbesondere zu Technologiezentren in Minsk, Riga und Sofia. Sie berät und un-

terstützt Unternehmen bei der Aufnahme von Markt-, Kooperations- und Austauschbeziehungen mit Unternehmen und Institutionen in Osteuropa, u.a. durch Förderung von Messeaktivitäten.

Bei seiner Gründung hatte das TZW zehn Unternehmen mit 39 Beschäftigten. Inzwischen beläuft sich die Zahl der vom TZW betreuten Unternehmen, einschließlich der inzwischen ausgegründeten, auf 61, die Zahl der Beschäftigten auf etwa 490. Bislang ist keines der im Zentrum ansässigen oder der ausgegründeten Unternehmen gescheitert.

Fazit

Rostock hat zweifellos das Potential eines Technologie- und Wissenschaftsstandorts. Das Leistungsangebot ist in den vertretenen Sparten auf allen Ebenen reichhaltig. Allerdings sind die Angebotsstrukturen nicht optimal. Um das Entwicklungspotential ausschöpfen zu können, ist vor allem im Bereich des Technologietransfers eine Straffung der angebotenen Leistungen, unter Umständen auch eine Zusammenfassung von Anbietern erforderlich.

5. Rostock als Messestandort

Als Messestandort konnte sich Rostock bislang nicht profilieren (Tabelle 48). Die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen ist, wie die der Aussteller und der Veranstalter seit 1992 rückläufig. Der geringe Erfolg dürfte sich sowohl dadurch erklären, daß die Konkurrenz bereits etablierter Messestandorte beträchtlich ist, als auch dadurch, daß es bislang an geeigneten Messehallen fehlt. Rostock hat im Juli 1997 den Zuschlag für die Ausrichtung der Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2003 bekommen. Von den dafür erforderlichen Investitionen, insbesondere von der Umgestaltung des Warnow-Niederungsparks, erhofft sich die Stadt einen Gewinn an Attraktivität, auch für Tagestouristen.

Tabelle 48 – Anzahl der Messen und Ausstellungen in Rostock 1991–1996

	Messen und Ausstellungen insgesamt	davon		Aussteller insgesamt ^a	Veranstalter insgesamt
		Messen	Ausstellungen		
1991	6	4	2	749	4
1992	16	6	10	1 799	5
1993	14	1	13	1 732	6
1994	12	–	12	1 656	4
1995	12	–	12	1 435	4
1996	–	–	–	–	–

^aDie Angaben beziehen sich auf das vom Veranstalter eingereichte Ausstellerverzeichnis.

Quelle: Statistisches Jahrbuch Hansestadt Rostock (1996).

6. Rostock als Einzelhandelsstandort

Rostock hat als Oberzentrum in der Region einen großen potentiellen Einzugsbereich für den Einzelhandel, der weit über die Stadtgrenzen hinausreicht.⁵⁰ Insgesamt ist mit einer Einwohnerzahl von rund einer halben Million zu rechnen, mehr als doppelt so viele wie in der Stadt Rostock selbst (1996: 220 000). Gegenwärtig wird dieses Potential zu etwa drei Vierteln ausgeschöpft: Der Einzelhandel der Stadt kann bislang rund 360 000 Einwohner als Kunden binden.⁵¹

Die Attraktivität eines Einzelhandelsstandorts läßt sich anhand der sogenannten Zentralitätskennziffer messen (Verhältnis des am Ort getätigten Umsatzes zu der am Ort vorhandenen Kaufkraft). Orte, die die Funktion eines regionalen Zentrums haben, ziehen in der Regel Nachfrage aus dem Umland an und weisen daher Zentralitätswerte auf, die größer sind als 1. Für den Einzelhandel in Rostock ermittelt die GWH, wenn die Fachmarktzentren am Stadtrand einbezogen werden, eine Zentralität von

1,2. Ohne Fachmarktzentren ergibt sich freilich nur ein Wert von 0,8.⁵² Die Fachmarktzentren stärken also nicht nur den Standort Rostock gegenüber der überörtlichen Konkurrenz — d.h., sie ziehen Kaufkraft aus dem Umland auf sich —, sie bedeuten auch eine starke Konkurrenz für den innerstädtischen Handel. Hierin liegen allerdings Spielräume, die Zentralität zu steigern. Die GWH schätzt, daß Rostock eine Einzelhandelszentralität von 1,25 bis 1,3 erreichen kann.

Im Oktober 1996 gab es in Rostock 1 090 Einzelhandelsgeschäfte mit einer Verkaufsfläche von rund 205 000 m². Rechnet man die unmittelbar vor der Stadt gelegenen Fachmärkte und Einkaufszentren hinzu,⁵³ kommt man auf etwa 1 170 Geschäfte mit rund 323 000 m² Verkaufsfläche. Dies entspricht einer Verkaufsflächendichte von knapp 1 400 m² pro 1 000 Einwohner, etwa 15 vH weniger als in westdeutschen Städten vergleichbarer Größe (1 625 m²). Im Jahr 1996 waren im Handel insgesamt rund 9 900 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt (einschließlich Groß- und Außenhandel),⁵⁴ 2 260 Personen (19 vH) weniger als 1993. Der Anteil des Handels an der Beschäftigung in der Stadt insgesamt ging dabei von 11,3 vH auf 10,2 vH zurück.

Das Bild eines quantitativen Defizits im Einzelhandelsangebot, das aus den Zahlen zur Verkaufsflächendichte abgeleitet werden könnte, relativiert sich, wenn man berücksichtigt, daß in den neuen Ländern die Kaufkraft der Haushalte niedriger als in den alten Ländern ist. Unter Rentabilitätsaspekten wird die tragfähige Verkaufsfläche auf 1 200–1 300 m² pro 1 000 Einwohner geschätzt — eine Größenordnung, die in Rostock bereits überschritten ist. Zudem befinden sich eine Reihe weiterer Einzelhandelsobjekte im Bau bzw. in der Planung. Werden diese Vorhaben alle realisiert, dann dürfte es, auch wenn man von einer leichten Zunahme der Kaufkraft ausgehen kann, ein erhebliches Überangebot an Einzelhandelsflächen geben.

Die Einzelhandelsstandorte in der Innenstadt haben es besonders schwer, sich zu behaupten. Zum einen ziehen die Einkaufszentren und Fachmärkte am Stadtrand bzw. vor den Stadtgrenzen Nachfrage auf sich (Tabelle 49). So suchen sowohl die Einwohner Rostocks als auch die Umlandbewohner zur Deckung ihres Bedarfs an Lebensmitteln und Drogeriewaren (sogenannter periodischer Bedarf) vorzugsweise die Einkaufszentren am Stadtrand auf. Bekleidung und Schuhe kaufen sie zu etwa zwei Dritteln in der Innenstadt — westdeutsche Innenstädte binden mit diesen Warenangeboten dagegen 70–80 vH der ortsansässigen Nachfrage.

Tabelle 49 – Bevorzugte Einkaufsorte der Einwohner und Umlandbewohner von Rostock nach Warengruppen 1996

Wird zu ... vH gedeckt in ...	Lebensmittel, Drogeriewaren	Bekleidung und Schuhe	Uhren, Schmuck, Lederwaren	Möbel, Teppiche, Heimtextilien	Bau- und Heim- werkerbedarf
<i>Stadtbewohner</i>					
Rostock (Innenstadt)	42	57	67	78	22
Einkaufszentren ^a					
am Stadtrand	57	25	17	–	76
in anderen Städten	1	13	10	–	2
im Wohngebiet/ Stadtteilzentrum	–	–	–	–	–
NBL ^b	.	.	.	12	.
ABL ^b	.	.	.	10	.
<i>Umlandbewohner</i>					
Rostock (Innenstadt)	20	52	53	49 ^c	–
Einkaufszentren ^a					
am Stadtrand	52	17	14	–	15
in anderen Städten	27	28	29	–	55
im Wohngebiet/ Stadtteilzentrum	–	3	3	–	–
NBL ^{b,d}	.	.	.	37	.
ABL ^b	.	.	.	15	.

^aOstseepark Sievershagen, Hansecenter Bentwisch, Globus Roggentin. — ^bNur für Möbel, Teppiche und Heimtextilien erhoben. —

^cEinschließlich Ostseepark Sievershagen und Hansecenter Bentwisch. — ^dAußer Rostock.

Quelle: GWH (1996).

Die strukturellen Defizite des innerstädtischen Einzelhandels bestehen vor allem in einem zu schwachen Angebot der sogenannten innenstadtsensiblen Sortimente (persönlicher Bedarf, Freizeitbedarf, Elektrobedarf und Hausrat). Während diese Sortimente in westdeutschen Innenstädten in der Regel 70–80 vH der Verkaufsfläche einnehmen, wurde für die Rostocker Innenstadt lediglich ein Anteil von einem Drittel ermittelt (Tabelle 50). Dies belegen auch die Ergebnisse der Passantenbefragung. So sähen die Rostocker in der Innenstadt gern ein reicheres Einzelhandelsangebot vor allem bei Lebensmitteln und bei Bekleidung. Sie äußern auch Interesse an weiteren Warenhäusern. Umlandbewohner sähen in der Innenstadt gerne weitere hochwertige Fachgeschäfte. Für viele Verbraucher wäre das Einkaufen in der City auch dann attraktiver, wenn das gastronomische Angebot größer und die Parkmöglichkeiten besser wären.

Tabelle 50 – Verkaufsflächenanteile innenstadtsensibler Sortimente in der Rostocker Innenstadt 1996

	Anteil (vH) an der innerstädtischen Verkaufsfläche in ...	
	Rostock ^a	westdeutschen Städten
Bekleidung, Schuhe	36	80–85
Uhren, Schmuck, Lederwaren (sonstiger persönlicher Bedarf)	45	80–85
Bücher, Schreibwaren (sonstiger Freizeitbedarf)	55	80–85
Elektrobedarf	21	50–60
Hausrat	12	50–60
Spiel, Sport, Hobby	14	50–60
<i>Insgesamt</i>	34	60–70

^aCity-Kernbereich, nördliche Altstadt, östliche Altstadt, City-Entwicklungsbereich, Kröpeliner-Tor-Vorstadt und Steintor-Vorstadt.

Quelle: GWH (1996).

Aus Sicht des innerstädtischen Einzelhandels ist dieser Befund bedenklich, weil darin ein Verlust an Attraktivität zum Ausdruck kommt. Von je drei Verbrauchern, die ihr Einkaufsverhalten seit 1993 geändert haben, kaufen zwei in der Innenstadt weniger ein als vor drei Jahren; nur je einer hatte sich der Innenstadt stärker zugewandt (Tabelle 51). Dabei ist die Abwendung von der Innenstadt bei den Rostocker Bürgern stärker ausgeprägt als bei den Bewohnern des Umlandes. Profitiert haben von den veränderten Kaufgewohnheiten nicht nur die Einkaufs- und Fachmärkte am Stadtrand, sondern auch die Einzelhandelsgeschäfte in den Stadtteilzentren.

Tabelle 51 – Veränderung des Einkaufsverhaltens in Rostock 1996 im Vergleich zu 1993

Verglichen mit 1993 kaufen die ...	1996		
	mehr	genauso viel	weniger
	in der Rostocker Innenstadt ein		
Einwohner Rostocks	21	33	45
Umlandbewohner	26	30	43

Quelle: GWH (1996).

Bei einem Jahresumsatz von insgesamt knapp 2 Mrd. DM erzielte der Rostocker Einzelhandel 1996⁵⁵ pro m² einen Umsatz von durchschnittlich 6 100 DM (Tabelle 52): Im Innenstadtbereich liegt die Flächenproduktivität aufgrund kleinflächiger Ladenstrukturen bei rund 7 900 DM/m², im übrigen Stadtgebiet liegt sie aufgrund des hohen Anteils flächenextensiver Möbel- und Baumarktsortimente

bei rund 5 700 DM/m². Es ist allerdings nicht leicht, den Aussagewert dieser Zahlen zu beurteilen. Als Oberzentrum der Region sollte Rostock eine überdurchschnittliche Flächenproduktivität aufweisen. Neuere Angaben für die Flächenproduktivität sind nur für die neuen Länder insgesamt verfügbar. Im Jahr 1996 lag diese bei 6 670 DM, verglichen mit 7 360 DM in den alten Ländern.

Tabelle 52 – Umsatz und Flächenproduktivität im Rostocker Einzelhandel 1996^a

	Umsatz ^b		
	Mill. DM	vH	je m ² VKF ^c
Periodischer Bedarf	879	45	9 300
Bekleidung, Schuhe	348	18	7 400
Möbel, Teppiche, Heimtextilien	181	9	3 200
Do-it-yourself	203	10	3 100
Elektrobedarf	125	6	6 700
Übriger aperiodischer Bedarf	226	12	5 500
<i>Insgesamt</i>	1 962	100	6 100

^aEinschließlich der Fachmarktzentren. — ^bEinschließlich Potentialreserve. — ^cVerkaufsfläche.

Quelle: GWH (1996).

Diese Ergebnisse bedeuten aufgrund der Flächenexpansion durch die Fachmarktzentren in den Randgemeinden eine Verschlechterung gegenüber 1993. Es muß in Rechnung gestellt werden, daß auf die Innenstadt zwar rund 40 vH der Einzelhandelsbetriebe der Stadt entfallen, daß sie aber lediglich mit 15 vH zur Verkaufsfläche und mit 20 vH zum Umsatz beitragen. Der Einzelhandel in den Wohngebiets- und Stadtteilzentren — hier befindet sich etwa die Hälfte der Betriebe — trägt mit 32 vH zur Verkaufsfläche und mit 37 vH zum Gesamtumsatz bei, während auf die Fachmarktzentren am Stadtrand rund 7 vH der Betriebe, 37 vH der Verkaufsfläche und 33 vH des Gesamtumsatzes entfallen.

Für die weitere Entwicklung des Einzelhandels kommt es entscheidend darauf an, die Attraktivität des Angebots in der City zu erhöhen. Dazu sind der Branchen- und Betriebsgrößen-Mix zu verbessern, ebenso das Erscheinungsbild der City. Ein attraktiveres Einzelhandelsangebot zieht dann in der Regel die Ansiedlung weiterer Dienstleistungsangebote, etwa im Bereich der Gastronomie, des Tourismus und der Kultur, nach sich. Größtes Entwicklungshemmnis ist bislang die unzureichende Verkehrsinfrastruktur, insbesondere die unzureichende Leistungsfähigkeit der innerstädtischen Straßen.

7. Fazit

Bei der Erneuerung seiner Wirtschaftsstruktur kann Rostock einige bemerkenswerte Erfolge aufweisen. Doch die Entwicklung bleibt hinter dem zurück, was angesichts der bedrückend hohen Arbeitslosigkeit notwendig — und bei dem gegebenen wirtschaftlichen Potential — möglich wäre. Die Unternehmen der Stadt und des Umlandes bilden noch lange nicht die Netzwerke, aus denen — zum Vorteil aller — Synergien erwachsen. Das schmälert die Chancen der Unternehmen und des Standorts im überregionalen Wettbewerb. Die Vorteile von Verbundaktivitäten werden teils noch nicht erkannt, teils können sie nicht voll wahrgenommen werden, weil Leistungsdefizite fortbestehen. Es gibt durchaus Ausnahmen, doch sie bestätigen nur den allgemeinen Befund.

Der schwache Industriebesatz in der Region ist zweifellos das größte Entwicklungshemmnis für Dienstleister. Es kann aber nicht darüber hinweggesehen werden, daß nicht wenige Aufträge wegen der offensichtlichen Leistungsschwäche lokaler Anbieter an Konkurrenten von anderswo vergeben werden. Diese Leistungsschwächen sind auch ein Hindernis für den Fernabsatz von Dienstleistungen. Fernabsatz ist für kleine Unternehmen zumeist nur im Verbund mit anderen Unternehmen zu errei-

chen, unter Führung von überregional tätigen Systemanbietern. Bei der angestrebten Spezialisierung auf maritime Technik muß der Blick ohnehin auf den Weltmarkt gerichtet sein.

Rostock kann indes nicht auf ansiedlungswillige Industrieunternehmen warten. Die Stadt muß vielmehr selbst alles Erdenkliche tun, um diese anzulocken. Der Ausbau der Hafenwirtschaft ist in dieser Hinsicht ein erfolgversprechendes Mittel. Schließlich muß die Stadt den Trend zur Suburbanisierung stoppen, den sie selbst mit in Gang gesetzt hat. Dazu muß sie vor allem die innerstädtischen Verkehrsprobleme schleunigst lösen.

II. Fallstudie Chemnitz

1. Wirtschaftliche Bedeutung der Region

Chemnitz, mit gegenwärtig etwa 261 000 Einwohnern — nach Dresden und Leipzig — drittgrößte Stadt Sachsens, befindet sich in einem Teil des Erzgebirgischen Beckens. Die Stadt gehört mit ihrem Umland zu den wirtschaftlich bedeutendsten Regionen innerhalb Südwestsachsens. Sie ist Sitz von Regierungspräsidium, Landesarbeitsamt, Oberfinanzdirektion, Landgericht und weiterer staatlicher Einrichtungen.

Chemnitz hat eine langjährige Gewerbe- und Industriegeschichte. Während der Industrialisierung Deutschlands gehörte es zu den Zentren wirtschaftlichen Wachstums und technischer Innovation. Hier wurde z.B. die erste Dampfmaschine, die erste Dampflokomotive und der erste Jacquard-Webstuhl in Deutschland gefertigt; 1850 wurde die erste deutsche Maschinenfabrik gegründet. Danach entstanden immer mehr und immer größere Produktionsstätten; z.B. beschäftigte die R. Hartmann Maschinen- und Lokomotivfabrik am Ende des 19. Jahrhunderts mehr als 10 000 Arbeiter. Neben der Textilindustrie, dem Textilmaschinenbau und dem allgemeinen Maschinenbau prägten der Fahrzeugbau und im weiteren Verlauf die elektrotechnische Industrie das Wirtschaftsprofil dieser Region. 1932 entstand durch den Zusammenschluß mehrerer Firmen (Wanderer, Horch, DKW und Audi) eines der größten Unternehmen der Fahrzeugbranche, die Auto-Union AG, mit dem Konzernsitz in Chemnitz.

Zu schwerwiegenden Rückschlägen führten die beiden Weltkriege und — besonders — die Zerstörung der Stadt durch Luftangriffe der Alliierten 1945. Nach der Periode des Wiederaufbaus erstarkte die Stadt, die 1953 in Karl-Marx-Stadt umbenannt worden war, in der DDR-Zeit wieder zu einem industriellen Zentrum, vor allem des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der Textilindustrie und der elektrotechnischen Industrie. 1989 wurde hier etwa ein Fünftel der gesamten Industrieproduktion des damaligen Bezirkes Karl-Marx-Stadt erzeugt. Ansässig waren Stammbetriebe und Leitungen mehrerer großer Kombinate, u.a. das IFA-Kombinat PkW und das Kombinat Textima. Zu den größten Betrieben zählten die Barkas-Werke mit rund 4 800 und die Werkzeugmaschinenfabrik „F. Heckert“ mit etwa 4 200 Beschäftigten. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl weiterer Großbetriebe, in denen jeweils über 1 000 Arbeiter tätig waren (Spinnereimaschinenbau, Webstuhlbau, Zahnschneidemaschinenfabrik Modul, Germania Apparate- und Anlagenbau u.a.). Die Stadt war damit in erheblichem Maße großbetrieblich geprägt. Die Dominanz des Maschinenbaus hatte gleichzeitig zu einer Konzentration von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen auf diesem Gebiet geführt. So waren im damaligen Forschungszentrum des Werkzeugmaschinenbaus über 1 500 und in den Betrieben des Textilmaschinenbaus rund 600 Personen tätig.

Das gegenwärtige Bild der Stadt, die 1990 in Chemnitz zurückbenannt wurde, ist zum einen durch die Kriegszerstörungen (keine geschlossene Altstadt mehr) und zum anderen durch den Wiederaufbau unter sozialistischen Bedingungen (großformatige Stahlbetonskelett- und Plattenbauten) geformt worden. Das auf Weiträumigkeit der Straßen und Plätze orientierte städtebauliche Konzept der fünfziger und sechziger Jahre hat vor allem zum Verlust einer lebendigen City und — im Vergleich zu Groß-

städten in Westdeutschland — zu deutlichen funktionellen Defiziten in Versorgungsbereichen wie im Handel, im Gastgewerbe und in weiteren Dienstleistungen geführt.

Die Region Chemnitz wurde bereits einmal im Rahmen dieses Projektes untersucht — im Frühjahr 1994 zur Ausarbeitung des 11. Berichts, der schwerpunktmäßig ebenfalls die Dienstleistungsentwicklung zum Thema hatte (DIW et al. 1994). Damals waren die Umbruchprozesse nach der Einführung der Marktwirtschaft, die u.a. zur Schließung vieler Betriebe geführt hatte, nahezu abgeschlossen, und es zeigten sich „Keime“ einer neuen wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Reihe von Indizien deuteten auf einen Strukturwandel von der Industrie zum Dienstleistungssektor hin. Daher ist es von besonderem Interesse festzustellen, wie die Entwicklung von Stadt und Region seitdem verlaufen ist.

Die Bedingungen für die neuerliche Untersuchung haben sich indes, was die Abgrenzung des Untersuchungsraumes betrifft, verschlechtert. Bis Mitte 1994 bildete der Kreis Chemnitzer Land gewissermaßen den „Kragenkreis“ um die Stadt. Durch die Gebietsreform, die ab 1. August 1994 wirksam geworden ist, grenzen nunmehr fünf Kreise (der Kreis Chemnitzer Land in neuer Abgrenzung und die Kreise Freiberg, Mittlerer Erzgebirgskreis, Mittweida und Stollberg) an, die in ihrer Fläche teilweise bis an die Grenze zu Tschechien bzw. an den Regierungsbezirk Leipzig reichen. Eine Untersuchung des „Umlandes“ der Stadt Chemnitz, wie es die Raumtheorie abgrenzt, hätte realistischerweise Daten auf Gemeindeebene erforderlich gemacht. Deren eingeschränkte Verfügbarkeit, vor allem wegen des Datenschutzes, hätte jedoch die Analysemöglichkeit erheblich vermindert. Daher wurden die Untersuchungen auf die Stadt Chemnitz konzentriert und nur in Einzelfällen auf die Region ausgedehnt. Aber selbst diese Beschränkung ist nicht ganz problemlos. Seit 1994 wurde die Stadt durch die Eingliederung von Randgemeinden, wie Euba (1994), Einsiedel und Klaffenbach (1997), um eine Fläche von 46 km² und rund 8 300 Einwohner erweitert, was u.a. die Vergleichbarkeit von Daten zum Arbeitsmarkt beeinflusst.

2. Intersektoraler und industrieller Strukturwandel seit 1990

Die Einführung der Marktwirtschaft und der Zusammenbruch der Ostmärkte haben die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Chemnitz wie auch der Region nachhaltig beeinflusst. Die spürbarsten Wirkungen betrafen die Industrie. Dort sind rund 70 000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Andererseits sind Tausende neuer Arbeitsplätze, besonders im Dienstleistungsbereich, entstanden. Dies hat dazu geführt, daß das Gewicht des Sekundären Sektors (Produzierenden Gewerbes) geringer und das des Tertiären Sektors bzw. Dienstleistungssektors entsprechend größer geworden ist. Belege dafür sind u.a. die Entwicklung der Erwerbstätigenstruktur (Tabelle 53) und die Struktur der Bruttowertschöpfung. So waren 1995 etwa zwei Drittel der Erwerbstätigen (Arbeitsortprinzip) im Dienstleistungssektor (einschließlich Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck) tätig gewesen, 1990 waren es erst etwa die Hälfte. Die größte Dynamik, zumindest was die Erwerbstätigenentwicklung betrifft, wies der Sonstige Dienstleistungsbereich (einschließlich Kredit- und Versicherungsgewerbe) auf. 1995 war jeder Vierte in diesem Bereich tätig, im Landesdurchschnitt war es jeder Fünfte.

Ähnlich wie die Erwerbstätigenstruktur, hat sich die Struktur der Bruttowertschöpfung (unbereinigt) verändert. Nach entsprechenden Rechnungen, die vom Statistischen Landesamt Sachsen zuletzt für das Jahr 1994 durchgeführt worden sind, wurden 68 vH der gesamten nominellen Bruttowertschöpfung (8,5 Mrd. DM) im Dienstleistungssektor erbracht. Mit einem Volumen von 2,6 Mrd. DM war die Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen (einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe) nur wenig geringer als die der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (2,7 Mrd. DM). Einen höheren Anteil des Dienstleistungssektors an der Bruttowertschöpfung erreichten innerhalb des Regierungsbezirkes Chemnitz die Stadt Zwickau (rund 70 vH) und im Vergleich mit Kreisen des Landes Sachsen die Städte Dresden (rund 71 vH) und Leipzig (rund 77 vH).

Tabelle 53 – Erwerbstätige^a in der Stadt Chemnitz nach Wirtschaftsbereichen 1989–1995

	Erwerbstätige insgesamt (Jahresdurchschnitt)	davon:				
		Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr/ Nachrichtenübermittlung	Sonstige Dienstleistungen, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	Staat, private Haushalte u. private Organisationen ohne Erwerbszweck
1989	204 827	1 296	104 066	34 476	21 040	43 949
1990	191 205	1 127	93 778	32 253	23 720	40 327
1991	185 370	1 240	86 587	30 006	32 297	35 240
1992	167 324	1 001	62 269	32 350	33 745	37 959
1993	163 867	343	53 875	35 106	35 287	39 256
1994	154 048	342	46 952	31 661	36 364	38 729
1995	152 966	439	49 954	30 268	38 020	34 285
<i>Zur Struktur der Erwerbstätigkeit 1995 (vH)</i>						
Chemnitz	100,0	0,3	32,7	19,8	24,9	22,4
Sachsen	100,0	3,0	37,5	17,4	20,6	21,5

^aArbeitsortprinzip.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.

Mit Dienstleistungen beschäftigen sich zunehmend mehr Betriebe. Von den rund 11 500 Mitgliedsunternehmen im Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammer (IHK) Südwestsachsen Chemnitz-Plauen-Zwickau Ende 1996 gehörten 9 von 10 den verschiedenen Dienstleistungsbereichen an, darunter rund 4 400 (38 vH) dem Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern) und rund 4 200 (36,5 vH) den sonstigen Dienstleistungen (Tabelle 54). In den letztgenannten Bereichen hatte sich die Zahl der Betriebe gegenüber 1991 mehr als verdoppelt bzw. verdreifacht.

Tabelle 54 – Zahl der Betriebe in der Stadt Chemnitz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 1991–1996

	1991	1994	1995	1996	1996/1991 (vH)
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	24	41	44	44	183
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	13	26	29	29	223
Verarbeitendes Gewerbe	232	415	449	465	200
Baugewerbe	83	237	311	325	392
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	1 881	4 021	4 123	4 354	231
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	381	613	625	646	170
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	723	1 486	1 397	1 409	195
Sonstige Dienstleistungen	1 317	3 378	3 853	4 213	320
<i>Insgesamt</i>	4 654	10 217	10 831	11 485	247

Quelle: IHK Südwestsachsen.

Im Verarbeitenden Gewerbe der Stadt Chemnitz hat sich die Lage für die Betriebe, für die Kenn- und Daten vorliegen (Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten), wohl alles in allem inzwischen stabilisiert. Die Umsätze sind wieder aufwärts gerichtet, wenngleich noch nicht stabil, wie das Jahr 1996 belegt, und der Personalabbau, der Anfang der neunziger Jahre eingesetzt hatte, hat sich deutlich verlangsamt (Tabelle 55).

Tabelle 55 – Wirtschaftsentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes^a in der Stadt Chemnitz 1991–1996

		1991	1994	1995	1996	Veränderung 1996/1991 (vH)
Betriebe	Anzahl	142	113	109	114	-19,7
Beschäftigte	Anzahl	47 972	14 502	13 922	12 599	-73,7
Umsatz	Mill. DM	1 905	2 214	2 818	2 681	40,7
darunter:						
Auslandsumsatz	Mill. DM	306	349	492	341	11,4
Gesamtumsatz je geleistete Arbeitsstunde	DM	59	141	189	203	244,1
Exportquote	vH	16,1	15,8	17,5	12,6	-21,7
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	338	128	127	110	-67,5
<i>Nachrichtlich: Freistaat Sachsen</i>						
Gesamtumsatz je geleisteter Arbeitsstunde	DM	61	138	167	176	188,5
Exportquote	vH	12,5	10,0	10,9	11,5	-8,0
Beschäftigte je Betrieb	Anzahl	243	93	88	82	-66,3

^aBetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten; 1991–1994: Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979; 1995/1996: Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.

Durch die Verringerung der Beschäftigtenzahlen, die Modernisierung von Ausrüstungen und weitere Maßnahmen hat sich die Arbeitsproduktivität, gemessen am Gesamtumsatz je geleistete Arbeitsstunde, 1996 gegenüber 1991 im Schnitt auf beinahe das Dreieinhalbfache erhöht. Ein Hauptproblem der Betriebe ist der ungenügende Absatz auf überregionalen Märkten. Der Exportanteil an der Produktion ist nach wie vor relativ klein. 1996 erreichte er lediglich knapp 13 vH, nachdem ein Jahr zuvor rund 18 vH erzielt worden waren.

Der Zwang, sich den Marktbedingungen zu stellen, hat vor allem die ehemals größten Betriebe der Stadt stark schrumpfen lassen (Tabelle 56). Da es sich zum größten Teil um Betriebe des Maschinenbaus handelte, wurde ihre Anpassung an die Marktwirtschaft durch die Folgen der weltweiten Rezession in diesem Zweig zusätzlich erschwert. Dies bekamen einzelne Unternehmen, wie z.B. die Heckert Werkzeugmaschinen GmbH und die UNION Werkzeugmaschinenbau GmbH, besonders zu spüren. Sie gerieten während der Konsolidierungsphase in Schwierigkeiten (Gesamtvollstreckung, z.T. weiterer Personalabbau), nachdem die westdeutschen Muttergesellschaften (in den genannten Fällen die Traub AG bzw. die Dörries Scharmann AG) in wirtschaftliche Probleme gekommen waren. Inzwischen hat sich wohl die Lage in vielen Unternehmen konsolidiert, einzelne haben sogar begonnen, zusätzliches Personal einzustellen.

Liquidationen und Schrumpfungen auf der einen und Neugründungen zahlreicher Betriebe auf der anderen Seite führten dazu, daß sich gegenwärtig eine überwiegend mittelständische Betriebsgrößenstruktur im Verarbeitenden Gewerbe herausgebildet hat. Im Jahr 1996 waren in den 114 Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im Schnitt rund 110 Personen (1991: 338) pro Betrieb tätig. Außerdem existierten 1996 — nach den Ergebnissen der Kleinbetriebserhebung Ende September — 101 Betriebe mit weniger als 20 Mitarbeitern, die eine durchschnittliche Betriebsgröße von etwa 8 Personen haben. Mit der Volkswagen Sachsen GmbH, Betrieb Motorenfertigung, und der Heckert Chemnitzer Werkzeugmaschinenbau GmbH befinden sich nur noch zwei Industriebetriebe in der Stadt, die mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen.

Die Kleinbetriebe (mit weniger als 20 Beschäftigten) haben nach den Daten der amtlichen Statistik ein sehr dynamisches Wachstum; z.B. hat sich ihr Umsatz von rund 91 Mill. DM 1993 auf rund 175 Mill. DM 1995 beinahe verdoppelt. Unter diesen Firmen befinden sich zahlreiche neugegründete

Tabelle 56 – Zahl der Beschäftigten in ausgewählten Industrieunternehmen der Stadt Chemnitz 1989–1996

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
HECKERT Chemnitzer Werkzeugmaschinenbau GmbH	4 215	1 559	1 485	665	409	461	499	500
Metallbearbeitungs- u. Vorrichtungsbau GmbH	–	240	240	220	207	220	220	102
Barkas GmbH	4 785	2 370	–	–	–	–	–	–
VW Sachsen GmbH - Motorenfertigung Chemnitz	–	–	800	793	487	487	547	568
Hörmann Barkas Industrietechnik GmbH	–	–	164	175	165	168	270	290
Sachsenhydraulik GmbH	3 187	2 580	2 183	487	308	355	320	320
Chemnitzer Spinnereimaschinenbau GmbH	1 836	1 503	706	711	667	477	480	480
Ermafa Kunststofftechnik GmbH u. Co.KG	1 769	1 242	740	405	200	68	70	70
Schönherr Chemnitzer Webmaschinenbau GmbH	1 628	1 445	700	598	472	411	358	259
HURTH MODUL GmbH	1 706	1 350	600	315	242	251	113	103
Apparate- u. Anlagenbau GERMANIA GmbH	1 548	1 365	850	746	551	519	280	–
Schleifmaschinenwerk GmbH	1 352	998	480	457	389	178	154	154
Wirkbau Textilmaschinen GmbH (Auflösung 1993); danach Übernahme in Kändler Maschinenbau GmbH	1 350	1 100	700	470	300	120	120	120
UNION Werkzeugmaschinen GmbH	937	776	355	255	204	86	130	100

Quelle: Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH.

Betriebe, die in Technologiezentren und Gewerbeparks ansässig sind. Der Bestand an nutzbaren Gewerbeflächen für Unternehmen wurde bis Ende 1996 auf rund 700 ha ausgebaut und war damit beinahe doppelt so groß wie 1990. Dort haben sich 65 Unternehmen mit 3 050 Arbeitsplätzen angesiedelt. Zunehmend verlagern größere Betriebe wie die SIEMENS AG, Niederlassung Chemnitz, ihre Produktion in Gewerbegebiete am Rand der Stadt.

Mit einem Anteil von etwa 60 vH ist die Investitionsgüterproduktion die umsatzstärkste Hauptgruppe des Verarbeitenden Gewerbes der Stadt geblieben (Tabelle 57); allerdings haben sich hier durch den enormen Ausbau der Motorenfertigung der VW Sachsen GmbH seit 1995 die Gewichte zugunsten des Fahrzeugbaus und zu Lasten des Maschinenbaus verschoben. In Unternehmen des Maschinenbaus (Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr), einst die Domäne dieser Region, waren 1996 noch rund 3 800 Mitarbeiter bzw. knapp ein Drittel der Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes tätig. Deren Umsatz verringerte sich 1996 gegenüber 1995 um rund 70 Mill. DM bzw. knapp ein Zehntel auf 681 Mill. DM.

Einen erheblichen Umsatzzuwachs erzielten hingegen 1996 gegenüber 1995 die Produzenten von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten, Medizintechnik und Optik mit 41 vH. Dies könnte mit den Bemühungen zahlreicher Unternehmensleitungen im Zusammenhang stehen, das Produktionsprofil stärker auf zukunftssträchtige Wachstumsfelder, wie innovative Fertigungstechnologien, Umwelttechnologien und Mikrosystemtechnologien, auszurichten.

Tabelle 57 – Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes nach Hauptgruppen und ausgewählten Branchen 1991–1996

	1991		1994		1995		1996	
	Mill. DM	Anteil in vH	Mill. DM	Anteil in vH	Mill. DM	Anteil in vH	Mill. DM	Anteil in vH
Vorleistungsgüterproduktion	310,6	16,4	442,8	21,0	469,4	16,7	481,3	18,0
Investitionsgüterproduktion	1 150,5	60,9	1 211,0	57,3	1 603,3	56,9	1 612,8	60,1
darunter:								
Maschinenbau	622,4	33,0	591,0	28,0	750,7	26,6	681,4	25,4
Fahrzeugbau	244,6	12,9	553,7	26,2	758,4	26,9	829,6	30,9
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen	185,4	9,8	98,2	4,6	185,7	6,6	261,9	9,8
Gebrauchsgüterproduktion	49,4	2,6
Verbrauchsgüterproduktion	378,2	20,0	431,7	20,4
darunter:								
Ernährungsgewerbe	336,9	17,8	399,7	18,9	429,0	15,2	256,7	9,6

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.

3. Angebot und Nachfrage nach produktionsnahen Dienstleistungen

Chemnitz soll sich, so die Vision der für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Verantwortlichen,⁵⁶ als Standort von Wissenschaft, Technologie, Gewerbe und Industrie neu und weiter profilieren. Dafür werden einige günstige Standortvoraussetzungen ins Feld geführt:

– Die Stadt verfügt über ein gutes Wissenschaftspotential und über relativ breitgefächerte Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. Das Profil der Technischen Universität (rund 5 000 Studenten und rund 750 Wissenschaftlerstellen Ende 1996) ist durch naturwissenschaftliche Disziplinen geprägt, die die traditionellen Branchen der Industrie dieses Raumes widerspiegeln (u.a. Fakultäten Maschinenbau und Verfahrenstechnik sowie Elektrotechnik und Informationstechnik). Die Stadt ist Sitz des Fraunhofer-Instituts für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik (rund 100 Mitarbeiter) und weiterer etwa 50 wirtschaftsrelevanter Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, darunter Unternehmen, die folgendes durchführen: (i) technische Beratungen und Ingenieurdienstleistungen für neue Technologien auf den Gebieten Luft- und Raumfahrt, Elektrotechnik, Computertechnik und Kernenergie (IVM Engineering Joint-Venture GmbH); (ii) Konstruktions- und Entwicklungsleistungen für Textilmaschinen und artverwandte Maschinen und Automatisierungseinrichtungen (CETEX Chemnitzer Textilmaschinenentwicklung GmbH), für Kraftfahrzeugmotore und Kraftfahrzeuge (IAV Motor GmbH); und (iii) die Entwicklung von Software auf dem Gebiet der Steuerungstechnik (HEITEC Industrieplanung GmbH).

– Der Arbeitsmarkt ist durch einen relativ hohen Anteil qualifizierter Fachkräfte in naturwissenschaftlichen Disziplinen charakterisiert. Etwa 70 vH des Erwerbspersonals besitzen eine abgeschlossene Berufsausbildung und etwa jeder Siebte einen Fachhochschul-, Hochschul- oder Universitätsabschluß.

– Der Ausbau der Infrastruktur schreitet voran. Die bisherigen Maßnahmen waren vor allem auf den Ausbau und die Modernisierung des ÖPNV konzentriert.⁵⁷ In letzter Zeit sind zahlreiche Maßnahmen zum Ausbau stark frequentierter Straßen begonnen worden, um das innerstädtische Straßennetz durchlaßfähiger zu machen. Wirksame Verbesserungen im überregionalen Verkehr werden vor allem vom 6-spurigen Ausbau der Autobahn A4 (Kassel–Dresden) nach Dresden, vom Ausbau der A72 (Chemnitz–Hof) und von verbesserten Anschlüssen aus der Innenstadt auf die Autobahnen erwartet.

– Die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, insbesondere innovativen Firmen einerseits und den Unternehmen und Forschungseinrichtungen andererseits, hat sich in den letzten Jahren vertieft, so daß Technologietransfer und Forschungseffektivität steigen. Das in der Region vorhandene wissenschaftlich-technische Know-how kann dadurch immer besser wirksam gemacht werden.

Inwieweit die Entwicklung der Industrie in Chemnitz die Entwicklung produktionsnaher Dienstleistungen beeinflußt hat, soll im folgenden näher dargestellt werden.

a. *FuE-Leistungen*

Auf der Grundlage der vorhandenen Informationen (IHK, CWE) kann davon ausgegangen werden, daß das Angebot an FuE-Leistungen in den letzten Jahren wieder zugenommen hat. Nach der Schrumpfung der FuE-Potentiale zu Beginn der neunziger Jahre, die u.a. durch die frühzeitige Gründung von Technologiezentren und den Aufbau von Gewerbeparks etwas begrenzt werden konnte, hat sich im Verlauf der letzten Jahre zunehmend eine neue Forschungslandschaft herausgebildet. Dies wird u.a. durch eine Neu- bzw. Umprofilierung zahlreicher Einrichtungen auf neue Forschungsfelder und Ansätze einer intensiveren Kooperation zwischen Wissenschaftseinrichtungen, FuE-Kapazitäten und Unternehmen unterstützt. Ein neues Element zeigt sich auch darin, daß immer mehr Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes dazu übergehen, ihr FuE-Personal wieder aufzustocken. Das betrifft insbesondere Unternehmen exportorientierter Branchen (Maschinenbau, Fahrzeugbau u.a.).

Ein Indikator des Forschungserfolgs ist die Zahl der Patente. Seit 1994 ist ihre Zahl deutlich gestiegen. 1996 wurden 54,8 Patentanmeldungen pro 100 000 Einwohner erreicht, etwas mehr als im bundesweiten Durchschnitt (53), jedoch z.B. weniger als in Dresden (61,4) (Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft 1997: 45).

Mit dem Ziel, wissenschaftlich-technische Ergebnisse schneller in Markterfolge umzusetzen, ist z.B. der Firmenverbund AuMoC (Automatisierung-Modernisierung Chemnitz) gegründet worden. Darin zusammengeschlossen haben sich die GPP-Gesellschaft für Prozeßrechnerprogrammierung (Automatisierungs-, Hard- und Softwarelösungen), die LERNSTATT Industrie- und Automatisierungstechnik GmbH (Modernisierung von Werkzeugmaschinen, Herstellung von Sondermaschinen und Handlingsystemen), die RAKO Fertigungs GmbH, die R.I.E.MPP Elektronik GmbH, die SIEMENS AG, Zweigniederlassung Chemnitz, sowie die Umformtechnisches Zentrum GmbH Zwickau. Diese Unternehmen haben Ende September 1997 vereinbart, als Systemanbieter für kundenorientierte komplexe technische Lösungen auf dem nordamerikanischen Markt in den Branchen Automobilindustrie, Energietechnik und Luft- und Raumfahrt aufzutreten. Eine Geschäftsreise in die USA, die daraufhin durchgeführt wurde, erbrachte erste Ansätze für eine mögliche Zusammenarbeit.

Mit einem weiteren Projekt, in dem sich 15 Chemnitzer Technologieunternehmen und die TU Chemnitz zusammen gefunden haben, soll die wissenschaftlich-technische Kooperation in den Bereichen der Mikroelektronik und Mikrosystemtechnik mittels eines Verbundunternehmens verbessert werden. Dazu wurde im Frühjahr 1997 die AMTEC (Anwendungszentrum für Mikrotechnologien Chemnitz) GmbH gegründet. Zu ihren Geschäftsfeldern gehört die Informationsbeschaffung, das strategische und operative Marketing, die Vertriebs- und Auftragsakquisition, das Projektmanagement von Verbundprojekten und die Organisation von Workshops, Seminaren sowie Weiterbildungsveranstaltungen für die beteiligten Unternehmen.

Beide genannten Vorhaben wurden unter Beteiligung der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH ins Leben gerufen. Ein Ziel bestand u.a. darin, eine Signalwirkung zur Bildung von Verbänden bzw. Netzwerken in weiteren Branchen zu geben. Gewisse Fortschritte zeichnen sich diesbezüglich in der Medizin- und Umwelttechnik ab. Probleme, die generell eine stärkere Kooperation behindern, betreffen u.a. die Finanzierung und die Übernahme der Leitung von Verbänden. In den Unternehmen überwiegt zumeist die Beschäftigung mit Tagesaufgaben, so daß Überlegungen über neue Geschäftsstrategien zu kurz kommen.

b. Weitere produktionsnahe Dienstleistungen

Ähnlich wie auf gesamtwirtschaftlicher Ebene fällt es auf regionaler Ebene schwer, ein geschlossenes Bild über die Entwicklung und den Stand der Inanspruchnahme weiterer produktionsnaher Leistungen zu geben. Die Datenlage ist auch hier schwierig — z.B. fehlen Umsatz- und Beschäftigtendaten — so daß die Informationen bruchstückhaft bleiben müssen.

Ausgewertet wurden Daten der Firmenstatistik der IHK und des Instituts für Freie Berufe Nürnberg, das die Zahl der freiberuflichen Tätigen bzw. der Büros oder Praxen jährlich erhebt. Danach kann davon ausgegangen werden, daß das Angebot an produktionsnahen Leistungen seit 1990 fast durchgängig und teilweise deutlich zugenommen hat (Tabelle 58). Im Jahr 1996 hat sich besonders die Zahl der Software- und Datenverarbeitungsdienstleistungsunternehmen erhöht. Demgegenüber hat sich z.B. die Zahl der Firmen, die Ausrüstungen vermieten und Architektur- bzw. Ingenieurleistungen durchführen, wahrscheinlich wegen der abnehmenden Baunachfrage, verringert.

Verglichen mit der Zahl der im gesamten Regionalkammerbezirk Chemnitz (weitere 7 Landkreise) tätigen Firmen waren 1996 knapp die Hälfte der Softwarehäuser und der Datenverarbeitungsdienste sowie der Architekten- und Ingenieurbüros in der Stadt Chemnitz angesiedelt. Dies rührt daher, daß hier hinreichend viele Kunden aus der Industrie vorhanden sind.

Tabelle 58 – Zahl der Unternehmen und freiberuflich Tätigen, die in der Stadt Chemnitz produktionsnahe Dienstleistungen anbieten, 1991–1996

	1991	1994	1995	1996
1. Lt. Firmenstatistik der IHK				
Vermietung beweglicher Sachen	.	128	138	133
Softwarehäuser	.	99	97	112
Datenverarbeitungsdienste	.	10	9	16
Architektur- und Ingenieurbüros	.	297	349	337
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	.	28	45	53
Güterbeförderung (Straße)	.	250	234	249
2. Lt. Erhebungen des Instituts für Freie Berufe Nürnberg				
Steuerberater - Selbständige	27	51	.	.
- Gesellschaften	20	62	.	.
Wirtschaftsprüfer - Selbständige	4	9	.	11
- Gesellschaften	10	14	.	14
Rechtsanwälte (nur Selbständige)	38	113	.	142
Patentanwälte	3	6	6	6
Notare	12	12	12	12

Quelle: IHK Südwestsachsen, Institut für Freie Berufe Nürnberg.

Nach Informationen der IHK greifen die Unternehmen zunehmend auf das in der Stadt bzw. in der Region verfügbare Dienstleistungsangebot zurück. Ein Grund für die verstärkte Zusammenarbeit mit regionalen Anbietern sei, so die Kammer, daß die Leistungen im Vergleich mit Firmen in bzw. aus den alten Bundesländern oftmals kostengünstiger angeboten würden. Unterschiede in der Leistungsdurchführung seien kaum noch festzustellen. Damit scheint sich hinsichtlich der Inanspruchnahme von produktionsnahen Leistungen zunehmend eine Praxis herauszubilden, die für sogenannte „industrial districts“ typisch ist.

Das Beispiel der Chemnitzer Drahtziehmaschinenfabrik Herborn und Breitenbach zeigt überdies, daß einzelne Unternehmen gleichfalls bemüht sind, produktionsnahe Dienste immer mehr zum Bestandteil ihres eigenen Produktangebots zu machen, um so die Marktchancen zu erhöhen. Die genannte Maschinenfabrik hat 1996 ein neues Service-System eingeführt, das z.B. Routine-Checks und die Korrektur von Bedienfehlern bei den verkauften Maschinen über das Internet von Chemnitz aus ermöglicht. Das Service-System ist zuvor gemeinsam mit einem ortsansässigen Softwarehaus entwickelt worden. Sofern sich Kunden für diese Zusatzleistung entscheiden, erhalten sie mit der Maschine ein Video-Konferenzsystem und einen handelsüblichen Camcorder mitgeliefert.

4. Entwicklung in Dienstleistungsbereichen

In der Stadt Chemnitz ist die Zahl der Erwerbstätigen (Arbeitsortprinzip) im Dienstleistungssektor⁵⁸ von 96 300 im Jahr 1990 auf 102 600 (6,5 vH) im Jahr 1995 angestiegen,⁵⁹ darunter in Dienstleistungsunternehmen⁶⁰ von 56 000 um reichlich ein Fünftel auf 68 300 (Tabelle 53). Die höhere Erwerbstätigenzahl in den Dienstleistungsunternehmen resultiert vor allem aus der Zunahme der Beschäftigung im Sonstigen Dienstleistungsbereich. Dort hat sich ihre Zahl — die Beschäftigten im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit einbezogen — von 23 700 (1990) um 14 300 bzw. 60 vH auf 38 000 (1995) vergrößert. Im Handel, Verkehrsgewerbe und in der Nachrichtenübermittlung (getrennte Daten liegen nicht vor) hingegen hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Zeitraum um 2 000 (6,2 vH) auf rund 30 300 verringert.

Gegenüber der Gesamtentwicklung im Land Sachsen hat sich die Erwerbstätigkeit in den Dienstleistungsunternehmen unterdurchschnittlich (22 vH gegenüber 28 vH), unter Einbeziehung der kommunalen Behörden, Organisationen etc. überdurchschnittlich (6,5 vH gegenüber 5,4 vH) ausgeweitet. Deutlich geringer als im Landesdurchschnitt verlief der Beschäftigtenzuwachs im Sonstigen Dienst-

leistungsbereich (60 vH gegenüber rund 96 vH). Hier dürfte mit eine Rolle gespielt haben, daß der Nachholbedarf in den ländlichen Regionen größer war als in den Städten. Im Handel, Verkehrsgewerbe und in der Nachrichtenübermittlung zusammen genommen war der Erwerbstätigenrückgang in Chemnitz etwas geringer als im Durchschnitt des Landes.

Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl waren 1995 in der Stadt Chemnitz knapp 60 vH mehr Personen in Dienstleistungsunternehmen beschäftigt als im Durchschnitt des Freistaates Sachsen und — das ist ein überraschendes Ergebnis — sogar etwas mehr als in Dresden oder Leipzig (Tabelle 59).

Tabelle 59 – Zahl der Erwerbstätigen^a pro 1 000 Einwohner 1995 in Dienstleistungsunternehmen^b der Stadt Chemnitz, in ausgewählten Regionen und im Land Sachsen

	Dienstleistungsunternehmen insgesamt	dar.: Sonstige Dienstleistungsunternehmen ^c	<i>Nachrichtlich:</i> Dienstleistungssektor ^d
Chemnitz	256	143	385
Chemnitzer Land	161	81	222
Kreis Freiberg	133	78	205
Zwickau, Stadt	249	136	357
Dresden, Stadt	252	144	415
Leipzig, Stadt	245	154	382
Land Sachsen	162	88	253

^aNach dem Arbeitsortprinzip. — ^bHandel, Verkehr/Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie Sonstige Dienstleistungen. — ^cEinschließlich Kreditinstitute und Versicherungen. — ^dDienstleistungsunternehmen einschließlich Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, IWH-Berechnung.

Einen tieferen Einblick in die Entwicklung einzelner Dienstleistungsbereiche ermöglichen Daten über die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die — im Vergleich zu den Erwerbstätigengrößen — Selbständige und geringfügig Beschäftigte sowie Beamte ausklammern. Für die Untersuchung konnten Daten für den Zeitraum 1994–1996 (Stand: jeweils 30. Juni) ausgewertet werden.⁶¹ Danach verringerte sich die Gesamtzahl dieser Beschäftigten in den Dienstleistungsunternehmen der Stadt Chemnitz von rund 70 000 auf knapp 65 000. Am stärksten mit einem Minus von 23 vH war der relative Rückgang im Verkehrsgewerbe einschließlich Nachrichtenübermittlung (Tabelle 60), was wohl den Arbeitsplatzabbau bei Bahn und Post mit widerspiegelt. Ähnlich kräftig ging die Beschäftigung im Kredit- und Versicherungsgewerbe zurück. Sie dürfte u.a. mit nachlassenden Wachstumsraten bei Finanzierungs- und Versicherungsgeschäften und mit zunehmenden Rationalisierungsmaßnahmen der Banken und Versicherungsunternehmen begründet sein. Die um rund 1 100 Personen geringere Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Handel drückt u.a. aus, daß es in der Stadt in den letzten Jahren nicht gelungen ist, die zur „grünen Wiese“ entstandenen Disproportionen⁶² zu beseitigen. Dies spiegelt sich u.a. in der Zunahme der Handelsbeschäftigten im Chemnitzer Umland wider, was den Suburbanisierungsprozeß eindrucksvoll bestätigt. Die Bebauung der Chemnitzer City hatte sich weiter verzögert, weil ein deutsch-britisches Konsortium Ende vergangenen Jahres auseinandergebrochen war. Inzwischen hat die Sachsenbau GmbH, ein Chemnitzer Unternehmen, den Zuschlag bekommen und mit der Investitionsdurchführung begonnen; sie wird mindestens bis in das Jahr 2000 hinein dauern. Erst danach kann die Innenstadt jene Attraktivität erlangen, die viele andere Städte auszeichnet. Durch die Neueröffnung von Handelseinrichtungen im Jahr 1997, als größtes das Einkaufszentrum Sachsenallee auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofs mit rund 32 000 m², erhöht sich die durchschnittliche Verkaufsfläche auf rund 1,2–1,4 m² pro Einwohner (Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft 1997: 22). Damit wird in etwa der Bundesdurchschnitt erreicht.

Tabelle 60 – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte^a in Dienstleistungsbereichen^b der Stadt Chemnitz und in angrenzenden Kreisen 1994 und 1996^c

	Handel		Verkehr/Nachrichten- übermittlung		Kreditinstitute/ Versicherungen		Sonstige Dienst- leistungen	
	1994	1996	1994	1996	1994	1996	1994	1996
Chemnitz	15 581	14 478	13 462	10 315	4 392	3 489	36 466	36 426
Chemnitzer Land	7 295	8 528	1 646	1 561	770	673	12 190	12 154
Kreis Mittweida	5 187	5 524	2 020	1 989	494	516	7 175	8 625
Kreis Stollberg	3 038	3 386	529	521	295	286	5 051	5 064
Kreis Freiberg	4 874	4 926	2 278	1 665	866	943	13 208	13 620
Mittlerer Erzgebirgskreis	2 792	2 764	712	703	521	549	6 672	8 027
Nachrichtlich: Land Sachsen	178 871	185 108	110 654	103 284	34 428	35 668	421 463	451 678
Anteil Chemnitz an Sachsen (vH)	8,7	7,8	12,2	10,0	12,8	9,8	8,7	8,1

^aNach dem Arbeitsortprinzip. — ^bSystematik der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes (Fassung für die Berufszählung 1970). — ^cStand in 1994 und 1996 jeweils. 30. Juni.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.

So gut wie unverändert blieb die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Sonstigen Dienstleistungsbereichen. Hierin dürften sich zahlreiche Probleme der Stadtentwicklung, wie die verkleinerte industrielle Basis und instabile Wachstumsraten sowie eine eher stagnierende (wenn nicht gar abnehmende) Nachfrage der privaten Haushalte und das kaum verbesserte Image der Stadt, fokussieren.

Das Beherbergungsgewerbe hat unter dem teilweise schlechten Image, das der Stadt anhaftet, zu leiden. In diesem Dienstleistungszweig ist in den vergangenen Jahren die Kapazität weiter ausgebaut worden (Tabelle 61). Im Jahr 1996 wurden u.a. vier weitere Hotels fertiggestellt, darunter das Renaissance Chemnitz Hotel mit 234 Zimmern und 450 Betten. Die Zahl der Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten hat sich dadurch auf 23, darunter 10 Hotels, erhöht. Mit der Kapazitätsausweitung hat die Zahl der Übernachtungen jedoch nicht Schritt gehalten, so daß die im Vergleich zum Landesdurchschnitt und gegenüber vielen anderen Regionen relativ niedrige Auslastung der Gästebetten weiter gesunken ist.

Tabelle 61 – Ausgewählte Daten für das Beherbergungsgewerbe^a in der Stadt Chemnitz, in anderen Regionen Sachsens und im Land Sachsen insgesamt 1995 und 1996

	Angebotene Betten ^b		Angebotene Betten ^b pro 10 000 Einwohner ^c		Auslastungsgrad der Betten (vH)	
	1995	1996	1995	1996	1995	1996
Chemnitz	2 608	2 765	98	104	26,5	26,3
Chemnitzer Land	1 845	3 199	120	208	27,4	27,7
Kreis Mittweida	1 568	1 622	109	112	23,5	21,5
Kreis Stollberg	762	1 296	77	137	34,2	27,0
Kreis Freiberg	2 759	3 538	177	227	33,5	29,3
Mittlerer Erzgebirgskreis	1 865	2 089	188	214	44,9	40,6
Dresden (Stadt)	9 593	10 867	204	235	48,2	45,1
Leipzig (Stadt)	7 150	10 432	152	228	38,5	32,9
Land Sachsen	76 322	95 347	167	210	38,9	36,4

^aBeherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten. — ^bEinschließlich Schlafgelegenheiten, Stichtag: 31. Juli. — ^cStand: 31. Dezember.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, IWH-Berechnung.

Vergleicht man die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einzelnen Dienstleistungsbereichen an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aller Dienstleistungsbe-
reiche in der Stadt Chemnitz und in anderen Regionen Sachsens und stellt dies dem Durchschnitt des Landes Sachsen gegenüber, so zeigt sich, daß in Chemnitz 1996 genauso wie 1994 bis auf den Handel in allen Dienstleistungsbereichen eine überdurchschnittliche Beschäftigung erreicht worden ist (Ta-
belle 57). Im Handel ist die bereits beschriebene Agglomerationsbildung im Umland erkennbar.

Tabelle 57 – Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einzelnen Dienstleistungsbereichen in der Stadt Chemnitz und in angrenzenden Regionen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt 1994 und 1996^a (Sachsen = 1,0)

	Handel		Verkehr/Nachrichten- übermittlung		Kreditinstitute/ Versicherungen		Sonstige Dienst- leistungen	
	1994	1996	1994	1996	1994	1996	1994	1996
Chemnitz	1,07	1,04	1,50	1,33	1,57	1,30	1,06	1,07
Chemnitzer Landkreis	1,37	1,47	0,50	0,48	0,75	0,60	0,97	0,86
Kreis Mittweida	1,12	1,13	0,71	0,73	0,56	0,55	0,66	0,72
Kreis Stollberg	1,06	1,12	0,30	0,31	0,53	0,49	0,75	0,69
Kreis Freiberg	0,93	0,90	0,70	0,55	0,85	0,90	1,06	1,02
Mittlerer Erzgebirgskreis	0,89	0,82	0,37	0,38	0,86	0,85	0,90	0,98

^aStand jeweils: 30. Juni.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, IWH-Berechnung.

5. Fazit

Im Ergebnis — der durch die Datengrundlage eingeschränkten Analysemöglichkeiten — kann ins-
gesamt für die Stadt Chemnitz und das Umland festgestellt werden:

- Die Unternehmen der Stadt mußten in der Vergangenheit mit enormen Auswirkungen des Transfor-
mationsprozesses fertig werden. Aus der vormals großbetrieblichen Struktur der Industriebetriebe
hat sich inzwischen eine neue, nun mittelständische herausgebildet. Eine Reihe von Indikatoren
deutet auf eine Verbesserung der Geschäftslage in den Industrieunternehmen hin. Dennoch scheint
sie noch nicht stabil zu sein. Der Arbeitsplatzabbau ist noch nicht zum Stillstand gekommen, und
die Exporte sind noch schwach entwickelt.
- Neubeginn, Um- und Neuprofilierung der meisten Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und
viele weitere Prozesse, wie z.B. die auf der „grünen Wiese“ vorgenommenen Investitionen zur
Errichtung großflächiger Einkaufszentren, blieben nicht ohne Folgen für die Expansionschancen
des Handels und der Dienstleistungsunternehmen in der Stadt. Im Ergebnis all dieser Prozesse hat
der Anteil der Erwerbstätigen, die im Dienstleistungssektor arbeiten, zugenommen. Unter Berück-
sichtigung der Einwohnerzahl waren 1995 in Chemnitz mehr Personen in Dienstleistungsunter-
nehmen tätig als z.B. in den Städten Dresden und Leipzig.
- Die einzelnen Dienstleistungsbereiche haben sich, soweit dies zu beurteilen ist, sehr unterschied-
lich entwickelt. Handel und Beherbergungsgewerbe erreichten zwar Fortschritte, ihre Entwicklung
ist jedoch hinter der vieler anderer sächsischer Regionen und dem Landesdurchschnitt zurückge-
blieben. Die größte Dynamik hat sich im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen vollzogen.

Anhang: Tabellen und Übersichten

Tabelle A1 – Unternehmen ausgewählter produktionsnaher Dienstleistungsbereiche in Westdeutschland^a nach ihrer Bonität 1997 (vH der Unternehmen des jeweiligen Zweiges)

	Unternehmen mit ... Bonität						Alle Unternehmen mit Bonitätsbewertung	Unternehmen ohne Bonitätsbewertung in vH aller Unternehmen	Nachrichtlich: Alle Unternehmen (Anzahl)
	sehr hoher	hoher	mittlerer	geringer	sehr geringer	ungenügender			
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,5	44,6	41,6	2,1	1,8	9,4	100,0	28,6	101 101
Vermietung beweglicher Sachen	0,4	56,8	30,0	2,2	1,7	8,9	100,0	22,7	18 702
Datenverarbeitung und Datenbanken	0,2	53,0	36,6	1,7	1,3	7,2	100,0	24,2	38 854
darunter:									
Hardwareberatung	0,1	53,9	35,9	1,5	1,5	7,1	100,0	21,3	6 607
Softwarehäuser	0,2	54,0	36,1	1,7	1,2	6,8	100,0	25,9	14 519
Datenverarbeitungsdienste	0,2	52,5	36,9	1,7	1,3	7,4	100,0	21,8	12 423
Forschung und Entwicklung	0,9	44,3	47,7	1,3	1,2	4,6	100,0	35,0	2 327
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	0,3	53,9	35,1	1,6	1,3	7,8	100,0	28,8	334 742
darunter:									
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung	0,5	47,7	43,5	1,2	0,9	6,2	100,0	36,1	149 014
Architektur- und Ingenieurbüros	0,2	68,1	22,5	1,4	1,2	6,7	100,0	14,5	66 247
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	0,3	56,3	34,7	2,0	1,4	5,4	100,0	26,2	1 569
Werbung	0,2	55,6	29,1	2,7	2,2	10,2	100,0	21,6	34 649
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von									
Arbeitskräften	0,3	42,7	36,3	1,9	1,5	17,4	100,0	28,8	3 233
Detekteien und Schutzdienste	0,0	41,5	35,4	2,8	2,5	17,6	100,0	27,4	2 943
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	0,1	49,6	31,7	2,4	2,0	14,1	100,0	22,3	12 774
<i>Dienstleistungsunternehmen insgesamt</i>	0,4	52,0	36,4	1,8	1,4	8,1	100,0	28,2	495 726

^aOhne Berlin.

Quelle: Verband der Vereine Creditreform, DIW.

Tabelle A2 – Unternehmen ausgewählter produktionsnaher Dienstleistungsbereiche in Ostdeutschland^a nach ihrem Gründungsjahr^b 1997 (Anteil an allen Unternehmen in der Bundesrepublik des jeweiligen Zweiges und Gründungsjahres in vH)

	Unternehmen mit Gründungsjahr ...							Alle Unternehmen
	vor 1991	1991	1992	1993	1994	1995	1996 bis Herbst 1997	
Grundstücks- und Wohnungswesen	7,4	30,2	26,3	24,1	22,3	22,3	19,9	15,6
Vermietung beweglicher Sachen	11,0	32,4	29,3	26,3	22,5	20,8	19,4	17,2
Datenverarbeitung und Datenbanken	9,9	17,0	14,6	13,3	11,3	10,5	10,0	11,5
darunter:								
Hardwareberatung	6,4	13,9	10,4	8,0	6,1	6,6	7,4	7,7
Softwarehäuser	10,0	13,5	13,9	12,6	9,8	9,8	7,5	10,4
Datenverarbeitungsdienste	11,9	22,4	18,0	17,6	16,4	15,3	14,5	14,9
Forschung und Entwicklung	13,5	44,7	39,1	32,2	33,2	24,4	21,5	23,3
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	8,7	30,1	25,1	22,1	19,3	16,5	14,3	14,0
darunter:								
Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung	6,1	27,2	21,3	17,8	14,5	13,5	10,9	10,4
Architektur- und Ingenieurbüros	15,0	42,5	38,9	33,6	32,6	28,5	26,1	24,1
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	13,7	40,4	38,9	29,9	26,5	24,0	16,5	21,7
Werbung	9,4	28,4	23,7	20,2	16,3	14,2	13,1	13,8
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	9,2	20,1	19,7	30,0	26,3	26,1	23,2	17,4
Detekteien und Schutzdienste	11,4	35,7	26,8	29,1	25,5	21,6	15,6	19,1
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	14,6	30,0	25,1	21,2	19,4	16,0	15,8	17,5
<i>Dienstleistungsunternehmen insgesamt</i>	8,6	28,9	24,6	21,9	19,5	17,4	15,3	14,4

^aOhne Berlin. — ^bErster Handels- bzw. Gewerberegistereintrag.

Quelle: Verband der Vereine Creditreform, DIW.

Tabelle A3 – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im privaten Dienstleistungsgewerbe in Ostdeutschland und in Westdeutschland Ende Juni 1996

	Westdeutschland		Ostdeutschland		
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	absolut	je 1 000 Einwohner	absolut	je 1 000 Einwohner	
				Zahl	Westdeutschland = 100
Handel	3 194 259	48,08	591 996	38,32	80
Großhandel	1 340 630	20,18	196 664	12,73	63
Einzelhandel	1 853 629	27,90	395 332	25,59	92
Verkehrsgewerbe, Nachrichtenübermittlung	1 112 072	16,74	356 943	23,11	138
Eisenbahnen	97 358	1,47	108 965	7,05	481
Post	199 898	3,01	81 867	5,30	176
Straßenverkehr, Personenbeförderung	153 028	2,30	43 386	2,81	122
Straßenverkehr, Güterbeförderung	193 182	2,91	51 130	3,31	114
Schifffahrt	39 608	0,60	8 021	0,52	87
Spedition	285 326	4,30	52 043	3,37	78
Luftfahrt	143 672	2,16	11 531	0,75	35
Kreditgewerbe, Versicherungsunternehmen	949 055	14,29	101 215	6,55	46
Kreditgewerbe	677 944	10,21	77 794	5,04	49
Versicherungsunternehmen	271 111	4,08	23 421	1,52	37
Produktionsnahe Dienstleistungen	1 747 572	26,31	419 740	27,17	103
darunter:					
Rechtsberatung	109 586	1,65	15 711	1,02	62
Gebäudereinigung	209 579	3,15	77 587	5,02	159
Vermietung beweglicher Sachen	39 811	0,60	11 391	0,74	123
Bewachung, Botendienste	78 633	1,18	34 513	2,23	189
Schreib-, Übersetzungsbüros	53 075	0,80	9 461	0,61	77
Wirtschaftsberatung	366 192	5,51	54 244	3,51	64
Architektur-, Ingenieurbüros	393 870	5,93	109 695	7,10	120
Grundstückswesen	227 727	3,43	64 321	4,16	121
Wirtschaftswerbung	77 259	1,16	7 253	0,47	40
Ausstellungswesen	8 195	0,12	1 166	0,08	61
Vermittlung von Leiharbeit	136 017	2,05	29 439	1,91	93
Konsumnahe Dienstleistungen	1 955 584	29,44	506 373	32,78	111
darunter:					
Hotels	167 434	2,52	39 956	2,59	103
Gaststätten	364 190	5,48	85 049	5,51	100
Heime	114 127	1,72	18 235	1,18	69
Wäscherei	43 564	0,66	11 337	0,73	112
Körperpflege	138 201	2,08	41 321	2,68	129
Erziehung	7 913	0,12	1 604	0,10	87
Sonstige Bildung	38 509	0,58	11 277	0,73	126
Kunst, Theater	13 447	0,20	5 483	0,35	175
Film	25 236	0,38	3 613	0,23	62
Rundfunk, Fernsehen	41 133	0,62	4 536	0,29	47
Nachrichtsbüros	6 597	0,10	594	0,04	39
Verlage	134 606	2,03	14 276	0,92	46
Gesundheit	727 416	10,95	143 568	9,29	85
Straßenreinigung	55 885	0,84	34 618	2,24	266
Bestattungswesen	5 277	0,08	2 579	0,17	210
Schausteller	9 581	0,14	1 507	0,10	68
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	23 149	0,35	3 795	0,25	71

Quelle: Sozialversicherungsträger, Statistisches Bundesamt.

Tabelle A4 – Erwerbstätige nach Berufsklassen in einzelnen Branchen in Ostdeutschland (O) und Westdeutschland (W) April 1995 (vH aller Erwerbstätigen einer Branche)

Branchen	Land- u. Forstwirtschaft		Bergbau u. Energie		Verarbeitendes Gewerbe		Bau		Produktionsorientierte Dienstleistungen		Distributive Dienstleistungen		Konsumbezogene Dienstleistungen		Soziale Dienstleistungen		Staatliche Dienstleistungen	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Ingenieure	0,6	0,2	6,5	5,4	5,3	4,5	4,0	4,3	5,4	4,9	1,4	1,1	0,4	0,4	1,0	0,8	1,4	2,4
Technische Dienste	2,9	0,9	7,9	9,6	4,6	7,7	2,9	4,3	4,5	3,9	1,9	2,4	0,6	0,6	2,0	1,0	1,8	3,2
Kredit-, Versicherungen, Wohnungswesen	–	–	0,3	–	–	0,1	–	0,1	14,7	21,6	0,1	0,2	0,5	0,1	–	–	0,7	0,5
Führung, Organisation, Beratung	3,5	0,7	4,7	3,6	4,7	4,7	3,4	3,1	9,4	11,6	5,6	5,1	2,9	3,2	1,4	0,9	3,3	2,6
Verwaltung	4,8	2,3	14,0	15,9	9,0	13,4	6,8	10,0	20,3	25,6	12,0	17,1	3,7	5,5	5,6	5,7	28,3	16,2
Schutzdienste	0,2	0,1	1,3	0,8	0,3	0,4	0,1	0,1	5,1	1,9	0,4	0,4	3,0	3,1	1,9	1,2	2,7	2,0
Reinigungsdienste	0,3	0,2	0,8	1,3	0,7	0,6	0,4	0,9	10,4	6,4	0,8	0,9	2,0	3,1	2,2	3,3	1,8	3,2
Vertrieb, Verkauf	11,7	4,2	8,4	6,4	11,5	12,1	4,4	4,7	5,4	4,3	44,7	42,3	4,8	4,2	1,4	1,1	3,5	4,1
Medien, Gastgewerbe, Körperpflege	0,5	0,7	1,4	1,2	0,7	1,1	0,1	0,2	8,5	7,1	0,7	1,0	66,7	65,0	4,8	4,6	2,1	1,4
Soziale Tätigkeit	0,4	0,1	0,4	0,3	0,4	0,4	0,1	0,1	1,4	1,6	0,9	1,4	3,0	3,5	70,7	72,7	7,4	5,8
Innere und äußere Sicherheit	0,3	0,3	2,2	0,9	0,3	0,3	0,2	0,2	2,5	2,4	0,7	3,0	0,2	0,5	1,1	2,2	32,8	49,5
<i>Dienstleister insgesamt</i>	25,1	9,8	47,9	45,4	37,5	45,3	22,6	27,9	87,5	91,4	69,3	75,0	87,9	90,2	92,1	93,5	85,8	90,8
Land-, forstwirtschaftliche Berufe	57,5	85,0	0,4	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1	0,7	0,2	0,2	0,2	1,1	0,4	0,6	0,3	3,8	1,6
Bergleute, Mineralgewinner	–	–	7,5	15,2	0,1	0,2	0,1	0,3	–	–	–	0,1	–	–	–	–	0,1	–
Fertigungsberufe	10,6	2,1	34,4	33,1	49,1	45,6	23,2	20,8	4,5	4,0	11,8	12,5	2,2	3,4	3,1	3,0	4,6	4,1
Bauberufe	1,2	0,8	6,0	3,3	7,8	5,3	48,7	48,3	1,6	0,7	1,8	1,6	0,5	0,9	0,4	0,3	2,0	1,6
Andere	5,6	2,3	3,7	2,9	5,1	3,6	5,3	2,7	5,6	3,6	16,9	10,6	8,2	5,1	3,8	2,9	3,7	1,9
<i>Erwerbstätige insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Tabelle A5 – Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen und Arbeitsuchenden im Dienstleistungsbereich Ostdeutschlands (O) und Westdeutschlands (W) April 1995 (vH aller Erwerbstätigen bzw. Arbeitsuchenden einer Berufsklasse)

	keine Ausbildung		Lehrausbildung, Praktikum		Meister, Techniker, FS		Fachhochschule		Hochschule	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
	<i>Erwerbstätige</i>									
Ingenieure	0	1	3	7	24	7	30	50	43	35
Technische Dienste	2	5	45	50	32	35	9	6	12	3
Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen	5	9	54	75	21	7	6	4	14	5
Führung, Organisation, Beratung, Werbung	1	4	26	40	30	13	14	14	30	28
Verwaltung	4	11	64	75	18	5	5	4	8	5
Schutzdienste	6	21	76	72	13	5	1	1	4	1
Reinigungsdienste	19	59	77	40	4	1	0	0	0	0
Produktionsorientierte Dienstleister	4	12	50	58	21	10	9	9	15	10
	<i>Arbeitsuchende</i>									
Ingenieure	0	3	7	7	42	8	29	42	22	40
Technische Dienste	2	8	58	50	28	34	7	5	5	3
Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen	2	10	68	78	18	3	5	1	7	8
Führung, Organisation, Beratung, Werbung	0	10	35	46	30	10	11	12	24	21
Verwaltung	3	14	79	74	12	5	2	3	4	4
Schutzdienste	24	32	73	62	2	1	1	1	0	4
Reinigungsdienste	33	65	66	32	1	2	0	0	0	2
Produktionsorientierte Dienstleister	8	18	66	59	15	9	5	6	6	8

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH.

Tabelle A6 – Bezug ausgewählter Dienstleistungen von Industrieunternehmen in Ostdeutschland aus ihrer näheren Umgebung 1996

	Von allen Unternehmen der jeweiligen Gruppe beziehen ... vH die jeweilige Dienstleistung von Unternehmen aus ihrer näheren Umgebung									
	Steuerberatung	Transport	Weiterbildung der Mitarbeiter	Unternehmensberatung	Datenverarbeitung	Werbung	Marktforschung	Verkauf und Vertrieb	Verfahrensentwicklung	Produktentwicklung
Ausgewählte Wirtschaftszweige										
Steine und Erden	27	59	11	7	15	27	2	6	2	5
Chemie	41	49	17	13	14	32	1	3	1	-
Holzbearbeitung	51	40	14	21	27	44	3	-	-	3
Stahl- und Leichtmetallbau	40	46	36	16	22	28	1	5	5	6
Maschinenbau	47	66	38	20	20	31	3	4	2	4
Straßenfahrzeugbau	14	44	20	10	14	23	5	4	-	-
Elektrotechnik	46	53	29	21	18	27	4	3	1	3
EBM-Waren	46	52	19	17	20	21	2	2	5	6
Holzverarbeitung	38	38	11	12	20	27	4	7	1	2
Druck	62	41	26	31	15	11	4	5	2	2
Kunststoff	45	47	13	21	23	29	2	3	4	4
Textil	45	49	22	16	25	25	2	3	4	7
Ernährung	35	28	18	16	14	34	5	6	2	2
Größenklasse										
Unternehmen mit ...Beschäftigten										
1 bis 9	64	46	21	25	21	28	3	7	3	5
10 bis 19	55	49	24	27	25	29	4	4	2	5
20 bis 49	43	52	26	17	21	29	2	4	3	4
50 bis 99	27	52	25	10	17	22	2	2	1	2
100 bis 199	19	48	30	4	13	28	2	4	4	1
200 bis 499	18	51	23	3	4	28	1	2	2	2
500 und mehr	21	60	32	3	16	22	3	-	2	2

Quelle: Befragung des DIW vom Herbst 1996.

Tabelle A7 – Erwerbstätige in Dienstleistungsbereichen in ostdeutschen Ballungsräumen 1991–1995 (1991=100)

	1992	1993	1994	1995	1992	1993	1994	1995	1992	1993	1994	1995
	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Sonstige Dienstleistungen				Staat, private Org. ohne Erwerbs- zweck, private Haushalte			
Rostock	80,8	73,7	70,9	69,0	107,0	115,6	125,4	139,2	95,8	92,7	88,6	87,8
Stadt	78,6	69,6	65,1	59,4	106,5	114,8	122,7	134,6	98,3	97,1	93,0	91,7
Umland	100,0	110,6	123,4	155,0	110,0	120,0	139,8	163,9	88,0	78,7	74,5	75,3
Berlin	89,9	86,9	86,1	86,1	100,9	107,7	115,2	126,5	96,3	93,2	88,1	82,3
Ost	82,4	77,9	72,6	70,5	91,9	97,4	102,3	110,6	92,4	89,0	75,0	69,4
Umland	98,6	97,2	101,8	104,1	113,7	122,2	133,4	149,0	100,6	97,8	102,3	96,4
Magdeburg	95,9	91,3	89,7	89,7	93,9	100,0	109,7	125,1	106,7	100,7	104,4	96,5
Stadt	91,3	86,4	82,6	79,3	89,8	95,8	103,7	119,0	115,2	109,3	117,3	110,2
Umland	103,6	99,5	101,5	107,0	102,1	108,6	122,0	137,6	96,7	90,7	89,4	80,6
Halle	108,1	100,4	98,5	93,2	109,0	112,6	136,3	142,7	92,5	87,6	91,8	88,8
Stadt	97,8	88,0	80,8	71,8	97,5	98,6	120,3	115,3	94,2	88,7	92,9	90,0
Umland	146,9	146,9	164,7	172,7	175,5	193,9	229,4	302,0	88,0	84,3	88,8	85,2
Chemnitz	100,9	104,1	103,1	102,6	114,6	134,7	146,7	155,9	101,9	98,9	94,6	90,2
Stadt	107,6	117,5	110,2	100,0	104,5	111,1	116,4	117,2	108,2	111,8	107,1	95,9
Umland	96,1	94,4	98,0	104,5	128,2	166,2	187,3	207,8	97,9	90,7	86,6	86,6
Dresden	100,1	102,4	103,9	102,5	102,2	101,1	110,5	121,7	100,4	96,5	98,6	96,1
Stadt	104,7	111,6	110,3	105,0	100,7	99,9	103,4	112,0	102,4	100,6	105,5	101,5
Umland	93,7	89,5	95,0	98,9	105,3	103,7	125,6	142,4	97,1	90,1	87,6	87,3
Leipzig	101,6	105,5	107,4	105,9	107,6	118,4	129,3	137,4	99,5	93,7	94,9	95,6
Stadt	98,2	98,4	100,8	93,2	103,2	108,4	112,4	118,9	99,9	95,6	98,3	98,6
Umland	106,9	116,1	117,5	125,0	126,2	161,0	201,3	216,2	98,5	89,8	88,2	89,8
Erfurt	99,0	96,1	96,5	95,6	116,6	132,6	145,3	154,8	104,6	101,9	98,9	97,2
Stadt	100,7	95,7	90,2	89,2	127,5	146,0	159,2	166,0	106,7	104,2	104,4	105,7
Umland	97,5	96,5	101,9	101,1	107,8	121,6	133,9	145,7	103,3	100,4	95,4	91,8
Ballungsräume	95,5	93,8	93,4	92,4	104,7	112,7	122,9	133,6	98,9	95,2	93,2	89,3
Städte	91,9	89,4	85,4	80,6	99,2	104,3	110,9	118,0	99,0	96,0	92,2	88,0
Umland	100,4	99,9	104,5	108,7	115,0	128,3	145,2	162,6	98,9	94,1	94,5	90,8
Übrige Regionen	88,3	86,2	87,6	88,2	114,8	126,2	137,4	152,2	96,2	91,6	91,0	87,2
Verstädterte Räume	87,5	84,0	85,3	86,1	113,2	127,4	139,3	152,9	97,3	92,6	89,7	86,9
Ländliche Räume	89,3	88,8	90,3	90,6	116,3	125,1	135,6	151,5	95,3	90,7	92,2	87,4
Ostdeutschland	92,3	90,4	90,8	90,5	108,5	117,7	128,4	140,6	97,7	93,6	92,2	88,3

Quelle: Erwerbstätigenrechnung der Länder, DIW.

Tabelle A8 – Beschäftigte in Dienstleistungsunternehmen in Ostdeutschland 1996 nach Ballungsräumen (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je 1 000 Einwohner am 30. Juni)

	Rostock	Berlin ^a	Magdeburg	Halle	Chemnitz	Dresden	Leipzig	Erfurt	Ballungsräume
Handel	46,0	35,5	42,5	42,2	42,5	43,5	45,9	44,3	40,8
Großhandel	17,0	12,6	16,3	15,0	14,5	17,6	18,9	14,2	15,0
Einzelhandel	28,9	22,9	26,2	27,2	28,0	25,9	27,0	30,2	25,8
Verkehrsgewerbe, Nachrichtenübermittlung	47,2	26,1	27,9	39,1	17,4	24,4	30,4	26,6	27,1
Eisenbahnen	10,4	8,5	7,2	14,4	4,9	8,1	7,9	7,7	8,2
Post	8,9	5,8	8,6	8,7	3,2	2,9	9,4	7,9	6,2
Straßenverkehr, Personenbeförderung	3,5	3,6	3,1	4,5	2,8	4,0	4,0	2,6	3,5
Straßenverkehr, Güterbeförderung	2,6	3,2	3,5	3,9	2,8	4,3	3,2	4,3	3,4
Schifffahrt	14,1	0,5	1,1	0,0	.	0,3	0,0	.	0,9
Spedition	6,6	3,4	3,5	6,9	3,1	3,5	4,7	3,3	3,9
Luftfahrt	1,1	1,2	0,9	0,7	0,6	1,4	1,2	0,7	1,0
Kreditgewerbe, Versicherungsunternehmen	7,9	6,2	7,4	5,9	6,8	9,2	11,7	8,6	7,7
Kreditgewerbe	5,7	4,5	5,1	4,4	5,2	6,6	8,0	6,0	5,5
Versicherungsunternehmen	2,3	1,7	2,3	1,5	1,6	2,7	3,7	2,6	2,2
Produktionsnahe Dienstleistungen	37,2	30,5	28,2	42,2	29,3	38,1	44,1	33,1	33,9
darunter:									
Rechtsberatung	1,4	0,9	1,0	1,3	1,0	1,6	1,5	1,4	1,2
Gebäudereinigung	6,3	5,9	6,2	6,9	4,3	5,5	7,5	4,1	5,8
Vermietung beweglicher Sachen	1,2	0,7	0,7	1,2	0,8	1,2	1,9	0,8	1,0
Bewachung, Botendienste	3,8	3,2	2,9	5,6	1,3	2,6	3,4	3,3	3,1
Schreib-, Übersetzungsbüros	0,5	1,0	0,7	1,9	0,9	0,4	0,8	0,6	0,9
Wirtschaftsberatung	4,4	4,1	3,6	4,6	4,7	5,3	4,1	4,2	4,3
Architektur-, Ingenieurbüros	9,3	7,3	6,9	10,8	7,8	11,4	12,7	9,6	9,0
Grundstückswesen	5,3	5,5	3,6	5,1	3,8	5,6	6,1	4,8	5,2
Wirtschaftswerbung	0,5	0,5	0,4	0,5	0,6	0,7	1,3	0,7	0,7
Ausstellungswesen	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,5	0,1	0,1
Vermittlung von Leiharbeit	3,8	1,0	1,9	4,1	3,8	3,2	3,8	3,1	2,5
Konsumnahe Dienstleistungen	31,6	29,4	24,6	25,7	26,5	31,9	30,1	29,2	28,9
darunter:									
Hotels	6,0	2,2	1,6	1,4	2,5	4,5	2,4	3,0	2,7
Gaststätten	6,1	6,1	4,4	5,0	4,5	7,7	6,3	5,7	5,9
Heime	0,4	1,0	1,1	1,2	1,8	0,3	0,6	0,8	0,9
Wäscherei	0,9	1,0	0,8	0,3	0,7	1,0	0,9	0,9	0,9
Körperpflege	2,9	2,4	2,8	3,1	2,7	3,0	3,1	2,7	2,7
Erziehung	0,7	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,2	0,1
Sonstige Bildung	1,1	1,1	0,3	1,0	0,6	0,8	0,4	0,5	0,8
Kunst, Theater	0,0	0,6	0,1	0,0	0,3	0,2	0,1	0,2	0,3
Film	0,2	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	0,3	0,3	0,3
Rundfunk, Fernsehen	0,6	0,4	0,3	0,1	0,0	0,3	2,2	0,3	0,5
Nachrichtenbüros	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Verlage	1,8	1,1	1,0	2,8	0,8	1,1	1,8	1,3	1,3
Gesundheit	8,6	10,4	9,1	6,8	11,0	10,1	9,1	10,9	9,9
Straßenreinigung	1,4	1,9	2,0	3,1	1,2	2,3	2,1	1,7	1,9
Bestattungswesen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
Schausteller	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	0,5	0,2	0,5	0,4	0,1	0,2	0,4	0,4	0,3

^aOhne Westberlin.

Quelle: Sozialversicherungsträger, Statistisches Bundesamt.

Tabelle A9 – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rostock nach Wirtschaftszweigen 1996

	Beschäftigte	Anteile	Veränderung 1996 gegenüber 1993
	Anzahl	vH	
Land- und Forstwirtschaft	888	0,9	-30,1
Energiewirtschaft, Bergbau	1 481	1,5	-30,4
Verarbeitendes Gewerbe	11 930	12,3	-24,1
Baugewerbe	9 497	9,8	1,8
Handel	9 891	10,2	-18,6
Verkehr			
Eisenbahnen	3 374	3,5	19,1
Deutsche Bundespost	2 793	2,9	-17,4
Straßenverkehr	1 419	1,5	-15,1
Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen	4 598	4,7	-24,8
Spedition, Lagerei und Kühlhäuser	1 547	1,6	-14,1
Luftfahrt, sonstiges Verkehrsgewerbe	326	0,3	10,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe			
Kredit-, sonstige Finanzierungsinstitute	1 784	1,8	22,5
Versicherungsgewerbe	708	0,7	11,5
Sonstige Dienstleistungen			
Gaststätten-, Beherbergungsgewerbe	2 396	2,5	-9,0
Kinder-, Alters- und ähnliche Heime	1 102	1,1	33,3
Wäscherei, Reinigung, Friseur	2 645	2,7	-0,1
Schulen, Kunst, Verlage, Presse	12 910	13,3	0,7
Gesundheits- und Veterinärwesen	6 300	6,5	0,3
Rechts-, Wirtschaftsberatung	1 448	1,5	13,5
Sonstige	8 005	8,2	28,1
Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte	4 578	4,7	-6,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	7 597	7,8	-30,1
Sonstige	3	0,0	-62,5
<i>Insgesamt</i>	97 220	100,0	-9,4

Quelle: Landesarbeitsamt Nord.

Übersicht A1 – Klassifizierung der Berufe

Berufsklassen	Berufsordnungen
Ingenieure	Ingenieure ohne nähere Fachrichtungsangabe, Ingenieure des Maschinen- u. Fahrzeugbaus, Elektroingenieure, Bauingenieure, Vermessungsingenieure, Bergbau-, Hütten-, Gießereingenieure, Übrige Fertigungsingenieure, Wirtschafts-, REFA-Ingenieure, Sonstige, Architekten, Raumplaner, Chemiker, Chemieingenieure, Physiker, Physikingenieure, Mathematiker, Naturwissenschaftler anderweitig nicht angegeben
Technische Dienste	Agrarberater, -techniker, Techniker/Technikerinnen o. nähere Fachrichtungsangabe, Maschinenbautechniker, Techniker des Elektrofachs, Bautechniker, Vermessungstechniker, Bergbau-, Gießereitechniker, Chemietechniker, Physikotechniker, Übrige Fertigungstechniker, Techniker für Betriebswissenschaft und REFA, Biologisch-technische Sonderfachkräfte, Phys.-, math.-, techn. Sonderfachkräfte, Chemielaboranten, Photolaboranten, Technische Zeichner, Bauzeichner, Industrie-, Werkmeister, Ausbilder
Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen	Bankfachleute, Bausparkassenfachleute, Versicherungsfachleute, Makler, Grundstücksverwalter, Vermieter, Vermittler, Versteigerer
Führung, Organisation, Beratung, Werbung	Werbefachleute, Bildende Künstler (angewandte Kunst), Schildermaler u. Dekorationenmaler, Raum-, Schauerbegehalter, Unternehmer/Unternehmerinnen, Manager, Geschäftsbereichsleiter, Organisatoren, Controller, Unternehmensberater, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Marketing-, Absatzfachleute, Wirtschaftswissenschaftler, Sozialwissenschaftler, Statistiker, Marktforscher, Rechtsvertreter, -berater, Dolmetscher, Übersetzer, Beratungs- und Planungsfachleute ohne nähere Tätigkeitsangabe
Verwaltung	Fachgehilfen/Fachgehilfinnen in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen, Kalkulatoren, Berechner, Buchhalter, Kassierer, Datenverarbeitungsfachleute, Softwareentwickler, DV-Organisatoren, DV-Beratungs- und Vertriebsfachleute, Rechenzentrums- und DV-Benutzerservicefachleute, Sonstige DV-Fachleute, Bürofachkräfte, Kaufmännische Angestellte ohne nähere Angabe, Schreibkräfte, Textverarbeitungsfachleute, Datentypistinnen, Bürohilfskräfte, Industriekaufleute, Rechtsanwalts- und Notargehilfen, Büro- und kaufmännische Sachbearbeiter, Sekretäre
Schutzdienste	Werkschutzleute, Detektive, Wächter, Aufseher, Pförtner, Hauswarte, Haus-, Gewerbediener, Bademeister, Schwimmeistergehilfen, Hausmeister, -warte
Reinigungsdienste	Textilreiniger, Glas-, Gebäudereiniger, Raumpfleger, Straßenreiniger, Abfallbeseitiger, Fahrzeugreiniger, -pfleger, Maschinen-, Behälterreiniger

Quelle: IWH.

Übersicht A2 – Klassifizierung der Tätigkeiten

Tätigkeitskategorie	Tätigkeiten
Maschinen einrichten/einstellen	Technische Anlagen steuern, bedienen, einrichten oder warten (auch DV-NC-/CCN-Anlagen)
Gewinnen/Herstellen	Anbauen, Züchten, Hegen; Gewinnen/Anbauen/Fördern; Verarbeiten/Bearbeiten, Kochen; Bauen/Ausbauen, Installieren, Montieren
Reparieren, Ausbessern	Reparieren, Ausbessern, Restaurieren, Erneuern
Kaufen/Verkaufen	Kaufen/Verkaufen, Kassieren; Vermitteln, Kunden beraten, Verhandeln, Werben
Schreibarbeiten	Schreibarbeiten/Schriftwechsel, Formulararbeiten, Kalkulieren/Berechnen, Buchen, Programmieren, Arbeiten am Terminal, Bildschirm
Analysieren, Messen	Analysieren, Messen/Prüfen; Erproben, Forschen, Planen, Konstruieren; Entwerfen/Gestalten, Zeichnen
Disponieren, Koordinieren	Disponieren, Koordinieren, Organisieren, Führen/Leiten (auch Personal), Management
Bewirten, Beherbergen	Bewirten, Beherbergen; Bügeln; Reinigen/Abfall beseitigen, Packen, Verladen, Transportieren/Zustellen, Sortieren/Ablegen, Fahrzeug steuern
Sichern, Bewachen	Sichern, Bewachen (Arbeitssicherheit, Werkschutz, Verkehrsregelung), Gesetze/Vorschriften anwenden/auslegen, Beurkunden
Erziehen/Lehren	Erziehen/Lehren/Ausbilden; Beratend helfen; Pflegen/Versorgen, Medizinisch/kosmetisch behandeln; Publizieren, Unterhalten, Vortragen, Informieren

Quelle: IWH.

Übersicht A3 – Straßenbaumaßnahmen im Großraum Rostock 1997/98

	Straßentyp	Bauzeit	Sperrung
<i>In Rostock</i>			
A 19 zwischen R-Ost und R-Süd	Bundesautobahn	August–Dezember 1997	
Barnstorfer Weg	Bundesstraße	26.5.–30.11.1997	Vollsperrung
Südring	Bundesstraße	1.9.–30.10.1997	halbseitig
Brücke Mühlendamm	Bundesstraße	1.9.–30.10.1997	halbseitig, teilweise Vollsperrung
Knoten Weißes Kreuz	Bundesstraße	Sommer–Dezember 1997	halbseitig
Tessiner Straße	Bundesstraße	Sommer–Dezember 1997	halbseitig
Gehlsheimer Straße	Bundesstraße	15.4.–30.10.1997	Vollsperrung, Anlieger frei
Schmarler Damm	Bundesstraße	1.7.–30.11.1997	Beeinträchtigung in den Knotenpunktbereichen
Knoten Warnowallee, Groß Kleiner Damm	Bundesstraße	15.5.–30.6.1997	halbseitig
Brücke Bäderstraße	Bundesstraße	1.9.–30.9.1997	halbseitig mit Ampel
Knoten Hinrichshagen	Bundesstraße	1.9.–30.11.1997	halbseitig
Moorgrabenbrücke Markgrafenheide	Bundesstraße	1.9.–Dezember 1997	halbseitig
OD Torfbrücke	Bundesstraße	1.9.–15.12.1997	halbseitig mit Ampel
<i>Im Umland</i>			
Lambrechtshagen	Bundesautobahn	2. Halbjahr–30.10.1997	halbseitig, teilweise Vollsperrung
Kavelstorf, (Brücke Bahn AG)	Bundesautobahn	Juni–30.10.1997	halbseitig mit Ampel
Behnkenhagen	Bundesautobahn	2. Halbjahr–30.10.1997	Vollsperrung, Anlieger frei
Bad Doberan, B 105 Alexandrinenplatz	Bundesstraße	Herbst 1997–1998	halbseitig
OD Sievershagen, B 105	Bundesstraße	Mai–November 1997	halbseitig
OD Sanitz, B 110	Bundesstraße	Mai 1997–Juni 1998	halbseitig
Graal-Müritz, L 22 Rostocker Straße	Landesstraße	Mai 1997–Mai 1998	halbseitig
OD = Ortsdurchfahrt; 2+0 = Zweispurige Verkehrsführung auf einer Richtungsfahrbahn; L = Landstraße.			

Quelle: Hansestadt Rostock.

Endnoten

- 1 Frühere Berichte wurden vom Institut für Weltwirtschaft in den Kieler Diskussionsbeiträgen Nr. 168, 169, 176, 178, 183, 190/191, 198/199, 205/206, 218/219, 231, 236/237, 245, 256/257, 277/278, 286/287 und 302/303 veröffentlicht, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in den Wochenberichten des DIW Nr. 12/91, 24/91, 39–40/91, 51–52/91, 12–13/92, 39/92, 52/92, 13/93, 41/93, 15/94, 31/94, 3/95, 27–28/95, 27/96, 3/97 und 32/97. Vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle wurden die letzten 8 Berichte in dessen Forschungsreihe veröffentlicht, und zwar in den Nummern 6/93, 1/94, 6/94, 1/95, 2/95, 7/96, 2/97 und 6/97.
- 2 In der Literatur wird eine solche Konstellation mit dem Begriff „dutch disease“ gekennzeichnet. Danach bewirkt eine — etwa durch einen Ressourcenboom ausgelöste — dauerhafte Erhöhung der Einkommen eine Zunahme der Nachfrage auch nach konsumnahen Dienstleistungen. Diese können nur vor Ort produziert werden, was zu einem Anstieg des Relativpreises bei diesen Diensten führt und entsprechend Produktionsfaktoren in den Dienstleistungssektor lenkt. Eine Beschreibung dieses Falles mit Blick auf Ostdeutschland findet sich u.a. bei Greiner et al. (1994).
- 3 So liegt nach Gundlach (1993) die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Dienstleistungen deutlich unter 1. Dies wird aber mehr als kompensiert durch die relative Zunahme von Haushaltstypen, die in überproportionalem Maße Dienstleistungen nachfragen.
- 4 Nach den Untersuchungen von Gundlach (1993) waren allerdings in Westdeutschland in der Vergangenheit sowohl die Eigenpreiselastizität der Dienstleistungsnachfrage als auch die Kreuzpreiselastizität in bezug auf die Nachfrage nach Industriegütern deutlich kleiner als Eins. Es fand also nur sehr begrenzt eine Substitution von Dienstleistungen als Folge von Relativpreisänderungen statt. Zudem scheint seit einiger Zeit die relative Verteuerung bei Dienstleistungen zum Stillstand gekommen zu sein. Seit Mitte der siebziger Jahre haben sich in Westdeutschland die Preise für Industriegüter und für Dienstleistungen insgesamt weitgehend parallel entwickelt. Das deutet darauf hin, daß die Möglichkeiten zur Kapitalintensivierung in vielen Dienstleistungsbranchen zugenommen haben und mithin dort vergleichsweise Produktivitätsfortschritte realisiert werden (Klodt et al. 1997).
- 5 Eine totale Abschottung kann es aber auch dort nicht geben, weil sich die Konsumenten an den Produktionsort begeben können. Das ist für sie dann lohnend, wenn die Preisdifferenzen zwischen verschiedenen Produzenten an verschiedenen Orten größer sind als die Transaktionskosten. So muß die ortsansässige Tourismusbranche damit rechnen, daß sie Kunden an die auswärtige Konkurrenz verliert.
- 6 In den letzten Jahren ist eine Vielzahl von Publikationen zu diesem Thema erschienen. Vgl. z.B. Amin und Thrift (1994), Johansson et al. (1994) oder Cooke und Morgan (1993).
- 7 Auch bei staatlichen Stellen und anderen Institutionen der Wirtschaft war die Gebäudereinigung zumeist Teil der jeweiligen Einrichtung.
- 8 Neben der Industriebank zählten dazu auch die Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft und die Genossenschaftsbanken für Handwerk und Gewerbe.
- 9 Es gibt verschiedene Versuche, eine derartige Quantifizierung vorzunehmen (Ludwig et al. 1996).
- 10 Dort wurde die Wirtschaft in „nichtproduzierende Zweige“ und in „produzierende Zweige“ unterteilt. Zu den produzierenden Zweigen zählten die Industrie, das Handwerk, die Bauwirtschaft, die Land- und Forstwirtschaft, der Sektor „Verkehr, Post- und Fernmeldewesen“, der Handel und die „sonstigen produzierenden Zweige“. Als „nichtproduzierend“ wurden die Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Vermittlungs-, Werbe-, Beratungs- und andere Büros, das Geld- und Kreditwesen, der Bereich „Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheits- und Sozialwesen und die staatliche Verwaltung eingestuft. Einen Dienstleistungssektor, wie er in den Wirtschaftszweigsystematiken westlicher Länder üblicherweise zu finden ist, gab es indes nicht.
- 11 Vgl. unter anderem DIW et al. (1991), Görzig und Gornig (1991: 99 ff.) sowie DIW (1990: 241 ff.; 1997d). Nach anderen Schätzungen soll die Zahl 120 000 betragen haben (Beyer 1990: 21).
- 12 In Einzelfällen wurde dieses aber zuwenig beachtet, so daß mit dem Verkauf allein der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten die Substanz von zu privatisierenden Betrieben ausgehöhlt wurde.
- 13 Ein Sonderfall ist die Wohnungswirtschaft. Obwohl in den sieben Jahren seit der Vereinigung zahlreiche Wohnungen von privaten Personen und Unternehmen gebaut und ein erheblicher Teil des Altbaubestandes an die Alteigentümer oder deren Erben zurückgegeben wurde, befinden sich immer noch die meisten Mietwohnungen in kommunalem Besitz. Zwar ist im Rahmen der mit dem Bund getroffenen Vereinbarung über die Altschulden beschlossen worden, daß ein Teil dieser Wohnungen an Mieter verkauft werden soll, doch es scheint so, als ob sich dieses Vorhaben nur schwer umsetzen ließe.
- 14 Hinzuzuzählen sind noch die Selbständigen im Gastgewerbe, über die keine Zahlen vorliegen. Das Gastgewerbe wurde in der DDR dem Handel zugerechnet, und von den in diesem Sektor tätigen 40 000 Selbständigen dürfte nur ein kleiner Teil ein Gastgewerbe betrieben haben.
- 15 Zum Teil handelt es sich dabei allerdings nicht um zusätzliche, sondern um solche Arbeitsplätze, die im Zuge der Privatisierung aus Betrieben anderer Wirtschaftszweige oder aus dem Staatssektor ausgegliedert wurden und die danach von der Statistik als Erwerbstätigkeit bei Dienstleistungsunternehmen registriert wurden. Solche Umbuchungen dürften

wohl nur bis 1992 von größerem Gewicht gewesen sein, denn bis dahin war die Privatisierung weitgehend abgeschlossen. Stark zu Buche schlugen sie vor allem im Jahr 1990.

- 16 Inwieweit die Stichprobe der in die Untersuchung einbezogenen Unternehmen repräsentativ ist, läßt sich nicht beurteilen, da es keine ausreichenden Informationen über die Grundgesamtheit gibt. Aufgrund der großen Zahl der eingegangenen Antworten ist aber die Wahrscheinlichkeit gering, daß es sich hierbei um eine atypische Gruppe handelt. Freilich wird auf die Darstellung der Ergebnisse für die Gesamtheit der Dienstleistungsunternehmen verzichtet, weil es sich hierbei um ein sehr heterogenes Sample handelt.
- 17 Für ein Viertel der Unternehmen hat der VVC keine Bonitätsbewertung durchgeführt. Dabei handelt es sich zum überwiegenden Teil um sehr junge Unternehmen, über die noch keine hinreichend sicheren Informationen zu Zahlungsverhalten und Unternehmensentwicklung vorliegen.
- 18 Als Gründungsjahr gilt das Jahr des ersten Handels- oder Gewerberegistereintrags. Rechtsformänderungen werden hierbei also nicht berücksichtigt.
- 19 Dem Mikrozensus liegt eine Stichprobe von 1 vH der Bevölkerung zugrunde. Er umfaßt Angaben über etwa 350 000 Haushalte in ganz Deutschland. Als Datenbasis dienen individuelle Angaben aus einer Unterstichprobe von 70 vH der erfaßten Personen. Die hier dargestellten Daten beruhen somit auf die Auswertung von mehr als 500 000 Einzelangaben. Wie bei jeder Erhebung auf Stichprobenbasis können die Ergebnisse von den tatsächlichen Verteilungen abweichen. Die mögliche Abweichung ist um so größer, je tiefergehender die Auswertungsanalysen sind. Angesichts der sehr großen Fallzahl des Mikrozensus ist die Wahrscheinlichkeit, daß größere Verzerrungen auftreten, aber als gering einzuschätzen. Bei einem Vergleich der Strukturen in Ost- und in Westdeutschland ist die Aussagekraft dadurch eingeschränkt, daß eine regionale Differenzierung nur nach dem Wohnortprinzip vorgenommen werden kann. Es bleibt unberücksichtigt, daß die neuen Bundesländer einen beachtlichen Auspendlerüberschuß haben. Diese stellt die Aussagekraft des Mikrozensus aber nicht grundsätzlich in Frage. Bei sehr tiefer Gliederung können freilich gewisse Verzerrungen auftreten.
Bei der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellt sich das Problem, daß damit in der Regel Selbständige und Beamte nicht erfaßt werden, deren Anteil im Dienstleistungsgewerbe vergleichsweise hoch ist. Ausgeblendet sind auch die geringfügig Beschäftigten.
- 20 Hierbei können gewisse Überzeichnungen infolge des Wohnortprinzips eine Rolle spielen.
- 21 Hierzu wurden die im Mikrozensus unterschiedenen Berufsordnungen zu geeignet erscheinenden Berufsklassen zusammengefaßt. Eine Darstellung der vorgenommenen Klassifikationen findet sich im Anhang in Übersicht A1.
- 22 In Westdeutschland kommen auf 1 000 Personen der Wohnbevölkerung 426 Erwerbstätige, in Ostdeutschland sind es 400 Personen. Da beide Betrachtungsweisen zu ähnlichen Ergebnissen führen, wird im folgenden im Regelfall nur über Anteile an allen Erwerbstätigen berichtet.
- 23 Dies sind die Berufsklassen Ingenieure; Technische Dienste; Kredit-, Versicherungs-, Wohnungswesen; Führung, Organisation, Beratung; Verwaltung; Schutzdienste, Reinigungsdienste.
- 24 Hierzu zählen die Berufsklassen Vertrieb, Verkauf; Medien, Gastgewerbe, Körperpflege; Soziale Tätigkeiten.
- 25 Ein Problem hierbei ist, daß der Mikrozensus nur das Gesamtnettoeinkommen einschließlich der Kapitaleinkommen und Sozialtransfers ausweist.
- 26 Zur Bildung dieser Kategorien vgl. Übersicht A2 im Anhang.
- 27 Ob die Ausbildung jedoch mit dem ausgeübten Beruf im Einklang steht, ist aus den Mikrozensusdaten nicht direkt ersichtlich, da die Fachrichtung der Berufsausbildung nur bei den Hochschul- und Fachhochschulabsolventen erfragt wird.
- 28 Bei dieser Methode wird der private Verbrauch über die Verkäufe der Lieferbereiche (Handel, Gastgewerbe, Dienstleistungsgewerbe etc.) erfaßt.
- 29 Im Jahr 1996 wurden in Ostdeutschland durch den 1. Haushaltstyp 7,6 vH, durch den 2. Typ 9,3 vH und den 3. Typ 10,6 vH aller Haushalte abgedeckt, in Westdeutschland betragen die entsprechenden Anteile 9,1 vH, 11,1 vH und 16,7 vH.
- 30 Andere Ursachen für zwischenörtliche Preisunterschiede sind Transportkosten bei überregional handelbaren Gütern, der Grad der Wettbewerbsintensität und Abweichungen in den Verbraucherpräferenzen.
- 31 Das betrifft vor allem den Nebenerwerbshandel wie Getränkestützpunkte, Tierfutterdepots, Anglershops oder Videotheken.
- 32 Im Jahr 1996 hat sich nach vorläufigen Berechnungen dieser Trend fortgesetzt (Geppert 1997).
- 33 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bei Staat und Organisationen ohne Erwerbscharakter sind aus dieser Betrachtung ausgeschlossen.
- 34 Die meisten Branchen, die gewöhnlich zu den produktionsnahen Dienstleistungen gezählt werden, erbringen auch Leistungen für private Haushalte oder für den Staat. Insofern verfügen die Regionen in der Regel über eine „Mindestausstattung“ mit diesen Diensten.
- 35 Einzige Ausnahme sind die Sicherheitsdienste, die in den Ballungsräumen einen Ausstattungsvorsprung gegenüber den geringer verdichteten Regionen haben.

- 36 Zum Konzern gehören Werften in Norwegen, Finnland, Schottland, Gibraltar und den USA.
- 37 Kompaktwerften zeichnen sich durch kurze Fertigungswege aus.
- 38 Die EU-Kommission hat das gesamte Investitionsvolumen der ostdeutschen Werften lediglich unter der Bedingung genehmigt, daß die im Jahr 1989 vorhandenen Kapazitäten um insgesamt 40 vH zu verringern sind.
- 39 Dies ist das Ergebnis eines maritimen Wirtschaftsseminars, das im September 1994 in Rostock stattfand (IHK 1994).
- 40 Dies sind im wesentlichen Maschinenbau, Metallbe- und verarbeitung, Elektrotechnik, Kälte-, Klima- und Lüftungstechnik, Korrosionsschutz, Isoliertechnik, Reinigung, Raumgestaltung und ingenieur-technische Projektierung.
- 41 Zusammen mit dem Propellerbau, Wismar, und der Gießerei, Waren, hatte das DMR 1989 rund 3 200 Beschäftigte.
- 42 Die Pipeline nach Schwedt ist weiter in Betrieb. Sie soll 1998 „ertüchtigt“, d.h. auf größere Kapazitäten ausgelegt werden.
- 43 Nicht identisch mit der gleichnamigen Hamburger Traditionsreederei.
- 44 Der Privatisierungsvertrag enthielt keine Vereinbarung zum Erhalt des Standorts in Rostock.
- 45 Von Warnemünde aus wurde eine Fährlinie nach Gedser betrieben. Sie wurde Ende 1995 eingestellt. Seitdem ist der Fährhafen Warnemünde nicht mehr in Betrieb.
- 46 Aus URBAN-Programmen sollen bis 1999 über rund 860 Mill. ECU für über 100 europäische Städte zur Verfügung gestellt werden.
- 47 Neben dem Wirtschaftsentwicklungskonzept wurden eine Sozialstudie und eine Studie zur ökologischen Umweltverbesserung erarbeitet.
- 48 Der Flughafen Rostock-Laage wurde als Zollflughafen anerkannt (IHK 1994).
- 49 Die Darstellung basiert wesentlich auf BÜSTRO (1997c).
- 50 Die Gesellschaft für Wettbewerbsforschung und Handelsentwicklung mbH, Hamburg, (GWH) hat 1996 im Auftrag der Stadt Rostock die Lage und die Entwicklungsperspektiven im Einzelhandel untersucht. Die Nachfragebedingungen wurden im Rahmen einer Passantenbefragung, die Angebotsbedingungen durch eine Vollerhebung der Verkaufsstätten sowie durch Expertengespräche beleuchtet.
- 51 Ohne Fachmarktzentren außerhalb des Stadtgebiets.
- 52 Die GfK Nürnberg hatte die Einzelhandelszentralität Rostocks für 1994 auf etwa 0,9 geschätzt.
- 53 Ostseepark Sievershagen, Hanse-Center Bentwisch, Globus Roggentin, Komm Broderstorf.
- 54 Daten zur Beschäftigung im Einzelhandel wurden von der GWH nicht erhoben und liegen auch im Rahmen der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht vor.
- 55 Diese Zahl schließt die Fachmarktzentren am Stadtrand ein. Ihr Jahresumsatz wird auf 640–645 Mill. DM veranschlagt.
- 56 Um dies auch nach außen sichtbar werden zu lassen, wurde das Signet „ChemnitzInnovationsWerkStadt Sachsen“ entwickelt. Es zielt u.a. die Publikationen der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH, und es darf kostenfrei von den Unternehmen geführt werden.
- 57 Für eine Reihe von Beispiellösungen (u.a. Entwicklung und Inbetriebnahme des Niederflur-Doppelstock-Omnibusses „Megashuttle“ mit 180 Plätzen, Bau des europaweit modernsten Straßenbahnbetriebshofs) und langfristige Strategien zur Schaffung eines modernen leistungsfähigen und umweltfreundlichen Stadtstraßenbahnnetzes als Alternative zum motorisierten Individualverkehr ist die Stadt 1995 (zusammen mit 3 weiteren europäischen Städten) mit dem „Europäischen Preis des öffentlichen Verkehrs“ ausgezeichnet worden.
- 58 Einschließlich Staat, Sozialversicherung, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 59 Daten für 1996 stehen nach Information des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen voraussichtlich zu Beginn von 1998 zur Verfügung.
- 60 Unternehmen im Handel, Verkehrsgewerbe, in der Nachrichtenübermittlung, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie in den Sonstigen Dienstleistungen.
- 61 Die Daten entsprechen dem jeweiligen Gebietsstand. Da die Veränderungen in diesem Zeitraum relativ gering waren, dürfte der Einfluß auf die Daten verhältnismäßig klein sein.
- 62 Am Rand der Stadt sind seit 1990 rund 150 000 m² an Einzelhandelsverkaufsfläche entstanden, etwa das Dreifache im Vergleich zur Innenstadt.

Literatur

- Amin, A., und N. Thrift (1994). *Globalization, Institutions and Regional Development in Europe*. Oxford.
- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (1997). Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997. Berlin.
- Bandelin, J. (1995). Mecklenburg-Vorpommern als Standort für Medizintechnik. Rostocker Arbeitspapiere zu Wirtschaftsentwicklung und Human Resource Development 2. Universität Rostock, Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik, Rostock.
- Beyer, H.-J. (Hrsg.) (1990). *Handbuch der DDR-Betriebe*. Köln.
- Brenke, K., und A. Eickelpasch (1997). *Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland: Ergebnisse einer Umfrage*. Beiträge zur Strukturforchung 170. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Burghardt, M. (1996). Berechnungen des privaten Verbrauchs in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach der Verwender- und der Lieferantenmethode. *Wirtschaft und Statistik* (4): 267–272.
- BÜSTRO (Büro für Strukturforchung Rostock GmbH) (1997a). Entwicklung der Hafenwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Teil 2: Gesamtstudie. Rostock.
- (1997b). Wirtschaftsentwicklungskonzept für das „URBAN“-Rahmenplangebiet Kröpeliner-Tor-Vorstadt. Rostock.
- (1997c). Analyse der bestehenden Transferlandschaft in der Hansestadt Rostock. Rostock.
- Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (1997). Wirtschaft und kommunale Wirtschaftsförderung. Jahresbericht 1997. Chemnitz.
- Cooke, P., und K. Morgan (1993). The Network Paradigm: New Departures in Corporate and Regional Development. *Environment and Planning D: Society and Space* 11 (5): 543–564.
- DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) (1997). *Wirtschaftslage und Erwartungen: Ergebnisse der DIHT-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern. Herbst 1997*. Bonn.
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) (Hrsg.) (1984). *Handbuch der DDR-Wirtschaft*. Reinbek.
- (1990). Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR. *Wochenbericht* 57 (17): 221–245.
- (1997a). Dienstleistungsdynamik in der Europäischen Union uneinheitlich. *Wochenbericht* 64 (16): 273–280.
- (1997b). Ballungsräume Ostdeutschlands als Wachstumspole? *Wochenbericht* 64 (29): 499–507.
- (1997c). Rückstand beim Anteil der Dienstleistungstätigkeiten aufgeholt: Ein deutsch-amerikanischer Vergleich anhand von Haushaltsbefragungen. *Wochenbericht* 64 (34): 613–617.
- (1997d). Zur Förderung der ostdeutschen Industrieforschung durch das Bundesministerium für Wirtschaft. *Wochenbericht* 64 (38): 677–688.
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1991). Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Vierter Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge 178. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- (1994). Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Elfter Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge 236/237. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- (1997). Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Fünfzehnter Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge 286/287. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Eickelpasch, A., V. Lessat und I. Pfeiffer (1996). Untersuchung der Bezüge und Lieferungen der Brandenburger Wirtschaft von und zu Unternehmen innerhalb des Landes, mit Berlin und dem übrigen Bundesgebiet sowie zum Ausland. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg. Berlin.
- FAZ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*) (1997). Mecklenburg bürgt für Neptun-Werft. 24. November: 28.

- Franz, P. (1997). Die Produktion weicher Standortfaktoren: Kommunale Kulturausgaben im Ost-West-Vergleich. *Wirtschaft im Wandel* 3 (10/11): 35–38.
- Fritsch, M., A. Bröskamp und C. Schwirten (1996). Innovationen in der sächsischen Industrie: Erste empirische Ergebnisse. Freiburger Arbeitspapiere 96-13. Technische Universität Freiberg, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Berlin.
- Gerling, K. (1997). East-West Corporate Networking — a Theoretical Approach. Kieler Arbeitspapiere 805. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Gershuny, J. (1978). *After Industrial Society? The Emerging Self-Service Economy*. London.
- Görzig, B., und M. Gornig (1991). *Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR*. Beiträge zur Strukturforchung 121. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Greiner, U., H. Maaß und F.L. Sell (1994). The East-German-Disease: Volkswirtschaftliche Anpassungsprozesse nach der deutschen Einheit. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 43 (3): 271–299.
- Grunert, R. (1994). Einkommen und Ausgaben in ausgewählten Privathaushalten der neuen Bundesländer. *Konjunkturbericht* (5/6): 18–30. Institut für Wirtschaftsforschung Halle.
- Gundlach, E. (1993). *Die Dienstleistungsnachfrage als Determinante des wirtschaftlichen Strukturwandels*. Kieler Studien 252. Tübingen.
- GWH (Gesellschaft für Wettbewerbsforschung und Handelsentwicklung mbH) (1996). Perspektiven der Einzelhandelsentwicklung in der Hansestadt Rostock. Hamburg.
- Hansestadt Rostock, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.) (1996). Statistisches Jahrbuch Hansestadt Rostock. Rostock.
- ifo und FfH (ifo-Institut für Wirtschaftsforschung und Forschungsstelle für den Handel Berlin e.V.) (Hrsg.) (1997). Entwicklung des Handels in den neuen Bundesländern: Strukturbegleitende Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft. Elfter Bericht. München.
- IHK (Industrie- und Handelskammer Rostock) (1994). *Jahresbericht 1994*. Rostock.
- Johansson, B., C. Karlsson und L. Westin (Hrsg.) (1994). *Patterns of a Network Economy*. Berlin.
- Klodt, H., R. Maurer und A. Schimmelpfennig (1997). *Tertiarisierung in der deutschen Wirtschaft*. Kieler Studien 283. Tübingen.
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (1997). Verlagerung der Aktivitäten der DSR-Senator-Lines GmbH nach Bremen. Drucksache 2/3105 vom 29. September. Schwerin.
- Ludwig, U., R. Stäglin und C. Stahmer (1996). *Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung*. Beiträge zur Strukturforchung 163. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.) (1995). Raumordnungsbericht Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- PIW und BÜSTRO (Arbeitsgemeinschaft Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH und Büro für Strukturforchung Rostock GmbH) (1995). Entwicklung der Schiffbauindustrie in Mecklenburg-Vorpommern: Wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Tendenzen. Studie im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Mecklenburg-Vorpommern. Rostock.
- REWAS (Gemeinnütziger Verein „Institut für regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrategien“ e.V.) (1994). Viertes Zwischenergebnis der Studie zur Entwicklung von Gewerbegebieten in und um Rostock, sowie zur Arbeitskräftesituation und zur Präsenz des Arbeitsamtes in den Gewerbegebieten. Rostock.
- (1995). Traditionelle Gewerbegebiete in Rostock. Rostock.
- (1997). *Studie zur Lebensqualität in Stadtteilen der Hansestadt Rostock*. Berlin.
- Stadtverwaltung Rostock (Hrsg.) (in Vorbereitung). KURS 2010: Entwurf Stadtentwicklungsprogramm der Hansestadt Rostock. Rostock.
- Statistisches Amt der DDR (Hrsg.) (1990). *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik '90*. Berlin.

- Ströhl, G. (1994). Zwischenörtlicher Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 Städten. *Wirtschaft und Statistik* (6): 415–434.
- Unternehmerverband Rostock und Umgebung e.V. (Hrsg.) (1997). Einschätzung der Wirtschaftslage — Einschätzung der Unternehmensbefragung des Unternehmerverbandes. *Mittelstandsreport* (8/9): 14–15.
- Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern (1996). ANKER-Projekt des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.